

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 41. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 22. November 2012, 10 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

| | Seiten |
|---|---------|
| Vernehmung von Zeugen: | 1 – 143 |
| - Minister a. D. Dr. Fritz Behrens, MdL | 1 |
| - Bundesanwalt Dr. Hans-Jürgen Förster | 76 |
| - Staatssekretär a. D. Dr. August Hanning | - |

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugen Minister a. D. Dr. Fritz Behrens (Anlage 1) und Bundesanwalt Dr. Hans-Jürgen Förster (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 22. November 2012, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

| Ordentliche Mitglieder des Ausschusses | Unterschrift | Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses | Unterschrift |
|---|--------------|--|--------------|
| CDU/CSU | | CDU/CSU | |
| Binninger, Clemens | | Hahn, Florian | |
| Schipanski, Tankred | | Heinrich, Frank | |
| Stracke, Stephan | | Schön (St. Wendel), Nadine | |
| Winkelmeier-Becker, Elisabeth | | Schuster (Weil am Rhein), Armin | |
| SPD | | SPD | |
| Edathy, Sebastian | | Gleicke, Iris | |
| Högl, Eva, Dr. | | Kolbe (Leipzig), Daniela | |
| Rix, Sönke | | Özoguz, Aydan | |
| FDP | | FDP | |
| Tören, Serkan | | Kurth (Kyffhäuser), Patrick | |
| Wolff (Rems-Murr), Hartfrid | | Schulz, Jimmy | |
| DIE LINKE. | | DIE LINKE. | |
| Pau, Petra | | Petermann, Jens | |
| BÜ90/GR | | BÜ90/GR | |
| Wieland, Wolfgang | | Ströbele, Hans-Christian | |

Stand: 17. Juli 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

01.

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 22. November 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

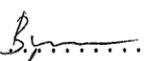
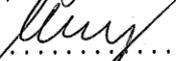
| | | |
|------------------------|-------|-------|
| CDU/ CSU | | |
| SPD | | |
| FDP | | |
| DIE LINKE. | | |
| BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | | |

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

| | | |
|------------|---------|---|
| HANXWELL | SPD |  |
| Jörges | SPD |  |
| REICHELT | SPD |  |
| Bauer | SPD |  |
| HEYER | SPD |  |
| Lauß | FDP |  |
| Dr. Josen | CDU/CSU |  |
| Molsberger | CDU/CSU |  |
| von Gossel | " |  |
| Wipf | Linke |  |
| Wabnitz | SPD |  |
| Urenbeut | SPD |  |
| Kent | Grüne |  |
| Lehmann | LINKE |  |
| von | SPD/FDP |  |

Off.

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 22. November 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Schuparis

SPD

[Handwritten signature]

Scharlau

FDP

[Handwritten signature]

W. Wangerheim

SPD

[Handwritten signature]

Kühnack

DIE LINKE

[Handwritten signature]

Ulfert

Linke

[Handwritten signature]

Mauers

Linke

[Handwritten signature]

Donnerstag, 22. November 2012, 10:00 Uhr

| Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift) | Name (bitte Druckschrift) | Dienststellung (bitte nicht abgekürzt) | Unterschrift |
|--|------------------------------|--|--------------|
| GBA | Christle | StAb. BGF | |
| BMI | Steinbock | RO1'in | |
| BW | Schäfer | KA | |
| BKA | Greschke | KOR | |
| BKA | Schlemer | EKHK | |
| BtVg | Witz | Sonderbeauftragte | |
| BMVg | TOMBERS | Ref. | |
| BMy | Czapka | Rechtspr. | |
| BMy | FREUDING | RLL | |
| BKAmt | HERDMANN | ORR'in | |
| BMI | Beys | RI | |
| BMI | Wagner | RD | |
| BMI | Reinhold | MinR | |
| BKAmt | Rensmann | RD | |
| BMI | Haase | Ref. | |

| Bundesrat: (bitte Druckschrift) | Unterschrift | Dienststellung (bitte nicht abgekürzt) | Land |
|------------------------------------|--------------|--|---------|
| Falk | | OR | Sachsen |
| Sauer | | RR | Berlin |
| Stuhr | | RO2'in | SL |
| NITZSCHE | | RR'in | RP |
| M. Fabian | | BauPr.ang. | RL |
| Schäfer | | MR | BY |
| Pfetsch | | MR | NI |
| F. N. | | OR | SA |
| Dr. Rott | | OR | CC |
| Matthias | | RD | NRW |
| BERNER | | OR'in | HH |
| Müllenbach | | RO'in | TH |
| Schmitt | | RR | HE |
| Schäppel | | MR | ST |

(Beginn: 10.47 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 41. Sitzung dieses Untersuchungsausschusses. Die Sitzung findet in Form einer öffentlichen Beweisaufnahme statt.

Wir kommen zum **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Vernehmung von Zeugen:

- Minister a. D. Dr. Fritz Behrens, MdL
- Bundesanwalt Dr. Hans-Jürgen Förster
- Staatssekretär a. D. Dr. August Hanning

Der Einladung haben Sie entnehmen können, dass für heute ursprünglich drei Zeugen geladen waren, nämlich Herr Minister a. D. Dr. Behrens, den ich hiermit hier bei uns begrüßen darf, Herr Bundesanwalt Dr. Förster und Herr Dr. Hanning, unter anderem früherer Staatssekretär im Bundesinnenministerium.

Der Ausschuss hat vorhin in einer nicht-öffentlichen Beratungssitzung entschieden, dass Herr Dr. Hanning für heute abgeladen wird. Herr Dr. Hanning hat gegenüber dem Ausschuss zu Beginn der Woche geltend gemacht, er habe die Ladung erst sehr kurzfristig erhalten und keine ausreichende Vorbereitungszeit mehr gehabt, sich zu präparieren für seine heutige Zeugenvernehmung. Ganz offenkundig ist Herr Dr. Hanning seitens des Bundesinnenministeriums über den Postweg über seine Ladung informiert worden. Es gibt einige Unklarheiten, wann er denn genau gewusst haben könnte, dass er als Zeuge vorgesehen ist. Jedenfalls kommt er heute nicht, sondern stattdessen am 30. November, das heißt am Freitag der kommenden Woche. Da sich der Ausschuss für den Zeugen Hanning ausreichend Zeit nehmen möchte, ist die für denselben Tag, den 30. November 2012, geplante Zeugenvernehmung von Herrn Dr. Schäuble verschoben. Herr Dr. Schäuble wird entsprechend nicht am 30. November als Zeuge dem Ausschuss zur Verfügung stehen müssen, sondern am 12. Dezember um 12.30 Uhr. - Das zur Information.

Ich stelle fest, dass die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für Ton-, Film- und

Bandaufnahmen mit sich geführt haben, den Sitzungssaal bereits verlassen haben. Ich darf auch die Gäste auf der Tribüne darauf hinweisen, dass Ton- und Bildaufnahmen während der Sitzung grundsätzlich unzulässig sind. Das gilt auch für die Aufzeichnung von dem, was hier gesprochen wird. Insofern darf ich alle Gäste bitten, ihre Mobiltelefone, die zu einem solchen Zweck dienen könnten, auszuschalten.

Vernehmung des Zeugen Dr. Fritz Behrens

Herr Dr. Behrens, ich darf Sie, nachdem ich Sie bereits begrüßt habe, darauf hinweisen, dass das Ausschussekretariat eine Tonbandaufzeichnung Ihrer heutigen Vernehmung anfertigt. Diese Aufzeichnung dient allerdings dem alleinigen Zweck, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern; das heißt, wenn das Protokoll gefertigt ist, wird die Audioaufnahme gelöscht.

Das vorläufige Protokoll bekommen Sie vom Ausschuss mit der Post, vermute ich, zugestellt. Sie haben dann eine Frist von 14 Tagen, innerhalb derer Sie Änderungs- oder Ergänzungswünsche geltend machen können. - Es empfiehlt sich, seine Post zu sichten, stelle ich mit Blick auf Herrn Dr. Hanning fest.

Herr Behrens, Sie sind ordnungsgemäß geladen worden. Die Ladung haben Sie am 2. November 2012 erhalten. Ich stelle fest, dass eine Aussagegenehmigung bezüglich Ihres heutigen Erscheinens als Zeuge vorliegt, ausgefertigt von der Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen und datierend vom 13. November 2012.

Vor Ihrer Aussage, Herr Dr. Behrens, habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir gerade Ausgeführten Fragen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter und Beruf vorzustellen und uns kurz mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift noch aktuell ist.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mein Name ist Dr. Fritz Behrens. Die Anschrift ist aktuell. Ich bin Staatsminister a. D., Landtagsabgeordneter im Ruhestand, Landesbeamter Nordrhein-Westfalen im Ruhestand, als Rechtsanwalt niedergelassen und ehrenamtlicher Präsident der Kunststiftung Nordrhein-Westfalen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Noch ein Hinweis global: Es ist für 14.30 Uhr eine namentliche Abstimmung im Plenum des Deutschen Bundestages angekündigt. Wir werden aus diesem Grund dann die Sitzung unterbrechen, möglicherweise ein bisschen vorher, und das mit einer Mittagspause kombinieren. Das ist vorhin so verabredet worden. Nur, damit Sie das auch wissen.

Herr Behrens, wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich vor Ihrer Befragung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie vorab gefragt, ob Sie davon Ge-

brauch machen möchten. Das haben Sie bejaht. Insofern erteile ich Ihnen für eine einleitende Darstellung zum Untersuchungsgegenstand hiermit das Wort.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zunächst möchte ich mich für die Einladung in diesen 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode herzlich bedanken. Sie gibt mir Gelegenheit, zu den Ereignissen, die zur Untersuchung anstehen, aus meiner Sicht etwas zu sagen und vielleicht auch dazu beizutragen, dass der Untersuchungsauftrag erreicht werden kann.

Erlauben Sie mir, dass ich in Kürze einige allgemeine Gedanken vortrage und dann vor allem auf die Geschehnisse im Zusammenhang mit dem Anschlag in Köln am 9. Juni 2004 und deren Kommentierung und öffentliche Bewertung eingehe, weil sie für meine Amtszeit als Innenminister offenbar im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

Nach wie vor empfinde ich es als unbegreiflich und beschämend für unseren Staat und unsere Gesellschaft, dass, wie wir seit nun gut einem Jahr wissen, eine rechtsextremistische Terrororganisation so lange unentdeckt bleiben, ihre Taten begehen und so unendlich viel Leid verursachen konnte. Ich bin noch heute fassungslos, dass Derartiges in unserem Land geschehen konnte.

Bis zur Aufdeckung im November 2011 hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass eine rechtsextremistische Untergrundorganisation so lange im Verborgenen bleiben könnte, dies umso mehr, als die Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen - jetzt spreche ich von Nordrhein-Westfalen - traditionell seit vielen Jahren in der Politik der inneren Sicherheit eine zentrale Rolle spielte. Seit 1978 hatte ich an der Seite des früheren Innenministers Herbert Schnoor als dessen Büroleiter in der Staatskanzlei und im Innenministerium Nordrhein-Westfalen, danach als Büroleiter von Ministerpräsident Johannes Rau - von 1983 bis 1986 war ich das -, sodann als Regierungspräsident in Düsseldorf und schließlich als Justizminister von 1995 bis 1999 vielfach Gelegenheit, an den politischen Diskussionen zu diesem Thema mitzuwirken und eigene Beiträge einzubringen, bevor diese Frage dann ab 1998 zu einer meiner zentralen Aufgaben als Innenminister wurde. Ich darf sagen, dass wir alle, die wir

in all den Jahren hier Verantwortung trugen, in der Vorstellung lebten, alles zu tun, um die Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen, den Anfängen zu wehren und konsequent gegen rechts vorzugehen.

Erwähnen möchte ich beispielhaft und auch nur stichwortartig die Ereignisse im Jahr 2000; ich war in diesem Jahr Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Sie erinnern sich wahrscheinlich noch an die Anschläge in Düsseldorf, den Anschlag am S-Bahnhof Wehrhahn am 27. Juli 2000, der bisher immer noch nicht aufgeklärt werden konnte, und etwas später den Anschlag auf die Synagoge Düsseldorf am 2. Oktober 2000, der gottlob schnell aufgeklärt werden konnte. Weil dort zunächst antisemitische und fremdenfeindliche Motive nicht ausgeschlossen werden konnten, führten diese beiden Ereignisse zu heftigen innenpolitischen Diskussionen, an die ich noch sehr lebhaft Erinnerungen habe, über die Bekämpfung des Rechtsextremismus und schließlich zur Einleitung des NPD-Verbotsverfahrens, das maßgeblich unter meinem Vorsitz in der IMK im Herbst 2000 vorbereitet wurde. Erinnert sei auch an das in diesem Jahr im September erfolgte Verbot der Skinheadgruppierung „Blood & Honour“ durch den BMI.

Auf meine Initiative hat damals die Landesregierung Nordrhein-Westfalens schon am 18. August 2000 ein umfangreiches Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus beschlossen. Es enthielt einen 81-Punkte-Katalog mit Maßnahmen in allen politischen Handlungsfeldern. Der damaligen Landesregierung lag dieses Projekt sehr am Herzen.

Die Gefahr einer organisierten terroristischen Bedrohung durch den Rechtsextremismus ist in jenen Jahren für Nordrhein-Westfalen als nicht sehr konkret eingeschätzt worden. Es gab zwar gelegentlich einige besorgniserregende Indizien, wie zum Beispiel Waffenfunde und militante Äußerungen Einzelner, aber keine konkreten Hinweise. Im Mittelpunkt unserer politischen Bemühungen standen die weitere konsequente Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes und - ich nenne es einmal so - die Immunisierung der Bevölkerung durch ein Bündel von unterstützenden und aufklärenden Maßnahmen seitens der Landesregierung und zur Unterstützung Dritter. Wir waren damals fest davon überzeugt, nach bestem Wissen und Kräften bemüht, alles zu tun, um dem Rechtsextremismus konsequent entgegenzutreten und eben die Lehren aus der deut-

schen Geschichte zu ziehen. Zugleich und parallel dazu - das wissen Sie natürlich genauso gut wie ich - wurde die innenpolitische Diskussion jener Jahre seit dem 11. September 2001 maßgeblich beeinflusst durch den Kampf und die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus.

Bis zum Juni 2005, also bis vor etwas mehr als sieben Jahren, habe ich als Innenminister in Nordrhein-Westfalen für die Arbeit der dortigen Sicherheitsbehörden die politische Verantwortung getragen. Seit dem Anschlag in der Keupstraße in Köln am 9. Juni 2004 sind mittlerweile mehr als acht Jahre vergangen, und naturgemäß sind meine persönlichen Erinnerungen an die damaligen Ereignisse verblasst, zumal ich schon ein Jahr später, im Juni 2005, aus dem Amt des Innenministers ausgeschieden bin und seit meinem Ausscheiden aus dem Ministeramt das Feld der Innenpolitik nicht weiter bearbeitet habe, sondern mich komplett anderen politischen Feldern und Aufgaben zugewandt habe.

Ich habe deshalb versucht, anhand der mir noch zugänglichen Unterlagen und aufgrund von Presseberichten, die ich im Internet recherchiert habe, mein Gedächtnis wieder aufzufrischen, um Ihnen Rede und Antwort stehen zu können. Dabei konzentriere ich mich auf den Anschlag am 9. Juni 2004 in Köln. Denn der Mord an dem Dortmunder Kioskbesitzer Mehmet Kubasik am 4. Juni 2006 geschah nach meiner Amtszeit als Innenminister; dazu kann ich also keine Auskunft erteilen.

Der Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse in Köln am 19. Januar 2001 ist seinerzeit nach meiner Erinnerung weniger spektakulär wahrgenommen worden. Es gab damals keine Hinweise auf bestimmte Täter, und ein Zusammenhang dieser Tat mit dem NSU ist ja ebenfalls erst Ende 2011 mit der Bekenner-CD bekannt geworden.

Ich möchte hier das persönliche und innenpolitische Umfeld in Nordrhein-Westfalen im Juni 2004, als der Anschlag in der Keupstraße in Köln geschah, kurz skizzieren:

Erstens. Zu mir persönlich so viel: Der Tag des Kölner Anschlages, der 9. Juni 2004, war der Mittwoch vor Fronleichnam, der in Nordrhein-Westfalen ein Feiertag ist. Ich selber hatte aus persönlichen Gründen im Anschluss an diesen Feiertag bis zum darauffolgenden Montag einschließlich Urlaub, weil ich damals umgezogen bin. Seit dem Nachmittag des Tattages und an den

fünf Tagen unmittelbar nach dem Anschlag war ich also nicht im Büro, sondern habe mich telefonisch informiert und auf dem Laufenden gehalten.

Zweitens. Die innenpolitischen Diskussionen in Nordrhein-Westfalen in jenen Tagen unmittelbar um den 9. Juni waren von folgenden Themen bestimmt, nur um Ihnen ein Bild der damaligen Situation kurz zu skizzieren: Es ging damals um die sogenannte Kaplan-Abschiebung. Der oder die eine oder andere wird sich erinnern an die vielen vergeblichen Bemühungen der Innenverwaltung Nordrhein-Westfalens, Herrn Kaplan in die Türkei abzuschicken. Das prägte damals ganz maßgeblich die innenpolitische Diskussion. In der Woche vor dem 09.06. hatte es im Landtag dazu eine Sondersitzung des Innenausschusses mit anschließender sehr breiter Presseberichterstattung gegeben. - Im Vorfeld der IMK gab es eine heftige Diskussion auch in unserem Lande über die Sicherheitsarchitektur in Deutschland - ein Thema, das ja nach wie vor nicht unaktuell geblieben ist. Es gab heftige Diskussionen, sehr kontroverse Diskussionen um die Vorschläge des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily, auch Gegenvorstellungen von mir. - Es gab Berichterstattungen und Diskussionen um die Einführung des sogenannten Onlineanzeigeverfahrens bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen. - Schließlich, als Letztes, möchte ich erwähnen: Damals stand, was den Rechtsextremismus betraf, eine geplante rechtsextremistische CD-Verteilaktion - Musik-CDs - an Schulen in Nordrhein-Westfalen im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. - So viel zu einigen Debatten im unmittelbaren zeitlichen Umfeld des 9. Juni 2004 aus meiner persönlichen Sicht.

Die Abläufe am 9. Juni 2004 und am Tage danach sind Ihnen aus den Akten und den bisherigen Aussagen vor diesem Ausschuss bekannt, sodass ich im Moment darauf verzichten kann, sie Ihnen hier vorzutragen. Deshalb komme ich sofort dazu, auf das einzugehen, was im Zusammenhang mit meiner Person bisher öffentlich dargestellt worden ist.

Schon am Samstag, dem 12.04.2004, findet sich in einem Bericht des *Kölnischer Stadt-Anzeigers* die Darstellung, Bundesinnenminister Otto Schily und ich hätten am 11.06.2004, also am Tag vorher, an dem Freitag, einen terroristischen Hintergrund des Anschlages in Köln, ein politisches oder

fremdenfeindliches Motiv ausgeschlossen. In wenigen folgenden Berichten anderer Medien der damaligen Tage und auch in neueren Darstellungen in den Medien und auch in politischen Kommentaren wird das bis heute so wiederholt. Dazu sage ich hier:

Erstens. Eine Pressemitteilung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen mit diesem Inhalt oder gar eine gemeinsame Erklärung mit dem Bundesinnenministerium hat es nicht gegeben. Insofern ist die Berichterstattung, auch die Kommentierung, die sich darauf bezieht, falsch.

Zweitens. Es ist wahrscheinlich - und so weisen es ja auch die Ihnen vorgelegten Protokolle des Lagezentrums des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen aus; aber insoweit habe ich keine konkrete Erinnerung mehr -, dass ich zu Hause aus dem Ministerium angerufen worden oder informiert worden bin. Sicher scheint mir zu sein, dass ich mit dem damaligen Landeskriminaldirektor im Innenministerium telefoniert habe, um mich informieren zu lassen. Vermutlich hat er mir gesagt, dass es zu den Motiven des Kölner Anschlages nach Auskunft der örtlichen Behörde noch keine Hinweise gebe. Das war am Abend des 09. Juni¹ so, und das war auch am Morgen oder Mittag des 10. Juni¹ so. Darüber gibt es ja auch, wie ich heute weiß, Notizen in der Lagedokumentation des Lagezentrums des Innenministeriums. Ich schließe nicht aus, dass ich die Einschätzung, es gebe bisher keine Erkenntnisse über die Motive des Anschlages, auf Befragen dann auch Dritten, allerdings nicht der Öffentlichkeit gegenüber, weitergegeben habe. Ich habe keine Kontakte zur Öffentlichkeit gehabt nach meiner Erinnerung. Ich war eben im Urlaub. Wer mich ein wenig näher kennt, weiß, dass ich bei öffentlichen Äußerungen in vergleichbaren Fällen immer sehr abwägend und zurückhaltend gewesen bin - bis zum heutigen Tage.

Auch der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen hat - wie Sie wissen; denn Dr. Möller hat Ihnen hier Rede und Antwort gestanden - trotz von dort unternommener Aufklärungsbemühungen keine Hinweise auf einen rechtsextremistischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund gehabt.

Meine dokumentierte Nachfrage im Lagezentrum des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen am Abend des 09.06.2004 - wörtlich, ich zitiere -: „Warum ist der Verfassungsschutz ... eingeschaltet?“, hatte einzig und allein den Grund, zu erfahren, ob es

¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

Hinweise auf einen extremistischen, verfassungsfeindlichen Hintergrund gebe und ob ich darüber etwas wissen müsse. Diese Frage ist mir dann unmittelbar darauf vom Referatsleiter der Kriminalpolizei im Innenministerium Nordrhein-Westfalen negativ beantwortet worden.

Ich kann nicht ausschließen, dass ich möglicherweise diese frühe Information aus der Polizei, wonach es zum damaligen Zeitpunkt keine Hinweise auf das Motiv und einen fremdenfeindlichen Hintergrund gegeben habe, so auch an Dritte weitergegeben habe, zum Beispiel an den Ministerpräsidenten. Anzunehmen oder gar zu unterstellen, wie ich vereinzelt gelesen habe, mit dieser Nachfrage „Warum ist der Verfassungsschutz ... eingeschaltet?“ hätte ich die Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden in eine bestimmte Richtung lenken wollen oder auch ohne Absicht gelenkt, ist nach meinem Dafürhalten absurd und an den Haaren herbeigezogen, und ich weise es mit aller Deutlichkeit zurück. Ich habe niemals als Innenminister oder zuvor als Justizminister in Nordrhein-Westfalen die Ermittlungsarbeit der Justiz- oder Polizeibehörden manipuliert.

Wie ich heute aus den mir auszugsweise zugänglichen Akten, die auch Ihnen übersandt wurden, weiß und aus damals erschienenen Presseberichten, die ich recherchiert habe, haben sowohl Staatsanwaltschaft wie Polizei Köln von Anfang an zur Frage möglicher Motive und Hintergründe des Anschlags in jeder Hinsicht offene Formulierungen gewählt. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass sich die Ermittler durch öffentliche Kommentierungen von Ministern in den Medien keinesfalls in ihrer Ermittlungsarbeit haben beeinflussen lassen.

So erklärte zum Beispiel der Kölner Kriminaloberrat Tobias Clauer in einem Interview mit dem *Kölner Stadt-Anzeiger* am 22.10.2004 - ich zitiere ihn nach der Zeitung², der Berichterstattung -:

Wir haben von Anfang an in alle Richtungen ermittelt und uns nicht direkt festgelegt. Es gibt kein Bekennerschreiben und von daher auch keinen Hinweis auf eine terroristische Organisation. Letztlich kann aber nichts ausgeschlossen werden.

Ende dieses Zitats von Herrn Clauer.

Alle diese Einschätzungen entsprachen aus damaliger Sicht dem Kenntnisstand der

Behörden; aus heutiger Sicht aber waren sie leider falsch. Aber was wir heute wissen, wussten wir damals leider nicht. Wie wir heute wissen, war das eine fatale Unterschätzung und Fehleinschätzung mit verheerenden Folgen.

Mehr als acht Jahre nach dem Anschlag von Köln kann ich heute nur sagen: Es ist ein Menetekel, eine Katastrophe für die Sicherheitsbehörden, Justiz, Polizei, Verfassungsschutz in Bund und Ländern und damit auch für die politisch Verantwortlichen, dass die Untaten des rechten Terrornetzwerkes NSU nicht früher aufgedeckt und/oder jedenfalls teilweise verhindert werden konnten. Das Ansehen unseres Staates und seiner Sicherheitsbehörden hat dadurch im In- und Ausland langanhaltenden Schaden genommen.

Ich unterstützte sehr, dass die Gründe dafür lückenlos aufgeklärt und die Ursachen des Versagens angegangen werden. Es muss geklärt werden, wie Ähnliches in Zukunft ausgeschlossen und verhindert werden kann, welche Lehren gezogen werden müssen. Das sind wir, so meine ich, den Opfern und den Hinterbliebenen schuldig.

Das verloren gegangene Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Sicherheitsapparates und des Staates muss schnellstmöglich wiederhergestellt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden muss besser, Abschottungen, Vorbehalte, Grabenkämpfe müssen überwunden werden.

Für die damaligen langjährigen Fehleinschätzungen tragen sicher die politisch Zuständigen in Bund und Ländern die politische Verantwortung - auch ich als damaliger Innenminister in Nordrhein-Westfalen. Dazu bekenne ich mich ohne Wenn und Aber. Dass den Sicherheitsexperten und mir damals Fehleinschätzungen aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Informationen unterlaufen sind und dass sie nicht schneller korrigiert werden konnten, bedaure ich außerordentlich. Es tut mir auch persönlich sehr leid. Bei allen Leidtragenden vor allem der Kölner Anschläge kann ich mich dafür nur entschuldigen. Ihnen ist auch im Nachhinein ungewollt viel Leid zugefügt worden und Unrecht geschehen. Wiedergutmachen können wir das nur, wenn die Ereignisse nun schnell aufgeklärt und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Deshalb ist es auch gut, dass der Generalbundesanwalt so schnell Anklage gegen Frau Zschäpe und vier Unterstützer des NSU erhoben hat, damit schnellstmöglich auch eine gerichtliche

² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Klärung der Geschehnisse herbeigeführt werden kann.

So weit, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine einführenden Worte. Ich stehe nun für Fragen zur Verfügung und werde darauf, auch wenn die mich betreffenden Ereignisse mittlerweile acht und mehr Jahre zurückliegen, nach meinem Erinnerungsvermögen gern antworten.

Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Zeuge, vielen Dank für die einleitenden Ausführungen. Ich will hier gerne festhalten, dass es bisher nicht allzu oft passiert ist, dass sich hier ein Zeuge zu eigener Verantwortung auch bekennt. Das finde ich beachtlich.

Ich will einleitend einige Fragen an Sie richten. Herr Behrens, Sie waren ja in einem Zeitraum von zehn Jahren Landesminister im Bundesland Nordrhein-Westfalen, von 1995 bis 2005, und in dieser Zeit von 1998 bis zu Ihrem Ausscheiden aus dem Landeskabinett Innenminister. Jetzt haben Sie einleitend geäußert, das sei schon lange her mit dem Anschlag in der Keupstraße 2004; Sie hätten sich noch mal einlesen müssen. Herr Behrens, in Ihrer Zeit als Innenminister, wie viele Anschläge sind denn in Nordrhein-Westfalen verübt worden mit bis zu 30 zum Teil Schwerverletzten, außerhalb des Anschlages 2004 in der Keupstraße?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das waren sicherlich wenige; ich kann mich an keinen anderen im Moment erinnern - um das so zu beantworten³. Aber es hat eine Fülle von, ich sage mal, besonderen Ereignissen im Laufe meines Innenministerlebens gegeben: etwa im Jahre 2005 allein in Nordrhein-Westfalen die Ermordung von fünf Polizisten durch drei Ereignisse, was damals sehr viel Aufsehen erregt hat und sehr viel Furore gemacht hat, und einige andere Großereignisse, die einen natürlich dann auch sehr beschäftigen, wie etwa ein Castor-Transport und Ähnliches. Aber einen Bombenanschlag in dieser Art hat es so in Nordrhein-Westfalen nicht³ gegeben nach meiner Erinnerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich gehe ja auch davon aus, Herr Behrens, dass, zumal in einem bevölkerungsreichen Flächenland, wenn man da sieben Jahre Innenminister ist, es mehr als eine Straftat

gegeben haben muss. Aber jetzt von der Dimension her: An ein vergleichbares Anschlagsgeschehen können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein⁴.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann gehe ich doch davon aus, wenn das ein herausragendes Ereignis gewesen ist, dass man sich dafür auch als zuständiger Minister sehr interessiert.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das kann man wohl sagen. Ja, natürlich, das steht dann lange, für lange Zeit im Mittelpunkt auch der politischen Beschäftigung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber bis zum Auffliegen der Terrorzelle im November 2011 hatten Sie das nicht mehr in der Erinnerung präsent?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Natürlich habe ich den Anschlag in Erinnerung gehabt, aber nicht Einzelheiten, die möglicherweise hier den Ausschuss interessieren könnten. Deshalb habe ich mich bemüht gefühlt, mich auf die Sitzung hier vorzubereiten, damit ich etwas mehr an Kenntnissen wieder einbringen kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie eigentlich damals jemals mit Opfern dieses Anschlages gesprochen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das habe ich nach meiner Erinnerung damals nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie es im Nachhinein getan?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Auch nicht. Ich bin ja dann knapp ein Jahr später schon aus dem Amt des Innenministers ausgeschieden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Ich meine: Im Verlauf des letzten Jahres haben Sie es auch nicht getan?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das habe ich akustisch nicht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Im Laufe des letzten Jahres haben Sie auch nicht Kontakt zu den - -

³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, nein. Es hat keine Kontakte gegeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Stracke und ich hatten im Sommer Kontakt und waren da durchaus sehr berührt, als wir unter anderem gehört haben von einer Mutter eines damals Anfang-20-jährigen Anschlagsoffers, die berichtet hat, wie sie am Bett ihres Sohnes in der Intensivstation gesessen habe und noch am Abend des Tattags Polizeibeamte vorbeigekommen seien, um DNA-Proben zu nehmen. Das hätte man wahrscheinlich auch später machen können. Die Wahrscheinlichkeit, dass der junge Mann am nächsten Tag die Klinik verlässt, war ausgesprochen gering, wenn man sich auf der Intensivstation aufhält. War das übliche Praxis in Nordrhein-Westfalen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das kann ich Ihnen so nicht beantworten, weil ich als Minister natürlich niemals dabei gewesen bin, wenn die ermittelnden Polizeibeamten DNA-Proben irgendwo erhoben haben. Aber das, was Sie schildern, Herr Vorsitzender, das ist kein Ausweis von besonderer Sensibilität.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das kann man wohl so sagen. - Herr Behrens, können Sie ein bisschen näher und vielleicht auch detaillierter, soweit es Ihnen möglich ist, erläutern, wie Sie informationsmäßig bzw. auch was Nachfragen von Ihnen betrifft, eingebunden waren am Tattag, was den Anschlag am 9. Juni 2004 in der Keupstraße betrifft?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich hatte Ihnen ja eben berichtet, dass ich an diesem Tag praktisch in Urlaub gegangen bin, um umzuziehen, und zum Zeitpunkt der Meldung nicht mehr im Büro war und dann telefonisch informiert worden bin. Das ergibt sich ja aus den Protokollen des Lagezentrums, die Ihnen vorliegen, wann der Anruf war: um 17 Uhr irgendwas, um 40, 45 so was.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 17.25 Uhr.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe mir die Daten zwar rausgeschrieben und auch dabei, aber nicht einzeln im Kopf.

Das ist natürlich zunächst mal, weil man ja auch nicht weiß: „Was genau ist pas-

siert?“⁵ - - Es wird einem ja⁵ das mitgeteilt, was die erste WE-Meldung, so heißt das ja, dann im Lagezentrum an Informationen bringt: dass es in Köln einen Vorfall gegeben habe mit Explosion. Man wusste ja anfangs noch nicht, was die Hintergründe waren und was wirklich passiert war.

Natürlich ist es dann so: Wenn man darüber informiert wird, dann bittet man als Erstes darum, weiter informiert gehalten zu werden, wenn es weitere Erkenntnisse gibt. Man selber informiert als Innenminister im Zweifel dann zum Beispiel den Ministerpräsidenten, damit der gegebenenfalls gerüstet ist, auf Fragen antworten zu können und sich darauf einzustellen, dass hier ein besonderes Ereignis im Land geschehen ist.

Dann bleibt man am Ball; das ist keine Frage. Man wird natürlich in einer gut eingeübten Behörde - das war das Innenministerium Nordrhein-Westfalen ganz sicherlich zu jener Zeit und sicher auch bis zum heutigen Tage - automatisch in einer Art Berichtswesen ständig auf dem Laufenden gehalten von den leitenden Beamten, in diesem Falle der Polizeiabteilung und des Lagezentrums, zu denen man ohnehin einen nahezu ständigen Kontakt tags und nachts hat, vor allem den Beamten des Lagezentrums, mit denen man vielfältige Kontakte hat, die einen ja auch ständig informieren über besondere Ereignisse im Land. Das war ein geübtes Verfahren.

So war es auch an diesem Tag. Ich habe sie sicherlich gebeten, mich dann im weiteren Verlauf der Ermittlungen auf dem Laufenden zu halten. Es hat ja dann danach auch weitere Kontakte gegeben, was Ihnen ja⁵ auch bekannt ist, unter anderem auch meine Nachfrage: „Warum ist der Verfassungsschutz ... eingeschaltet?“, auf die ich ja⁵ eben kommentierend eingegangen bin, nämlich weil ich wissen wollte: Gibt es dafür irgendeinen Grund, dass der Verfassungsschutz vielleicht unterstellt oder Hinweise hat, dass fremdenfeindliche oder sonstige, den Verfassungsschutz als verfassungsfeindliche Bestrebungen interessierende Erkenntnisse vorgelegen haben? Das ist zu dem Zeitpunkt, an dem Abend des 9. Juni, allerdings dann verneint worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Binninger möchte eine Zwischenfrage stellen. Bitte.

⁵ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Zeuge, wir haben zwar nachher noch viel Zeit miteinander, aber weil Sie es gerade so präzise schildern, hätte ich dazu gleich eine Nachfrage zu diesem Telefonat: „Warum ist der Verfassungsschutz ... eingeschaltet?“, weil mir das auffiel. Wenn ich das Protokoll, das wir nachher noch mal durchgehen Stunde für Stunde - MAT A NW-6 I - - 21.03 Uhr ist Ihre Anfrage: „Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet?“ So protokolliert der Beamte im Lagezentrum Ihren Anruf. Also er hat nicht Sie angerufen; Sie haben ihn abends, wohl von zu Hause, dem neuen oder alten Domizil, je nachdem, wo Sie gerade waren, angerufen. Da habe ich mich gefragt: Sie wussten ja in dem Moment schon, dass der Verfassungsschutz ermittelt, weil Sie wollen ja das Warum wissen. Wer hat Ihnen denn das gesagt? Das scheint nicht über das Lagezentrum gelaufen zu sein. Da müssen Sie doch von irgendjemandem davor den Hinweis bekommen haben: Stellen Sie sich mal vor, jetzt ist auch der Verfassungsschutz noch unterwegs. Wissen Sie das noch?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, Herr Binninger, das weiß ich nicht mehr, wer mich darüber informiert hat. Es könnte der Leiter der Verfassungsschutzabteilung gewesen sein - das mag sein -, zu dem ich ein sehr enges Verhältnis damals auch schon hatte. Wir standen in einem ständigen Informationsaustausch. Das weiß ich nicht.

Aber Sie müssen sich bitte vorstellen, dass in einem solchen Fall der Kommunikationsverkehr, der stattfindet, ja nicht über das Lagezentrum allein stattfindet. Das Lagezentrum bekommt von dem, was etwa der Minister an Kommunikation oder auch was leitende Kriminalbeamte im Ministerium an Kommunikation haben, na, vielleicht die Spitze des Eisberges mit. Es gibt daneben ja Telefonate und andere Arten zu kommunizieren, Gespräche, Besprechungen, die nicht über das Lagezentrum laufen und auch dort nicht dokumentiert werden. Insofern ist das ein unvollständiger Auszug aus dem Kommunikationsgeschehen dieser Tage oder dieses Abends, wenn man das Protokoll des Lagezentrums allein zugrunde legt.

Es hat daneben sicherlich viele andere Telefonate und Gespräche gegeben, an die ich mich aber konkret im Moment nicht erinnern kann. Also die Frage: „Wer hat mich darüber informiert, dass auch der Verfas-

songsschutz dazu etwas sagt, vor Ort ist oder was auch immer tut?“ - - das erinnere ich im Moment nicht, wer das gewesen ist. Aber es scheint ja so gewesen zu sein. Denn sonst hätte ich diese Frage nicht gestellt.

(Abg. Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, ich habe auch zu dem Komplex noch durchaus - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Verständnisfrage!)

- Ja, ich auch. Aber gut, bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das steht in Ihrer Hand.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist in Ordnung. Machen Sie.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur eine Verständnisfrage. - Sie sagten eben: Diese Frage wurde negativ beantwortet. Wie kann man eine Warum-Frage negativ beantworten? Also hieß es: „Der Verfassungsschutz ermittelt nicht“? Oder was war das Negative an der Antwort?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ihre Frage verstehe ich gut, weil das ist natürlich kryptisch, was da notiert ist vom Lagezentrum. Das sind ja nicht ganze Gesprächsverläufe, die da notiert werden, sondern nur ein Anlass, ein Grund, weshalb man kommuniziert.

Im Zweifel ist es so gewesen, dass ich angerufen habe und eine Information haben wollte zu der Frage, von der ich gehört hatte - es mag im Übrigen auch in den Medien gewesen sein, in den Nachrichten oder was auch immer -: Warum ist der Verfassungsschutz eingeschaltet? Gibt es irgendwelche Hinweise auf verfassungsfeindliche Bestrebungen, Hintergründe? Diese Frage ist dann von der Polizei, später von Herrn, ich glaube, Landeskriminaldirektor Brillo - ist das gewesen -, mir unmittelbar, ohne dass das vom Lagezentrum dokumentiert worden ist - - Das Lagezentrum hat nur dokumentiert, es wird ein Kontakt zwischen, ich glaube, Brillo oder Behrendt und mir hergestellt; Behrendt, mit „dt“ am Ende, ist der leitende Kriminalbeamte des Landes gewesen. Es wird ein

Telefonkontakt hergestellt. Und damit war für das Lagezentrum diese Frage erledigt.

Für mich hieß das, die Auskunft: Es gibt bisher keine Hinweise auf den Hintergrund des Geschehens in Köln, also keine Hinweise darauf, dass es irgendeinen Grund gebe, dass der Verfassungsschutz dort tätig wird.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Behrens, ich habe mich hier gerade noch mal umgehört: In den Akten des Verfassungsschutzes finden wir keine Hinweise auf einen Kontakt zu Ihnen, was ja nicht heißen muss, dass es einen solchen nicht gegeben hat. Es spricht ja sogar einiges dafür, wenn Sie selber das Lagezentrum dann an dem Abend noch mal angerufen haben.

Ich will nur Ihnen folgenden Vorhalt machen. Das ist die Lagedokumentation vom 9. Juni 2004 des Lagezentrums der Polizei; das ist MAT A NW-6 I. In diesem Protokoll tauchen Sie an zwei Stellen auf, einmal mit dem Hinweis:

17.25 Uhr
LZ an Minister
- Informationsweitergabe

und dann, Stunden später:

21.03 Uhr
Anfrage Minister Behrens an LZ:
Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet?
Bitte um Vermittlung eines Gesprächspartners (entweder die Herren W., B. oder S.)

Das deutet, jedenfalls nach Inaugenscheinnahme, durchaus darauf hin, dass Sie ja selber, jedenfalls am Abend des Tages, noch mal initiativ geworden sind, selber das Lagezentrum kontaktiert haben müssen. Ist Ihnen das so erinnerlich? Also, wenn ich Ihnen da nicht zu nahe trete: Wie hat man sich das vorzustellen, wenn Sie im Urlaub sind und umziehen? Waren Sie da gerade im Möbelwagen unterwegs, als Sie der Anruf erreicht hat, oder wie war das?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, die Umzugsentfernung, um das hier aufzuklären, betrug 25 Kilometer, von Düsseldorf aufs Land. Ich war durchaus in der Nähe, aber eben mit Arbeiten im Hause, entweder in der

leerzuräumenden Wohnung oder in dem zu beziehenden Haus, beschäftigt.

Nein, ich meine - - Ich habe Ihnen ja eben schon auf die Frage von Herrn Binnerer gesagt: Es gab natürlich eine Kommunikation und hat es immer gegeben jenseits dessen, was über das Lagezentrum läuft und was dort protokolliert und dokumentiert wird. Und an diesem Abend haben sicherlich die Telefone nicht stillgestanden - - etwa mit dem Pressesprecher des Innenministeriums zu telefonieren, der - -

Ich vermute, dass es möglicherweise eine Information aus dem Pressereferat gewesen ist, die mich dazu geführt hat - es wird behauptet, der Verfassungsschutz sei auch eingeschaltet -, nachzufragen: Stimmt das? Ist das wahr? Und wenn ja: Warum? Die Antwort darauf war eben: Nein, es gibt bisher keine Hinweise darauf, dass es Gründe gäbe, etwa den Verfassungsschutz hier einzuschalten. Also, es ist nach wie vor offen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Herr Behrens, dann will ich noch mal konkreter nachfragen: Um 16.25 Uhr war der Anschlag. Um 17.25 Uhr sind Sie vom Lagezentrum informiert worden. Welchen Inhalt hatte denn diese Information an Sie?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, das kann ich natürlich jetzt wörtlich nicht mehr wiedergeben. Ich denke mal: Herr Minister, wir müssen Sie darüber informieren - - Und dann wird im Zweifel der Inhalt der dem Lagezentrum vorliegenden WE-Meldung aus Köln vorgelesen worden sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war was?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: In Köln hat es einen Anschlag gegeben oder hat es ein Vorkommnis gegeben; eine Explosion in der Keupstraße mit vielen Verletzten; Großeinsatz usw.; im Moment keine Erkenntnisse über Hintergründe. - So etwa könnte es gewesen sein; jetzt in Kurzform und ... (akustisch unverständlich)⁶.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das scheint mir nicht besonders nahe liegend zu sein. Wir finden in den Unterlagen - MAT A

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blätter 3 und 7.

⁶ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

BMI-4/57 e* - eine Meldung, Polizei Nordrhein-Westfalen, 17.56 Uhr; das war eine halbe Stunde nach Ihrem Telefonat. Ich zitiere: „Betr.: terroristische Gewaltkriminalität“. Das gibt es ja erfreulicherweise nicht so häufig in Deutschland. Hat man Ihnen, als man Sie angerufen hat seitens des Lagezentrums, 17.25 Uhr, gesagt, dass sehr wohl die Möglichkeit bestünde, es handle sich um einen terroristischen Anschlag?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das kann ich so weder verneinen noch bejahen, weil ich daran keine Erinnerung mehr habe. An den Wortlaut kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, aber Herr Behrens, wenn man Innenminister eines Landes ist: Mit wie vielen Verdachten auf terroristische Anschläge haben Sie es denn zu tun gehabt in Ihrer Amtszeit von sieben Jahren?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe gesagt: Das war⁷ der einzige dieser Art.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und das ist nicht mehr in Erinnerung?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist mir nicht in Erinnerung, mit welchen Worten ich informiert worden bin durch das Lagezentrum. Ob mir das wörtlich vorgelesen worden ist oder mit anderen Worten geschildert worden ist, das weiß ich heute nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, sagen wir mal so: Wenn es so gewesen wäre, man hätte gesagt: „Herr Minister, wir wissen, Sie sind gerade am Umziehen, aber es hat sich mutmaßlich in Köln ein terroristischer Anschlag ereignet mit bis zu 30 zum Teil Schwerverletzten“, müsste einem das nicht, auch wenn man nicht mehr Innenminister in Nordrhein-Westfalen ist, in Erinnerung bleiben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist mir auch noch gut in Erinnerung, nur nicht im Wortlaut, Herr Vorsitzender. Deshalb kann ich Ihnen auf diese Frage nur so antworten, wie ich das getan habe. Natürlich ist man in Alarmstimmung - das ist gar keine Frage -

und lässt sich dann fortlaufend weiter informieren - das ist selbstverständlich -, um zu sehen: Gibt es einen Grund, etwa den Urlaub abzubrechen oder auf andere Weise zu reagieren?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wollte ich Sie gerade fragen. Haben Sie das erwogen, vielleicht Ihren Urlaub zu unterbrechen, um sich selber ein Bild zu machen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das habe ich ganz gewiss erwogen; denn das wäre nicht das erste Mal gewesen. Ich habe meinen Urlaub mehrfach unterbrechen müssen während meiner Zeit als Innenminister wegen besonderer Vorkommnisse.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Diese besonderen Vorkommnisse hatten aber nicht die Qualität eines möglichen terroristischen Gewaltaktes?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist ja unmittelbar dann nachher, Herr Vorsitzender, wie Sie auch wissen, auch korrigiert worden, diese Einschätzung „terroristischer Anschlag“ oder ähnliche Bezeichnung; das ist ja später auch im Betreff verändert worden. Das geht nicht auf meine Initiative zurück, sondern das hat die Polizei von sich aus veranlasst, weil es zu diesem Zeitpunkt keine Hinweise auf einen terroristischen Hintergrund gab.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie können sich nicht daran erinnern, was jetzt Gegenstand der Unterrichtung war, die Sie um 17.25 Uhr erhalten haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Eine Explosion in Köln mit mehreren Verletzten; das sicherlich. Aber wie der Betreff war und ob es überhaupt einen Betreff in dem Telefonat gegeben hat, das kann ich Ihnen so nicht mehr sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ob es einen Betreff in dem Telefonat gegeben hat?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ja, was wörtlich der Beamte des Lagezentrums mir am Telefon erzählt hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer hat Sie denn angerufen?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 58.

⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ein Beamter des Lagezentrums, dessen Namen ich jetzt nicht mehr weiß.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Ich vermute mal, dass ich hier - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist das übliche Vorgehen in solchen Fällen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber da hat doch nicht jeder Beamte Ihre Telefonnummer, oder?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das Lagezentrum weiß natürlich ständig, wo ich bin.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Lagezentrum schon. Es wird ein federführender Beamter gewesen sein wahrscheinlich.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist - - Da sitzen⁸ - - saßen zu der Zeit in einer Schicht mindestens drei Leute.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie können sich nicht erinnern, wer das war genau?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das weiß ich nicht

Vorsitzender Sebastian Edathy: Namentlich?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie können sich - - Ich frage jetzt noch mal, weil das ja kein unwichtiger Punkt ist: Hat diese Person, an deren Namen Sie sich nicht erinnern können, das Wort „Terrorismus“ oder „terroristisch“ gebraucht?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nach meiner Erinnerung nicht. Aber ich kann es weder ausschließen noch bestätigen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir finden dann in dem Protokoll weiter - 17.25 Uhr war der Anruf des Lagezentrums bei Ihnen - :

17.36 Uhr

LZ an LKA

- Bitte um Streichung des Begriffes „terroristischer Anschlag“ aus dem momentanen Schriftverkehr

Das haben Sie ja selber schon angesprochen, wahrscheinlich weil Sie zur Vorbereitung ja die Akten auch studiert haben werden.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: So ist es, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie kann das eigentlich sein - der Anschlag war um 16.25 Uhr -, dass man in einem Zeitraum von ungefähr 70 Minuten schon zu einer Bewertung kommt, was man eher ausschließen oder eher für wahrscheinlich halten könnte bei einem Anschlagsgeschehen? Denn dass das ein Anschlag war mit bis zu 30 verletzten Personen, das war ja bekannt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich weiß nicht, was wirklich bekannt war um 17 Uhr und 18 Uhr über den Ablauf der Ereignisse. Es hatte eine Explosion gegeben mit Verletzten; das war bekannt. Was die Ursache dafür war, das war, glaube ich, zu diesem frühen Zeitpunkt nicht bekannt. Ich vermute - aber das ist reine Vermutung -, dass die Korrektur des Betreffs deshalb geschehen ist, um nicht Vorfestlegungen zu haben im polizeilichen Schriftverkehr über das tatsächliche Geschehen, sondern das mit neutralen Worten zu beschreiben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich beziehe mich noch mal auf das Rundschreiben der Polizei, also bis sie dann halt die Mitteilung bekommen haben, sie sollen nicht von einem terroristischen Anschlag sprechen. Da heißt es wörtlich:

Da im Umkreis Zimmermannsnägel gefunden wurden, geht man von einem Anschlag aus.

Dass das ein Anschlag war, ist das neutral genug gewesen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wann war das? Das habe ich jetzt nicht in Erinnerung.

⁸ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blatt 3.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 58.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war dieselbe E-Mail mit der Betreffzeile „terroristische Gewaltkriminalität“.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Gut,⁹ Anschlag kann auch wieder unterschiedliche Gründe haben. Ob es terroristische Gewaltkriminalität ist, das ist ja schon eine Einengung auf mögliche Hintergründe, auf Motive, die zu dem Zeitpunkt sicherlich auch verfrüht gewesen ist und deshalb zu einer Korrektur geführt hat. Zu dem Zeitpunkt konnte man das, denke ich, zu Recht noch nicht wissen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aus dem Protokoll des Lagezentrums geht hervor, dass das Lagezentrum Sie selber demnach nach dem Telefonat, das mit Ihnen geführt worden ist um 17.25 Uhr - - Vom Lagezentrum selber hat es keinen weiteren Kontakt zu Ihnen gegeben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist wohl richtig so. Wenn es nicht protokolliert ist, wird es ihn nicht gegeben haben. Es hat sicherlich stattdessen⁹ erhebliche Zahl von Kontakten von mir und von Dritten in dieser Sache gegeben, die alle telefonisch stattgefunden haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mit wem haben Sie denn telefoniert?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das sind dann vor allem Mitarbeiter des Ministeriums. Aber ich sagte es schon: Es wird der Ministerpräsident gewesen sein; das wird möglicherweise der Chef der Staatskanzlei gewesen sein; das wird die Büroleiterin des Ministerpräsidenten gewesen sein; das werden verschiedene Leute gewesen sein, die ich informiert habe - - oder bei denen ich andere gebeten habe, sie zu informieren. Ganz sicher werde ich regelmäßig telefoniert haben mit dem Pressesprecher des Innenministeriums. Ich meine, an dem Abend wäre der Mitarbeiter Herr Rungwerth im Dienst gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Behrens, wenn man unterrichtet wird über einen Anschlag mit bis zu 30 Verletzten - lassen wir mal dahingestellt, ob das eine angemessene Bezeichnung damals war „terroristische Gewaltkriminalität“ oder ob es angemessen war, das wieder zu streichen -

und man telefoniert dann mit dem Ministerpräsidenten - - Ich will mal fragen: Haben Sie mit dem Ministerpräsidenten - das war Herr Steinbrück damals - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie ihn angerufen, oder haben Sie ihn nicht angerufen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich weiß das nicht mehr. Aber ich vermute, schon.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist jetzt eine wenig befriedigende Aussage.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aber sie entspricht der Wahrheit. Und dazu bin ich verpflichtet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann reicht es aber, wenn Sie sagen: Ich weiß es nicht mehr.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ich weiß das konkret nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht ja, vielleicht nein.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es spricht eine Vermutung dafür, weil in solchen Fällen habe ich in der Regel mit dem jeweiligen Ministerpräsidenten - ich hatte ja mehrere im Laufe meiner Amtszeiten - telefoniert. Man hat sich unter anderem darüber beraten, wie man sich jetzt verhält in der Situation, und hat sich da abgestimmt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Aber Sie wissen nicht mehr, ob Sie Herrn Steinbrück angerufen haben und gesagt haben: „Herr Ministerpräsident, ich bin gerade informiert worden: Anschlag in Köln, bis zu 30 Verletzte“? Das wissen Sie nicht mehr?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das weiß ich nicht mehr. Ich habe darüber auch nirgends Protokoll geführt, sodass ich es nachlesen könnte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist ja jetzt nicht ganz so lange her, oder?

⁹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Achteinhalb Jahre ist schon ganz ordentlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das Gedächtnis der Menschen, Herr Vorsitzender, ist unterschiedlich weit zurückreichend.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das kann ich jetzt als Nichtmediziner so nicht unbedingt beurteilen. Aber ich stelle fest, dass Sie sich nicht daran erinnern, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, tut mir leid. Aber, das ist nicht so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - wie es denn gewesen ist. Ich meine, wenn Sie da noch am Abend um 21.03 Uhr selber das Lagezentrum angerufen haben, um sich nach der Involviertheit des Verfassungsschutzes zu erkundigen, legt das ja durchaus nahe, dass das Sie den Tag über schon mehrfach beschäftigt haben muss. Und ob Sie in dem Zusammenhang mit Herrn Steinbrück telefoniert haben oder nicht - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, ich halte es für wahrscheinlich, aber ich kann das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Könnte es einem anderen Zeugen vielleicht noch in Erinnerung sein? Ich will es mal so formulieren.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das mag sein. Wenn er es selber sagen würde oder irgendjemand anders das bestätigen könnte, kann ich das nicht ausschließen oder würde ich es für wahrscheinlich halten. Ich halte es, um es so zu formulieren, für wahrscheinlich, dass wir telefoniert haben, weil in vergleichbaren Fällen ich immer mit dem jeweiligen Regierungschef telefoniert habe, einmal um zu informieren natürlich und abzuklären, wie das weitere Vorgehen ist und wie man sich jetzt konkret verhält.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Im Nachgang zu dem Tatgeschehen, also die Tage nach dem 9. Juni 2004, wie intensiv haben Sie sich denn fortlaufend über die Ermittlungsarbeit unterrichten lassen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich denke, dass das relativ regelmäßig war. Es ist dokumentiert, glaube ich, vom nächsten Tag noch eine weitere Informationsbitte. Nach meiner Erinnerung hat am nächsten Tag, also an dem 10. Juni, am Fronleichnamstag, die Kölner Polizei eine Pressekonferenz gegeben - darüber gibt es Berichterstattungen, die ich in der Presse dann später nachgelesen habe - und hat aus ihrer Sicht, zusammen mit der Staatsanwaltschaft übrigens¹⁰ in Köln, mit Herrn Wolf, dem Leitenden Oberstaatsanwalt, der da ständig zitiert wird in den Presseberichterstattungen, öffentliche Erklärungen abgegeben.

Ich wollte unmittelbar im Zusammenhang mit dem Treten vor die Presse auch informiert werden aus Köln - - aus dem Ministerium. Diese Bitte hatte ich telefonisch an das Lagezentrum gerichtet, mir da einen Kontakt herzustellen mit dem sozusagen¹⁰ diensthabenden Beamten des Innenministeriums - Feiertag -, der mich informieren sollte, wie denn bis zu diesem Mittag, bis zu der Pressekonferenz, die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden in Köln waren. Dieses Telefonat hat dann stattgefunden - mit wem, Herrn Brillo oder Herrn Behrendt, weiß ich im Moment nicht mehr - und hat im Prinzip die Erkenntnis mir weitervermittelt, die auch von der Staatsanwaltschaft und von der Kölner Polizei der Presse gegenüber, der Öffentlichkeit gegenüber dargestellt worden ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Behrens, Sie haben in Ihrer einleitenden Stellungnahme darauf hingewiesen, dass Sie in Ihrer Amtszeit als Minister eine besondere Sensibilität gehabt hätten für das Thema Rechtsextremismus. Sie haben das an einigen Beispielen auch illustriert, anhand einiger Beispiele. Können Sie sich erinnern, ob Sie jemals nachgefragt haben bei den ermittelnden Behörden vor dem Hintergrund einer Straße, in der die Explosion herbeigeführt worden ist, überwiegend von Menschen mit Migrationshintergrund bewohnt, wo man auch nicht sagen konnte: „Der Täter konnte unterscheiden, ob er Kurden oder Nichtkurden schadet mit dem Sprengsatz“: Könnte das vielleicht einen fremdenfeindlichen Hintergrund gehabt haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ganz sicher, ja. Ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung an irgendein konkretes Gespräch. Aber ganz sicher hat dieses Ereignis unsere Arbeit in

¹⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

den darauffolgenden Wochen und Monaten intensiv auch beeinflusst und immer wieder zu Nachfragen geführt. Also, ich denke, dass es da einen Mangel an Kommunikation sicher in den nächsten Wochen und Monaten in unserem Lande nicht gegeben hat, aber immer eben mit der Auskunft: Es gibt bis zum heutigen Tage - der jeweiligen Nachfrage - keine Informationen über die tatsächlichen Hintergründe und Motive dieses Anschlages.

Was bleibt einem da übrig als politisch Verantwortlichem, als das zunächst mal¹¹ zur Kenntnis zu nehmen, dass die Ermittlungsbehörden zu diesen Ergebnissen kommen und keine anderen Anhaltspunkte haben, und immer wieder nachzufragen: Haben Sie auch alles getan, um in alle Richtungen zu ermitteln? - Natürlich wird einem in solchen Gesprächen dann auch versichert, dass das natürlich der Fall sei.

Ich erinnere mich allerdings auch noch daran, dass in den Gesprächen auch immer wieder die Spekulationen eine Rolle spielten, Vermutungen, Hinweise auch aus der Bevölkerung eine Rolle spielten, dass es sich möglicherweise nicht um einen fremdenfeindlichen Anschlag gehandelt haben könnte, sondern um eine Milieustrafat, um eine Auseinandersetzung zwischen Kurden und Türken, um mafiose Ereignisse und Zusammenhänge. Das alles spielte ja in den damaligen Wochen und Monaten eine große Rolle.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber dass das ein nicht nach Volkszugehörigkeiten differenzierendes Anschlagszenario war, das müsste Ihnen doch bekannt gewesen sein, oder? Ich meine, wenn man die These denn verfolgt haben sollte, es könnte ein kurdisch/türkischer Konflikt sein, wäre es doch sehr unwahrscheinlich, dass jemand, der im Rahmen eines solchen Konfliktes einen schweren Anschlag plant, völlig willkürlich vorgeht, ohne zu wissen, wer denn tatsächlich dann verletzt wird.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich denke, solange die Behörden keinerlei Hinweise darauf haben, ist es richtig, zunächst mal in alle Richtungen zu ermitteln, wie sie es ja auch öffentlich dargestellt haben, um zu sehen: Wo gibt es irgendwo einen Anhaltspunkt, wo die Hintergründe dieser Tat liegen könnten? Im Nachhinein betrachtet, wenn ich mir das Gesamtgeschehen um NSU heute vor Augen führe, dann bin ich der Auffassung, dass

man, wenn man zu einer Gesamtschau der Ereignisse hätte kommen können, bundesweit aller Ereignisse, und hätte vergleichen können, welche Erkenntnisse man an den unterschiedlichsten Tatorten gehabt hat - - wenn man das damals schon zu einem Puzzlespiel zusammengefügt hätte, hätte man möglicherweise früher zu der Erkenntnis kommen können, dass es einen Hintergrund wie NSU geben könnte.

Das ist aber nicht der Fall gewesen zu der Zeit, und deshalb war es, denke ich, richtig, in alle Richtungen zu ermitteln, um¹² auch nichts sich vorwerfen zu lassen hinterher, wenn es tatsächlich irgendwas anderes gewesen wäre.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Herr Behrens, da will ich noch mal einhaken. Haben Sie denn wirklich, im Nachhinein betrachtet, den Eindruck, dass tatsächlich damals in alle Richtungen ermittelt worden ist?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, in alle Richtungen, die¹² - - Also, es ist nach meiner Kenntnis - auch teilweise erst heute vorhandenen Kenntnis, die ich damals nicht komplett gehabt habe, sondern erst heute - ja auch mit Operativen Fallanalysen und ähnlichen Methoden gearbeitet worden, mit Profilen usw. Man hat, soweit ich heute weiß, die polizeilichen Mittel und Möglichkeiten damals, so gut es ging, nach bestem Wissen und Gewissen ausgeschöpft und ist dennoch nicht zu der Erkenntnis gekommen, dass es einen fremdenfeindlichen Hintergrund gibt, bzw. aufkommende Anhaltspunkte, dass es so etwas sein könnte, sind immer wieder verworfen worden mit Argumenten, die sich auch aus den gleichen Papieren ergeben haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Und das ist sicherlich - das sage ich im Nachhinein - ein Fehler gewesen, und da hätte man sicher früher einhaken sollen und müssen und auch noch einmal die Bemühungen in andere Richtungen verstärken sollen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. Also, ich will es noch mal zuspitzen: Würden Sie sagen: „Es sind damals bei den Ermittlungen Fehler gemacht worden“?

¹¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

¹² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und worin haben die bestanden?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, ich bin der Auffassung, dass Fehler gemacht worden sind und - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nämlich?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Dass man tatsächlich sich stärker hätte bemühen müssen, über Nordrhein-Westfalen hinaus und über die konkrete Behörde Köln hinaus Erkenntnisse anderer Behörden einzubeziehen in die Ermittlungsarbeit. Das ist durch Einschaltung des BKAs versucht worden. Das hat nicht gereicht. Woran es da gemangelt hat, dazu maße ich mir kein Urteil an.

Ich habe eben schon einmal ausgeführt, dass ich persönlich glaube, in einer Nachbetrachtung der Ereignisse: Wenn man früher die Erkenntnisse der unterschiedlichen Ermittlungsbehörden in den unterschiedlichen Fällen hätte nebeneinanderlegen können, übereinanderlegen können, als Puzzle zusammenfügen können, hätte man früher auf diese beiden Täter kommen können. Das ist meine heutige Einschätzung. Und dass das nicht geschehen ist, das ist nach meiner Einschätzung eben auch der Grund für das Geschehen und die lange Unaufgeklärtheit der NSU-Taten, und das muss Hebel und Ansatzpunkt sein für mögliche Verbesserungsmaßnahmen in der Zukunft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe noch, bevor wir zu der Befragung durch die Fraktionen kommen, eine abschließende Frage, Herr Dr. Behrens. Der ehemalige Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Herr Falk, war hier als Zeuge im Ausschuss zu Gast am 14. Juni 2012, und er hat uns hier berichtet, dass im Zusammenhang mit dem Anschlag in der Keupstraße in Köln das Bundeskriminalamt Experten entsenden wollte an den Tatort aus dem Bereich „Staatsschutz“, aber auch aus dem Bereich „Organisierte und Allgemeine Kriminalität“. Diesen Experten sei der Zugang zum Tatort durch das Land Nordrhein-Westfalen verweigert worden. Haben Sie daran eine Erinnerung?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, den Vorgang kenne ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie muss man sich das denn in der Praxis vorstellen, jedenfalls in Ihrer Amtszeit? Werden Sie über einen solchen Vorgang informiert, wenn das Bundeskriminalamt sich einschalten möchte unterstützenderweise in die Arbeit einer Landespolizei? Wird der zuständige Landesminister davon unterrichtet?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das muss nicht sein, das ist nicht zwingend.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen erinnerlich, ob das in dem Zusammenhang der Fall war, dass das mal Thema war?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, ich habe daran keine Erinnerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zu der Befragung durch die Fraktionen. Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion, und es beginnt der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Behrens, wir haben ja Fragezeit entsprechend der Stärke, das heißt 23 Minuten jetzt für die erste Runde. Ich will vorausschicken, dass mich das auch sehr beeindruckt hat, wie klar Sie in Ihrem Eingangsstatement gesagt haben: „Da ist was schiefgelaufen, es war ein Versagen“ - Sie übernehmen dafür auch die Verantwortung -, „und wir müssen auch Lehren daraus ziehen“. Und deshalb bitte ich jetzt vorweg schon um Verständnis, dass, wenn jemand so etwas sagt, so eine Erklärung natürlich mit Inhalt gefüllt werden muss, wenn wir wirklich die Lehren ziehen wollen.

Also: Was ist dann schiefgelaufen? Was hätte man anders machen können? Wo gab es Mängel? Und deshalb fragen wir hier auch sehr ins Detail. Und ich will jetzt - nicht, weil ich es so vorgesehen hatte - aber da anknüpfen, dass wir diesen Tag noch mal zusammen beleuchten, der jetzt ja schon Thema war, und die Dokumentation: Was war am 9. Juni?

Vorneweg zwei andere Fragen. Der Verfassungsschutz ist in Nordrhein-Westfalen anders als in anderen Ländern ja kein eigen-

ständiges Landesamt, sondern eine Abteilung in Ihrem Hause. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist die Abteilung 6.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: So ist es.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sodass man es - - Solange dann die Nähe zwischen Verfassungsschutzleiter, also Herrn Dr. Möller, den wir schon hier hatten - - vom Minister eigentlich möglicherweise näher, die Wege kürzer sind, als wenn jetzt irgendwo ein Amt ist mit einem Präsident, den man nicht so häufig sieht. Kann man das so sagen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich vermute, dass das so ist. Ich kann die Verhältnisse in anderen Ländern nicht ausreichend beurteilen. Aber die Tatsache, dass der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen als Abteilung des Innenministeriums organisiert ist, betrachte ich als eine sehr gute Lösung. Eine sehr enge Anbindung an die Hausleitung und auch in der¹³ Kooperation, etwa mit der Abteilung 4, der Polizeiabteilung, ist gut und im Übrigen auch für die sonstigen Aufgaben des Verfassungsschutzes durchaus wichtig, eingebunden zu sein, etwa in die Diskussion einer Abteilungsleiterkonferenz und in die Kommunikation innerhalb eines Ministeriums, weil der Verfassungsschutz ja nicht nur aufklärerische Funktionen hat, also aufzuklären: „Was gibt es an verfassungsfeindlichen Bestrebungen?“, sondern auch Beiträge zu leisten hat in der innenpolitischen Diskussion zur Aufklärung der Bevölkerung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vorneweg fällt mir gerade ein: Sie hatten ja Urlaub vom 9. nachmittags bis Sonntag, nehme ich an.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Bis Montag einschließlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bis Montag einschließlich. Also, bis 14. dann müsste es - - Ja, bis 14. Juni. Haben Sie in dieser Zeit mal in irgendeiner Form Kontakt gehabt mit dem Bundesinnenminister Schily?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das wird so gewesen sein. Ich weiß nicht mehr, wann und wo. Aber mit Otto Schily, der damals das Bundesinnenministerium geleitet hat, habe ich in solchen Situationen immer Kontakt gehabt. Das liegt ja auch auf der Hand, wenn so etwas geschieht. Und wir werden sicher telefoniert haben. Und wer den ehemaligen Kollegen Otto Schily kennt, der weiß ja auch, wie wissbegierig und neugierig er ist in solchen Situationen und dann auch gern informiert sein möchte. Und darauf habe ich sicher auch reagiert. Ob ich das auf seinen Anruf getan habe oder ob ich ihn von mir aus angerufen habe, das weiß ich heute nicht mehr.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es gab ein Telefonat zwischen Ihnen und dem Bundesinnenminister Schily?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, eines mindestens, vermutlich auch mehrere; das weiß ich im Moment nicht so genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie noch einordnen, wann die waren? Also grob: Waren die noch am Tag des Anschlages, war es am Tag danach? Es war ja ein Feiertag.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich vermute, am Vormittag des 10., also am Tag danach, also an diesem Feiertag.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Und wir kommen ja immer wieder auf den Punkt zurück: Ein singuläres Ereignis, das es so in NRW noch nie gab, also ein Sprengstoffanschlag mit mehr als 20 schwer Verletzten Menschen, das bleibt einem in Erinnerung. Können Sie sich noch daran erinnern, was denn so der Gesprächsinhalt war zwischen Ihnen und dem Bundesinnenminister damals?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, wir haben uns ausgetauscht über die Erkenntnislage. Das ist das Übliche, was man in solchen Fällen tut.

Um auch noch mal darauf hinzuweisen: Es hatte natürlich - - Ich habe den Anschlag am Wehrhahn vorhin erwähnt. Das war ein vergleichbarer Anschlag, auch mit der Zahl der Verletzten vergleichbarer Anschlag, der ja dann zu den Folgen geführt hat: NPD-Ver-

¹³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

botsverfahren usw. Ich will das nur noch mal erwähnen. Es gibt auch immer andere Großereignisse, wo man Kontakt natürlich untereinander hat, auch mit dem Bundesinnenminister. Man sieht sich ja auch häufiger in Konferenzen und Besprechungen. Aber in solchen Fällen ist es ganz sicher so, dass man miteinander telefoniert.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich kann da auch davon ausgehen, dass, wenn zwei Innenminister dieses Landes miteinander telefonieren wollen, erst recht, wenn sie der gleichen Partei angehören, sie da keine Vermittlung über Lagezentren brauchen, sondern im Zweifel hat man die Handynummer des Kollegen und kann auch direkt anrufen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, die hat man. Aber das kommt auf die Situation an. Auch Minister sind öfter nicht ohne Weiteres erreichbar, sondern in Sitzungen, Kabinettsitzungen, Plenarsitzungen und anderes, und da muss so was hergestellt werden; und da helfen oft die Büros. Aber es ist natürlich so - daran habe ich noch gute Erinnerungen -, dass ich mit Otto Schily vielfach per Handy telefoniert habe. Daran erinnere ich mich deshalb sehr genau, weil da, wo ich hingezogen bin, mein Handyempfang sehr schlecht war und ich deshalb einen neuen Vertrag haben musste.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, Sie sind aufs Land gezogen, und da war der Kontakt zum Bundesinnenminister getrübt dann.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Er war getrübt, ja.

(Heiterkeit - Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das bedauert?)

- Wer war das? - Herr Wieland.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ganz ernsthaft: Sie haben mit Otto Schily gesprochen, bevor er - - Sie haben ja keine Erklärung abgegeben; das stimmt in der Tat. Wir haben die Pressedokumentation des - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das hätte mich auch sehr gewundert, wenn Sie irgendwo eine gefunden hätten. Das war nicht so.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Wir haben die Pressedokumentation des Deutschen Bundestages bemüht, die sehr gut ist und auf alle Agenturmeldungen und größeren Zeitungen, die es im Land ja - - zurückgreifen kann, und zwar sehr lange zurück; kommen wir vielleicht nachher noch mal drauf. Sie haben sich nicht geäußert - das stimmt in der Tat; warum, können wir vielleicht noch erörtern -, aber Otto Schily hat sich geäußert im Fernsehen am Tag danach und hat gesagt: Nach den Erkenntnissen - jetzt nicht wörtlich -, keine Fremdenfeindlichkeit, oder: Wir gehen nicht von einem terroristischen Anschlag aus. - Und das war doch sicher - weil das ist ja die Kernfrage, die einen Minister bewegt, wenn er sich überhaupt äußert - Thema im Gespräch zwischen Ihnen und Schily, dass er gefragt hat - ich nehme an, Sie sind per Du -: Können wir das ausschließen? Kann ich das so sagen, oder gibt es etwas?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, er wird sich, wenn ich er gewesen wäre, so muss ich formulieren, sicherlich informiert haben in seinem Ministerium und über seine Schiene Polizei; das ist das Erste. Und er wird dann mit mir telefoniert haben oder umgekehrt, in der Reihenfolge, und wird mich gefragt haben: Wie ist denn die Erkenntnislage? Was sagen denn deine Leute zu diesem Geschehen dort in Köln? - Und dann werde ich ihm ziemlich wörtlich das wiedergegeben haben, was mir dort berichtet worden war, nämlich dass es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Hinweise auf Motive, Hintergründe und Täter gab. So etwa werde ich ihn informiert haben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was eigentlich nicht ganz sein kann. Ich will nicht pedantisch wirken, aber ich will noch mal die Uhrzeiten mit Ihnen durchgehen. Es gibt ja das erste Fernschreiben von 17.04 Uhr. Ich will es mal kurz einbringen hier. - Entschuldigung, das ist MAT A - - Wir haben es aus MAT A BfV-4.* Um 17.04 Uhr - vom LKA NRW, Sitz in Düsseldorf, 17.04 Uhr -, da wird kurz der Sachverhalt geschildert, und dann steht dabei, eben so auch als Bewertung, warum man zu dem Anschlag kommt:

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 58.

Da im Umkreis Zimmermannsnägel gefunden wurden, geht man von einem Anschlag aus.

Und oben im Betreff steht „terroristische Gewaltkriminalität“ - 17.04 Uhr.

Ausweislich des Protokolls des Lagezentrums - Fundstelle wurde vorhin schon genannt -:

17.25 Uhr

LZ an Minister

- Informationsweitergabe

Da wurden Sie angerufen, und es wurde so geschildert; das glaube ich Ihnen auch. Da kann man Ihnen aber eigentlich ja nur den Informationsstand von 17.04 Uhr weitergegeben haben: „terroristische Gewaltkriminalität“, wir gehen von einem Anschlag aus.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wird so sein, ja. Das wäre logisch.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das wäre logisch. Das war also die Information, die Sie hatten, als Sie mit Ihrem Kollegen telefoniert haben, weil außer dem Telefonat abends ist dann keine weitere Lageinformation vermerkt. Und was mich jetzt stutzig gemacht hat - Sie haben zwar vorhin ja zu Recht darauf hingewiesen -: Der Minister greift da nicht ein oder gibt eine Richtung vor.

Ich mache das selten, aber in dem Fall muss ich es mal sagen: Ich habe auch mal in einer größeren Behörde in einem Lagezentrum gearbeitet rund um die Uhr, wo sie permanent dann informieren müssen, wenn etwas passiert ist und Rückrufe kriegen von den Chefs, die wissen wollen, immer unter Zeitdruck: Was ist los, was können wir sagen? - Da habe ich auch nie den Satz gehört: Ich schreibe Ihnen die Richtung vor. - Aber dass natürlich Zweifel oder irgendwelche Bewertungen des Ministers etwas auslösen, das ist pure Lebenserfahrung.

Und bei Ihnen fällt jetzt eben auf, dass Sie um 17.25 Uhr informiert werden. Da ging man noch von terroristischer Gewaltkriminalität aus. Dann werden noch ein paar andere Herren informiert, und dann erfolgt nach dieser Informationskette, ohne dass sich an der Lage vor Ort etwas geändert hätte, ohne dass man auch nur einen Hinweis mehr bekommen hätte, die Weisung Ihres Lagezen-

trums an das LKA: Bitte den Begriff streichen. - Also, nicht das LKA hat sich um 17.40 Uhr gemeldet wieder beim Lagezentrum: Achtung, jetzt wissen wir doch schon etwas mehr, vom Terroranschlag gehen wir nicht mehr aus, weil aus den und den Gründen. - Es war umgekehrt.

Jetzt noch mal die Reihenfolge ganz präzise: 17.25 Uhr werden Sie informiert, dann noch ein paar andere Führungskräfte, auch Staatssekretär, auch der Verfassungsschutzleiter, und 17.36 Uhr vermerkt das Protokoll des Lagezentrums, das Sie vorher informiert hat:

LZ an LKA

- ich meine, die im Lagezentrum kennen ja den Fall vor Ort nicht, die sind ja eigentlich nur die Informationsmittler; aber in dem Fall haben Sie aktiv eingegriffen -

LZ an LKA

- Bitte um Streichung des Begriffes „terroristischer Anschlag“ aus dem momentanen Schriftverkehr

Und nur daraufhin entscheidet sich das LKA - ich lese es auch noch mal vor - um 17.45 Uhr zu einem weiteren Fernschreiben an einen großen Verteiler. Man muss ja die Wirkung bedenken: Das geht an nahezu alle führenden Polizeidienststellen in Bund und Land. Um 17.45 Uhr kommt dann das LKA, das die Weisung Ihres Hauses ausführt, und zwar nur mit einer Botschaft:

Die im Bezug genannte Lageerst-meldung wird korrigiert. Bisher liegen keine Hinweise auf terroristische Gewaltkriminalität vor.

Und dann:

Nach bisherigen Erkenntnissen handelt es sich um einen Anschlag unter Verwendung von unkonventioneller Sprengvorrichtung, bei dem Personen- und Sachschaden entstanden ist.**

Also, es wird sehr auf eine abstrakte, motivlose Ebene heruntergezogen. Das war aber kein Erkenntnisgewinn des LKA. Das war Handeln auf Weisung Ihres Hauses. Ich schreibe es Ihnen nicht persönlich zu. Aber würden Sie mir zustimmen, dass diese Kor-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blatt 3.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blatt 3.

** Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4, Blatt 60.

rektur nicht auf Ermittlungserkenntnissen vor Ort basiert hat, sondern auf einer Weisung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das kann ich ja gar nicht bestreiten. Die Abläufe haben Sie ja dargestellt. Ich kenne Sie nicht anders als aus diesem Protokoll. Ich will nur darauf hinweisen, dass ich in diese Richtung keinerlei Veranlassung gegeben habe durch eigene Weisungen oder Bemerkungen in diese Richtung. Also, das ist nicht von mir veranlasst worden, nicht von mir. Von wem auch immer es im Hause - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es muss aus Ihrem Hause gekommen sein.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja. Und ich habe ja vorhin auf die Frage des Vorsitzenden, die ja in die gleiche Richtung ging, schon mal gesagt: Zu dem Zeitpunkt schien es mir auch eine richtige Bezeichnung des Betreffs zu sein, weil man tatsächlich nicht wusste, was in Köln passiert war. Wieso war es richtig, sich zu diesem Zeitpunkt auf den Begriff „terroristische Gewaltkriminalität“ - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das kann ich Ihnen gerne sagen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wegen der Nägel in der Bombe. Oder weshalb kommen Sie zu dieser - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, also eine Sprengvorrichtung mit langen Zimmermannsnägeln.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aber warum ist das „terroristische Gewaltkriminalität“, Herr Binninger?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Einen Anschlag gegen Menschen zu begehen, völlig wahllos, ist für mich Terror. Ob er links, rechts oder von woher motiviert ist, das hat ja niemand behauptet hier. Aber das ist für mich Terror. Einen Anschlag zu begehen, bei dem wahllos eine große Gruppe von Menschen verletzt, ja sogar getötet werden kann aufgrund auch dieser verwendeten Waffe, muss man ja sagen - die haben ja die Nägel als Waffen verwandt, solche langen Nägel -, das ist für mich zunächst mal terroristische Gewaltkriminalität. Es sagt noch nichts da-

rüber aus, wie sie motiviert ist. Hat aber auch niemand behauptet. Aber auch den Begriff zu streichen, halte ich für eine fatale Fehlentscheidung, weil er natürlich weitere Handlungen prägt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, Ihre Bewertung teile ich nicht. Den Geschehensablauf haben Sie richtig dargestellt, glaube ich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe es ja aus den Akten zitiert.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aber die Bewertung würde ich so nicht teilen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Aber Sie stimmen mir zu, dass die Korrektur und die Streichung des Begriffes „terroristische Gewaltkriminalität“ aus der ersten Lagemittelteilung durch das LKA nicht auf einer neuen Erkenntnislage basiert hat, sondern auf einer Weisung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen, ausgeführt durch das Lagezentrum, an das LKA. Da stimmen Sie mir zu.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nicht aufgrund einer neuen Erkenntnislage von vor Ort, sondern aufgrund einer Bewertung der Erkenntnislage durch die vorgesetzte Behörde. Ja, das ist es. Das ist eine Bewertungsfrage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Behrens, Kollege Binninger erlaubt mir, eine Zwischenfrage zu stellen.

Sie haben ja vorhin, als ich Sie gefragt habe, sich geäußert, dass Sie sich nicht mehr erinnern können, ob bei diesem Telefonat, 17.25 Uhr, das geführt worden ist aufgrund eines Kontaktes seitens des Lagezentrums mit Ihnen, die Rede von „terroristischer Gewaltkriminalität“ gewesen ist. Das wissen Sie nicht mehr? Aber jetzt haben Sie ja gerade eine Argumentation aufgebaut, wo Sie sagen: Wie konnte man denn so früh zu einer solchen Einschätzung kommen? - Wenn das damals Ihnen gesagt worden wäre, müssten Sie doch gerade deshalb auch daran sich erinnern können, wenn Sie sagen: Das ist eine Eingrenzung.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, Herr Vorsitzender, das ist aus meiner Sicht zu trennen. Ich habe richtig, aus meiner Sicht

wahrheitsgemäß, auf Ihre Frage geantwortet. Alle weiteren Bewertungen ergeben sich aus einer Nachbetrachtung, die wir jetzt hier machen, nachdem der Ablauf an dem Abend hier geschildert wird.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, aber Sie sagen doch: Auch aus damaliger Sicht war diese Bestimmung in der Betreffzeile „terroristische Gewaltkriminalität“ zu eingrenzend. Das ist ja nicht nur ex post - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, sie schien nicht mir, aber offenkundig den Beamten, die da die Verantwortung haben für diesen Schriftverkehr innerhalb der Sicherheitsbehörden, zu eingrenzend und zu einengend, was die Ermittlungsbemühungen betraf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Einzige Nachfrage, die ich noch habe dazu: In wie vielen Fällen von Straftatereignissen in Nordrhein-Westfalen haben Sie denn mit dem damaligen Bundesinnenminister darüber gesprochen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Oh, da kann ich ja¹⁴ nur raten und vermuten. Das habe ich nicht mitgezählt, auch keine Strichliste geführt. War ja auch nicht immer vergnügungssteuerpflichtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber doch nicht wöchentlich, auch nicht monatlich?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nicht wöchentlich, sondern nur in wichtigen Fällen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In wichtigen Fällen. Das ist eine Handvoll im Jahr gewesen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aber die hat es doch häufiger mal gegeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ging es da auch um Terrorismus oder Nichtterrorismus?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wie man im Nachhinein weiß, weiß man das nicht immer von Anfang an, sondern - - Etwa im Anschlag am Wehrhahn 2000, Anschlag auf die jüdische Synagoge 2000 waren zwei Ereignisse, bei denen bis zum heutigen Tage, teilweise

jedenfalls, noch nicht klar ist, was die Hintergründe sind. Also, da gibt es natürlich dann die Notwendigkeit, zu telefonieren. Und mit Herrn Schily habe ich in diesen Fällen immer telefoniert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nachdem wir den ersten Punkt vom 9. Juni geklärt haben, zumindest, wie er entstanden ist, also eben nicht aufgrund - jetzt nehme ich sogar Ihre Worte - von Erkenntnisgewinn vor Ort, vom Tatort - dort eigentlich kann man es ja nur machen -, sondern aufgrund einer Bewertung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen - - Eineinhalb Stunden nach der Tat wusste man dort schon oder hat man gesagt: Das müssen wir streichen, „terroristische Gewaltkriminalität“. Und das Innenministerium, durch das Lagezentrum, hat das LKA entsprechend angewiesen.

Jetzt kommt der zweite Punkt, der vorher auch schon mal kurz ein Thema war, der uns ja gewundert hat. Sie sind dann informiert gewesen, waren wieder im Umzug beschäftigt und rufen dann aber von sich aus noch mal an um 21.03 Uhr:

Anruf Minister Behrens an LZ:

- das ist ja hier immer sehr präzise dokumentiert, dass man immer erkennen kann: Wann ruft das Lagezentrum jemand an, und wann bekommt das Lagezentrum einen Anruf -,

Warum ist der Verfassungsschutz ... eingeschaltet?

Sie hatten ja gesagt, irgendjemand muss Sie ja darüber informiert haben, weil Sie ja schon wussten: „Der Verfassungsschutz ist eingeschaltet“, und Sie wollten das Warum wissen. Kollege Wieland hat ja darauf hingewiesen: Bei einer Warum-Frage ist ein Grundsachverhalt ja schon bekannt.

Versuchen Sie sich noch mal daran zu erinnern, wer Sie da informiert hat. Also, wen hat das so - - Wissen Sie, auch da wieder aus der Lebenserfahrung: Man überlegt sich ja mehrfach, bevor man den Minister anruft; ja, das will gut überlegt sein.

¹⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blatt 7.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Der ein oder andere.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber die Lebenserfahrung zeigt das. Und man hat Sie nach diesem schweren Anschlag einmal informiert und hat Sie auf den Stand gebracht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das Lagezentrum.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das Lagezentrum und andere noch so nebenbei. Und irgendjemand muss ja zur Erkenntnis gelangt sein um 20 Uhr vielleicht oder vor 21 Uhr: Das muss ich dem Minister auch sagen, dass jetzt hier noch der Verfassungsschutz ermittelt, weil es dann natürlich wieder eine Richtung hätte. - Darüber sind wir uns ja einig. Wer war das?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, ich habe da - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): War es ihr Pressesprecher vielleicht, der alles mitkriegt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ja. Ich habe es ja vorhin schon angedeutet: Ich habe keine konkrete Erinnerung, ich weiß es tatsächlich nicht mehr. Aber ich werde an dem Abend sicher oft mit dem Pressesprecher telefoniert haben, der ja, wie ich im Nachhinein auch gelesen habe, dem Lagezentrum auch erklärt hat - das, was ich ihm offenbar gegenüber erklärt habe -: Der Minister gibt keine Presseerklärungen ab. - Das stammt ja vom Pressesprecher an das Lagezentrum, also werde ich mit ihm darüber telefoniert haben.

Ich nehme mal an, dass der Pressesprecher mich darüber informiert hat, dass es Informationen gebe, dass der Verfassungsschutz in Köln auch eingeschaltet sei, dass mich das verwundert hat auf den ersten Blick.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Moment, Entschuldigung, wenn ich unterbreche. „Dass der Verfassungsschutz in Köln auch eingeschaltet sei“: Das wäre nicht Ihrer, sondern das wäre das BfV.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, nein. Also, gemeint schien zu sein: der Landesverfassungsschutz. So habe ich das verstanden jedenfalls.

Clemens Binninger (CDU/CSU): In Köln am Tatort eingeschaltet.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: In den Kölner - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zusammenhang.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ja, so ist es, Entschuldigung. Ja, das kann man verwechseln.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die einen sitzen ja in Köln, die anderen in Düsseldorf.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, klar. Gemeint ist:¹⁵ der NRW-Verfassungsschutz in Köln auch mitarbeitete oder eingeschaltet sei, also an der Aufklärung mitarbeitete. Und diese Frage habe ich dann weitergegeben. Warum ist das so? Gibt es Hinweise auf irgendeinen Hintergrund, der darauf schließen lässt, dass der Verfassungsschutz da Erkenntnisse haben könnte? Und diese Frage ist dann verneint worden vom Leitenden Kriminaldirektor, glaube ich, Behrendt in einem Telefonat mit mir an dem Abend noch.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, wäre es dann nicht logischer gewesen - Sie hatten ja vorhin gesagt: aufgrund der organisatorischen Anbindung des Verfassungsschutzes direkt bei Ihnen im Hause die Abteilung 6, Dr. Möller als der Leiter -, dass Sie mit Dr. Möller reden? Warum reden Sie dann mit dem Landeskriminaldirektor?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Weil ich an dem Abend unmittelbar eine Auskunft haben wollte, die Polizei ja komplett im Dienst war rund um die Uhr wegen der Geschehnisse, aber auch sonst ja rund um die Uhr im Dienst ist, und Herr Dr. Möller an diesem Feiertag freihatte und nicht im Ministerium war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, der Dr. Möller war auch, aber - -

¹⁵ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, das war der Mittwochabend, Entschuldigung.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Am Mittwochabend war Dr. Möller noch erreichbar.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das weiß ich nicht, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Mir ist in diesem Protokoll etwas aufgefallen, das uns hier im Ausschuss auch schon beschäftigt hat und wo ich Sie jetzt einfach fragen möchte, ob vielleicht das der Grund war, dass irgendjemand Sie noch spätabends um neun oder kurz vor neun angerufen hat und gesagt hat: So, jetzt mischen hier irgendwie alle mit, da müssen wir mal nachfragen oder auch Einhalt gebieten.

Ich mache es jetzt etwas kürzer, weil wir es zwischenzeitlich recherchieren konnten. Um 19.53 Uhr ruft das Bundesamt für Verfassungsschutz, und zwar der Leiter der Beschaffung Rechtsextremismus, in Ihrem Lagezentrum an und bittet dringend darum, dass er einen Kontakt vermittelt bekommt mit dem Leiter der Beschaffung Rechtsextremismus des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, den er wohl so nicht mehr erreicht. Und das Lagezentrum stellt dann den Kontakt zwischen diesen beiden Beschaffungsleitern Rechtsextremismus her. Das findet statt zwischen 19.53 Uhr und 19.56 Uhr. Erschien uns sehr ungewöhnlich, dass das - - Dr. Möller wusste davon nichts, also, den hat man darüber nicht informiert; aber das lief ja im Lagezentrum.

Also, ein Pressesprecher, der im Lagezentrum mit dabei ist an so einem Abend, dass er über die Entwicklung informiert wird, hört das ja vielleicht. Aber es erschien uns sehr ungewöhnlich, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz, und zwar aus dem Bereich Rechtsextremismus - sonst ist da nichts vermerkt, dass sich irgendjemand anderes gemeldet hätte - - sofort eigeninitiativ der Leiter der Beschaffung meldet und sein Pendant in Ihrer Abteilung sprechen möchte. Wussten Sie davon?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das wusste ich nicht. Das höre ich von Ihnen bzw. ergibt sich aus diesem Protokoll, das mir jetzt auch zur Kenntnis gekommen ist in der der Vorbereitung hier auf die heutige

Sitzung. Aber das habe ich zu dem Zeitpunkt damals nicht gewusst. Es mag allerdings so sein, wie Sie vermuten, Herr Binniger, dass da von irgendwo der Pressesprecher des Innenministeriums etwas gehört hat und mir das am Telefon - mit dem werde ich sicherlich ständig telefoniert haben an dem Abend - berichtet hat, was mich dann zu der Nachfrage geführt haben könnte: Welche Rolle spielt da der Verfassungsschutz?

Clemens Binniger (CDU/CSU): Genau, weil so Ihre Nachfrage: „Warum ermittelt“ - also jetzt einfach im Sprachgebrauch -, „hier der Verfassungsschutz?“ sich ja nicht auf einen Vorgang beziehen könnte nach dem Motto „Wir haben die und die informiert“ - das ist ja polizeilicher Informationsaustausch, und da wird auch der Nachrichtendienst mit einbezogen; das wäre ja noch kein Grund nachzufragen, dass andere Behörden informiert werden -, sondern Sie haben ja bewusst wohl von einem Vorgang Kenntnis erhalten, wo es schon etwas operativer wird. Deshalb auch Ihre Nachfrage: Warum ermittelt hier der Verfassungsschutz?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: „Warum ist er eingeschaltet?“, habe ich, glaube ich, gefragt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, Sie wissen besser, was Sie gefragt haben. Hier im Protokoll steht:

21.03 Uhr

Anfrage Minister Behrens an LZ:

Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet?
Bitte um Vermittlung eines Gesprächspartners ...

der Ihnen das also erklärt oder natürlich auch die Macht hat, die Dinge wieder einzuordnen. Und dann haben Sie den Landeskriminaldirektor Behrendt - - hat wohl dann mit Ihnen gesprochen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: So ist es, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich will jetzt dieses Protokoll und diesen Tag verlassen. - Was mir noch auffiel: Diese Lage-dokumentation, aus der ich jetzt dauernd zitiert habe, Ihres Lagezentrums im Innen-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blatt 7.

ministerium in Düsseldorf wird ja fortgesetzt in den nächsten Tag hinein, also auch noch am 10. Juni. Da ist dann auch noch mal dokumentiert, dass Ministerpräsident Steinbrück über den Vorgang informiert wird - „Sts“; ich nehme an, das war ein Staatssekretär wahrscheinlich - und dass Sie nicht mehr informiert werden - das fiel mir auf -, den ganzen Tag lang nicht mehr. Da steht nirgends mehr: Lagezentrum an Minister.

Das Einzige, was am 10. Juni noch einmal auftaucht um 13.25 Uhr: „Minister an LZ“, wo Sie darum bitten, im Anschluss an die Pressekonferenz Kontakt zu einem Gesprächspartner aus Köln - ich nehme an, von der Polizei oder aus der Abteilung 4; das ist die Polizeiabteilung - herzustellen. Ansonsten hat man es irgendwie an dem Tag nicht mehr, zumindest hier, dokumentiert, für wichtig erachtet, Sie zu informieren, und Sie hatten auch nur noch einmal zum Thema Pressegespräch nachgefragt. Kann das so sein?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das wird anders gewesen sein. Aber ich habe Ihnen vorhin schon geschildert auf, ich glaube, die Nachfrage von Herrn Vorsitzenden Edathy, dass das Kommunikationsaufkommen in einem solchen Fall ja nur zu einem ganz geringen Teil über das Lagezentrum läuft und dort dann auch dokumentiert werden kann. Das heißt, Sie haben natürlich einen weit darüber hinausgehenden Anteil an Kommunikation unmittelbar im Zweifel, wenn man nicht im Büro sitzt, per Handy oder per Festnetz.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zum Beispiel Telefonate mit Herrn Schily, zwischen - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Mit Herrn Schily, mit dem Ministerpräsidenten, wahrscheinlich ständig mit dem eigenen Pressesprecher, mit dem Landeskriminaldirektor, also mit allen, die - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was hat denn der Ministerpräsident gesagt, der Herr Steinbrück?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das weiß ich im Moment nicht mehr, außer dass er natürlich ständig auf dem Laufenden gehalten werden möchte. Das ist das Übliche jeden-

falls. Vermute ich¹⁶, war auch hier so. Aber ich kann mich an Inhalte des Gespräches dann nicht mehr erinnern. Es hat für den Ministerpräsident in der Zeit auch agiert teilweise der Minister in der Staatskanzlei und Chef der Staatskanzlei Kuschke -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau, der ist auch hier paarmal genannt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - und die Büroleiterin des Ministerpräsidenten, Frau Mandt, meine frühere persönliche Referentin. Von daher gab es da auch einen engeren Kontakt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Meine Zeit ist jetzt für die erste Runde abgelaufen, bedanke mich mal soweit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt damit zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl hat das Wort.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Behrens, zunächst mal möchte ich mich den Bemerkungen anschließen, die bereits der Vorsitzende und Herr Binninger gemacht haben, und mich bedanken, dass Sie hier auch so offen Fehler eingeräumt haben und politische Verantwortung auch übernommen haben. Wir betonen das alle so, weil das nicht gewöhnlich ist. Das ist eine außergewöhnliche Situation. Wir sind das nicht gewöhnt von allen Zeugen, dass das auch so formuliert wird und so deutlich auch eingeräumt wird mit dem Blick von heute, den wir haben. Heute sind wir alle schlauer, nicht? Unsere Aufgabe hier im Untersuchungsausschuss ist ja, herauszufinden: Was hätte man damals wissen müssen? Welche Fehler sind damals gemacht worden? - Und dass Fehler gemacht worden sind, das ist offensichtlich, sonst hätte nicht 14 Jahre eine rechtsterroristische Mörderbande zehn Menschen ermorden können und zwei schlimme Sprengstoffanschläge in Köln verüben müssen. Da sind Fehler gemacht worden. Deswegen möchte ich mich dafür auch noch mal bedanken.

Herr Dr. Behrens, ich habe eine Frage, die ich fast allen Zeugen stelle, und die möchte ich auch Ihnen stellen, weil mich sehr interessiert, wie Ihre Reaktion war, als Sie denn im November 2011 erfahren haben, viele Jahre später, dass die beiden schlim-

¹⁶ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

men Sprengstoffanschläge - der im Jahre 2001 in Köln in der Probsteigasse und 2004 in der Keupstraße - von dem NSU verübt worden sind. Was war da Ihre erste Reaktion?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, also, ich war total entsetzt, muss ich sagen, weil ich das nicht für möglich gehalten hatte bis zu diesem Zeitpunkt - das ist ja nun viele Jahre später gewesen -, noch im Jahre 2011, erst vor gut einem Jahr. Und ich war, um es so auszudrücken, von den Socken, dass es da einen Zusammenhang gab.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie da auch noch mal darüber nachgedacht, was damals vielleicht, möglicherweise an falschen Einschätzungen vorgenommen worden ist oder so? Ist Ihnen das auch in den Sinn gekommen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, darüber habe ich seitdem immer wieder nachgedacht und natürlich auch in der Auseinandersetzung jetzt und in der Vorbereitung auf die heutige Sitzung: Was kann man anders machen? Was kann man besser machen? Wenn ich noch aktiv in der Innenpolitik wäre, wäre ich an diesen Debatten ja auch beteiligt, denke ich mal. Und es gibt sicherlich Dinge, die aus meiner Sicht verbesserungsbedürftig sind. Aber da will ich jetzt auch der aktiven Innenpolitik nicht allzu viele Ratschläge mehr geben. Ich weiß nicht, ob das angemessen wäre, wenn man das täte.

Also, ich halte nicht alle Sicherheitsbehörden in Deutschland für gleichermaßen leistungsfähig, um das mal so ganz vorsichtig zu formulieren, und ich glaube, dass es da Veränderungsbedarf gibt, und ich glaube, dass die Zusammenarbeitsregelungen anders und besser werden müssen. Und meine Einschätzung ist - um das noch mal zu wiederholen, was ich hier vorhin schon gesagt habe -: Wenn man früher dazu veranlasst worden wäre, aufgrund welcher Regelungen, Vorschriften auch immer, über die man ja jetzt nachdenken muss, wie man es künftig gestaltet - Kooperationsbeziehungen, Organisationsbeziehungen zwischen Strafermittlungsbehörden - - Und damit meine ich auch nicht nur Polizei, meine ich auch nicht nur Verfassungsschutzbehörden. Da gibt es auch noch andere. Gemeint ist auch die Justiz. Ich war ja auch mal Justizminister und glaube, dass man da auch über das eine

oder andere nachdenken muss; denn die Staatsanwaltschaften führen ja die Ermittlungsverfahren. Wenn man früher die Dinge übereinandergelegt hätte, das, was an Täterprofil und Fallanalyse bezogen auf jeden einzelnen Fall gemacht worden ist, gemacht hätte in Bezug auf mehrere Fälle, wenn man auf die Idee gekommen wäre, die alle mal miteinander zu vergleichen, also nicht nur die Mordanschläge, die Erschießungen, sondern auch den Kölner Anschlag und andere in Verdacht geratene Ereignisse, wo man hätte vermuten können, dass es vielleicht auch fremdenfeindliche Hintergründe geben könnte, dann hätte man wahrscheinlich früher entdeckt, dass es sich um die gleichen Täter gehandelt hat. Das ist meine heutige Einschätzung.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Man muss also gucken: Warum ist das damals nicht passiert, -

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - und was waren die Hindernisse dafür? Weshalb hat man es nicht getan?

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Und die Hindernisse muss man einreißen, denke ich. Da muss man jedenfalls dafür sorgen, dass das künftig anders möglich ist. Die Polizei und die Ermittlungsbehörden verfügen heute über technisch alle denkbaren Möglichkeiten. Sie haben alle denkbaren Herangehensweisen und Ermittlungsmethoden. In den Akten hier sind ja auch Profiler und Fallanalysen und Ähnliches erwähnt.

Dr. Eva Högl (SPD): Dazu kommen wir jetzt gleich noch danach.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Okay. - Wenn man das besser miteinander verknüpft, kommt man früher darauf.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, genau. Herr Dr. Behrens, herzlichen Dank dafür. - Bevor wir dazu kommen, uns Gedanken über Reformen zu machen, müssen wir jetzt erst

noch mal gucken: Was sind damals für Fehler gemacht worden?

Ich will an einem Punkt noch mal nachhaken: noch mal die Dokumentation des Lagezentrums, von der ja schon die Rede war; der zeitliche Ablauf. Da ist ein Punkt noch nicht angesprochen worden, der mich noch mal interessiert, und zwar haben wir ja schon herausgearbeitet: Sie sind 17.25 Uhr angerufen worden vom Lagezentrum, dann hat 17.30 Uhr ein Herr Frücht beim Lagezentrum angerufen. Können Sie mir bitte mal sagen, wer Herr Frücht war?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Frücht war Mitarbeiter in meinem Ministerbüro, als zweiter Mann sozusagen, Vertreter des Büroleiters und persönlicher Referent, übrigens von der Ausbildung her Polizist.

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten Sie mit Herrn Frücht auch im Verlauf des späten Nachmittags und des Abends auch Kontakt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Davon gehe ich aus, dass ich mit Herrn Frücht und Herrn Rungwerth - das sind die beiden Diensthabenden sozusagen aus dem Ministerbürobereich - häufigere Kontakte an diesem Abend und am nächsten Tag hatte.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann habe ich auch noch mal nach. Können Sie sich auch daran erinnern, dass Sie mit Herrn Frücht vielleicht die Frage „Terror/nicht Terror?“, „Was ist gegenwärtig der Stand bei den Ermittlungen?“ erörtert haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Meine Situation ist ja so gewesen, dass ich nicht erörtern konnte, weil ich keine eigenen Erkenntnisse hatte, sondern auf die Informationen aus dem Hause angewiesen war. Und Herr Frücht wird mir das, was an Informationen aufgelaufen war, sicherlich weitergegeben haben und wird gesagt haben: „Das bewerten wir im Moment so“, und - das ist ja bekannt; das haben wir jetzt hier hin und her gewendet -: „Im Moment noch keine Hinweise auf irgendeine Richtung und irgendeine Motivlage; denkbar ist alles; es wird in alle Richtungen ermittelt.“

Dr. Eva Högl (SPD): Es ist ja so, dass diese Bewertung „terroristischer Anschlag“ vom LKA kam. Die war auch zu dem Zeit-

punkt, als Sie informiert wurden, noch im Raum. Wäre es denn denkbar - wir verstehen das ja alle nicht, wie das gekommen ist, dass das dann rausgenommen worden ist -, dass vielleicht gesagt wurde von Ihnen oder von Ihren engsten Mitarbeitern: „Das ist eine Bewertung, für die wir im Moment noch keine Grundlage haben; lasst es uns doch ein bisschen neutraler formulieren“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das halte ich für ausgeschlossen. Also weder von mir - das ist ganz sicher; das weiß ich -, und die Arbeit von Herrn Frücht kenne ich so, dass er sicherlich von sich aus darauf in dieser Richtung auch keinen Einfluss genommen hätte. Wenn, dann kam das aus der Polizeibehörde, möglicherweise von irgendeinem; das kann ich nicht sagen.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann möchte ich noch mal nachfragen zu den öffentlichen Äußerungen, die Sie gemacht haben. Sie haben eben in Ihrem Eingangsstatement ausgeführt, dass Sie fortlaufend mit Ihrem Pressesprecher auch im Kontakt waren und sich mit ihm ausgetauscht haben. Und wir finden auch in dieser zeitlichen Abfolge, in der Dokumentation vom Lagezentrum:

18.44 Uhr ...

- Minister gibt z.Zt. keine Auskunft über den Sachverhalt

Haben Sie, Herr Dr. Behrens, entschieden, dass Sie sich erst mal nicht äußern, weil Sie im Urlaub waren oder noch zu wenig zu sagen hatten? Ist das erörtert worden mit Ihrem Pressesprecher, ob Sie sich äußern und, wenn ja, wie?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist sicher erörtert worden. Also, ich sage jetzt: Das wird sicher so gewesen sein, weil das entspricht einem üblichen Verhalten von mir, mich zunächst einmal nicht öffentlich zu äußern - das habe ich in vergleichbaren Fällen immer so gemacht -, sondern es den örtlichen Behörden zu überlassen, sich zu äußern, weil ich es für prinzipiell richtig halte, nicht gleich mit irgendwelchen politischen Bewertungen an die Öffentlichkeit zu gehen, sondern das den Ermittlungsbehörden zu überlassen.

Man darf ja nicht vergessen, dass Herrin des Verfahrens die jeweilige Staatsanwalt-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats lautet: MAT A NW-6 I, Blatt 5.

schaft ist und gegebenenfalls auch nicht einmal ein Innenminister, sondern vielleicht sogar eher ein Justizminister sich öffentlich äußern müsste. Das ist natürlich praxisfern - das ist mir klar -, aber rechtlich wäre das so in Ordnung. Und deshalb habe ich mich in diesen Fällen oft zurückgehalten, im Unterschied zu anderen Kollegen; das weiß ich wohl. Ich habe das in meinem Statement zu Beginn ja auch angedeutet, dass ich mich üblicherweise so verhalten habe, und ich mich, wenn ich mich geäußert habe, nie in irgendeine Richtung festgelegt habe, wenn ich nicht sicher war, dass es eine richtige Richtung war. Also, Äußerungen zum Hintergrund des Kölner Anschlages vom 9. Juni 2004 mit Blick auf ein bestimmtes Tatmotiv hätte ich bis zum Aufdecken durch die CD der NSU nicht gemacht, niemals.

Dr. Eva Högl (SPD): Was mich ein bisschen wundert, ist, wenn ich das so offen sagen darf: Otto Schily äußert sich dann ja öffentlich. Das ist sein gutes Recht. Er ist Bundesinnenminister, er kann auch was kommentieren. Er ist ja auch ein gefragter Gesprächspartner. Er tut das ohne Sie. Sie äußern sich explizit nicht öffentlich. Und dann steht im *Kölner Stadt-Anzeiger* am 12. Juni diese Äußerung von Otto Schily, wird aber auch Ihnen zugeschrieben. Haben Sie das direkt gelesen? Das war ja noch zum Zeitpunkt Ihres Urlaubs, Ihres Umzugs. Haben Sie das dann gelesen im *Kölner Stadt-Anzeiger*? Das ist Ihnen sicher übermittelt worden.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich vermute, dass mir das vom Pressesprecher zur Kenntnis gegeben worden ist. Den *Kölner Stadt-Anzeiger* halte ich zu Hause als Zeitung nicht. Deshalb muss das über andere, dritte Wege gelaufen sein. Aber ich denke schon, dass ich das erfahren habe und dass ich mich, was meine Person betrifft, darüber sicherlich auch geärgert haben werde.

Dr. Eva Högl (SPD): Was ich nicht verstehe, ist: Warum haben Sie das nicht korrigiert?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das wird bis zum heutigen Tage korrigiert, aber immer wieder falsch berichtet, bis zum heutigen Tage.

Dr. Eva Högl (SPD): Damals ist das auch noch - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Auch heute an diesem Tage noch wieder falsch berichtet, obwohl von mir - - Ich habe ja als Privatperson, die ich jetzt bin, keinerlei Möglichkeiten mehr, auf Presse einzuwirken, außer mit Bitten, habe ja keine Pressestelle und kann keine Presseerklärungen abgeben. Aber die Pressestelle des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen hat noch vor Tagen und zuletzt immer wieder darauf hingewiesen, auf Anfrage der Medien, dass es eine solche Erklärung nicht gebe. Und dennoch ist in den Medien unter Zitat des *Kölner Stadt-Anzeigers* - ich glaube, das ist die Urquelle der Berichterstattung - immer wieder behauptet worden, inklusive der politischen Kommentierung, etwa heute noch vom Sprecher der CDU im Innenausschuss im Landtag in Nordrhein-Westfalen, dass ich mich da geäußert hätte und die Behörden in die falsche Richtung gelenkt habe. Ich habe deutlich gesagt: Das weise ich mit allem Nachdruck zurück. Das ist nicht geschehen. Das ist eine falsche Berichterstattung.

Dr. Eva Högl (SPD): Mich interessiert: Damals, 12. Juni, als Sie das gelesen haben, da haben Sie dann doch sicher Ihren Pressesprecher angerufen. Ist das damals direkt von Ihnen korrigiert worden?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich vermute, ja, dass das korrigiert worden ist; aber es hat natürlich keinen Abdruck gefunden. Sie wissen auch, wie das funktioniert.

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das dürfen Sie, Herr Kollege.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Behrens, was wir jetzt nicht wissen, ist - das werden wir aber den Zeugen Schily sicher bei Gelegenheit noch fragen -, ob er möglicherweise bei seiner Äußerung gesagt hat: „Ich habe mich auch mit meinem Amtskollegen in Nordrhein-Westfalen besprochen; wir sind einer Meinung -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das kann sein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): - nach zehn Telefonaten“, oder wie viele es auch immer waren. Nur, was mich dann jetzt ein bisschen irritiert - und das würde ich Sie gerne fragen -: Wenn Sie sich am 12. Juni, drei Tage nach dem Anschlag, so missverstanden - nämlich zitiert, obwohl Sie nichts gesagt haben - verstanden haben, warum - und das hätte ich dann eigentlich erwartet - haben Sie nicht am Montag oder Dienstag Ihre Möglichkeiten als Innenminister noch genutzt und das klargestellt und gesagt: „Ich sage dazu nichts“, oder: „Für mich sind nach wie vor - - Sie haben das ja laufen lassen. Sie haben dieser These von Schily ja nie widersprochen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, ich habe die Pressestelle sicherlich gebeten, das richtigzustellen, ohne dazu jetzt eine eigene Pressemitteilung zu machen. Aber die Pressestelle wird - bis zum heutigen Tage tut sie das übrigens; fragen Sie meinen Pressesprecher; der ist heute noch Pressesprecher im Innenministerium, über all die Jahre - - Er ist seitdem damit beschäftigt, das zu dementieren, und es wird nicht zurückgenommen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Noch eine halbe Nachfrage: Jetzt sind Sie ja ein erfahrener Politiker - gewesen, weil Sie a. D. sind.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Rechtsanwalt
vor allen Dingen!)

Aber Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass, wenn sich Bundesinnenminister a. D. Otto Schily äußert und eine These abgibt zu einem Anschlag, die nicht Ihrer Position entspricht, wie Sie jetzt immer wieder sagen, man die korrigieren kann, wenn der Mitarbeiter auf der Pressestelle ein bisschen in den Redaktionen anruft und sagt: Mein Minister sieht es aber anders. - Da hätten Sie sich äußern müssen. Aber Sie haben es laufen lassen, und damit wurde es auch zementiert.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, laufen lassen habe ich das nun ganz gewiss nicht, sondern wir haben die Möglichkeiten, die das Innenministerium und die Pressestelle gehabt hat, sicherlich genutzt, unsere Auffassung dazu darzustellen, nämlich die, dass es bis zum jeweiligen Äußerungszeitpunkt keinen Hinweis auf die Hintergründe der Tat

gibt. Und mehr ist nicht gesagt worden und weniger im Zweifel auch nicht. Das ist immer in den Worten ausgedrückt worden, in denen es auch der Oberstaatsanwalt Wolf ausgedrückt hat, der in Köln ermittelt hat, und in denen es auch die Kölner Polizei mit unterschiedlichen Beamten jeweils ausgedrückt hat. Diese Begrifflichkeit hat auch das Innenministerium übernommen, habe ich dann auch übernommen, und nicht mehr und nicht weniger, aber eben die Offenheit der Ermittlungsrichtung und des Hintergrundes immer wieder betont.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Dr. Behrens, dann können wir uns aber, glaube ich, darauf einigen, dass zumindest der Widerspruch nicht vehement genug war, also dass, selbst wenn Sie anderer Auffassung waren, wie Herr Binniger das gefragt hat, das auf jeden Fall nicht ausreichend korrigiert ist, sonst würde es sich bis heute nicht nachziehen.

Ich möchte ganz gerne auf einen anderen Punkt noch zu sprechen kommen, und zwar stellen wir fest, dass sowohl bei den Mordermittlungen als auch bei den Ermittlungen bei den beiden Sprengstoffanschlägen in Köln nie in Richtung Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit als Motiv der Täter ermittelt worden ist. Das zieht sich durch. Das war in allen Bundesländern der Fall, das haben wir überall gefunden.

Ich möchte ganz gerne mit Ihnen mal sprechen über Fallanalysen, die gemacht worden sind. Eine ist gemacht worden im Juli 2004 nach dem Anschlag in Köln von Ihrem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. Und da wird festgestellt - ich zitiere; also das ist MAT A NW-6 c -:

„Politisch motiviert (... fremden- bzw. türkenfeindlich)“

Und noch viel deutlicher ist die Fallanalyse des Landeskriminalamtes, etwas später erstellt, vom Februar 2005:

Die Wirkungsweise des Tatmittels drückt eine hohe Menschenverachtung aus. Die Keupstraße ist ein herausragendes Beispiel türkischer Kultur und Lebensart. So lässt dies einen ausgeprägten Hass auf die zum Zeitpunkt der Tat im Friseur-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 c, Blatt 100.

salon und auf der Straße aufhältigen Personen vermuten. (?)

Also, die beiden Fallanalysen sprechen eine sehr deutliche Sprache. Herr Dr. Behrens, haben Sie mal von diesen Fallanalysen gehört, dass die erstellt worden sind und dass die zu diesem sehr deutlichen und unmissverständlichen Ergebnis gekommen sind?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Frau Abgeordnete Högl, ich habe keine Erinnerung daran, ob ich in den Wochen nach dem Anschlag in Köln von diesen Fallanalysen gehört habe. Sie werden wenn, dann in übersetzter Form, in zitierter Form irgendwo in die Diskussionen über die Bewertung des Kölner Geschehens eingeflossen sein. Ich weiß nur jetzt aus dem Blick in die Akten - jetzt, letzte, vorletzte Woche -, dass es diese Fallanalysen gibt. Ich habe sie gelesen und finde in diesen Fallanalysen auch heute immer wieder Aussagen, wie Sie sie zitieren, und einen Absatz später relativierende Aussagen. Das heißt - -

Dr. Eva Högl (SPD): Ist Ihnen denn in Erinnerung, dass darüber diskutiert wurde? Waren Sie da beteiligt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, natürlich, das habe ich vorhin, glaube ich, auf eine Frage von Herrn Binniger schon einmal geantwortet, dass wir in den Wochen nach dem 9. Juni natürlich vielfach über diese Dinge gesprochen haben mit der Polizeibehörde in den unterschiedlichsten Runden und Gesprächen und dass da auch solche Erkenntnisse eingeflossen sind, dass es möglicherweise einen solchen Hintergrund geben könnte, aber eben keine Anhaltspunkte - also nur die Einschätzung, dass das nicht auszuschließen sei -, wohin man konkret ermitteln sollte, also keine Täterhinweise. Man hat ja zwei oder mehr Menschen festgenommen nach dem 9. Juni, in Hessen irgendwo und auch in Köln, und wieder frei laufen lassen müssen. Man ist ja bei all den polizeilichen Ermittlungsmaßnahmen nicht irgendjemandem auf die Spur gekommen. Man hat keinen konkreten Verdacht schöpfen können, trotz Fallanalysen. Insofern spielen die eine Rolle - natürlich - in der polizeilichen Bewertung und Diskussion. Aber noch einmal: Auch diese Fallanalysen, und zwar beide, sowohl die des LKA wie auch die des Bundeskriminalamtes, relativieren immer

wieder ihre Aussagen, dass man nicht sicher sein könne und dass man auch in andere Richtungen ermitteln müsse. Also, sie stärken im Prinzip die ermittelnde Behörde in Köln und das Landeskriminalamt, eben in alle Richtungen weiter zu ermitteln. Das ist die Quintessenz nach meiner Einschätzung dieser Operativen Fallanalyse gewesen.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir finden diese Fehleinschätzung wirklich überall, wie ich das eben schon gesagt habe, sowohl bei den Mordermittlungen als bei den Sprengstoffanschlägen.

Ich möchte gerne noch eine Frage stellen - auch das finden wir überall und leider auch in Nordrhein-Westfalen, nämlich dass dann auch die Medienstrategie entsprechend ausgerichtet wird -: Also, wir haben hier in MAT A NW-6 c, Seite 108, ein Schreiben der Bezirksregierung Köln an das Innenministerium Nordrhein-Westfalen. Und da geht es darum, wie im Juli im Rahmen eines Pressetermins mit den Ergebnissen der Fallanalyse umgegangen wird. Und da wird hier geschrieben:

Das Polizeipräsidium Köln wird den Aspekt einer laut OFA-Ergebnissen möglicherweise vorliegenden fremdenfeindlichen Motivation im Rahmen des Pressetermins am 30.07.2004 nicht thematisieren.

Können Sie sich erklären, wieso das entschieden wurde? Denn, wenn man so offen rangeht, wie Sie das gesagt haben, in alle Richtungen ermittelt - auch terroristischer Hintergrund, politischer Hintergrund laut Fallanalyse -, warum schließt man bei einem Pressetermin dann explizit dieses Motiv aus?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das weiß ich nicht und¹⁷ verstehe ich auch nicht, muss ich sagen. Das halte ich auch für nicht richtig.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Ich glaube, meine Zeit ist um.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Für diese Runde jedenfalls.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann machen wir in der nächsten Runde weiter. - Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen dann zum Fragerecht der FDP-Fraktion. Herr Wolff beginnt, bitte.

¹⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Behrens, haben Sie schon mal - Sie sind ja seit 1998 Innenminister gewesen - von dem Bombenbastler von Jena gehört?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Entschuldigung?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Von den Jenaer Bombenbastlern damals?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Oh, das kann ich heute nicht mehr beantworten, ob ich zu der Zeit damals etwas gehört hatte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Zumindest haben wir Aussagen gehabt, dass in der Zeit auf Ebene der Innenminister und auch auf der Polizeipräsidentenebene durchaus über die Jenaer Bombenbastler gesprochen wurde. Ich möchte nur darauf hinweisen - eine Gesamtbetrachtung; haben Sie sicherlich auch gelesen -, dass wir eine Auseinandersetzung hatten zwischen der Einzel Tätertheorie/Rechtsextremismus und Organisierte Kriminalität. Die Frage: Welches ist gewichtend?

Und wenn man betrachtet, dass wir 2004 bereits fünf Morde hatten und danach noch mal fünf Morde kamen, als der Sprengstoffanschlag in Köln stattfand, stellt sich mir dieser Sprengstoffanschlag schon als ein -- hätte ein möglicher Wendepunkt sein können, wenn man ihn sich genauer auch anschaut. Und Sie sagten eben gerade, es hätte keinerlei Hinweise für die Hintergründe dieser Tat gegeben. Wir haben bei den Morden einige Hinweise gehabt. Das betrifft die Täter, das betrifft die Waffe, die da als Indiz dazukam. Wir hatten hier, in der Keupstraße in Köln, aber eine Straße, im Wesentlichen bewohnt von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir hatten eine Videoaufnahme, in der ganz deutlich zu sehen war: Es handelte sich um Personen nicht mit Migrationshintergrund. Wir hatten ein Flugblatt, auf dem hinterher zu lesen war: „Deutsche wehrt Euch!!!!“ Und wir hatten eine Bombe, die baugleich war mit denen von „Combat 18“, einer Radikaldivision von „Blood & Honour“ - baugleich! Und Sie sagen gerade: Wir haben keine Hinweise gehabt. - Da würde mich schon interessieren: Wie sehr wurde von Ihrer Seite aus in Richtung Fremdenfeindlichkeit in dem Moment ermittelt, und was haben Sie als Innenminister an der Stelle auch getan, um diesen Verdacht zu erhärten

oder zu entkräften? Denn es ist sicherlich einer von den Verdachtsmomenten. Und ich sage: Wir haben einige Hinweise, die auch damals erkennbar waren. Welche Maßnahmen haben Sie persönlich getroffen, um hier an diesen Verdacht Ermittlungsmaßnahmen anzustoßen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Abgeordneter Wolff, was die Möglichkeiten eines Ministers betrifft, konkrete Ermittlungsmaßnahmen anzustoßen: Die sind ja möglicherweise doch anders als die eines Leiters einer Ermittlungskommission, also, gibt es ja doch einige Unterschiede dazwischen. Ich habe ja auf die Fragen Ihrer Vorgänger schon geantwortet, wie intensiv das damalige Geschehen auch in den Debatten mit der Polizei, mit dem Verfassungsschutz, mit den Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen erörtert worden ist, auch mit mir, auch im Gespräch mit mir. Und ich kann nur sagen - ich habe es ja auch in meinem Eingangstatement zum Ausdruck gebracht -: Es ist fatal, dass man nicht früher die Hinweise, die Sie auch noch mal zitieren, und andere miteinander kombiniert hat - warum das auch immer geschehen ist; das bedarf der Aufklärung; dazu habe ich ja vorhin auch etwas gesagt - und dass nicht früher man dieser Gruppe auf die Spur gekommen ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Behrens - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Faktisch aber ist es so gewesen, dass die, die nun wirklich nach bestem Wissen und Gewissen in Köln ermittelt haben, als Beamtinnen und Beamte der Polizei, der Staatsanwaltschaft, anderer Sicherheitsbehörden, offenbar nicht ausreichend ihren Blick nach rechts gerichtet haben und gesagt haben: Wir müssen vielleicht auch da noch mal nachgucken, ob es da nicht Anknüpfungspunkte und Ansatzpunkte für Ermittlungen gibt. - Das ist nicht der Fall gewesen. Man hat solche Ansätze eben nicht für ausreichend erachtet, und das hat zu dem Ergebnis geführt, das wir hier gemeinsam bedauern.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nun reden wir ja über einen sehr großen Verdacht, der ja ausgeschlossen wurde sogar von Ihrem Kollegen Schily einen Tag später. Wir haben aber auch gehört, dass es einen Innenministerkollegen zur damaligen Zeit

gab, der nicht nur an den Rand Notizen geschrieben hat: „Ist das Fremdenfeindlichkeit?“, sondern sich sehr intensiv hat informieren lassen. Da würde mich schon mal interessieren - ich meine, wir reden über einen Sprengstoffanschlag, baugleich mit „Combat 18“ - - Erkenntnisse - - bzw. baugleich, technisch baugleich, an der Stelle mehrere Hinweise. Welchen Stellenwert hatte eigentlich - - Ich meine, Sie sagten vorhin: Es gab ja mehrere - - Ich bin auch schon manchmal aus dem Urlaub rausgeholt worden. - Aber mich würde schon mal interessieren, welchen Stellenwert dieser Bombenanschlag in Köln für Sie in dem Moment hatte.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Einen außerordentlich großen wie vergleichbare Ereignisse vorher auch. Ich habe das vorhin geschildert, welche es da gegeben hat nach meiner Erinnerung. Und die Liste ließe sich sicherlich weiter fortsetzen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Entschuldigung, den Eindruck hatte ich bisher nicht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aber das dürfen Sie mir durchaus abnehmen, dass das auch im Mittelpunkt meines beruflichen Lebens damals gestanden hat und uns sehr beschäftigt hat. Dass es nicht zu ähnlichen Diskussionen geführt hat wie damals der Anschlag am Wehrhahn und auf die Synagoge in Düsseldorf, das hat eben damit zu tun gehabt, dass man hier im Kölner Fall nicht auf die Idee gekommen ist, dass es sich um Rechtsextremismus und Rechtsteriorismus handeln könnte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nachdem der - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist ein Fehler, den ich sehr bedaure, der mir auch sehr leid tut. Aber es ist damals eben so gewesen, und ich kann es ja heute nicht wiedergutmachen, außer dadurch, dass ich den Ursachen auf den Grund gehe.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Bevor ich zu dem Kollegen Tören gerne weitergebe, noch eine letzte Frage an der Stelle: Wenn wir davon ausgehen, dass es eine - - Wie gesagt: „Combat 18“, baugleiche

Bombe, wie wir in Großbritannien ja auch schon mehrere Sprengstoffanschläge, genau baugleich, hatten. Und Sie sagen: Es hatte einen sehr hohen Stellenwert. - Sind Sie zum Beispiel auf Ihre Ministerkollegen in den Ländern - „Combat 18“, „Blood & Honour“-Netzwerk 2000 damals verboten worden, deutschlandweites Netzwerk - von sich aus, proaktiv zugegangen, und haben Sie dort nachgefragt, ob es hierzu weitere Erkenntnisse gibt, gerade wenn es möglicherweise fremdenfeindlichen Hintergrund hätte haben können?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das Thema - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie gesagt: Ich kann nicht teilen, dass es damals keine Hinweise gab. Welche Aktivitäten haben Sie konkret auch außerhalb unternommen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe diese Hinweise damals nicht gehabt. Sie haben sie heute. Vielleicht hätte man sie damals haben können. Ich habe sie jedenfalls nicht gehabt. Und Sie können davon ausgehen, Herr Abgeordneter Wolff, dass dieses Geschehen die Gremien der Innenministerkonferenz, die es ja dafür gibt und in denen diese Fragen erörtert werden, die verschiedenen Arbeitskreise und auch die Konferenz selber sicherlich beschäftigt hat, intensiv beschäftigt hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber, Entschuldigung, wenn Sie sagen, Sie hatten sie nicht: Aber Sie haben sich dann doch schon darüber informiert, welche Art von Bombe das war?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe nicht von Erkenntnissen gesprochen, sondern die Ereignisse haben damals die Innenminister intensiv beschäftigt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber noch mal: Wir hatten den Flyer, und wir hatten diese Bombe und das Video.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, ich habe sie nicht gehabt, Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und Sie sagten, Sie hatten keine Erkenntnisse.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe sie nicht gehabt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie intensiv haben Sie sich denn damit auseinandergesetzt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Auf der Grundlage dessen, was die Fachleute der Innenministerkonferenz, der Kripo, des Verfassungsschutzes, der unterschiedlichen Arbeitsgruppen der Innenministerkonferenz jeweils vorbereitet haben an Beratungsunterlagen. Das ist ja nachlesbar.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Kollege Tören würde fortsetzen, Herr Vorsitzender, wenn es okay ist.

Serkan Tören (FDP): Ja, ich würde Ihnen gerne einen Presseartikel vom 19.04.2012, *Tagesspiegel*, vorhalten, worin der ehemalige Innenminister Schily zitiert wird:

„Dafür, dass wir der NSU-Terrorgruppe nicht früher auf die Spur gekommen sind, tragen ich und die Landesinnenminister die politische Verantwortung“, sagte Schily am Donnerstag dem *Tagesspiegel*. Er gab zu, dass es ein Fehler war, am Tag nach dem Bombenanschlag des NSU im Juni 2004 in Köln geäußert zu haben, ersten Ermittlungen zufolge gebe es keinen terroristischen Hintergrund. „Inzwischen wissen wir, dass das ein schwerwiegender Irrtum war“, sagte Schily. Mit „wir“ ist auch sein damaliger Amtskollege in Nordrhein-Westfalen gemeint, Fritz Behrens ...

Was halten Sie denn von dieser Aussage?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: ¹⁸Stimme voll zu, ¹⁸ habe ich in meinem Eingangsstatement so und ähnlich formuliert.

Serkan Tören (FDP): Nein, ich beziehe mich jetzt aber auf die Tatsache, dass einen Tag später dann etwas ausgeschlossen worden ist, nicht auf die Verantwortlichkeit im Allgemeinen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Gut, darüber haben wir ja vorhin schon diskutiert. Ich habe damals nichts ausgeschlossen, persönlich keine Erklärung dazu abgegeben. Alles an-

dere bedarf der weiteren Bewertung durch Sie.

Serkan Tören (FDP): Wenn Mitarbeiter in Ihrem Hause Presseerklärungen abgeben oder aber an Pressekonferenzen teilnehmen, ist Ihnen das dann bekannt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wenn Mitarbeiter aus meinem Hause an Pressekonferenzen - -

Serkan Tören (FDP): Ja, beispielsweise ein Leitender Polizeidirektor Dieter Klinger.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist kein Mitarbeiter aus meinem Hause. Leitender Polizeidirektor - -

Serkan Tören (FDP): Aber der ist ja in Ihrem Hause sozusagen als - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, nein. Herr Klinger war der Leiter der Schutzpolizei in Köln, der Schutz- und der Kriminalpolizei in Köln.

Serkan Tören (FDP): Also, insofern keine Verantwortlichkeit.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Er hat¹⁹ - - Herr Klinger ist ein Mitarbeiter des Polizeipräsidenten Köln.

Serkan Tören (FDP): Ist Ihnen eine Pressekonferenz vom 10.06.2004 denn bekannt, woran Herr Klinger teilgenommen hat und auch Staatsanwaltschaft usw.?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, natürlich. Ich habe doch vorhin schon geantwortet auf die Frage, dass es im Zusammenhang mit dieser Pressekonferenz meine Bitte an das Lagezentrum gegeben hat, mich zu informieren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Tören, ich bitte, auf die Zeit zu achten.

Serkan Tören (FDP): Ja, ganz kurz noch. - Also, Inhalt dieser Pressekonferenz war unter anderem auch - ich zitiere hier -: Wir haben ebenfalls keine Erkenntnisse auf terroristische oder fremdenfeindliche Motivationen. - Und hier eben geäußert von Herrn Klinger. Und jetzt sind Sie doch, denke ich,

¹⁸ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

¹⁹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

eben der Chef, der im Grunde genommen ja auch Kenntnis von dieser Pressekonferenz haben sollte und auch von den Aussagen Herrn Klingers Kenntnis haben sollte, und zwar sowohl vorher als auch nachher; denn Sie als Chef tragen da die Verantwortung. Insofern weiß ich jetzt nicht, was Sie damit meinen: Der hat da und da gearbeitet. - Das müssen Sie mal mir ein bisschen näher erklären.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, Herr Abgeordneter, das ist - - Jetzt unterlasse ich längere Erläuterungen über den Aufbau der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Die Polizei ist über drei Ebenen gegliedert im Lande Nordrhein-Westfalen, und zuständig in den Ermittlungsverfahren sind immer die örtlichen Behörden. In dem Falle war das das Polizeipräsidium Köln. Im Polizeipräsidium Köln war Herr Klinger ein leitender Beamter und insofern vor Ort für die Führung der Ermittlungen verantwortlich. Er hat natürlich dann Untergruppen eingesetzt, Ermittlungskommissionen usw. Das alles geschieht aber in Absprache mit der Staatsanwaltschaft vor Ort in Köln. Natürlich ist er ein Beamter des Landes Nordrhein-Westfalen. Er arbeitet im Geschäftsbereich des Innenministeriums als Polizist, und insofern gibt es für ihn eine dienstliche und auch politische Verantwortung für sein Verhalten. Die wird ja auch gar nicht bestritten; die bestreite ich bis zum heutigen Tage nicht. Herr Klinger und der Oberstaatsanwalt in Köln haben in dieser Pressekonferenz und in vielen weiteren Pressekonferenzen in den kommenden Wochen sich immer ähnlich geäußert - ich habe das in meinem Eingangsstatement auch zitiert -: Es werde in alle Richtungen ermittelt, weil es bisher keine Anhaltspunkte gebe für das Vorliegen bestimmter konkreter Motive. Das ist das, was hier geschehen ist. Und in dem Zusammenhang habe ich mich informiert über diese Pressekonferenz und über das, was bis zum Zeitpunkt der Pressekonferenz an Erkenntnissen in Köln in der Behörde da war. Und das ist Grundlage meiner Berichterstattung hier im Ausschuss.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht, Herr Kollege Tören, würde jetzt zur Linksfraktion wechseln. Frau Vizepräsidentin Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, Herr Behrens, ich kann da jetzt unmittelbar anknüpfen

an das Thema „Inwieweit und wie intensiv wurde in Richtung eines rassistischen oder auch rechtsextremen Motives ermittelt?“. Ich zitiere aus der *Kölnischen Rundschau* vom 12. Juni 2004. Hier wird berichtet, dass die Kölner Polizei im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag in der Keupstraße mögliche Verbindungen zu zwei Anschlägen aus dem Jahr 1993 in Köln untersuchte, die bis heute nicht aufgeklärt sind. Im Kölner Stadtteil Bilderstöckchen, in dem vor allem Migrantinnen und Migranten wohnten, wurden damals mit Sprengstoff präparierte Elektrogeräte abgelegt, und zwei Menschen wurden 1993 lebensgefährlich verletzt, als sie diese Geräte aufnahmen und in Benutzung nahmen. Das heißt, es ging einerseits um einen Autostaubsauger, der dort abgelegt wurde, und andererseits um einen Winkelschleifer, den diese Personen auf der Straße auffanden und dann in Betrieb nahmen. In der *Kölnischen Rundschau* wird zusammengefasst, dass alle Anwohner den ausländerfeindlichen Hintergrund sofort vermuteten. „Jeder weiß, dass hier fast ausschließlich Türken wohnen“, fasste die *Kölnische Rundschau* an dieser Stelle zusammen.

Herr Behrens, wissen Sie, wie diese Ermittlungen nach dem Anschlag in der Keupstraße ausgegangen sind, inwieweit es hier Zusammenhänge mit diesen nicht aufgeklärten Anschlägen gegeben hat?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Frau Pau, das kann ich Ihnen nicht beantworten; das weiß ich nicht. Ich höre von dieser Herstellung eines Zusammenhangs hier jetzt auch zum ersten Mal. Mir ist dieser Artikel aus der *Kölnischen Rundschau*, glaube ich, haben Sie gesagt, nicht bekannt, -

Petra Pau (DIE LINKE): Weil - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - auch die Information nicht. Die sachliche Information ist mir nicht bekannt.

Petra Pau (DIE LINKE): Wenn wir jetzt diese sachliche Information nehmen - präparierte Alltagsgegenstände, die deponiert werden, offensichtlich damit sie aufgenommen werden und derjenige dann eine Explosion herbeiführt -: Würden Sie mir zustimmen, dass diese Art und Methode der Bombendeponierung eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Anschlag in der Probsteigasse in Köln im Jahre 2001 aufweist? Damals war es eine

Stollenbüchse, die abgelegt wurde und dann später von Angestellten im Geschäft ja aufgemacht wurde.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wenn ich Ihre Schilderung zugrunde lege - ich, wie gesagt, kenne den Sachverhalt nicht -, dann gibt es da gewisse Ähnlichkeiten; das ist nicht zu bestreiten. Aber bisher ist nach meiner Kenntnis ein Zusammenhang zwischen Probsteigasse und 1993 nicht hergestellt worden. Das höre ich zum ersten Mal.

Petra Pau (DIE LINKE): Also, ich frage deshalb, weil wir ja auch immer nach Kontaktpersonen in dem ja vorhandenen Netzwerk, welche sich dem führerlosen Widerstand in der Bundesrepublik verschrieben hatten, suchen. Und es ist ja nicht ganz auszuschließen, dass der Täter von 1993 auch Kontakte in die rechtsextreme Szene bundesweit hatte oder Mundlos, Bönnhardt, Zschäpe dort eine Kontaktperson oder den hier immer wieder diskutierten Ankerpunkt hatten.

Ich habe eine Bitte an das Bundesland Nordrhein-Westfalen - da der Herr Minister aus verständlichen Gründen nicht sagen kann, wie damals diese Ermittlungen ausgegangen sind -, ob uns gegebenenfalls übermittelt werden kann, was damals im Jahr 2004 beim Vergleich dieser Straftaten herausgefunden wurde oder inwieweit man das abgelegt hat.

Ich will dann noch mal zu einem zweiten Punkt kommen. In der Onlineausgabe der *Neuen Rheinischen Zeitung* vom 21. November dieses Jahres, also 2012, finden wir ein Interview mit Ali Demir, dem ehemaligen Vorsitzenden der Interessengemeinschaft Keupstraße. Herr Demir wird dort gefragt nach seinen Erinnerungen an den Anschlag im Jahr 2004, den er aus nächster Nähe erlebte. Ich zitiere:

Ich saß also allein in meinem Büro und habe eigene Arbeiten erledigt. Plötzlich hörte ich eine Explosion ganz in der Nähe und sah Rauch durch das Fenster auf der Keupstraße. Ich habe geglaubt, eine Gasflasche sei hochgegangen, was in gewissem Sinne ja auch stimmte. Ein Händler lieferte nämlich in der Keupstraße immer große Mengen Gasflaschen aus, und ich ... hatte immer vor der Möglichkeit einer Explosion gewarnt.

Dann eine Auslassung, damit das jetzt nicht so lang wird:

Deshalb habe ich mich zu Boden geworfen. Von da aus sah ich durchs Fenster, dass die Leute hin und her liefen. Zu meiner Überraschung entdeckte ich zwischen ihnen einen Zivilpolizisten ohne Jacke. Unter seiner Schulter sah ich die Waffe. ...

Ich bin daraufhin sofort auf die Straße gelaufen. Dort sah ich vor dem benachbarten Textilgeschäft den Polizisten. Ich habe ihn eingeholt und ... ihn gefragt, was passiert sei. Als er nicht antwortete, habe ich ihn darauf hingewiesen, dass ich die Interessengemeinschaft der Keupstraße vertrete. ...

Er hat dann gesagt: „Schauen Sie doch einfach mal auf den Boden.“ Ich habe auf den Boden geschaut und Metallstücke gefunden. Als ich ihn darauf hinwies, sagte er: „Das sind nicht nur Metallstücke, das ist eine Nagelbombe.“ In diesem Moment sah ich auf der anderen Seite einen zweiten Zivilpolizisten. Beide wollten den Tatort absperren.

Erst 20 Minuten später traf die uniformierte Polizei ein.

Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren: Können Sie sich daran erinnern, dass Sie über den Einsatz von verdeckten Ermittlern oder Zivilpolizisten am Tatort, am Tatort - sicherlich in anderer Sache; könnte ja um eine Ermittlung zum Thema „organisierte Kriminalität“ gegangen sein - irgendwann informiert wurden?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Die Antwort ist: Nein, Frau Pau, keine Erinnerung daran.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich bin informiert worden, dass Herr Demir im Jahre 2004 gegenüber türkischen Medien, die das auch gesendet und gedruckt haben, auf diese Tatsache hingewiesen hat. Nun verlange ich nicht von der Polizei in Köln, dass sie das nachlesen, aber dass er sich im Jahr 2012 an das Polizeipräsidium Köln und den Generalbundesanwalt in dieser Sache gewandt hat - - Herr Christeleit, vielleicht können Sie uns gelegentlich darüber aufklären, was aus diesem Hinweis geworden ist oder wie er abgelegt wurde. Das möchte ich nur erst mal in den Raum stellen.

Im Zusammenhang mit dieser Einlassung von Herr Demir habe ich noch eine letzte Frage, Herr Behrens. Ist Ihnen jemals bekannt geworden, dass der Interessenvertreter der Initiative Keupstraße in den Jahren nach diesem Anschlag immer wieder mit Drohbriefen ja belästigt, überzogen wurde, die er auch zur Anzeige gebracht hat, das letzte Mal am 20.01.2010, wo er bei der Polizei angibt:

Vor circa einem Jahr hatte ich schon einmal so einen komischen Brief bekommen, ebenfalls an mein Büro, damals noch an die Adresse in der Keupstraße 37. Das war nur ein Zeitungsausschnitt, worin es um einen Serienkiller ging, der damals wohl acht türkische Geschäftsleute getötet hatte. Dies sollte vielleicht bedeuten, dass mir das auch passieren könnte. Es ist ja, Gott sei Dank, nichts nachgekommen. (?)

Ist Ihnen jemals darüber berichtet worden, dass also Anwohner der Keupstraße oder dieser konkrete Anwohner mit einem Bezug zur Mordserie Drohungen bekommen haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das weiß ich nicht, Frau Pau, habe ich²⁰ noch nichts von gehört. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist das alles nach meiner Zeit als Innenminister gewesen, alles nach dem Jahre 2005.

Petra Pau (DIE LINKE): Denn die ersten Bedrohungen hatte er offensichtlich schon vorher bekommen. Aber deswegen: Hätte ja sein können.

Dann auch hier die Bitte an Nordrhein-Westfalen, weil ich habe nirgendwo in den Akten irgendeinen Hinweis zu diesen Vorgängen gefunden, uns gelegentlich doch bitte darüber aufzuklären, wie man diesen Dingen und auch insbesondere diesem Hinweis auf die Mordserie an acht türkischen Geschäftsleuten nachgegangen ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Kollege Wolfgang Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Herr Zeuge, Sie haben uns ja Ihre Vita geschildert. Sie waren Justizminister, waren zeitweilig, wenn

ich das richtig in Erinnerung habe, sogar simultan Justiz- und Innenminister, haben beide Ressorts geschultert, sind jetzt Anwalt. Ich gehe mal davon aus, dass Sie mit den Waffen des Rechtes sehr vertraut sind, auch denen, die man gegen falsche Darstellungen in der Presse hat. Und da wundere ich mich nun, wie leidensfähig Sie sich hier hinstellen und sagen: Ja, bis zum heutigen Tage wird das immer falsch geschrieben, und meine Pressestelle dementiert und dementiert und dementiert, und keine Zeitung bringt es. - Ja, der Kollege Gysi - ich will ihn Ihnen nicht als Beispiel empfehlen - geht gegen jeden vor, der auch nur Gysi und Stasi in einen Satz packt.

(Heiterkeit)

Das heißt, es gibt, wie Sie ja sicher wissen, die Gegendarstellung, es gibt den Widerruf, und es gibt auch einfach die Möglichkeit einer Presseerklärung.

Also, es wurden Ihnen ja schon Zeitungen vorgehalten. Aber noch mal *Süddeutsche Zeitung*, drei Monate nach der Tat. Unter der Zwischenüberschrift „Voreilige Einschätzung“ (?), die mich ja schon geärgert hätte, aber bitte schön, da heißt es:

Konkrete Hinweise auf die Täter gibt es zunächst nicht. Ungeachtet der dürren Informationslage erklären Bundesinnenminister Otto Schily und sein nordrhein-westfälischer Amtskollege Fritz Behrens (beide SPD) noch am gleichen Abend, dass die Tat weder einen terroristischen noch einen fremdenfeindlichen Hintergrund habe. (?)

Ja, hier stimmt auch die Uhrzeit nicht. - Ich wäre als Innenminister nicht amüsiert, zumal wenn es dann immer weitergeht: Über die Einschätzung wundern sich die Kriminalen, also Ihre eigenen Leute im Grunde. Da wird der Innenminister als voreilig hingestellt, die Kriminalen wundern sich, an anderer Stelle werden Sie gegen den Oberstaatsanwalt Wolf gestellt. Wolf sagt: Es könnte auch terroristisch sein, anders aber der Innenminister. - Das heißt, Sie nehmen das offenbar zur Kenntnis. Sie sagen der Pressestelle: „Bitte mal mitteilen: So war es gar nicht.“ Passieren tut nichts, und Sie reagieren nicht. Wie ist das erklärlich?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Wieland, die politische Bedeutung dieser Bericht-

²⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

erstattung ist ja erst im Zusammenhang mit diesem Ausschuss deutlich geworden. Das war damals so nicht absehbar, dass es einmal eine solche Bedeutung erlangen würde. Im Übrigen: Wenn Sie Minister sind und jeden Tag das richtigstellen wollten - in welcher Weise und auf welchem Wege auch immer -, was falsch berichtet wird in den Medien, dann kämen Sie zu keinerlei politischer Leitung des Ministeriums mehr. Damit müssen Sie als Politiker leben, dass Berichterstattung zu einem Teil falsch ist - nicht immer, aber zu einem Teil. Und wenn Sie jedem falschen Zungenschlag nachgehen würden, kämen Sie zu nichts anderem mehr.

In diesem Falle hat das Haus, das Ministerium ganz sicher, damals - bis zum heutigen Tage - dagegegenthalten. Ich war ja dann nur noch knapp ein Jahr Minister, 2004 bis 2005, und die Berichterstattung ebte dann ja auch ab. Im Herbst 2004, nach meiner Einschätzung, hörte das mit der Berichterstattung auf, und es lebte erst wieder auf im Zusammenhang hier mit diesem Ausschuss. Und insofern: Ich bin jetzt seit langer Zeit Privatperson. Und ich habe es Ihnen schon mal gesagt: Als Privatperson haben Sie nur geringe Möglichkeiten - natürlich juristische Möglichkeiten bis hin zu Klagen -, bestimmte Dinge richtigzustellen. Aber ich habe das nicht für angemessen gehalten, darauf so zu reagieren.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Behrens, dieses Jahr noch hat der *Tagesspiegel* mit Ihnen telefoniert. Der Kollege Tören hat Ihnen das zum Teil ja schon vorgehalten. Da gibt es auch wörtliche Zitate in diesem Artikel von Frank Jansen aus dem *Tagesspiegel*, der im Übrigen ein sehr profunder Kenner der rechtsextremen Szene ist. Die wörtlichen Zitate sind sicherlich richtig. Aber dann kommt in diesem Artikel auch wieder dieser Satz:

Er hatte mit Schily die falsche Einschätzung in einer gemeinsamen Erklärung verkündet.

Sie sagen uns heute - für mich auch das erste Mal -: Ich habe nie eine gemeinsame Erklärung mit Schily zur Keupstraße abgegeben. - Haben Sie denn dann mal zum Telefonhörer gegriffen und Herrn Jansen angerufen und gesagt: Also bitte, Sie zitieren mich hier zum Teil wörtlich, Sie bringen aber diesen falschen Satz, ich will den mal aus der

Welt haben. Schreiben Sie das nächste Mal: Ich jedenfalls habe es nicht erklärt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich meine, ich hätte in dem Telefonat mit Herrn Jansen - den Namen hatte ich schon wieder vergessen - genau das so dargestellt wie hier.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, unbestritten. Aber dennoch hat er das übernommen, weil es in allen Köpfen drin ist. Und Sie setzen sich hin und sagen: Das wird wahrscheinlich in zehn Jahren auch noch so sein, dass Plisch und Plum, Schily und Behrens, gemeinsam erklärt haben. - Unbegrenzt leidensfähig.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Man muss ziemlich leidensfähig sein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, offenbar wird man das mit vielen Amtsjahren.

Mal eine ganz andere Frage. Stichwort „stille Post“ oder wie ich mir das erklären soll, wie ich mir das wirklich erklären soll. Das Lagezentrum des Bundesinnenministeriums - ich zitiere aus MAT A BMI-4/57 e - hat auch eine Lageübersicht geschrieben am 10. Juni 2004, also am Tag nach der Bombe, für den Berichtszeitraum 09.06. bis 10.06., jeweils 6 Uhr morgens, der relevante Zeitraum. Und das ist so ein Schema. Da geht es los:

1. Politisch motivierte Straftaten

- und da kommt nichts, das ist frei geblieben -

2. Organisierte und allgemeine Kriminalität

Und dann kommt: „Köln“, Quelle: „IM NW“ - also offenbar Innenministerium Nordrhein-Westfalen - und „BKA“.

Dann wird der Anschlag geschildert, und der letzte Satz lautet:

Ein terroristischer Hintergrund wird derzeit ausgeschlossen.

Wir sind uns doch wohl einig, dass das Wort „ausschließen“ deutlich mehr ist als „Es liegen keine Hinweise vor“, auch deutlich mehr ist als das „rausnehmen“.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 72.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wie kommt das? Wie kommt in der Nacht von einem Lagezentrum in das andere, von Düsseldorf nach Berlin, diese Verschärfung in Richtung „ausschließen, kein Terror“ da rein?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Abgeordneter Wieland, das kann ich Ihnen nicht erklären. Es ist in der Tat eine Verschärfung der Aussage, eine eindeutige Richtungsbestimmung der Aussage, die falsch ist. Diese Erklärung ist falsch. Ausgeschlossen hat einen terroristischen Anschlag zu dem Zeitpunkt niemand.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nun wird sich der Zeuge Schily, wenn wir ihn denn mal hier irgendwo hören, höchstwahrscheinlich darauf berufen und sagen: Ich habe hier ein Papier, da steht „derzeit ausgeschlossen“; das kommt von meinen Experten, und die Quelle ist das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das Lagezentrum des Bundesinnenministeriums.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die müssen es doch auch irgendwo herhaben, und die beziehen sich auf „IM NW, BKA“.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Entschuldigung, wenn ich das recht sehe, ist der Schriftwechsel, der hier ja auch zitiert wird, mit der Änderung des Betreffs und all die anderen Dinge, die dahin²¹ - - Lagefortschreibung Nr. 1 - bis ich weiß nicht wie viel - ist ja auch immer im polizei- und behördeninternen Austausch an das Bundesinnenministerium, an die Bundesbehörden gegangen. Insofern kann es da keinen unterschiedlichen Informationsstand gegeben haben. Also ist der Informationsstand, den das Lagezentrum Nordrhein-Westfalen über die Berichterstattung aus Köln, Bezirksregierung Köln, Innenministerium Nordrhein-Westfalen, bundesweit verteilt hat, die maßgebliche Grundlage der Beurteilung. Und wenn das Lagezentrum des Bundesinnenministeriums da einen Betreff oder eine Bezeichnung ändert, dann weiß ich nicht, warum das dort geschehen ist. Ich kann es Ihnen jedenfalls nicht erklären.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben auch keine Vorstellung, welche Person möglicherweise mit Berlin Kontakt hatte?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein. Das geht möglicherweise alles auf dem Mail- oder sonstigen elektronischen Berichtswege und Schriftverkehr. Ich glaube nicht, dass man da viel telefoniert.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man könnte das anders sehen. Wir hatten das ja schon, die besondere Bedeutung dieses Anschlags, erörtert. Sie haben am nächsten Tag mit dem Innenminister telefoniert, am Tag danach. Ist ja wohl denkbar, dass von Lagezentrum zu Lagezentrum man dann auch mal den Bund informiert, auch wenn er nicht mehr in Bonn sitzt, sondern inzwischen in Berlin. Also, ich könnte mir das durchaus vorstellen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich sage ja: Aller Schriftwechsel, Schriftverkehr wird auch immer gesteuert, wie das ja im Fachchinesisch heißt, an die Bundesbehörden, unter anderem auch an das Lagezentrum des BMI.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht würde jetzt zu Beginn der zweiten Berliner Runde wieder an die Union gehen. Das Wort hat Frau Winkelmeier-Becker.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Behrens, ich möchte aber trotzdem auch noch mal auf das Thema „frühe Festlegung“ zurückkommen, weil Sie jetzt hier so doch auch sehr darauf insistieren, dass Sie sich damals nicht festgelegt haben. Im Übrigen ist es Ihnen gelungen, jetzt damit in die Presse zu kommen; dpa macht diese Meldung. Und aus meiner Sicht hätte doch auch eine Chance bestanden, das früher zu platzieren. Daher aber noch mal die Frage: Sie haben sich ja nicht nur in der Presse geäußert oder gegenüber der Presse, gegenüber der Öffentlichkeit. Wie ist das denn im parlamentarischen Raum dann behandelt worden? Gab es eine Diskussion darüber im Innenausschuss des Landtages? Wie haben Sie sich da geäußert?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, das habe ich jetzt nicht noch mal überprüft und keine

²¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Akten mehr eingesehen. Aber ich bin ganz sicher, dass das Innenministerium in den Sitzungen des Innenausschusses darüber berichtet hat, und zwar sehr zeitnah. Davon gehe ich aus. Das entspricht dem üblichen Verfahren, dass das Ministerium einen solchen Punkt von sich aus dann auch anmeldet, wenn er nicht von den Fraktionen, von irgendeiner Fraktion beantragt wird zur Beratung. Ich erinnere mich allerdings nicht an eine Plenarbehandlung zum damaligen Zeitpunkt, sondern ich gehe davon aus, dass es ausschließlich eine Berichterstattung im Innenausschuss gegeben hat, möglicherweise auch im Parlamentarischen Kontrollgremium des Landtags, das die Arbeit des Verfassungsschutzes kontrolliert. Da bin ich aber dann in der Sitzung nicht dabei gewesen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Also, Sie persönlich sind damals nie dazu befragt worden im parlamentarischen Raum, weder im Ausschuss - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Doch, sicher. Im Ausschuss bin ich ja immer anwesend gewesen. Ich habe nach meiner Erinnerung keine einzige Sitzung des Innenausschusses versäumt und habe das immer als eine besondere Verpflichtung gesehen, dass der Minister selber Rede und Antwort steht im Ausschuss, was durchaus nicht so ganz selbstverständlich ist. Aber ich erinnere mich auch nicht an konkrete Diskussionsverläufe. Die Abgeordneten wollten sicherlich wissen: „Wie ist der Stand der Ermittlungen, was müssen wir wissen, welche Motivlage?“, all die Fragen, die wir hier heute auch erörtern. Und dann ist man eben auch nicht weitergekommen, sondern hat das zur Kenntnis genommen, ohne dazu irgendwelche politischen Beschlüsse oder so was zu fassen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich hatte jetzt auch nach bisheriger Lage in der Presse gedacht, dass Sie das eben damals auch so eingeräumt haben und dazu jetzt auch weiter stehen würden - es war ja für uns überraschend, dass Sie das heute relativieren -, und habe jetzt deshalb da nicht besonders intensiv nachgehakt. Aber ich hatte trotzdem auch mal Kollegen gefragt, die auch damals dabei waren, und habe dann auch da die Antwort bekommen, Sie hätten es genau in der Form, wie es aus der Presse bisher berichtet wurde, auch dort geäußert, und dann sei da auch nicht mehr

groß nachgefragt worden, schon mal gar nicht von Rot-Grün, sondern wenn, dann überhaupt von der Opposition, und man sei eben genauso informiert worden, wie es auch der veröffentlichten Einschätzung in der Presse entsprach.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, es wird in der Berichterstattung des Ministeriums - entweder habe ich sie persönlich vorgetragen, oder einer der leitenden Mitarbeiter des Hauses wird sie vorgetragen haben - eine Sprachregelung gegeben haben, die dem damaligen jeweiligen Kenntnisstand entsprach, und die hieß im Zweifel immer in die Richtung: Wir haben bisher keine Erkenntnisse über den Hintergrund, es wird in alle Richtungen ermittelt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Okay, lassen wir es mal so weit stehen. Jedenfalls war ja der Effekt der Berichterstattung, dass man davon ausging, es sei nicht in rechtsextremistischen Hintergrund hinein weiter aufzuklären, dafür gebe es keinen Anlass. Und es wurde ja daraus auch eine Konsequenz gezogen; denn das BKA wurde deswegen eben nicht eingeschaltet. Also, diese Einschätzung war ja auch Grundlage für das weitere Ermittlungsverfahren. Hätten Sie da nicht dann zu einem späteren Zeitpunkt doch noch mal den Anlass gesehen, das zu korrigieren und als Minister dann eben doch noch mal einzugreifen und zu sagen: „Wir müssen auch den anderen Schwerpunkt noch mal in den Fokus nehmen“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, was das BKA betrifft: Während meiner Amtszeit hat es keinen Anlass gegeben, das noch mal in Zweifel zu ziehen; denn das BKA-Gesetz sagt ja da ziemlich eindeutig, wann das BKA einzuschalten ist und zuständig ist und auch Ermittlungen zu übernehmen hat. Und nach Einschätzung der örtlichen Behörden in Köln, der Staatsanwaltschaft und der Polizeibehörde in Köln und der vorgesetzten Behörden, hat es keinen Anlass gegeben, das BKA einzuschalten, weil eben die Erkenntnislage nicht so war.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Trotzdem: Sie sahen jetzt, wie die Entwicklung sich weiter fortsetzt, wie ermittelt wird und dass man eigentlich diese Einschätzung zu Beginn „Es gibt keinen rechts-

extremistischen Hintergrund“ zu keinem Zeitpunkt wirklich korrigiert hat. Hätten Sie es nicht als Ihre Aufgabe gesehen, als Minister noch mal darauf hinzuweisen: „Hier, meine lieben Ermittlungsbehörden, liebe Staatsanwaltschaft, untersucht vor allem auch noch mal den anderen Aspekt, so wie wir hier auch gehört haben ...“, zum Beispiel wie es Beckstein gemacht hat?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: In Ihrer Frage haben Sie eine Tatsachenfeststellung, die nicht stimmt. Niemand hat gesagt: „Es gibt keinen rechtsextremistischen Hintergrund“, jedenfalls niemand in Nordrhein-Westfalen hat das so gesagt, sondern man hat immer gesagt: „Es gibt keinen Hinweis auf irgendwelche Motive, unter anderem auf rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen Hintergrund“. Nicht: „Es gibt keinen Hintergrund“, sondern: „Es gibt keinen Hinweis darauf“. Und das ist ein großer Unterschied. Das heißt nämlich: Wenn man davon ausgeht, dass es keinen gibt, dann ermittelt man auch nicht in die Richtung. Wenn man aber bisher keinen Hinweis hat, dann bleibt es Aufgabe, in die Richtung auch zu ermitteln.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Okay. - Nun finde ich schon, dass es zum Beispiel einen Ansatzpunkt gibt, wenn man sieht, dass es deutsche Täter sind oder deutschstämmige Täter - das konnte man den Videoaufnahmen entnehmen -, und dann eben trotzdem diese Hypothese, dass es sich um eine Milieustrafttat handelt, organisierte Kriminalität zwischen rivalisierenden Gruppen, türkisch-kurdisch oder im Umfeld sonst der Kaufleute dort abgespielt hat, zugrunde legt, dann muss man doch praktisch einen Tatverlauf oder einen Plan zugrunde legen, in dem ein ausländischer Auftraggeber deutsche Täter beauftragt, einen Nagelbombenanschlag zu machen. Ist Ihnen das in Ihrer Praxis als Innenpolitiker sonst jemals begegnet, dass Kriminelle mit Migrationshintergrund deutsche Auftragstätter beauftragen, einen Anschlag zu machen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, das ist mir natürlich so nicht begegnet. Das ist natürlich jetzt auch eine Konstruktion, die Sie hier vornehmen. Wo Sie recht haben, würde ich aus meiner Sicht formulieren, ist, dass die Tatsache, dass es sich um weiße Täter handelte, die ja durch Kappen sich getarnt hatten, Anlass hätte sein müssen, darüber

nachzudenken: Wo kann der Tathintergrund, wo kann das Motiv liegen? - Und dass man das im weiteren Verlauf der Ermittlungen vielleicht nicht ausreichend gewichtet hat eine solche Tatsache oder eine solche Erkenntnis, das meinte ich vorhin mit meiner Behauptung, dass man den Tätern möglicherweise eher auf die Spur gekommen wäre, wenn man vergleichbare Erkenntnisse aus anderen Fällen bei den Morden, die vor allem in Bayern passiert waren, hätte mit heranziehen können, wo es ja ähnliche Erkenntnisse gegeben hat, wie ich heute weiß. Das habe ich damals nicht gewusst. Aber heute wissen wir: Es hat auch in Bayern Beobachtungen, Zeugenaussagen gegeben, es handle sich um zwei weiße Täter,²² auch mit²² Fahrrad unterwegs gewesen. - Wenn man das früher, auch in Köln, einbezogen hätte in die Ermittlungen oder hätte einbeziehen können, wenn man es gewusst hätte, dann wäre man den Tätern sicherlich eher auf die Spur gekommen. Da man es aber nicht gewusst hat, ist die Frage: Hätte man es wissen können und wissen müssen? Das ist eine Bewertungsfrage, die ja hier im Mittelpunkt der Arbeit des Ausschusses steht.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Der Kollege möchte Ihnen einen Vorhalt machen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Behrens, Sie haben ja ein paarmal jetzt betont, dass Sie sich in keine Richtung festgelegt hätten, was die Motivlage und die Hintergründe des Anschlags betrifft. Gleichwohl hätte man schon vom ersten Eindruck her, so finde ich, darauf kommen müssen, dass es fremdenfeindliche Motive sind und nicht irgendwie organisierte Kriminalität oder Türsteherszene oder was da alles eine Rolle gespielt hat später.

Ich will Ihnen vorhalten, was der heutige Vizepräsident des BKA, Maurer, und damalige Abteilungsleiter Staatsschutz des BKA - das war er damals - in seiner Vernehmung hier gesagt hat, und Sie fragen, ob das nicht eine Einschätzung gewesen ist, die hätte zu Ihnen durchdringen müssen. Er sagt Folgendes - ich zitiere aus dem vorläufigen Protokoll, Zeugenvernehmung Herrn Maurer, Seite 3 beginnend -:

Das ist ein fremdenfeindlicher Akt - was denn sonst? -, wenn vor einem türkischen Friseurladen eine Nagel-

²² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

bombe hochgeht. Selbstverständlich habe ich das gedacht. Selbstverständlich habe ich es für möglich gehalten, dass Hintergrund dieser Aktivität ein Staatsschutzdelikt sein könnte.

Wie üblich in solchen Situationen, war es mir natürlich ein Anliegen, unsere Unterstützung

- nicht die Übernahme des Falles, wie Sie gerade vielleicht angedeutet hatten: die Unterstützung -

anzubieten. Das ist noch am gleichen Tag geschehen. Den Kölner Polizeikollegen ist die Unterstützung, ist die Expertise des BKA, der Staatsschutzabteilung, angeboten worden - am gleichen Tag. Weiterhin war das BKA am gleichen Tag, angefordert durch nordrhein-westfälische Dienststellen, unterstützend vor Ort tätig mit der Tatortgruppe,

- da geht es um die Spurensicherung -

um die dortige Tatortarbeit zu unterstützen.

Sie wissen genauso wie ich, dass - nicht nur aus heutiger Sicht - vor schnell ein Staatsschutzhintergrund ausgeschlossen wurde. Es hätte zumindest als weitere Option weiter im Raum stehen müssen. Die Bewertung war falsch. Warum die Ermittler vor Ort zu dieser Bewertung kamen, welche Hinweise möglicherweise zu dieser Einschätzung geführt haben, das kann ich nicht einschätzen, vermag ich nicht zu sagen. Es hatte aber eine fast schon fatale Folgewirkung: Obwohl eine Staatsschutzstaatsanwaltschaft tätig war, ist in der Folge dessen natürlich die Zuständigkeit des BKA erst gar nicht mehr geprüft worden.

Das war BKA-Position. Uns treibt ja mehr um - nicht nur, dass man die Lagemeldung korrigiert: kein terroristischer Anschlag - - Uns treibt ja um, dass aufgrund einer überragenden Faktenlage vor Ort und auch fachlicher Expertise der zuständigen Abteilung des BKA man diese Dinge nicht sehen wollte. Hat Sie das jemals erreicht, so etwas?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Diese Einschätzung, Herr Binninger, nicht. Das weiß ich jetzt alles aus Lektüren²³ dieser Tage. Damals hat mich das so nicht erreicht. Aber im

Nachhinein betrachtet, muss ich sagen, hat der Herr - Maurer hieß er, glaube ich - in seiner Bewertung durchaus nicht Unrecht, sondern im Nachhinein muss ich sagen, ist das so, wie er es einschätzt, und so sehe ich das heute auch.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Maurer hat es damals schon so gesehen!)

Das habe ich ja im Prinzip auch in meinem Eingangsstatement so zum Ausdruck gebracht, dass man das hätte früher erkennen müssen und dass das nicht geschehen ist, dass das ein fataler Fehler war.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ja, und da eben doch noch mal die Nachfrage: Hätten Sie als Minister das nicht eben auch mit der nötigen Distanz, aber auch mit der politischen Gewichtung letztendlich noch mal einbringen müssen, dass man eben doch auch den rechtsextremen Hintergrund weiter ermittelt und ausermittelt? Denn, wie gesagt, die Arbeitshypothese, es ist eine Milieustrafat, bei erkannten deutschen oder erkennbar deutschen Tätern, finde ich relativ weit hergeholt. Es kam ja dann - das hatte auch der Kollege - wie heißt er noch? - Wolff schon vorgetragen - - gab es ja im Laufe der nächsten Monate, im Laufe des Sommers doch auch einige weitere Anhaltspunkte dafür, dass es tatsächlich einen rechtsextremen Hintergrund hatte; denn wir hatten hier die Operativen Fallanalysen des LKA, wo eine Affinität zu Waffen und Sprengstoff festgestellt wurde, wo Hass gegen die türkische Gemeinschaft den Tätern als wahrscheinlich unterstellt wurde. Das LKA NRW hatte eine Sprengstoffvorgeschichte und eventuell fremdenfeindliche Vorbelastung schon in den Raum gestellt. Also, es gab wirklich eine Menge Anhaltspunkte, sodass man da doch noch mal den Ermittlungen einfach eine andere Wendung geben müssen. Das wäre aus meiner Sicht auch die Aufgabe des politisch verantwortlichen Leiters des Ministeriums gewesen, an der Spitze des Ministeriums.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Was Sie zitieren, denke ich, ist alles damals bekannt gewesen und alles eingeflossen in die Bearbeitung vor Ort in der Kölner Behörde und in der Kölner Staatsanwaltschaft. Auch vielfaches Nachfragen aus den übergeordneten Behörden und den unterstützenden Behör-

²³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

den wie Landeskriminalamt, Operative Fallanalyse, Profiler und Ähnliches -²⁴ hat ja alles stattgefunden - haben eben nicht dazu geführt, dass man konkrete Hinweise gefunden hat. Und das ist der Punkt, dass man nicht darauf gekommen ist, dass es offenbar einen Zusammenhang mit diesen anderen Straftaten gegeben hat und man über diesen Weg hätte den Tätern schneller auf die Spur kommen können. Das ist sicherlich ein Einschätzungsfehler der damaligen Zeit gewesen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Inwieweit haben Sie darauf Einfluss genommen oder nehmen können oder wie auch immer, wie die Staatsanwaltschaft handelt, vor allem jetzt im Hinblick auf die Propsteigasse, wo ja sehr schnell die Ermittlungen eingestellt worden sind? Gab es da Absprachen zwischen Ihnen und dem Justizminister darüber, ob das opportun sei oder ob man das anders machen soll?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein,²⁴ Propsteigasse hat damals, ich meine, die Ebene der Ministerien nicht mehrfach beschäftigt, nicht als ein besonders herausragendes Ereignis, sondern wurde als ein eher normaler Kriminalfall eingeschätzt damals. Und Möglichkeiten, da irgendwo auf die Staatsanwaltschaft Einfluss zu nehmen, hatte ich ja ohnehin nicht, und die Minister untereinander hat das Thema auch nicht beschäftigt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wenn wir jetzt darüber nachdenken, wie wir die Sicherheitsarchitektur ändern, haben Sie gerade schon gesagt, wir müssten mehr Zusammenarbeit haben. Was war denn damals auch der Ansatz, weshalb die beiden Ministerien, Innenministerium und Justizministerium, in Nordrhein-Westfalen zusammengelegt wurden? Hätten Sie da genau diese Zusammenarbeit zwischen ermittelnden Polizeibehörden und Staatsanwaltschaft gerne unterstützt, oder was war da der Hintergrund und Gedanke?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das hatte andere Hintergründe. Ich möchte jetzt darauf verzichten, das hier darzustellen, weil das wäre²⁴ eine eigene Sitzung. Das hat ja auch das Verfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen beschäftigt, das die Zusammenlegung damals dann sozusagen wieder auseinandergenommen hat. Es ging natürlich um Ko-

operationen zwischen Sicherheitsbehörden; das ist keine Frage. Aber es ging nicht um konkrete Fragen wie hier: Wer muss wann mit wem wo zusammenarbeiten? Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen, ich glaube, wie auch in anderen Ländern, bis hin zur Bundesebene, ist, denke ich, sehr gut. Nicht da liegt die Krux dieses Falles, glaube ich, nicht in der Frage der Zusammenarbeit zwischen Staatsanwalt und Polizei.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Sondern?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Eher in der Frage der Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden und sonstigen Sicherheitsbehörden, also Verfassungsschutzämter und -

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Auch wenn die schon alle in einem Haus zusammengefügt sind wie in Nordrhein-Westfalen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, es geht mir nicht so sehr um die Zusammenarbeit in einem Lande - die funktioniert nach meiner Einschätzung in Nordrhein-Westfalen auch heute, denke ich, immer noch sehr gut; zwischen Polizei und Verfassungsschutz gibt es kaum das, was ich vorhin als Gräben bezeichnet habe, oder kaum tiefere Vorbehalte des einen, der einen Institution, Organisation gegenüber der anderen; das funktioniert, glaube ich, von der Spitze her sehr gut und ist einer der Gründe, weshalb ich diese Organisationsform nach wie vor für richtig halte, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen haben -, sondern es geht eher um die länderübergreifende Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich möchte trotzdem jetzt noch mal auf diese frühe Festlegung auch zurückkommen. Wenn man jetzt zum damaligen Zeitpunkt von Ihrem Hause gesagt hätte: „Es gibt auch einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund“, oder bewusst gegen diese dann in der Presse einseitige Darstellung vorgegangen wäre, wäre das in der damaligen innenpolitischen Situation vielleicht aus Ihrer Sicht nicht opportun gewesen, wo gerade die Diskussion war über die Abschiebung von Kaplan, -

²⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): - wo gerade die Europawahl auch vor der Tür stand, wo vielleicht auch gerade in Nordrhein-Westfalen die belegten Fallzahlen bei rechtsextremistischen Taten gestiegen waren, gegenüber dem Vorjahr sogar ganz erheblich gestiegen waren, wo Sie ja selber auch gerade gesagt hatten, dass CDs an den Schulen verteilt wurden - - hatten Wahlergebnisse in Köln bei „pro Köln“, die relativ erschreckend waren, kurz unter den 5 Prozent sogar? War es vielleicht in dieser gesamten innenpolitischen Lage aus Ihrer Sicht auch nicht gewünscht, dass man auf einen möglichen rechtsextremen Hintergrund dieses Anschlages hinweist?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich schüttle schon während der ganzen Zeit Ihrer Frage den Kopf, laut²⁵ - - Das kann man nicht hören, aber das will ich jetzt noch mal bekräftigen: Nein, das Gegenteil wäre, glaube ich, richtig gewesen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen uns nie gescheut, uns mit dem Phänomen des Rechtsextremismus auseinanderzusetzen - dass wir es jetzt auch mit dem Rechtsterrorismus müssen, das ist ein ziemliches Menetekel, wie ich gesagt habe -, im Gegenteil: Wir haben sicherlich, wenn es Anlass gab, das zu thematisieren, Rechtsextremismus, das auch politisch immer getan. Wenn es im Kölner Fall Keupstraße dafür einen Anlass gegeben hätte und nicht das andersherum vielleicht hätte gedeutet werden können als eine Beeinflussung der Ermittlungstätigkeit in eine falsche Richtung, weil man ja nicht wusste, in welche Richtung man ermitteln sollte, dann hätten wir es sicherlich auch aufgegriffen als Thema. Aber es gab eben diesen Hinweis nicht. Sonst hätte es auch eine politische Auseinandersetzung darüber gegeben. Sie können sicher sein, dass sich auch der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen eine solche Chance nicht hätte entgehen lassen, dieses zu thematisieren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt zwei Bitten um Zwischenfragen, wenn Sie gestatten, Frau Winkelmeier-Becker. Dann halten wir die Uhr an.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ja, okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die erste Bitte kommt von mir, bezieht sich auf das, was Sie eben gesagt haben, Herr Behrens: Wenn es irgendwie Anlass gegeben hätte, zu thematisieren, es könnte sich um einen rechtsextremistischen Hintergrund handeln bei dem Anschlagsgeschehen in der Keupstraße, dann wäre das auch so passiert. - Das widerspricht ein bisschen dem, was wir in den Akten gefunden haben, nämlich ein Schreiben der Bezirksregierung Köln an das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen vom 29. Juni 2004, MAT A NW-6 c. Das ist vorhin angesprochen worden. Ich will es nur deshalb noch mal erwähnen, weil da auffällt: Also, es gab zwischenzeitlich eine Operative Fallanalyse, die einen fremdenfeindlichen Hintergrund als denkbar geschildert hatte. Dann heißt es in dem Schreiben Bezirksregierung Köln an Ihr damaliges Ministerium:

Das Polizeipräsidium Köln wird den Aspekt einer laut OFA-Ergebnissen möglicherweise vorliegenden fremdenfeindlichen Motivation im Rahmen des Pressetermins am 30.07.2004 nicht thematisieren.

Und dann - das verwundert mich in dem Zusammenhang -:

Die taktische Vorgehensweise des Polizeipräsidiums Köln ist mit dem LKA Nordrhein-Westfalen abgestimmt.

Das kann sich ja nur beziehen auf das Nichtthematisieren eines möglichen fremdenfeindlichen Hintergrunds, der sich aus einer Analyse durchaus als Möglichkeit, als Option ergeben hat. Dann ist das mit dem Landeskriminalamt abgestimmt und wird als taktische Vorgehensweise bezeichnet. Was ist denn das für eine Taktik, wenn man eine Analyse hat aus dem Polizeibereich, die die Option „fremdenfeindlicher Hintergrund“ nahelegt, und es dann öffentlich aber verschweigt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Die Frage ist berechtigt, kann ich Ihnen aber nicht beantworten, Herr Vorsitzender, weil ich nicht weiß, was die Motivlage war, sich so zu verhalten. Es war jedenfalls generelle - -

²⁵ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 c, Blatt 108.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Aber ich meine, Sie haben doch gerade gesagt, dass das Land Nordrhein-Westfalen immer zu Ihrer Amtszeit - und heute wahrscheinlich noch - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nicht nur während meiner Amtszeit, sondern auch zu anderen Amtszeiten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber das Landeskriminalamt untersteht Ihnen ja nun doch direkt. Das ist was anderes als das Polizeipräsidium.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, das ist schon anders, ja, klar. Aber es gab da keine Rückfragen oder keine Versicherungen etwa bei mir.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen eigentlich bekannt, was das für ein Anschlagsgeschehen genau war? Wird ja immer gesprochen von Nagelbombenanschlag.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Was meinen Sie?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie viel Nägel waren das denn ungefähr?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das weiß ich im Moment nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es waren 1 000 Stück. Und die waren wie lang?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Relativ lang. Das habe ich noch in Erinnerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ungefähr?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: So lang.
(Der Zeuge macht eine Handbewegung)

Dachdeckernägel waren es.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 10 Zentimeter.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: 10 Zentimeter, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 1 000 10 Zentimeter lange Nägel. Das hat übrigens wenige Tage nach dem Anschlag den türkischen Botschafter veranlasst, die Keupstraße zu besuchen. Er war da am 18.06. Da gibt es eine dpa-Meldung zu von 15.07 Uhr, 18.06.2004, 15.07 Uhr:

Türkischer Botschafter nennt Bombenanschlag „terroristische Tat“

Haben Sie das damals mitbekommen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das werde ich sicher mitbekommen haben, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat er Sie damals gefragt, ob Sie mitkommen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich meine, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie sind sich aber nicht sicher?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Sorry?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie sind sich aber nicht sicher?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, das wäre sehr ungewöhnlich. Wenn, dann hätte der Botschafter den Bundesinnenminister gefragt und weniger mich. Also, ich erinnere mich an keine solche Anfrage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, es wäre ja schon ungewöhnlich, wenn sozusagen der Bundesinnenminister mit einem Botschafter irgendwo auftauchen würde, ohne den zuständigen Landesminister zu fragen, oder?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist nicht unbedingt so. Das sind zwei protokollarisch unterschiedliche Ebenen. Die Landesebene sind immer die Generalkonsuln.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Er war mit einem Polizeidirektor da. Also, ich meine, offenkundig hat er es ja nicht so ehrpusselig gehabt. Aber es ist Ihnen nicht Erinnerung, ob Sie damals kontaktiert worden sind?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein. Ich bin ziemlich sicher, dass das nicht der Fall war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Will ich noch ein Letztes dazu sagen, weil mich ein bisschen wundert, dass Sie nach Ihren Aussagen hier sich nicht so richtig intensiv und nachhaltig fortlaufend haben informieren lassen. Es gibt ein Jahr nach dem Anschlag nach Einschätzung der Polizei Köln - das ist MAT A GBA-4/8 c - einen Bericht über die bisherige Ermittlungstätigkeit. In diesem Bericht heißt es auf der letzten Seite wörtlich:

Es handelt sich um ein Verbrechen, das insbesondere durch die Vielzahl der Opfer und die heimtückische Tatausführung nicht nur die Verletzten und Bewohner der Keupstraße in Schrecken versetzt hat, sondern darüber hinaus auch bundesweite und teilweise internationale Bedeutung erlangt hat.*

War Ihnen das damals bewusst, dass das die Einschätzung der Polizei war?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, selbstverständlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Internationale Bedeutung.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Natürlich. Das habe ich ja heute noch mal gesagt, dass es einen internationalen Schaden angerichtet hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es hat vor allen Dingen fast 30 Menschen geschädigt. Das ist vielleicht noch wichtiger als die Frage: Was hat das für einen Ansehensverlust für Deutschland mit sich gebracht?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: So ist es.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Finden Sie denn, im Nachhinein betrachtet, Sie haben sich hinreichend intensiv fortlaufend informieren lassen über die Ermittlungsarbeit?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Davon bin ich überzeugt, ja. Das habe ich getan, vielleicht nicht so, dass man es in den Akten ständig findet; aber ein solches Geschehen lässt einen nicht ruhen - das ist gar keine Frage - und führt zu ständigen Diskussionen und

Nachfragen auch im eigenen Hause und mit anderen über solche Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie da einfach mal nachgefragt: Könnte das nicht doch einen fremdenfeindlichen Hintergrund geben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Sicher, ganz sicher, werde ich gefragt haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum finden wir das denn nirgendwo in den Akten?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Weil ich es möglicherweise nicht schriftlich vermerkt habe, sondern weil das in Gesprächen stattgefunden hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Öffentlich haben Sie sich auch nicht geäußert.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich meine, ich hätte mich öffentlich, weil es ja keine andere Erkenntnislage gab, immer nur offen geäußert, was die Motivlage betrifft, wenn ich mich später dazu öffentlich geäußert habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele hat da noch eine Frage.

(Zuruf des Abg. Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP) - Dr. Eva Högl (SPD): Ach so, Herr Vorsitzender, das war eine Zwischenfrage von Ihnen!)

- Direkt dazu, Herr Wolff?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf auch gar nicht so lange fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann, Herr Ströbele, wenn Sie gestatten, ganz kurz Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Behrens, Sie haben gerade eben gesagt, dass Ihnen der Vorfall politisch nicht so bedeutend vorkam und nicht politisch bedeutsam war.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Jetzt sagen Sie gerade das Gegenteil. Was gilt denn jetzt eigentlich?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/8 c, Blatt 285.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich wüsste nicht, dass ich das so formuliert hätte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten wörtlich: Der Anschlag war nicht bedeutend genug.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich glaube, er bezog sich auf 2001, auf die Propsteigasse. Dazu war gefragt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das war 2001. Ich sprach über den Anschlag in der Propsteigasse. Das war der, den ich so charakterisiert habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir können es ja im Protokoll nachlesen. Ich habe es auch so in Erinnerung, dass sich das auf 2001 bezog, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ganz sicher.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - auf das ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ganz sicher.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Meine Frage war eine ähnliche wie Ihre. Nur etwas überspitzter will ich die auch noch mal stellen.

Herr Minister Behrens, wie kommen Sie dazu, sich hier so hinzusetzen und - ich habe mir den Satz vorhin mitgeschrieben, jedenfalls versucht, ihn zum Teil mitzuschreiben - so als Resümee in der Beantwortung von Fragen hier zu sagen: „Wenn wir Anlass gehabt hätten, dann hätten wir das Rechte thematisiert“? Es sind ja hier mehrere Vorhalte dazu gemacht worden. Nun gab es doch - das ist Ihnen jetzt hier drei-, vier-, fünfmal vorgehalten worden - solche Anlässe, diese OFA, wo was von rechtsextremen Tätern drinsteht. Gab es nicht?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, habe ich ja vorhin schon mal kommentiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das endet sogar, dieses

Zitat - das geht dann nachher noch mal weiter in diesem Schreiben Ihres Ministeriums - - steht in dem Schreiben dann noch mal drin, dass es vermutlich Täter sind, die schon mal ähnlich in Erscheinung getreten sind. Und dann sagen Sie hier mit derselben Wortwahl, wie das hier abgelehnt worden ist, das zu thematisieren - - Das ist Ihnen vom Vorsitzenden auch noch mal vorgehalten worden. Damals wurde abgelehnt - - Wenige Wochen nach dem Attentat, nach dem Anschlag wurde abgelehnt, das zu thematisieren in der Öffentlichkeit. Dann sagen Sie hier: Wenn wir Anlass gehabt hätten, dann hätten wir es thematisiert. - So haben Sie gesagt. Wie können Sie so was hier noch sagen? Sie wollen das einfach nicht wahrhaben, oder wie?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Weil das eine war²⁶ eine Mitteilung der Bezirksregierung Köln - wenn ich es richtig in Erinnerung habe -, die Herr Edathy mir vorgehalten hat, die aber nicht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: An das Innenministerium.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Innenministerium.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, der Bezirksregierung, wenn ich es richtig ... (akustisch unverständlich)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An das Innenministerium.

Vorsitzender Sebastian Edathy: An das Innenministerium.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ein Bericht an das Innenministerium -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist abgestimmt mit dem LKA gewesen, das nicht zu thematisieren.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - und eine Verhaltensweise, die auf dieser Ebene, Polizeipräsidium Köln und Bezirksregierung Köln, verabredet worden war, die mich aber in dem Fall nicht erreicht hat. Sie müssen sich in meine Bewusstseinslage - -

²⁶ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja gesagt: „Wir“. „Wir hätten das“, haben Sie vorhin gesagt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: „Wir“ meint die Landesregierung, den Minister, die Landesregierung, die politischen Akteure. Ein solches Thema hätten wir natürlich aufgegriffen, wenn wir Anhaltspunkte dafür gehabt hätten, dass es sich um rechtsextremistische Gewalt handelt. Wenn wir dafür sichere Anhaltspunkte gehabt hätten -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sichere Anhaltspunkte.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - oder ausreichende Verdachtsmomente gehabt hätten, hätten wir es ganz sicher thematisiert, so wie es, Herr Abgeordneter Ströbele, thematisiert worden ist bei dem Anschlag am Wehrhahn vier Jahre vorher. Da ist es ja dann zu einer Diskussion - - hat es ja sofort geführt, die eingemündet ist in die Diskussion über das NPD-Verbotsverfahren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stattdessen lassen Sie sich ständig in der Öffentlichkeit zitieren mit dem Satz, dass das nicht so war.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, machen Sie was dagegen. Vielfache Richtigstellungen haben nichts gefruchtet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine einzige Gegendarstellung hätten Sie als Anwalt oder als Justizminister oder als Innenminister da hinschicken müssen, und dann hätte das in der Zeitung gestanden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eigentlich wollte ich jetzt die Union weiterfragen lassen. Aber jetzt gibt es auch eine Nachfrage von Frau Högl.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Högl (SPD))

- Genau. - Frau Högl, bitte.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wir sind ja heute großzügig!)

Dr. Eva Högl (SPD): Ich würde ganz gern mal, Herr Dr. Behrens, Sie bitten, auf das Schreiben zu schauen - ich hatte das ja eben auch schon angesprochen - vom 29. Juni

2004 von der Bezirksregierung Köln. Was uns aufgefallen ist und weswegen wir nachfragen, ist, dass da draufsteht, also ein Stempel: Minister, Staatssekretär, Leiter Abteilung 4 und dann noch handschriftlich die Referate 41, 41.2 usw. Deswegen fragen wir uns natürlich, ob Sie das auch gesehen haben oder ob das mit Ihnen mal erörtert wurde, weil es ist ungewöhnlich, wenn es ausgezeichnet ist auf den Minister und er es dann nicht zu Gesicht bekommt. Jedenfalls - ich habe zehn Jahre in einem Bundesministerium gearbeitet -, das kann ich mir nicht vorstellen, dass etwas auf den Minister ausgezeichnet wird und ihm dann nicht vorgelegt wird. Das wäre eher ungewöhnlich. Können Sie sich erinnern, dass Sie das gesehen haben? Oder ist vielleicht ein Handzeichen am Rand sogar von Ihnen? Das wissen wir nämlich auch nicht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, ich sehe die Auszeichnung mit dem Stempel. Das ist ja offenbar nicht das Original. Wenn es das Original gewesen wäre und es mir vorgelegen hätte, dann hätte ich es abgezeichnet gehabt. Ich gehe davon aus, dass mir das nicht vorenthalten wurde, das heißt, dass ich es irgendwann gehabt habe, es auch gesehen habe. Aber ich erinnere mich daran jetzt nicht mehr. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass es so war.

Aber es wird ja immer wieder Bezug genommen auf die OFA, auf die beiden Operativen Fallanalysen des BKA und des LKA. Ich habe in Vorbereitung auf die heutige Sitzung diese Operativen Fallanalysen auch gelesen. Das ist jetzt schon ein paar Tage her. Ich habe also keine Wortlaute mehr in Erinnerung. Ich meine aber, mich daran zu erinnern, und habe das vorhin ja auch schon mal gesagt, dass in beiden Operativen Fallanalysen einerseits analysiert worden ist, es könne in Betracht kommen auch ein fremdenfeindlicher Hintergrund, andererseits im nächsten Absatz dann wieder geschrieben wurde, man müsse dem aber entgegenhalten, dass es zum Beispiel keine Bekennerung gab, dass es keine Hinweise aus der Bevölkerung gab, dies und jenes, und dass die Aussage der jeweiligen Operativen Fallanalyse immer wieder auch relativiert worden ist. Das ergibt sich auch unmittelbar aus dem Text der Operativen Fallanalyse und hat offenbar dann eben im Ergebnis nicht dazu geführt, dass die Kölner Ermittler gesagt haben: Jetzt müssen wir uns aber mal inten-

siv um die Frage Rechtsextremismus kümmern.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie!)

- Ich auch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Letzte Zwischenfrage, bevor die Union fortfährt, von Herrn Kollegen Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist auch wirklich ganz kurz. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie aus den Paraphen an diesem Schreiben rechts nicht erkennen, ob das Ihre ist, also jenseits der Farbe?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das haben Sie falsch verstanden, Herr Wieland. Meine ist nicht dran.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist nicht dabei?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es denn sein - frage ich mal -, dass Sie so was bekommen und nicht paraphieren?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das kann nicht sein. Wenn ich es gesehen habe, habe ich es paraphiert.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum schließen Sie dann nicht aus und sagen: „Meine Paraphe ist nicht da, also habe ich es nicht gesehen“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich weiß nicht, welche Akten Ihnen hier vorgelegt worden sind.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte, Sie haben diese Seite mal gesehen, die Frau Högl Ihnen vorgehalten hat.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja, aber es gibt möglicherweise mehrere Exemplare, und es kann ja eines geben, was er nicht gesehen hat!)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es können ja Entwürfe sein aus der jeweiligen Abteilung.

Also, das scheint nicht das Original zu sein; das wollte ich damit sagen. Das scheint nicht das Original zu sein. Ich kann das mal so annehmen, weil eine Paraphe von mir nicht darauf ist.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben hier Kopien. So. Ja. Aber es ist ja ein Schreiben an Ihr Ministerium, auf dem sich in Kopie Paraphen befinden.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aber nicht meine.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nicht von Ihnen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kann es kein Entwurf sein. Also, hallo, das ist ja das Schreiben, was in Ihrem Haus eingegangen ist. Und ich will jetzt wissen: Gibt es Schreiben an den Minister, die er sieht, ohne sie abzuzeichnen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Die Union fährt jetzt fort. Herr Kollege Schuster.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Dr. Behrens, ich vermute, aus Ihrer Aussage, dass Sie zu dem Zeitpunkt in Urlaub waren, können wir schließen, Sie waren selber nie am Tatort.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich war nicht am Tatort, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie sich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Auch danach nicht?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Auch danach nicht. Das schließe ich daraus.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern, wer denn der höchstrangige Vertreter Ihres Ministe

riums war, der sich einen Einblick vor Ort verschafft hat, weil das ja doch - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das weiß ich nicht. Ist mir auch, glaube ich²⁷ - - Ich weiß nicht, ob es mir je zur Kenntnis gekommen ist. Aber ich weiß es im Moment nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Es wurde auch nicht an Sie von Ihrem Polizeichef oder Verfassungschef hergetragen - das sagt man ja schon mal -, von wegen: „Herr Minister oder Chef, das müssen Sie sich vor Ort anschauen“? Diese Situation hat es nicht gegeben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich interessiere mich immer für die strukturellen Verbesserungsmöglichkeiten. Mich würde mal interessieren, gerade weil Sie das gerade eben gelobt haben, wie Sie die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen einschätzen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Genau. Auf den Punkt will ich hinaus. Sie können mit einem Landesamt für Verfassungsschutz sehr viel frei zugängliches Material sammeln, bewerten etc. Das ist eine klassische Aufgabe. Dann gibt es die klassische Aufgabe operative Vorfeldaufklärung. Operative Vorfeldaufklärung erschöpft sich für mich - das sage ich gleich - nicht in V-Mann-Führung, sondern da stelle ich mir eine Menge mehr drunter vor. Jetzt bin ich ganz froh, dass Sie da sind. Ich hätte mal gerne von Ihnen gehört, wie das funktioniert, dass eine Abteilung Verfassungsschutz als Abteilung eines Ministeriums diesem operativen Auftrag nachkommt und dadurch auch vielleicht eine ganz andere Bodenhaftung hat in der Szene, wo wir jetzt Bewertungen und Erkenntnisse gut hätten brauchen können. Ich glaube sofort, dass Sie gut auswerten, Informationen sammeln und so. Das traue ich einer solchen Abteilung sofort zu. Das andere verstehe ich nicht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Eine solche Abteilung, Herr Abgeordneter, ist im Prinzip

genauso organisiert wie ein Amt. Sie²⁸ ist nur anders organisatorisch eingebunden, praktisch als Teil des Ministeriums. Es arbeitet aber nach den gleichen Grundsätzen und Prinzipien wie ein Amt, das nachgeordnet ist. Nur, der Amtschef - in dem Fall der Abteilungsleiter Herr Dr. Möller, den Sie hier auch schon gehört haben - ist eben Abteilungsleiter im Innenministerium mit all den Möglichkeiten, die ein Abteilungsleiter, der an dem regelmäßigen Kommunikationsaustausch in einem Ministerium teilnimmt, auch hat, in beide Richtungen: Informationen weiterzugeben wie auch aufzunehmen für die Arbeit seiner jeweiligen Behörde.

Im Übrigen gibt es natürlich - - Das dürfen Sie sich nicht so vorstellen, dass der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen nur besteht aus Menschen, die im Ministeriumsgebäude ihren Schreibtisch stehen haben. Das ist doch auch eine Vielzahl von Menschen, die draußen sind, die irgendwo anders arbeiten, die auch in anderen Gebäuden arbeiten, anderen Dienststellen arbeiten. Das wird man natürlich hier nicht darstellen, wo und wann das ist. Aber genau so ist das.

Natürlich gibt es auch im Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen V-Leute, die hier und da eingesetzt sind, um bestimmten extremistischen, verfassungsfeindlichen Bestrebungen auf den Grund zu kommen, in alle Richtungen. Das ist nicht anders als in jedem Amt auch.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Würden Sie dann sagen - ich folge jetzt mal Ihrem Gedanken, dass das eine optimale Organisationsform ist -, dass kaum ein anderer Minister näher an der Erkenntnislage des Verfassungsschutzes sein kann als der, der das in sein Ministerium hineinfusioniert hat?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe das immer so empfunden in meiner Amtszeit, dass das eine optimale Anbindung beider Seiten ist.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und gleichzeitig kriegen Sie genau von denen dann die wertvollen Informationen nicht, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Doch.

²⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

²⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - die man in dem Fall hätte brauchen können?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aber ja. Ich habe aus der Verfassungsschutzabteilung über die Einschätzung des rechten Terrorismus und Extremismus im Vorfeld des Anschlages der Keupstraße - es muss ein halbes Jahr, Dreivierteljahr vorher gewesen sein - eine ausführliche Information bekommen, die ich mir jetzt auch noch mal angeschaut habe aus den Akten, die Ihnen ja auch vorliegen. Dazu gibt es eine klare Aussage auch der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums. Die liegt Ihnen vor, und Sie mögen daraus entnehmen, dass die Gefahr des Rechtsterrorismus in Nordrhein-Westfalen damals als außerordentlich gering eingeschätzt wurde. Dieser Bericht und diese Einschätzung aus der Verfassungsschutzabteilung, Ihnen vorliegend, stammt aus dem Herbst des Jahres 2003.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl, bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Herr Dr. Behrens, ich möchte noch mal kurz nachfragen bei dem Stichwort Ermittlungen, wie die Ermittlungen geführt wurden. Nun wird dem Minister nicht alles vorgelegt; das ist ja schon rausgekommen. Aber ich möchte Sie trotzdem mal fragen. Sie haben ja gesagt, Sie haben sich intensiv dafür interessiert, für den Anschlag, für die Ermittlungen, das war etwas Bedeutsames für Sie. Wie haben Sie sich denn informieren lassen über die Ermittlungen? Denn dazu haben wir in den Akten nichts. Vielleicht können Sie uns das noch mal schildern. Wie intensiv haben Sie das verfolgt, wie intensiv haben Sie nachgefragt, und wer hat Ihnen wann wie berichtet?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Sie wissen, dass ich ehemaliger Landesbeamter bin und über die Landesbeamtenlaufbahn schließlich auf politischem Wege in das Ministeramt gekommen bin. Das heißt, ich weiß sehr genau, wie Bürokratien funktionieren und wie man in großen Einheiten zusammenarbeitet. Als Minister - in allen Funktionen, auch früher als Regierungspräsident; insgesamt habe ich fast 20 Jahre große Behörden geleitet - habe ich mir einen bestimmten Stil angewöhnt

gehabt, der sich vom Stil eines Amtschefs, der vielleicht einen anderen beruflichen Werdegang hat, durchaus, glaube ich, unterschieden hat. Mein Stil war sehr auf Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses angelegt. Das bedeutet, dass ich eine sehr intensive Kommunikationskultur mit dem jeweiligen Ministerium bzw. in dem Falle mit dem Innenministerium geführt habe, mit regelmäßigen Lagebesprechungen, mit regelmäßigen Rücksprachen, sehr intensiv mich innerhalb des Hauses getummelt habe, aufgehalten habe, oft auch zulasten von Außenauftritten, weil eine große Verwaltung, die innere Verwaltung von Nordrhein-Westfalen, zu der ja auch dann die Polizei gehört, mit etwa 70 000 Beschäftigten braucht viel Beschäftigung, viel Aufmerksamkeit, viel Auseinandersetzung mit ihr. So habe ich auch die Polizeiabteilung geführt und den Verfassungsschutz geführt, sehr intensive Gespräche mit den jeweiligen Leitungen.

Weil man natürlich nicht mit allen 40 000 Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen regelmäßig Gespräche führen kann, beschränkt sich die Kommunikation in der Regel - es gibt natürlich auch Ausnahmen - auf das Gespräch mit den leitenden Beamten, und zwar des Ministeriums. In dieser Art und Weise, das heißt in regelmäßigen Besprechungen unter vier Augen, unter sechs Augen, unter zwanzig Augen und Ohren mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, hat die Kommunikation stattgefunden zu der Frage: Was kann man da noch tun? Was sind die Hintergründe? All die Fragen, die wir hier heute erörtert haben. Das ist die Art von Kommunikation, nicht so sehr verschriftlicht, sondern mündlich, wie ich sie geschätzt habe und gepflegt habe, und das hatte sich, nach meiner Einschätzung, sehr bewährt.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Behrens, das ist auch ein nicht zu kritisierender Stil. Und wer wäre ich, dass ich das kritisieren sollte, wie Sie das Haus damals geführt haben? Das passt nur nicht zu dem Eindruck, den wir jetzt gewonnen haben, dass Sie über die Detailinformationen keine Kenntnis hatten, also weder die Medienstrategie, was ja doch eine gravierende Entscheidung ist, zu sagen: „Wir gehen mit der Vermutung, es handelt sich um einen terroristischen Anschlag, politisches Motiv, nicht nach außen; der Minister äußert sich nicht“ - - und Sie kennen auch

die Fallanalysen nicht. Das passt - wenn Sie gestatten, dass ich das so deutlich sage - nicht dazu, wenn Sie sagen, Sie hören ganz viel ins Haus rein. Das ist etwas, was zumindest bei mir Fragen aufwirft, weil - - Wir haben auch mit Herrn Beckstein uns intensiv unterhalten. Der hatte ja von Anfang an, anders als es hier war, den richtigen Riecher, und hat sich auch um die Ermittlungen gekümmert. Daraus folgte aber auch nichts für rechtsextremen Hintergrund.

Also die Frage: „Wie hat sich ein Minister gekümmert bei so einem relevanten Anschlag?“, ist doch für uns hier von einiger Bedeutung, weil wir auch etwas daraus lernen wollen, wie intensiv die Minister sich da informieren lassen müssen. Dass Sie da so gar nichts davon gehört haben, dass die Vermutung in Richtung rechtsextremer Hintergrund ging, explizit - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das habe ich nicht gesagt, Frau Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, nein. Aber - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist eine Missinterpretation dessen, was ich gesagt habe.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Sie haben mir eben auf meine Frage gesagt, Sie kennen die Fallanalysen nicht, Sie kannten sie damals nicht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ich habe sie nicht vorliegen gehabt. Aber natürlich spielte die Fallanalyse in den Berichten und in den Gesprächen mit den leitenden Polizeibeamten eine Rolle. Das ist doch selbstverständlich. Nur, ich habe nicht jedes Schriftstück, das in Köln oder im LKA -

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist klar.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - verfasst wird oder eingeht, persönlich zur Kenntnis nehmen können. Das ist schlicht unmöglich.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist schon klar. Nur, wissen Sie, bei so einem gravierenden Anschlag - - Wir wollen ja verstehen: Wie war die Situation damals? Gravierender Anschlag, Sie haben selbst gesagt, so was hatten Sie nicht häufig in Ihrer langen Zeit als Minister. Also, gravierender Anschlag, viele

Verletzte, grauenvoll, menschenverachtender Anschlag; die Opfer leiden bis heute unter den Folgen. Und dann ist es so, dass Sie eine Fallanalyse des Bundeskriminalamts als Minister nicht zur Kenntnis nehmen, auch nicht vorgelegt bekommen, die eine deutliche Sprache spricht. Natürlich wird immer mal gesagt, es könnte auch anders sein. Aber diese Fallanalysen, die wir hier haben in unseren Akten vom Landeskriminalamt und vom Bundeskriminalamt, sind die deutlichsten, die wir haben. Es gibt ja auch andere aus München und aus Baden-Württemberg und so. Diese sprechen in Bezug auf die Keupstraße in Köln eine unmissverständliche Sprache: ausgeprägter Türkenhass, Menschenverachtung.

Ich will einfach verstehen, wieso so was nicht dem Minister vorgelegt wird. Ich mache Ihnen das ja nicht zum Vorwurf. Aber wir wollen daraus lernen. Also, warum Sie nicht nachgefragt haben, ist das eine. Aber warum wird Ihnen das auch nicht vorgelegt - das ist mir wirklich unverständlich - bei so einem gravierenden Ereignis?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Sie kommt auch dem Minister, in dem Falle mir, zur Kenntnis, vermittelt durch die Berichte, die man in den Gesprächen mit den leitenden Mitarbeitern hat, selbstverständlich. Nur, im Original spielt sie eine Rolle bei den ermittelnden Behörden, aber nicht auf dem Schreibtisch des Ministers.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist klar. - Dann, Herr Behrens, möchte ich Sie gerne noch mal fragen: Wenn Sie jetzt so Revue passieren lassen - Sie haben ja sehr deutlich Fehler eingeräumt; ich hatte ja auch schon gesagt, dass Sie das ehrt -, meinen Sie nicht auch - das ist ja auch ein Teil der Erkenntnis -, dass Sie sich doch an der einen oder anderen Stelle als Minister noch ein bisschen mehr hätten engagieren müssen? Also, die Frage zum Beispiel: Uns wundert das ja, dass Sie nie mal hingefahren sind zur Keupstraße. Ich war gerade erst neulich in Köln, und ich weiß, wie wichtig das den Anwohnerinnen und Anwohnern, den Familien der Opfer, auch den Geschäftsleuten dort ist - da gibt es eine Interessengemeinschaft und so -, da jetzt einen Ort der Erinnerung zu schaffen, wie wichtig denen auch ein Besuch ist. Wäre das nicht damals auch angebracht gewesen? Haben Sie vielleicht mal darüber nachgedacht - Sie sind ja jetzt auch wieder in der

Öffentlichkeit durch Ihre Vernehmung hier -, ob es nicht auch ein Zeichen wäre, mal in die Keupstraße zu fahren? Haben Sie das damals auch erwogen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Im Nachhinein muss ich sagen: Ja, man hätte es besser tun sollen. - Diese Frage stellt sich einem Innenminister oft, wenn etwas passiert ist: Ist man vor Ort? Ist man nicht vor Ort? Wann muss man vor Ort sein? Das muss man von Fall zu Fall abwägen. Es gibt einerseits die Gefahr einer Art Sensationstourismus, den auch ein Minister oder ein Ministerpräsident auslösen kann mit Besuchen an einem Ereignisort - egal was es ist -, der der Sache nicht dienlich ist. Es gibt auf der anderen Seite auch die politische Notwendigkeit, Betroffenheit zu zeigen, auch durch Besuche bei Opfern oder Geschädigten. Dazwischen abzuwägen, ist immer sehr schwierig.

Im konkreten Fall habe ich mich anders entschieden, jedenfalls damals kurzfristig und bisher auch langfristig. Aus heutiger Sicht muss ich sagen, es wäre wahrscheinlich im Falle der Keupstraße richtiger gewesen, sich kurzfristig in Köln vor Ort auch umzuschauen. Das muss ich einräumen. Das sehe ich heute als ein Versäumnis an.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Darf ich kurz?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, bitte, wenn du kurz möchtest.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Minister a. D., wie darf ich denn folgenden Satz von Ihnen interpretieren: „Es besteht auch die politische Notwendigkeit, Betroffenheit zu zeigen“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wie Sie den interpretieren sollen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: „Es besteht die Notwendigkeit“, das ist natürlich eine Kurzformel für die Notwendigkeit - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, entweder ist man betroffen, oder man ist nicht - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Entweder fühlt man sich betroffen, oder man fühlt sich nicht betroffen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, natürlich, klar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber es zeigt sich - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Gemeint ist, nicht zu schauspielern, sondern den Opfern und Betroffenen, den Geschädigten auch deutlich zu machen, dass man betroffen ist. Es ging ja in den Fällen, die ich jetzt meine, nicht nur um Sprengstoffanschläge. Es geht um große Brände mit vielen Toten. Es geht um schwere Verkehrsunfälle. Es geht um große Schadensfälle, sage ich mal, Zugunglücke. Alles ist passiert in der Zeit, die ich in Erinnerung habe, und die Frage ist immer: Muss man vor Ort sein für eine gewisse Zeit, oder bleibt man besser weg, um diesem Sensationstourismus, der sich da schnell entwickelt in solchen Situationen, nicht noch Vorschub zu leisten?

Also, im konkreten Fall würde ich im Nachhinein auch sagen: Den Opfern in der Kölner Keupstraße seine Betroffenheit tatsächlich zu zeigen und zu schildern und das Mitgefühl zu zeigen, das wäre im konkreten Fall sicher richtig gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Stracke. - Du gestattest?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Zeuge, die politische Notwendigkeit der Betroffenheit, Sie haben jetzt ja schon dargestellt, was Sie darunter meinen. War das, wenn das mit Sensationsgier - - Würden Sie das auch einstufen, wenn der türkische Botschafter vor Ort ist? Ist das auch Vorschub zu Sensationsgier, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, natürlich nicht. Im Gegenteil.

Stephan Stracke (CDU/CSU): - weswegen Sie dann nicht da waren?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Der türkische Botschafter hat - - Eine seiner Kernaufgaben

ist es, die Interessen der in Deutschland lebenden Türken zu vertreten und sich um sie zu kümmern; überhaupt keine Frage. Mit Sensationslust meine ich völlig andere Fälle.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Waren Sie eigentlich nicht dort vor Ort? Ich kann das immer noch nicht nachvollziehen. War das auch dem Umstand unter Umständen geschuldet, dass gerade im Milieu ermittelt wurde, Schutzgelderpressung, Rauschgift, Türstehermilieu, und haben Sie es deswegen nicht für opportun gehalten?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Die Motive, meine Motive, -

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja, Ihre.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - nicht spontan und sehr schnell da nach Köln zu fahren, die kann ich heute nicht mehr genau schildern, und daran habe ich keine Erinnerung mehr. Aber möglicherweise wird es auch so gewesen sein, dass man gesagt hat: Man weiß ja noch gar nicht, was los ist. In welche Richtung muss man sich da bewegen?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie wollten sich da lieber mit Ihren - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Muss man da nicht besonders vorsichtig sein, in einer solchen Situation, sich da in irgendeiner Weise festzulegen?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie wollten sich lieber noch mit Ihren Mitarbeitern besprechen und lieber nicht raus? - Okay.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Unter anderem das, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dr. Högl fährt fort.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich sagte es ja eben schon, ich glaube, es wäre auch heute noch wichtig für die Opfer und die Angehörigen in der Keupstraße, wenn da entsprechende Signale kämen.

Herr Dr. Behrens, ich möchte Sie abschließend noch mal fragen: Wenn Sie jetzt draufschauen - Sie haben ja schon viel gesagt von der Draufschau heute -: Was ist für Sie so der gravierende Fehler? Woran hat

das gelegen, das, was uns ja alle fassungslos macht, 14 Jahre rechtsextremer Terror, zehn Menschen ermordet, viele Verletzte in Köln bei den Sprengstoffanschlägen? Was ist so für Sie der Grund? Woran hat das gelegen? Was ist die Hauptursache? Und was würden Sie sagen, was war sozusagen in Nordrhein-Westfalen auch der schwerste Fehler, der gemacht wurde? Dass man das Motiv nicht gesehen hat, dass man die Zusammenhänge nicht gesehen hat?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich denke, es gibt ein Bündel von Ursachen. Ich halte mich zurück, was andere Länder betrifft. Ich will das mal nur schildern - habe ich ja vorhin zum Teil auch schon getan - mit Bezug auf Nordrhein-Westfalen, zumal ich jetzt seit siebeneinhalb²⁹ Jahren aus der Innenpolitik raus bin und aktuelle Entwicklungen nicht kenne und mich da auch nicht in irgendeiner Weise einmischen möchte. Also, für Nordrhein-Westfalen und für Keupstraße vor allem waren sicherlich das Problem und der Fehler, sich nicht ausreichend um eine Ermittlungsrichtung zu kümmern, die den Rechtsextremismus und den Rechtsterrorismus in den Blick nahm. Das war ein Fehler, das nicht ausreichend zu tun, unabhängig jetzt von der mangelnden Erkenntnislage, was die übrigen Taten, die man heute dem NSU zurechnet, betrifft.

Das ist dann sozusagen die Verbindung zu dem zweiten grundsätzlichen Fehler, den ich sehe, oder dem Mangel, den ich sehe. Das ist der nicht ausreichende Erkenntnis-austausch, jetzt nicht nur technischer Art, sondern auch³⁰ Menschen zu Menschen, also Ermittlungsgruppen zu Ermittlungsgruppen, über oder in Fällen, in denen ein Zusammenhang nicht ausgeschlossen werden kann, sage ich mal. Man weiß ja nichts von Zusammenhängen. Man kann sie ja nur vermuten. Aber man sollte - das muss man heute in Rechnung stellen - in Zeiten des sich ausbreitenden Terrorismus aller Richtungen, denke ich, von den rechtlichen oder sonstigen Vorgaben her eine Zusammenschau der Erkenntnisse und das Abgleichen von Erkenntnissen stärker ermöglichen und auch erzwingen. Das ist im konkreten Falle im Jahr 2004, denke ich, nicht ausreichend geschehen.

Möglicherweise, wenn das BKA stärker hätte eingeschaltet werden können oder wenn Erkenntnisse aus anderen Ermittlungsgruppen, aus Bayern beispielsweise oder

²⁹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

³⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

aus Thüringen, hätten einbezogen werden können oder wenn sie einbezogen worden wären, wäre man eher darauf gekommen, dass es Zusammenhänge gibt, dass es - ich habe es vorhin schon mal erwähnt - eben zwei Täter sind, die hin und wieder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Dann hätte man möglicherweise schneller zum Ziel kommen können. Auch das ist nicht sicher. Aber ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass es schneller gegangen wäre, dass man die eine oder andere Tat vielleicht dann hätte auch verhindern können.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Das ist nach Ihrer Amtszeit, im März 2007, mal erwogen worden, eine vergleichende Fallanalyse zu machen zwischen Köln und den Mordtaten. Da wurde dann gesagt - wörtlich -, man solle doch bitte Äpfel nicht mit Birnen vergleichen, weil da angeblich kein Zusammenhang besteht. Aber das war nach Ihrer Amtszeit. Aber die Zusammenhänge standen immer mal im Raum und sind dann aber nie gesehen worden. - Vielen Dank, Herr Dr. Behrens.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die FDP-Fraktion hat das Wort. Herr Tören, bitte.

Serkan Tören (FDP): Der Vorsitzende, Herr Edathy, hatte das schon angesprochen, einen Pressetermin, Polizeipräsidium Köln, vom 30.07.2004. Uns liegt da ja ein Vermerk vor, dass das Polizeipräsidium aufgrund einer OFA-Analyse auch hätte wissen können, eventuell liegt dort halt eine fremdenfeindliche Motivation vor. Trotzdem sollte auf diesem Pressetermin die Thematik nicht angesprochen werden, und das sei abgesprochen worden mit dem LKA. Jetzt noch mal meine Nachfrage: Wussten Sie vorher von diesem Pressetermin?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe daran keine Erinnerung. Ich glaube das nicht; aber ich kann es auch nicht ausschließen.

Serkan Tören (FDP): Haben Sie eine Erinnerung, dass Sie mit dem LKA über diesen Pressetermin gesprochen haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein. Also nicht von mir mit dem LKA.

Serkan Tören (FDP): Wie war es denn sonst in der Vergangenheit in Ihrer Amtszeit, wenn ein Polizeipräsidium einen Pressetermin dann vornimmt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das passiert ja täglich.

Serkan Tören (FDP): Das passiert täglich. Und davon werden Sie nie informiert, oder wie ist das?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, in der Regel nicht. Das ist auch nicht die Aufgabe des Ministers, über einzelne Pressekonferenzen vom Polizeipräsidium - -

Serkan Tören (FDP): Wenn etwas mit dem LKA abgestimmt wird, das wird dann auch nicht noch mal mit Ihnen besprochen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das muss nicht mit mir besprochen werden. Es mag sein, dass es Einzelfälle gibt. Aber im konkreten Fall habe ich daran keine Erinnerung.

Serkan Tören (FDP): Ich meine, da äußert sich eine Behörde nach außen hin in die Öffentlichkeit bei einem ganz wichtigen Fall, und Sie werden nicht informiert. So verstehe ich das jetzt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist durchaus denkbar, ja, und durchaus auch der Alltag.

Serkan Tören (FDP): Ob das der Alltag ist, das weiß ich nicht. - Wir haben ja auch einmal den Verfassungsschutzchef Markus Weber hier gehabt. Ich habe dem dann in der Vernehmung hier noch mal die Frage gestellt, ob ihm die Aussage des Innenministers Schily bekannt gewesen ist, und er hat dann gesagt: Ja. - Also, sprich: einen Tag später die Erklärung, dass fremdenfeindliche Motivationen ausgeschlossen wären.

Im Verlauf dieser Befragung habe ich dann auch auf Sie hingewiesen. Wenn ich mal hier zitieren darf aus der Zeugenvernehmung. Markus Weber sagt hier wörtlich:

Ich kann mich nur wiederholen: Wir haben weiter ermittelt. Diese Aussagen

- also im Plural, auch Ihre -

am ersten Tag haben auf die konkreten Ermittlungen in dem Moment keinen Einfluss gehabt.

Er redet hier im Plural, und er hat auch nie irgendwie dort gesagt, dass es eine Aussage von Ihnen in Richtung „keine fremdenfeindliche Motivation“ nicht gegeben habe, es also nie irgendwie mal infrage gestellt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Mich freut, dass Herr Weber, den ich nicht kenne und den Sie zitieren, eine solche Aussage inhaltlich gemacht hat, dass er sich dadurch nicht hat beeinflussen lassen. Das ist ja das, was ich auch vorhin gesagt habe: dass die ermittelnden Behörden sich dadurch nicht werden beeinflussen lassen.

Im Übrigen kann ich zu dieser behaupteten öffentlichen Äußerung von mir nur das wiederholen, was ich hier schon gesagt habe: Ich habe sie so nicht getan.

Serkan Tören (FDP): Mach weiter.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Behrens, Sie sagten gerade, Sie haben viele Gespräche mit Mitarbeitern geführt. Haben Sie sich über diesen Vorgang auch nur mündlich informieren lassen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Über welchen Vorgang meinen Sie?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Über den Anschlag in der Keupstraße.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Mündlich und natürlich auch schriftlich.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Schriftlich haben wir nichts gefunden.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das sind ja die Dinge, die hier in den Akten sind, also zum Beispiel das, was mir eben vorgelegt wurde; ist ja auch an mich gegangen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Behrens, ich habe den Eindruck, Sie haben nicht mit Ihren Innenministerkollegen gesprochen, obwohl das „Blood & Honour“-Netzwerk dahinterstand. Sie haben nichts von der Bombenart gewusst. Sie haben nichts von dem Video gewusst. Sie haben nichts von dem rechtsextremistischen Flugblatt gewusst. Ich glaube, Sie haben sich nicht wirk-

lich informiert oder nicht wirklich dafür interessiert.

Zweite Bemerkung: Sie haben mit keinem Opfer gesprochen, haben Sie gerade gesagt, obwohl 30 Menschen verletzt worden sind. Sie haben es nicht mal für nötig gehalten, mit dem Botschafter zusammen dorthin zu gehen, obwohl das Ausland plötzlich interessiert war. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, das war peinlich. Und ich sage Ihnen auch ganz offen, Sie offenbaren hier eine Einstellung, die kalt ist, emotionslos, teilnahmslos. Finden Sie das wirklich gerechtfertigt? Glauben Sie, dass Sie an der richtigen Stelle zu der Zeit waren?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Wolff, ich habe alle Ihre Fragen beantwortet, und ich habe eingestanden, dass es Fehler gegeben hat. Was soll ich - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten vorhin, Sie hatten mit Ihren Mitarbeitern stilllos - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie haben gesagt, Sie haben mit Ihren Mitarbeitern einen kommunikativen Stil gepflegt, Sie haben sich mit ihnen unterhalten. Das, was Sie hier an den Tag gelegt haben, ist stilllos, emotionslos, kalt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist Ihre Wertung, Herr Wolff. Die kann ich nur zurückweisen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff, ich würde auch anregen, Fragen zu stellen gegenüber dem Zeugen.

Serkan Tören (FDP): Ihr Gespräch mit Herrn Fritsche bestand nicht nur aus Fragen. - Entschuldigung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff hat das Wort.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie sich wirklich um alle Vorgänge damals mit der notwendigen Intensität gekümmert?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich sage Ja, und ich sage: Mit Blick auf die Täterschaft der Rechtsextremisten hätte man vielleicht früher noch schärfer nachbohren müssen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Von mir aus keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth hat noch Fragen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe noch mal ein paar Verständnisfragen. Sie sagten gerade eben, Sie kennen den Verfassungsschutzpräsidenten Weber nicht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wie heißt der? Ich habe den Namen nicht gehört.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Verfassungsschutzchef von NRW.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Möller. - Meyer.

(Dr. Eva Högl (SPD): Weber war Bayern! - Weitere Zurufe)

- Ach, Weber war Bayern.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, der Chef Nordrhein-Westfalen, der hier im Ausschuss als Zeuge war, ist Herr Dr. Möller.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dann haben wir es schon geklärt. Gut. Danke.

Dann haben Sie vorhin gesagt, Sie wissen nicht mehr genau, wann Sie Herrn Steinbrück informiert haben. Was ist denn Ihre letzte Erinnerung, wann Sie mit Herrn Steinbrück gesprochen haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich weiß es nicht mehr genau. Das hatte ich ja gesagt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Mit dem Bundesinnenminister haben Sie nicht sprechen können wegen der Funkprobleme?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Doch, natürlich habe ich mit ihm - - Es gibt ja auch Festnetz. Es gibt ja nicht nur Handy.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, aber bis zu der Äußerung von Herrn Schily einen Tag später, hatten Sie vorhin angegeben - wenn ich es richtig verstanden habe -, dass Sie mit ihm dazu nicht gesprochen haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das habe ich nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, dass ich mit Herrn Schily sicherlich telefoniert habe und dass wir uns ausgetauscht haben über die Erkenntnislage zum Zeitpunkt des Telefonats.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das hatten Sie vorhin anders gesagt: Sie hatten auch Funkprobleme und wollten sich einen neuen Vertrag besorgen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist ein anderes Thema.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie ist das denn eigentlich - ist sehr sympathisch, wenn der Innenminister sich um seinen Vertrag kümmert - : Gibt es da kein Diensthandy in NRW, oder?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Was gibt es da?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ein Diensthandy, also ein dienstlich gestelltes.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Doch, doch. Das ist ein Diensthandy. Aber auch ein Diensthandy braucht einen Vertrag und einen Versorger.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und darum kümmert sich der Innenminister selber?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Darum muss sich dann der Innenminister kümmern, wenn er feststellt, dass die Verbindung schlecht ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Kümmert sich der Innenminister selber; das halten wir mal so fest.

Sie haben angegeben, das Parlament sei über den Anschlag informiert worden. Ich habe jetzt im Vorfeld, in Vorbereitung auf die Sitzung, mir die parlamentarische Aktivität in Nordrhein-Westfalen angeguckt. Am 16.06. war die nächste Sitzung des Plenums nach

diesem Anschlag. Es ging um Kleintiertunnel, unter anderem, Trennung von Hausmüll, Hochwasserschutz. Nicht ein einziges Mal hat dieser Anschlag auch nur Erwähnung gefunden. Sie haben dazu nichts gesagt. Herr Ministerpräsident Steinbrück hat nichts - - Er konnte auch nichts dazu sagen; er war nicht anwesend bei dieser Plenardebatte.

17.06. war die nächste. Da ging es sogar um eine Aktuelle Stunde, allerdings: „Bildung muss Ländersache bleiben“. Sie waren anwesend. Der Ministerpräsident war nicht anwesend - hatte wahrscheinlich schon damals ein anderes Verhältnis zu Plenardebatten - und konnte nichts Entsprechendes - - An der Stelle ist also nichts gefallen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat denn die FDP gesagt? Oder war die gerade wieder nicht im Landtag drin?)

Die nächste Sitzung am 30.06. war dann die Regierungserklärung, immerhin, aber zur Energiepolitik. Es hat niemand was dazu gesagt. Ich habe mir dann die weiteren Sitzungen angeguckt. Wir können es kurz machen: Also, es wurde im Plenum nichts gesagt.

Ich habe mir angeguckt: Was gibt das Netz, die Plenarrecherche zu den Stichwörtern „Opfer“, „Anschlag“, „Keupstraße“ preis? Aus der gesamten Plenar - - also Legislatur damals nicht ein einziger Treffer, auch nicht im Ausschuss.

Die Frage ist jetzt: Wie sind Sie damit umgegangen? Sie besuchen die Opfer nicht. Sie besuchen den Tatort nicht. Sie machen keine Gegendarstellung, haben Handyprobleme, keine Fallanalyse. Wie sind Sie damit umgegangen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: So wie ich es nach bestem Wissen und Gewissen als politisch verantwortlicher Minister nach meiner Einschätzung tun musste. Das habe ich Ihnen alles hier dargestellt, was da im Laufe der Wochen danach geschehen ist. Dazu kann ich mehr nicht sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wir haben 2001 den Düsseldorfer Synagogenanschlag.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: 2000.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Oder 2000. - 2003 Probsteigasse, 2004 - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: 2001 Probsteigasse.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na, Sie wissen das besser. - Und Sie ordnen das nicht mit ein.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist alles eingeordnet in das Leben eines Ministers und von Sicherheitsbehörden, dass es solche Ereignisse gibt. Aber das heißt ja nicht, dass es Zusammenhänge gibt zwischen diesen konkreten Ereignissen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, wir haben zum Beispiel 2000 einen Synagogenanschlag in Thüringen gehabt. Da ist niemand zu Schaden gekommen. Der bauliche Schaden, der entstanden ist, war am Nachmittag bereits wieder beseitigt. Wir hatten eine Sondersitzung des Landtages. Wir hatten einen Beschluss des Landtages von allen Fraktionen. Selbst Union und Linke haben gemeinsam abgestimmt - was zur damaligen Zeit sehr selten war. Wir haben entsprechend ein klares, deutliches politisches Signal in Thüringen gesetzt, 2000. Wo ist das politische klare Signal in Nordrhein-Westfalen zum damaligen Zeitpunkt gewesen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Beim Synagogenanschlag in Düsseldorf 2000 hat es genau diese Signale, genauso wie Sie das schildern, gegeben. Der Kanzler ist damals da gewesen. Otto Schily ist da gewesen. Es hat große Ereignisse gegeben. Es hat die Debatte über das NPD-Verbot von da aus am Ende gegeben. Alles im Jahr 2000 in Nordrhein-Westfalen und dann bundesweit so geschehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das sind die Impulse, die aber vom Bund kamen. Das muss man richtig einordnen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Damals war eben die Betroffenheitslage völlig klar. Es ging um einen Anschlag auf eine Synagoge.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, ich halte fest - -

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Was ist eine Betroffenheitslage?)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es war klar, welches die Opfer sein sollten, nämlich die Jüdische Gemeinde.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das war in dem Fall aber nicht klar?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das war in Köln nicht klar, wie die Hintergründe waren. Es gab die konkreten Opfer, aber nicht die Motivlage der Täter.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, ich halte fest, dass weder der Minister noch der Ministerpräsident es für nötig erachtet haben, auch im parlamentarischen Verfahren, auch im Landtag, dazu Stellung zu beziehen oder auch nur eine Gedenkminute einzuleiten oder Ähnliches.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es ist aber nicht geschehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dafür tragen Sie - - Nicht die Opposition, sondern die Regierung trägt für ein solches Verhalten die Verantwortung. - Herzlichen Dank.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Gedenkminuten
kann auch die Opposition einlegen!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Das Wort hat der Kollege Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Dr. Behrens, Sie sagten eingangs, die Bekämpfung des Rechtsextremismus spielt traditionell eine sehr wichtige Rolle in der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und das sei auch zu Ihrer Zeit als Minister eine zentrale Aufgabe gewesen, der Sie sich gestellt haben. Sind Sie mit Ihrer persönlichen Bilanz im Kampf gegen den Rechtsextremismus zufrieden?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, weil - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Können Sie das vielleicht etwas erläutern?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nun muss ich wieder unterscheiden zwischen meiner damaligen Amtszeit und den heutigen Erkenntnissen, dem, was man heute weiß, etwa über Rechtsextremismus im Zusammenhang mit

Fußball, Hooligans und ähnlichen Dingen und auch natürlich die Erkenntnisse im Zusammenhang mit der NSU-Gruppe. Insofern muss ich sagen, die Bekämpfung des Rechtsextremismus bedarf nach wie vor der vollen politischen Aufmerksamkeit in Deutschland und auch der politischen Aktionen. Das ist meine heutige Einschätzung. Damals haben wir uns darum sehr bemüht. Aber wir sind auch da nicht in allem erfolgreich gewesen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Die Frage zielt ja auf Ihre persönliche Bilanz ab. Deswegen würde ich vielleicht da noch mal nachhaken. Was hätten Sie denn damals aus Ihrer Sicht, um erfolgreicher sein zu können - Sie persönlich auch -, anders machen sollen oder müssen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wenn ich das damals gewusst hätte, hätte ich es wahrscheinlich getan. Aber damals waren wir der Auffassung - so wie ich es im Eingangstatement gesagt habe -, dass wir aus einer gewissen, auch politischen Tradition im Lande heraus alles taten, um Rechtsextremismus Einhalt zu gebieten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Behrens, ich möchte noch mal auf die Polizistenmorde zu sprechen kommen. Die hatten Sie ja vorhin auch schon mal kurz angeführt. Am 14. Juni 2000 wurden in Dortmund bzw. Waltrop der 35-jährige Polizeikommissar Thomas Goretzky, die 34-jährige Polizistin Yvonne Hachtkemper und der 35-jährige Polizist Matthias Larisch von Woitowitz von dem 31-jährigen Rechtsextremisten Michael B. erschossen. Polizeikommissar Thomas Goretzky und seine Kollegin wollten den nicht angeschnallten Neonazi B. kontrollieren, als er plötzlich das Feuer eröffnete aus dem Auto heraus. Thomas Goretzky stirbt sofort. Auf der Flucht erschießt der Neonazi an einer Ampel die Polizistin Yvonne Hachtkemper und den Polizisten Matthias Larisch von Woitowitz. Anschließend erschoss B. sich selbst. In der Wohnung des Täters findet die Polizei später zwei Pistolen, drei Revolver, eine Splitterhandgranate, Munition, Messer und die DVU- und Republikaner-Mitgliederausweise von B. Auf dem Auto klebt das Logo der Naziband Landser. Auf einem zweiten Aufkleber steht die Forderung: „Töte sie alle...Gott wird seine Wahl treffen“. Seinen früheren Arbeitsplatz hatte der Neo-

nazi wegen seiner rechtsextremen Gesinnung verloren. Nach der Tat prüfte die Polizei, ob der Neonazi B. einen rechtsterroristischen Anschlag vorbereitet hatte und ob er gegebenenfalls der Ansicht gewesen sei, er wäre aufgefliegen. Später tauchten in der Stadt Aufkleber der Kameradschaft Dortmund auf. „Berger war ein Freund von uns“, „3 : 1 für Deutschland“ heißt es auf diesen Aufklebern. Die Trauerstätte für die Toten wurde damals verwüstet mit dem Spruch „Scheiß Bullen! Krepieren sollen sie alle!“ und entsprechend beschmiert. In Sicherheitskreisen heißt es jetzt, in der Rückschau sei zu vermuten, dass der Rechtsextremismus in wahnhaftem Hass auf das System die Polizisten ermordet hatte.

Können Sie uns sagen, wieso dieser Fall in Nordrhein-Westfalen in Ihrer Amtszeit nicht als rechtsextrem motiviertes Tötungsdelikt oder Tötungsdelikte eingestuft wurde, obwohl die Polizei davon ausging, dass der Neonazi B. einen rechtsterroristischen Hintergrund gehabt haben könnte?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich weiß im Moment nicht, woraus Sie jetzt zitiert haben, was das ist, welche Art von Bericht das ist. Ist das Presse, oder was ist das?

Jens Petermann (DIE LINKE): Das sind Erkenntnisse, die allgemein bekannt sind.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aha. Gut. Also, ich kenne diese Sachverhaltsschilderung so nicht. Aber diesen Mord an den drei Polizistinnen und Polizisten in Dortmund im Jahre 2000 hat es natürlich gegeben. Warum das nicht als rechtsextremistische Gewalttat eingestuft worden ist - wenn es denn so ist, was ich im Moment nicht weiß -, das kann ich Ihnen im Moment nicht erklären, weiß ich nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie können also auch - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist zunächst nur eine Behauptung, die ich nicht nachvollziehen kann, weil ich sie jetzt auch nicht prüfen kann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das sind Tatsachen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das sagen Sie.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, bei der Durchsuchung der Wohnung, dass dort Waffen gefunden wurden und entsprechendes Material, das sind ja Tatsachen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, gut. Das bestreite ich nicht, sondern die Frage der Einordnung als rechtsextremistische Straftat, das weiß ich nicht, ob es so war oder nicht so war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist schon ganz gut, Herr Petermann, wenn wir da einen Vorhalt machen könnten.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es geht da ja um die Frage: Wo ordnet man das ein? - Und das kann ich nicht - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Es gibt zumindest eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage, und danach wurden diese Taten nicht als rechtsextremistisch motiviert eingestuft.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Okay. Dann wird es so gewesen sein. Aber das kann ich jetzt im Moment nicht nachvollziehen und nicht bewerten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dann habe ich momentan keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Binninger?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Behrens, der Kollege Petermann konnte Ihnen zwar jetzt keinen Vorhalt machen, und für mich waren die Fakten in Teilen auch neu. Aber mich interessiert etwas anderes. Ein Mord an drei Polizisten in Ihrer Amtszeit als Innenminister, da hat man doch noch mehr Erinnerungen an den Fall. Haben Sie die noch?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, klar.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Auch die Auswahl der Opfer wäre hier ja wieder zunächst durchaus - - Wenn die anderen

Fakten stimmen, ist ja auch offenkundig: rechtsterroristischer Einzeltäter. Und wenn man das gemacht hat, dann müssten Sie es doch noch wissen. Das beschäftigt einen Innenminister doch ganz maßgeblich, wenn auch Polizisten ermordet werden.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Binninger, darum ging es nicht in der Frage, meine ich, sondern in der Frage ging es darum, wie diese Straftat eingeordnet worden ist, statistisch und in welcher Rubrik sozusagen. Dass diese Tat so war, wie sie hier geschildert worden ist, ist gar keine Frage. Daran habe ich auch Erinnerungen, natürlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber man hat Ihnen doch damals sicher auch mit geschildert, der Michael B. - Michael B. war es, oder wie der heißt - hat den oder den Hintergrund. So etwas vergisst man doch ein Leben lang nicht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, natürlich. Das war so. Das weiß ich auch heute natürlich noch. Das ist das Jahr 2000 gewesen. Ich habe es ja - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also Sie wussten, dass der rechtsextremistischen Hintergrund hatte?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe ja eingangs gesagt, das Jahr 2000 war ein solches Jahr, in dem es mehrere Ereignisse gegeben hat, die dazu geführt haben, dass wir in diesem Jahr maßgeblich aus der IMK heraus - ich war ja Vorsitzender der Innenministerkonferenz in diesem Jahr - auch die Ministerpräsidentenkonferenz überzeugt haben, dass die Länder gemeinsam mit dem Bundesrat einen NPD-Verbotsantrag mit den anderen Antragstellern stellten. Diese Tat in Dortmund und die weiteren, die ich erwähnt habe, waren unter anderem Anlässe für die damals aufgenommene Diskussion über die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Wir wissen natürlich nicht erst, aber vor allem seit diesen Ereignissen - da in Dortmund ist das gewesen, Waltrop, Dortmund, Nachbarschaft -, wie kritisch die Lage des Rechtsextremismus sich vor allem in Dortmund entwickelt hat, nicht nur in Dortmund, aber vor allem auch in Dortmund.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat eigentlich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Aber, Herr Ströbele, Herr Petermann möchte gerne noch eine Frage stellen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Nur kurz zur Erhellung noch was beitragen. - Also, es ergibt sich aus den Großen Anfragen, die meine Fraktion in den Jahren 2008 und 2009 zu rechtsextremistischen Tötungsdelikten gestellt hat. Da können Sie das noch mal nachlesen. Die Drucksachennummern reichen wir nach.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Behrens, als Erstes wollte ich Sie fragen: Sie haben jetzt noch mal wieder betont, dass in Köln die Hintergründe nicht klar waren. Wir befinden uns ja auch nicht am Ende eines Verfahrens damals, sondern am Anfang. Da muss ja noch nicht klar sein, sondern es müssen Verdachtsmomente vorliegen. Ihrer Meinung nach lagen damals keine Verdachtsmomente vor für rechte Täter. War Ihnen bekannt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Ihnen ja nicht so fern, örtlich fern lag damals, unmittelbar sofort den Verdacht hatte: „Das können eigentlich nur Rechte sein“ und umfangreiche Ermittlungen angestellt hat, die sogar dazu geführt haben, dass dann gegen einzelne Personen Maßnahmen aus dem rechten Bereich ergriffen wurden? Ist Ihnen das bekannt oder kundig?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das war mir nicht bekannt - ist mir auch jetzt nicht bekannt -, sondern ich habe mich, was die Verfassungsschutzinformationslage betrifft, natürlich auf die Auskünfte aus meinem Amt verlassen, also aus meiner Abteilung 6.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Bundesamt - - Alles was Ihnen vorhin schon vorgehalten worden ist, dass zu „Combat 18“ oder „eighteen“ eine Parallele gesehen wurde - - Die haben sogar die Nagelbomben in London aus 99 verglichen mit der benutzten Nagelbombe in Köln und haben da Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede festgestellt, die sich sehr intensiv - - haben sich eigentlich ausschließ-

lich auf diese rechte Tour - - Das war Ihnen alles nicht bekannt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das ist mir damals nicht zur Kenntnis - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ermitteln da bei Ihnen im Amt, im Amtsbezirk, im Amtsbereich, also in Köln, und da wissen Sie - - keine Ahnung davon?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Über diese Informationen des Bundesamtes habe ich nicht verfügt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Kann ja sein, dass Sie auch darüber gesprochen haben, möglicherweise in der Innenministerkonferenz oder sonst wo. Also, haben Sie nicht.

Nun ist Ihnen ja vorhin schon vorgehalten worden von dem Kollegen Wolff mit Recht, dass Sie das so ein bisschen seitlich behandelt haben, in die Keupstraße gar nicht gefahren sind. Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass es in der Keupstraße eine Interessenvertretung Keupstraße damals gegeben hat, die auch aktiv geworden ist?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, davon habe ich - ich weiß nicht, wann - gehört. Auch heute ist das ja hier zitiert worden, der Sprecher ist hier zitiert worden. Wann mir das zur Kenntnis gekommen ist, das weiß ich im Moment nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ob Sie das damals wussten von Kollegen, die da waren oder so - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das kann ich im Moment nicht - - weder mit Nein noch mit Ja beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie denn damals, dass der Generalkonsul da hingegangen ist, der türkische Generalkonsul?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das war ja wohl der Botschafter, wenn ich es richtig gehört habe hier.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle drei, der Botschafter und zwei Konsuln!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es war der Botschafter, ja.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Dass der Botschafter da war, das werde ich sicherlich erfahren haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, auch Konsuln waren da. Wussten Sie das?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie das?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich werde es sicherlich erfahren haben. Aber ich kann es im Moment nicht hundertprozentig bestätigen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie nicht interessiert?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Davon gehe ich aber aus, dass ich das damals zur Kenntnis bekommen habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War für Sie aber nicht von besonderer Bedeutung, dass Sie sich darum kümmern mussten?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Doch. Also nicht, dass ich da teilnehmen müsse, sondern ich habe Ihnen ja vorhin berichtet, wie das gemeinhin gehandhabt wird, dass immer, wo der Botschafter auftritt, dann die jeweilige Bundesebene vertreten ist, und da, wo der Generalkonsul auftritt, der jeweilige Landesminister auftritt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie eigentlich, dass die Ihnen unterstellten Behörden ermittelt haben, auch mit verdeckten Ermittlern, zum Beispiel gegen die Inhaber dieses Friseursalons dort?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das wusste ich damals - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über ein Jahr lang.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das wusste ich damals nicht. Das habe ich jetzt gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie jetzt erst gelesen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Ihnen sage, dass dieser Zeuge, den die Kollegin vorhin schon zitiert hat - darüber wird berichtet in mehreren Zeitungen und im Westdeutschen Rundfunk -, dass der seinerzeit schon Interviews gegeben hat und dass auch in der türkischen Presse gestanden hat - alles das, was Ihnen vorgehalten worden ist -, dass er anwesend war am Tatort, dass er sogar sich hingeworfen hat in seinem Laden, der unmittelbar neben dem Friseurladen, vor dem die Bombe explodiert ist, war, sich auf die Erde geworfen hat dort, weil er dachte, es passiert noch was, der dann rausgegangen ist usw. - all die Wahrnehmungen, die der gemacht hat, die ja festgestellt worden sind -, dass dieser Zeuge auch versucht hat, mit den Informationen nach außen zu kommen: Ist Ihnen davon was bekannt? Der heißt Demir. Ali Demir.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir liegt hier eine eidesstattliche Versicherung von diesem Zeugen vor vom 14.11.2012, in dem er das noch mal alles zusammengefasst hat. Da schildert er auch, jetzt in Köln - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Da hätte ich auch mal Interesse dran!)

- Bitte? - Haben Sie Interesse. Sehr gut.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wir arbeiten am gleichen Thema! -
Dr. Eva Högl (SPD): Wundert Sie das jetzt, Herr Ströbele?)

- Ja, das wundert mich. Das stand ja in der Zeitung alles. Also, dass ich eine eidesstattliche Versicherung habe, wussten Sie nicht. Gut, okay. Sie können sie aber bekommen oder Kopien davon.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Gut!)

Herr Behrens, der schildert nun noch mal den Vorgang, dass er einen Brief bekommen hat mit Zeitungsartikeln über die bundesweite Mordserie gegen türkische und andere ausländische Geschäftsleute. Also, das ist diese Mordserie, um die es die ganze Zeit geht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wann war das?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist 2009/2010 gewesen. Ich weiß, da waren Sie nicht mehr im Amt.

Der ist dann in Köln zur Polizei gegangen und hat das vorgelegt, hat gesagt: „Hier, Drohbrief“, und die haben diese Zeitungsartikel da hinzugefügt. - Er schildert hier in dieser eidesstattlichen Versicherung, was ihm dann geantwortet worden ist: Ja, die hätten das jetzt geprüft, die Polizei. Aber er brauche sich keine Angst zu machen; denn es handle sich bei diesem Brief offenbar um eine Aktion einer intellektuellen Gruppe von Rechtsextremisten, die die Mordserie für sich instrumentalisieren wollen. - Also, ich meine, muss man dreimal um die Ecke denken, um auszuschließen, dass die mit der Mordserie was zu tun haben.

Wenn Sie all das hören, meinen Sie dann nicht, dass es sinnvoll gewesen wäre, dass Sie sich selber mit den Anwohnern dort, den Betroffenen, die in ihren Familien Verletzungen gehabt haben - nicht nur um Ihre Betroffenheit zu zeigen, sondern auch, um mal überhaupt ein bisschen was über die Hintergründe zu sehen -, damals schon hätten in Verbindung setzen können und müssen, vielleicht sogar mit dem Sprecher der Interessengemeinschaft Keupstraße reden sollen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Im Nachhinein - das habe ich ja vorhin auch schon mal gesagt auf die Frage von Frau Högl - würde ich auch sagen: Es wäre richtig gewesen, sich - - damals unmittelbar im zeitnahen Zusammenhang mit dem Anschlag auch nach Köln zu fahren und dort in die Keupstraße zu gehen, ja. Das sehe ich heute so. Das habe ich damals anders eingeschätzt. Und das ist auch ein Fehler, den man sicherlich eingestehen kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie erklären Sie denn - ich habe Ihnen das vorhin ja schon mal mit einer Zwischenfrage versucht vorzuhalten - diese geradezu Renitenz in der Verwertung Hinweise auf rechtsextremistischen Täterkreis? Also, warum war Ihrer Auffassung nach die Ihnen unterstellte Behörde ja, das Landeskriminalamt, der Meinung, dieser mögliche Täterbereich solle in der Öffentlichkeit nicht genannt werden? Vielleicht hätte das ja gerade in der Öffentlichkeitsfahndung Erfolg gehabt. Wie erklären Sie das heute? Das war ja Ihre Behörde.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Na ja, das habe ich eben auch schon mal beantwortet, dass ich das auch für einen Fehler halte. Warum es - - ist klar.³¹

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber war da irgendwie eine Abwehr, so was möglich zu machen, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein. Warum - - Motive³¹ kann ich Ihnen nichts zu sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder hatte man Angst, dass man antisemitisch oder anti- - fremdenfeindlich einge- -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es wäre jedenfalls nicht vorwegeilender Gehorsam gegenüber einer politischen Auffassung des Ministers oder des Ministeriums gewesen; denn die hat es nicht gegeben. Wenn es da eine Notwendigkeit gegeben hätte, dies auch nach außen deutlich zu machen, und wenn das so bewertet worden wäre, dann hätte das Ministerium ganz sicherlich dagegen nichts einzuwenden gehabt, jedenfalls ich als Minister nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Ströbele, die Fragezeit ist eigentlich abgelaufen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein letzter kleiner Vorhalt, und dann können Sie ja die nächste Runde machen.

Wir haben einen ähnlichen Vorgang in Bayern. Die Bayern waren ja die Hauptbetroffenen. Also, da waren die meisten Morde.

Und auch dort haben wir festgestellt - - Die hatten ja auch so eine Analyse, rechtsextreme Spur und so, und auch dort haben wir einen ähnlichen Vorgang, wo die bayerischen Behörden, und zwar offenbar von weit, sehr weit oben - wir wissen nicht genau, ob es ganz oben war oder eine Stufe drunter - - wurde da verfügt, dass das in der Öffentlichkeitsfahndung nicht vorkommen soll. Das ist also fast der gleiche Vorgang wie der in Köln. Also, ein Schelm, der Böses was dabei denkt, oder wie? Gab es so eine Grundhaltung „Das darf nicht sein“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das glaube ich nicht. Das würde ich auch nicht vermuten, weil es in anderen Fällen eine solche Haltung auch nicht gegeben hat. Warum hätte es sie in Köln geben sollen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht, weil Türken betroffen waren oder türkische Migranten.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das glaube ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das glaube ich nicht. Sie meinen, so eine Art Schere im Kopf sozusagen? - Das ist schwer zu bewerten heute.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der zweiten Berliner Runde.

(Aydan Özoğuz (SPD): Eine kurze Frage!)

- Eine kurze Frage von der Kollegin Aydan Özoğuz, und dann mache ich einen Vorschlag zum weiteren Verfahren.

Aydan Özoğuz (SPD): Das ist sehr nett. - Weil es jetzt oft genug gefragt wurde, wollte ich das nur noch mal abschließend einmal wenigstens auch noch mal so rum gefragt haben. Sie treffen ja - - oder haben damals ja auch Entscheidungen nicht immer nun ganz alleine mit sich besprochen und getroffen und so, sondern es hat ja immer auch gewisse andere Leute gegeben, die mit Ihnen so was einmal abschätzen: Wie ist das, fährt man da hin, oder fährt man da nicht hin? - Ist Ihnen irgendjemand in Erinnerung, der deut-

³¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

lich gesagt hätte: „Es wäre gut, dorthin zu fahren“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, daran kann ich mich im Moment nicht erinnern. Ich vermute mal, wenn es einen solchen Hinweis gegeben hätte, dann hätte ich es vielleicht auch getan. Vielleicht ist es eher anders gewesen. Ich weiß es aber nicht mehr.

Aydan Özoğuz (SPD): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich stelle fest, es gibt noch weiteren Fragebedarf, Herr Behrens. Wir haben um 15.00 Uhr eine namentliche Abstimmung. Mein Vorschlag wäre, jetzt für eine Stunde zu unterbrechen und um 15.30 Uhr die Sitzung fortzusetzen. - Dann bitte ich Sie, uns in einer Stunde weiter zur Verfügung zu stehen. Dann treten wir jetzt in eine einstündige Pause ein.

(Unterbrechung von
14.31 bis 15.45 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich stelle fest, dass jetzt alle Fraktionen vertreten sind. Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort. Wir haben eine neue Berliner Runde. Die Fragen an den Zeugen Herrn Dr. Behrens richtet zunächst die Unionsfraktion, und zwar der Kollege Stracke.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, dass sich jetzt auch die Grünen wieder um das Aufklären bemühen wollen und in die Arbeitshaltung zurückkehren.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wir bemühen
uns nicht nur, wir tun es auch!)

Herr Zeuge, ich würde gerne ein Thema ansprechen, das zu Beginn eine Rolle gespielt hat, nämlich: Als am 9. Juni Sie der Anruf erteilt hat, dass hier ein Nagelbombenanschlag stattgefunden hat in der Keupstraße in Köln, waren Sie ja damals beim Umziehen begriffen. Das ist ja als solche, eine Tatsache - - nicht vorzuwerfen. Dass Sie auch Urlaub nehmen, das ist, glaube ich, auch in Ordnung. Man muss sich bei mühsamem Arbeiten auch davon angemessen erholen können. Mich würde jetzt interessieren: Haben Sie Ihren Urlaub in der Folgezeit, der ja mehrere Tage gedauert hat, denn

dann eigentlich abgebrochen, nachdem Sie von diesen Ereignissen Kenntnis gehabt haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das war nicht nötig nach meiner Einschätzung, weil ich mich bestens informiert fühlte und durch ein Erscheinen im Büro oder durch Aufnahme von Gesprächen im Büro nicht mehr hätte erreichen können als so. Ich war ja jederzeit in unmittelbarer Nachbarschaft erreichbar.³²

Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Dr. Behrens, Sie haben dargestellt gehabt, dass Sie des Öfteren schon in Ihrer gesamten Amtszeit Ihren Urlaub unterbrochen haben. Würden Sie mir mal Beispiele dafür nennen, was denn Gründe dafür waren, warum Sie denn in den anderen Fällen beispielsweise Ihre Urlaube unterbrochen haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich erinnere mich zum Beispiel daran, dass ich im Jahre 2000 einen Urlaub, der in Spanien stattfand, unterbrochen habe wegen des Anschlags am Wehrhahn und dann nach Düsseldorf zurückgefliegen bin. Das ist ein Beispiel dafür. Aber das ist mehrfach vorgekommen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Mehrfach vorgekommen, dass Sie Ihren Urlaub unterbrochen haben, bei Mordtaten, die stattgefunden haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nicht nur, sondern auch bei anderen Ereignissen, bei Todesfällen innerhalb des Kabinetts zum Beispiel; auch das hat es gegeben. Also, aus besonderen Gründen jeweils.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ich kann mir vorstellen, dass es sicherlich Gründe gibt, Ihren Urlaub abubrechen. Wenn ich das jetzt dann mir dagegen lege: Wir haben einen Anschlag hier in Köln mit über 800 Zimmermannsnägeln, über 20 Verletzte, zum Teil schwer verletzt, und Sie entscheiden sich dann, wo es andere - - Wo es dann Unglücksfälle im Kabinett gibt oder so was, da sehen Sie dann durchaus die Notwendigkeit eher, dass Sie hier Ihren Urlaub abbrechen. In dem Fall ist es aber nicht der Fall, sondern Sie bleiben daheim und packen Ihre Umzugskartons aus.

³² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Na ja, die Lage war eine völlig andere. Ich habe noch einen weiteren Fall, der mir jetzt einfällt, in Erinnerung. Das war die Ermordung eines Polizisten in Köln. Da bin ich vom Bodensee zurückgekommen. Hier war ich ja sozusagen in Düsseldorf und im Umfeld jederzeit erreichbar und jederzeit auch in der Lage, ins Büro zu gehen, wenn es nötig gewesen wäre. Das erwies sich aber nach meinen Erinnerungen nicht als nötig, weil ich jederzeit mich ausreichend informiert fühlte und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch jederzeit zur Verfügung stand für Gespräche.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Was unterscheidet denn eigentlich einen Anschlag, wie beispielsweise eine Mordtat, wo Sie dann sagen: „Da muss ich jetzt zurück ins Ministerium und mich da dann vor Ort mit meinen Mitarbeitern - - Sie haben ja auch erwähnt gehabt, dass Sie einen Führungsstil gepflegt haben, der sehr intensiv auf Kollegialität aus ist, also, wo Sie sehr viele Gespräche führen, insbesondere im Ministerium, dass Sie sagen: „Nein, das ist eigentlich so, da ist die Information ausreichend; da brauche ich gar nicht vor Ort zu sein“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es ist nicht die Art des Ereignisses, das sich unterscheidet - im Grundsatz jedenfalls nicht -, sondern es ist die Art meiner Erreichbarkeit. Hier war ich in Düsseldorf. Ich habe in Düsseldorf gewohnt und bin von Düsseldorf aufs Land gezogen. Ich war jederzeit ansprechbar, erreichbar, und im Bedarfsfall hätte ich jederzeit ins Büro fahren können. Ich weiß nicht mal, ob ich nicht möglicherweise an dem Freitag auch im Büro gewesen bin. Aber das entzieht sich im Moment meiner Erinnerung.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Würden Sie denn jetzt auch im Nachklapp zu den Themen eigentlich wieder zu dem Ergebnis kommen, dass es auch als Signal gegenüber der Öffentlichkeit nicht notwendig ist, seinen Urlaub zu unterbrechen, sondern eigentlich zu sagen: „Business as usual. Es geht ganz normal weiter. Eigentlich spielt es gar keine - -“, so Art: „Wir versuchen, das eher runterzunehmen von der öffentlichen Wahrnehmung, vielleicht auch ein Stück weit rauszunehmen, und dazu trägt auch beispielsweise bei, dass ich gar nicht meinen Urlaub abbreche“? Das hat natürlich auch eine gewisse Binnenwirkung, wenn man

weiß, dass der Minister sich noch beim Umzugskartonauspacken befindet.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das sehe ich anders, weil die Öffentlichkeit gar nicht wusste und weiß, dass ich damals Urlaub hatte und im Urlaub war³³. Es war ja auch kein Erholungsurlaub irgendwo, sondern es war ein Arbeitsurlaub im Familienumfeld aus ganz persönlichen Gründen, wegen des Umzugs eben. Und noch mal: Ich war jederzeit ansprechbar, jederzeit einsetzbar und denke, ich habe nichts versäumt in dieser Zeit.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Dr. Behrens, wenn wir uns um die Fragestellung ausländerfeindlicher Hintergrund - - uns ansehen, was diesen Anschlag ja jetzt - wie wir jetzt ja wissen - - der eigentliche Grund war und die Ursache. Da will ich mich gar nicht damit beschäftigen, wo die Kollegin Dr. Högl Sie mal danach gefragt hat: „Was sind denn die Ursachen aus Ihrer Sicht, dass man da nicht drauf gekommen ist?“ - hatten Sie gesagt gehabt: Ja, wir hätten das noch deutlicher mit den Mordtaten in Verbindung nehmen sollen -, sondern mich interessiert ausschließlich, was man denn getan oder unterlassen hat, um 2004 bei diesem einzigen Anschlag, der hier stattgefunden hat, auf die Täter zu kommen. Da hatten Sie erwähnt gehabt, in alle Richtungen hätten Sie ermittelte.

Wenn man sich die Akten anschaut, dann sieht man sehr wohl, dass es sehr stark dokumentiert ist, was beispielsweise das Türstermilieu angeht, was beispielsweise verdeckte Ermittlungen angeht, was die Umfeldbeziehungen betrifft der Opfer, sei es ins Rauschgiftmilieu hinein oder in Schutzgeld-erpressungen oder andere Dinge. Aber wenn man dann guckt: „Was wurde denn getan, was den Rechtsextremismus betrifft?“, da sagen Sie: Es gab keine Hinweise. - Jetzt möchte ich einfach mal wissen: Was verstehen Sie denn unter Hinweisen? Was sind Hinweise, die Sie veranlassen, Ihr Innenministerium, Ihre Behörde, in Richtung Rechtsextremismus bei einem Anschlag, so wie er sich dargestellt hat bei Köln, zu ermitteln?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es hat ja in Bezug auf die anderen vermuteten Motive, die Sie gerade erwähnt haben, Hinweise sowohl in den Medien wie auch von Einzelpersonen an die Polizeibehörde in Köln ge-

³³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

geben. Die Polizei hat ja - ich habe das vorhin schon mal erwähnt - auch mehrere Männer festgenommen - einen davon in Hessen, zwei, glaube ich, in Köln -, dann wieder freilassen müssen, weil sich Verdachtsmomente nicht erhärtet haben. Das verstehe ich unter Hinweisen, denen man dann konkret nachgehen kann und wo man aus dem Milieu - oder woher auch immer - Informationen bekommt über mögliche Geschehnisse, Verknüpfungen, Zusammenhänge, denen man nachgehen muss, wenn man Ermittlungen verantwortungsbewusst führen will. Solche Hinweise hat es nach damaliger Kenntnis, bezogen auf Rechtsextremismus, eben konkret nicht gegeben.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Wir hatten vorher schon auf Vorhalt hin die Frage gehabt, ob Sie denn beispielsweise das Dossier „spezial“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz kannten, das ja nur ganz kurz nach der Tat eigentlich in die Veröffentlichung kam. Da haben Sie gesagt, nein, das war Ihnen so weit nicht bekannt. So hatten Sie sich jedenfalls geäußert. Ich glaube, das ist auch noch zutreffend.

Jetzt darf ich Ihnen mal nur kurz vorhalten, was da drinsteht, und zwar - Zitat -:

Ungeachtet der Tatsache, dass es bei den „Bombenbastlern von Jena“ jahrelang gelungen war, sich ihrer Verhaftung zu entziehen, gibt es keine wirkungsvolle Unterstützerszene, um einen nachhaltigen Kampf aus dem Untergrund heraus zu führen. Möglich ist derzeit allerdings ein von Kleinstgruppen oder Einzelpersonen, „Lone Wolf“,

- oder wie auch immer ausgedrückt -

geführter Feierabendterrorismus. Daraus ergeben sich zum einen Grenzen in methodischer Hinsicht. Brand- und Sprengstoffanschläge, auch mit Briefbomben, sind in solchen Taten eher möglich als komplexe Tatabläufe wie Entführungen oder anderes. (?)

Das ist das, was das Bundesamt für Verfassungsschutz als Resümee gezogen hat. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie denn selber mal aus Ihrer Kenntnis heraus, was man Ihnen berichtet hat oder aus Gesprächen, jemals in Ihrer Amtszeit Diskussionen darüber geführt: „Gibt es denn Rechtsterror in NRW?“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Oh ja. Ich habe das vorhin auch schon mal erwähnt. Es gab auch eine Vorlage aus der Abteilung 6 zu genau diesem Thema - ich meine, aus dem Herbst des Jahres 2003 - - mich so ungefähr erinnern zu können -, -

Stephan Stracke (CDU/CSU): Richtig.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - wo wir dieser Frage nachgegangen sind und die im Prinzip zu dem Ergebnis kam, dass es in Nordrhein-Westfalen keine konkreten Hinweise auf Rechtsterrorismus gebe, dass man aber gewisse Gefahrensignale ernst nehmen müsse. So etwa war die Tendenz dieses Berichtes von Dr. Möller.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ausgangspunkt war ja damals die „braune RAF“, so wie es Beckstein beispielsweise ja nach dem Wiese-Attentat abgefragt hat. Das war bei Ihnen dann auch Thema. Sie führen das richtig aus. Da dann auch noch mal ein Zitat daraus - Sie erinnern sich da in den groben Zügen richtig -:

In NRW sind bislang allerdings keine Entwicklungen erkennbar, die auf einem organisierten Rechtsterrorismus hindeuten. Nach bisheriger Einschätzung dürften in NRW für eine „braune RAF“ vor allem Konzepte, Infrastrukturen und strategische Köpfe fehlen. An dieser Einschätzung wird bei aller gebotenen Vorsicht und der selbstverständlichen Binsenweisheit, dass es keine hundertprozentige Sicherheit geben kann, vorerst festgehalten.

Und jetzt, worauf ich raus will:

Dies umfasst allerdings nicht Gewaltakte mit terroristischem Einschlag von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen, deren Planungen naturgemäß im Vorfeld nur sehr schwer zu erkennen sind. (?)

Wenn man jetzt diese Analyse sich vor Augen führt, die Ihr Haus an Sie gerichtet hat, dann spricht man sehr wohl von Kleinstgruppen, Einzelpersonen. Wenn man das dann sieht: Genau das hat sich realisiert, Kleinstgruppen, nämlich dieses Terrortrio „NSU“, was wir jetzt im Nachgang wissen.

Wenn man sich dann auch noch mal vergewissert, was Sie an Videobildern an Erkenntnissen haben, nämlich zwei männ-

liche Täter, weiß, mit Fahrrädern unterwegs, gefilmt, warum ist man denn da nicht auf die Möglichkeit jedenfalls gekommen - weil Sie haben vorher gesagt, die Hinweise würden fehlen -, dass das doch etwas mit Rechtsteror zu tun hat, nämlich dass zwei Personen auf Fahrrädern diese Sprengstoffbombe entlangschieben, und dennoch - Wiese ist 2003; ist ja auch nicht lange her - - unterrichtet wurden, das hat etwas unter Umständen mit Kleinstgruppen zu tun, die dazu neigen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist es ja, was ich gemeint habe - jetzt mehrfach schon erwähnt, auch im Eingangsstatement -, als eine fatale Fehleinschätzung, die uns damals unterlaufen ist, die eben eine Fehleinschätzung, ein Fehler war, dass man nicht rechtzeitig erkannt hat, dass es auch so etwas hätte sein können, dass das in Betracht kam.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Haben Sie das denn jemals diskutiert eigentlich mit Ihnen ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Natürlich, das ist sicher diskutiert worden. Aber es ist nicht in irgendeiner Weise weiter konkretisiert worden, und es hat eben keine weiteren Hinweise im Laufe der Ermittlungen gegeben, die uns da weitergebracht hätten.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Haben Sie denn diese Möglichkeit eigentlich überhaupt mal angesprochen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ob ich das auch angesprochen habe, das weiß ich heute nicht mehr. Wir werden es ganz sicher diskutiert haben, ja. Das hängt auch damit zusammen, dass bei uns diese Gespräche sehr oft auch unter Einbeziehung der Abteilung 6 stattfinden und stattgefunden haben in meiner Zeit - es ist ja nun alles doch schon lange her - und dass die Abteilung 6, Herr Dr. Möller und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer die Gelegenheiten hatten, auch ihre Erkenntnisse einzubringen in solche Gefährdungseinschätzungen und konkreten Lageanalysen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Jetzt wissen wir ja auch aus den Vorvernehmungen mit Beamten des BKAs heraus, dass es ja möglich gewesen wäre, gerade Verbrecher,

die Sprengstoffanschläge tätigen - - das bundesweit abzufragen im Rahmen des Tatmittelmeldedienstes. Man kann das auch salopper als „Sprengstoffdatei“ beispielsweise formulieren. Der zuständige BKA-Beamte hat hier in dem Untersuchungsausschuss ausgesagt, es wäre durchaus möglich gewesen, wenn man eingegeben hätte zum einen „männlich“, „weiß“, „rechtsextremistischer Hintergrund“ und „Rechtsextremismus“ plus „Sprengstoffkofferbombe“ in irgendeiner Weise, dann wären wir auf dieses Terrortrio gekommen. Diese Sprengstoffdatei hätte das hergegeben. Ist Ihnen das denn bekannt, dass es eine solche Sprengstoffdatei gibt, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Stephan Stracke (CDU/CSU): - dass Sie überhaupt von solchen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben - - hätten können?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich kenne die damaligen Möglichkeiten heute nicht mehr. Das wird vielleicht damals diskutiert worden sein. Das weiß ich nicht mehr. Aber mir ist nicht in Erinnerung, dass über eine solche Datei des BKA mit mir gesprochen worden ist. Wenn das nicht geschehen ist, sie anzuzapfen sozusagen, sie zu befragen, dann ist das auch ein Mangel, den man einräumen muss. Das ist einer dieser Kooperationsmängel, von denen ich gesprochen habe, die man sicherlich beseitigen muss.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ist es Ihnen denn erinnerlich, dass es hier sehr wohl auch Abfragen gab vonseiten NRW gegenüber dem BKA mit der Bitte, doch hier uns darzulegen, wer denn hier infrage käme, was Sprengstoffe beispielsweise angeht, und dann als Ergebnis immer nur der lokale Bezug rauskam, gerade was den Großraum Köln angeht, bzw. als man es dann bundesweit gemacht hat, im Ergebnis dann auch nur hier wieder lokale Bezug da war?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein. Also, ich erinnere mich nicht daran, dass mir das so erzählt und berichtet worden ist. Das weiß ich im Moment nicht mehr.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Dann gebe ich mal weiter an Kollegen Binniger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Behrens, der Kollege Stracke hat ja ein paarmal von diesem Papier zitiert, dem Dossier des Verfassungsschutzes. So sieht es ja aus.

(Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU) hält Unterlagen hoch)

Im „spezial“ damals versagen dann alle Landesverfassungsschutzämter in dem eben - - so heißt der Titel: „Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten“, und dann: „Entwicklung von 97 bis Mitte 2004“. Ist vier Wochen etwa nach der Tat in Köln erschienen - da war ja die Tat noch allen präsent - und beschreibt a) neue Begehungsformen - da kommen dann Begriffe vor wie „Combat 18“, „Leaderless Resistance“ - und nennt Personengruppen, denen man so etwas zutraut, weil sie in der Vergangenheit aufgefallen sind. Und da werden ja Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe namentlich genannt. Das hat das LfV bekommen. Jetzt könnte man ja sagen: „Gut, vielleicht hat es vom LfV nie jemand an die Polizei geschickt“, was ich jetzt auch nicht weiß; wäre aber schon schlimm genug.

Wir sind in den Akten aber auf etwas anderes gestoßen, wo ich Sie fragen wollte, ob man Ihnen darüber mal berichtet hat. Ausgehend von diesem „BfV extra“: „Neue Gefahren eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechts-“ oder: „Gefahren eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten“ hat man im Bundesamt für Verfassungsschutz quasi ein spezielles Exzerpt noch mal gemacht, hat dort zwar den Personenteil zunächst weggelassen, hat es aber fachlich bewertet. Da taucht der Satz auf - - Ich zitiere aus MAT A BfV-4 und da auf der Seite 37. Datum des Papiers war 8. Juli 2004, viereinhalb Wochen nach dem Anschlag. Da stellt das BfV fest aufgrund seiner Expertise über die ganzen Strukturen und Sprengstoffdelikte:

Der Anschlag in Köln erinnert wegen der Verwendung einer Nagelbombe und des Tatortes in einem vorwiegend von Ausländern bewohnten Stadtteil an diese Anschlagsserie.

„Anschlagsserie“ war gemeint die Verbrechenserie eines Rechtsextremisten in England. Also, man stellt hier viereinhalb Wochen nach der Tat richtig offensiv und auch prominent fest seitens des Bundesamtes für

Verfassungsschutz: „Daran müsste man auch denken. Das könnte hier auch Fremdenfeindlichkeit sein“, führt dann wieder die ganzen neuen Strategien aus, „Combat 18“, nennt Publikationen, die da alle darüber schreiben, macht sich aber noch mehr Mühe, zwar mit einer fatalen Fehleinschätzung, wie es Kollege Stracke ja schon angedeutet hat: Man konzentriert sich wieder auf den Großraum Köln. - Das hat das BfV, entweder ausgehend von diesem Telefonat am Abend noch, wo wir nicht so genau wissen - - oder einfach in Eigeninitiative gemacht:

Zur Ermittlung möglicher Tatverdächtiger aus dem rechtsextremistischen Spektrum ... wurde durch die Projekteinheit

- die lasse ich jetzt weg - eine umfassende NADIS-Abfrage veranlasst, um einfach zu sehen: Wer kommt dafür infrage? Nämlich gesucht wurde nach männlichen Personen oder

einer männlichen Person im Alter zwischen 20 und 30 Jahren

- das wussten wir ja von dem Video; jetzt kommt leider die fatale Fehleinschätzung -

mit Wohnort Köln

Dann hat man eine Trefferliste gehabt von nur 22 Personen - 16 sind in Köln noch -, hat weiter reduziert, hat vier Namen hier gehabt, und einer war mit Bombenbau amtsbekannt.

Also, man hat förmlich die Polizei ja fast auf diese Spur gehoben: Fremdenfeindlichkeit, Anschlagbegehung. Jetzt bin ich über den Satz gestolpert, wo ich gedacht habe: Was macht die ganze Mühe für einen Sinn, wenn es am Ende dann so ausgeht?

Aufgrund der vorliegenden einschlägigen Erkenntnisse zu ... wurde das Polizeipräsidium Köln über die Projekteinheit ... entsprechend informiert.

Scheint mündlich gewesen zu sein.

Laut telefonischer Rücksprache...

Also, offensichtlich haben die keine Reaktion gekriegt von den Kölnern. Verfassungsschutz hat ja auch das Problem, dass er das Video nicht bekommen hat. Das musste er sich ja auf der Homepage des PP Köln ansehen, und die Homepage wurde ja überwacht. Die Erste, die in die Falle getappt ist, war das BfV. So viel zum Thema Zusammenarbeit.

Laut telefonischer Rücksprache mit dem PP Köln wird dieser Hinweis in die laufenden Ermittlungen einbezogen.

Das ist für mich so eine Wenn-es-denn-sein-muss-Behandlung. Dahinten steht auch drauf:

Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen erhält eine Ausfertigung des Vermerks mit der Anregung, die Polizei entsprechend zu unterrichten. (?)

Da gehe ich davon aus, dass die nie mehr was gehört haben und deshalb nachgefragt haben - telefonische Rücksprache - und dann hieß es: Ja, ja, wir beziehen es mit ein. - Also: „Lasst uns in Ruhe“, jetzt in Klammern gesprochen.

Hat man Ihnen darüber jemals berichtet, dass das BfV hier durchaus aufwendig, wenn auch mit einer in letzter Konsequenz vorzeitigen Festlegung auf Köln, aber immerhin sehr, mit viel Indizien angereichert, ein Dossier gemacht hat zum Thema „fremdenfeindliche Täter für Köln, Keupstraße“? Haben Sie das mal mitgeteilt bekommen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein. Ich habe diesen Vorgang erst jetzt in der Vorbereitung in den Akten gesehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Sie haben ihn auch gesehen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe ihn in den Akten gesehen, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was denkt man da als damals zuständiger Innenminister, wenn man sagt: „Menschenskinder, viereinhalb Wochen nach der Tat wird hier fast wirklich eine Anleitung geliefert für weitere erfolgreiche Ermittlungen; hätten sie das ausgedehnt auf den Raum Köln hinaus und eine Abfrage in dieser Datei“ - so wie es der Kollege Stracke beschrieben hat - „... Abgleich mit dem Video gemacht, also, da hätte man viel erfahren können“? Was denkt man da?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Natürlich das, was Sie eben hier schildern: Hätten wir das eher gewusst oder besser eingeschätzt, hätte man vielleicht anders reagieren können.

Ich bin allerdings nicht ganz sicher, Herr Binninger, ob die Festnahmen, die ja erfolgt sind, nicht auch im Zusammenhang mit diesen Erkenntnissen stehen. Also, es hat offenbar doch Aktionen gegeben, aber eingegrenzt eben auf den Kölner Raum und nicht auf Täter von irgendwo anders aus Europa oder Deutschland her.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, es hat wohl auch Aktionen gegeben. Aber was mich eben hier gestört hat: dass das BfV nachfragen musste - deshalb noch mal telefonische Rücksprache -, dann so ein bisschen abgefertigt wird, da man nichts wusste - das gilt ja auch für die Auswertung des Videos -, und dass man im PP Köln schon, glaube ich, seine Hypothese hatte, von der man nicht mehr runterkam viereinhalb Wochen nach der Tat. Hatten Sie jemals Gelegenheit, mit dem - - Wer war damals Polizeipräsident? Roters, oder wer war es in Köln zu der Zeit?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Steffenhagen, glaube ich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Steffenhagen. - Hatten Sie jemals Gelegenheit, mit ihm selber mal zu reden, oder war das mal ein Thema?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, das war schon ein Thema, auch in Gesprächen mit dem Polizeipräsidenten, aber nicht in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem 9., sondern dann später wegen der mangelnden Aufklärungserfolge und dem, was man da noch an Anstrengungen unternehmen könnte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatte er einen Ansatz zu sagen: Muss nicht anders - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, die Aussagen des Polizeipräsidenten waren im Prinzip Wiederholungen der Einschätzung seiner leitenden Beamten, die Sie aus der Presse und aus den Pressekonferenzen kennen. Das ist das Gleiche, was der Polizeipräsident mir erzählt hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Herr Behrens, ich habe eine letzte Frage. Sie waren lange ein erfolgreicher Politiker. Wir

sind hoffentlich auch bei dieser Arbeit erfolgreich, aber auch Politiker. Aber was uns ja in unserem Sozialverhalten alle ein bisschen eint, ist, dass wir den Kameras und Mikrofonen eigentlich nicht aus dem Weg gehen; sonst hätten wir den falschen Job. In diesem Fall - das haben wir jetzt schon ein paar Mal erörtert - fällt wirklich auf, dass weder der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen noch der Ministerpräsident sich auch nur einmal nach diesem Anschlag medienwirksam - sei es in einem Interview, in einer Stellungnahme, in irgendeiner Aktion - äußert. Das finde ich sehr, sehr ungewöhnlich und kann mir eigentlich auch nicht vorstellen, dass man sich darüber vielleicht nicht sogar verständigt hat, zu sagen: Wir sagen alle mal nichts und lassen es rein bei den Sicherheitsbehörden.

Wir haben versucht, mal über die Pressedokumentation allgemein zu gucken: Wie viel Äußerungen gibt es denn vom Ministerpräsidenten - das ist der Stapel hier -

(Clemens Binninger (CDU/CSU)
hält Unterlagen hoch)

so in den - wie weit geht es? - gut vier, fünf Wochen nach der Tat? Das sind alles Äußerungen von Ministerpräsident Steinbrück, die er in der Presse gemacht hat in den vier, fünf Wochen nach dem Anschlag. Ein großer Stapel. Kein einziger Satz zu diesem für NRW einmaligen Sprengstoffanschlag. Stattdessen fünf Tage nach der Tat: „Großer Bahnhof für den neuen Bahnhof“ - da wurde am Flughafen, glaube ich, was eingeweiht mit Bundes- und Landesprominenz; „Steinbrück fordert professionellere SPD“ - das war dann Mitte Juni; „Steinbrück drängt auf Abschaffung des Berufsbeamtentums“ usw. usw. Sprengstoffanschlag mit über 20 Schwerverletzten - nichts, und von Ihnen auch nichts. Liege ich völlig falsch, wenn man da den Eindruck haben muss, so ein konzertiertes Schweigen muss man eigentlich wirklich vorher auch abgestimmt haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Da liegen Sie falsch, weil das haben wir so nicht abgestimmt. Dass ich mich so verhalten habe, habe ich mit mir und mit meiner Behörde abgestimmt. Das ist klar. Aber es ist nicht mit dem Ministerpräsidenten abgestimmt, sondern meine Zurückhaltung, über deren grundsätzliche - sagen wir mal - Charaktereigenschaft ich ja vorhin etwas gesagt habe, die ich Ihnen zu erläutern versucht habe. Die

hing ganz sicher damit zusammen, dass niemand wusste, was in Köln wirklich an Hintergründen da war, und dass man da -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Entschuldigung! Darf ich Sie noch einmal unterbrechen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - niemanden auf die falsche Fährte lenken wollte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mir ging es jetzt bei diesem Thema, bei diesem demonstrativen Schweigen der Landesregierung nicht nur darum, dass ich jetzt von Ihnen hier bahnbrechende Interviews zu entscheidenden Ermittlungsrichtungen erwartet hätte. So weit wäre ich gar nicht gegangen. Aber es gab hier ja über 20 schwerverletzte Opfer. Es hätte ja vielleicht auch mal eines Signals bedurft an die Opfer, an die Bevölkerung von Köln, an die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das, was wir ja - deshalb meinte ich vorher, es ist so atypisch für Politiker - alle immer machen, haben Sie hier wirklich kollektiv nicht gemacht. Und das leuchtet mir nicht ein. Da sage ich, das muss man ja abstimmen. Man muss ja einen Grund haben dafür. Also, eine Medienstrategie des Schweigens durch eine Landesregierung bei solch einem Ereignis ist ungewöhnlich. Das haben wir so noch nirgends gesehen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist ein zu großes Wort, aber - - Es ist keine Medienstrategie des Schweigens gewesen, sondern es ist schlicht - bei mir jedenfalls - die Zurückhaltung gewesen, hier in irgendeiner Weise festzulegen durch öffentliche Äußerungen, was die Hintergründe dieses Anschlags gewesen sein könnten.

Ich gestehe ja ein³⁴ habe ich ja vorhin auch schon gesagt -, es wäre sicher richtig gewesen, im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Tat nach Köln in die Keupstraße zu fahren. Das wäre sicher richtig gewesen. Das wäre natürlich auch eine öffentliche Maßnahme gewesen. Aber ansonsten gab es da keine Strategie in dem Sinne, wie Sie das beschreiben, sondern schlicht eine entsprechende Wirkung dessen, was wir getan haben, ohne Absprachen untereinander.

³⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Hat die SPD-Fraktion noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. Die FDP-Fraktion?

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
Ja!)

- Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten vorhin gerade, als Sie im Urlaub waren, Sie hätten nichts versäumt. Jetzt sagen Sie gerade, vielleicht hätten Sie doch hinfahren sollen. Ich lasse es einfach mal so stehen.

Herr Behrens, Sie waren Mitglied der Innenministerkonferenz bis 2005. Mich würde noch interessieren, wie weit Ihnen da die Ceska-Mordserie gewahr wurde.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Bitte? Das letzte Wort habe ich nicht verstanden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): „Gewahr wurde“, wie weit Ihnen da die Ceska-Mordserie, wie sie damals hieß, mehr oder weniger aufgefallen ist. Ist sie da Ihnen gegenüber aufgetaucht?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wenn ich mich richtig erinnere, hat das Thema im Rahmen der Innenministerkonferenz, die ja nicht nur ein Zusammentreffen der Minister ist, sondern die ja auch Gremien hat, eine erhebliche Rolle gespielt. In den entsprechenden Arbeitskreisen, die es da gibt für Polizei, für Verfassungsschutz, ist das Thema gewesen nach meiner Erinnerung. Ob wir es und wann in der Innenministerkonferenz konkret auf der Tagesordnung gehabt haben im Jahre 2004, das weiß ich im Moment nicht mehr. Das wird sich aber aus den Protokollen der Innenministerkonferenz ja schnell herauslesen lassen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich interessiert nur, weil jetzt - sagen wir mal: Ich deute es jetzt mal so, dass zumindest mal auch bei Ihnen bei dem Anschlag in der Keupstraße die Fremdenfeindlichkeit nicht so im Fokus stand, um es mal vorsichtig auszudrücken - die Opfer waren Menschen mit Migrationshintergrund, bei der Ceska-Mordserie waren es auch Menschen mit Migrationshintergrund: Sind Sie damals über die Diskussion in der Innenministerkonferenz oder auch mit anderen Kollegen auf die Idee

gekommen, hier mal von sich aus aktiv zu werden und das zusammenzubringen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es hat natürlich, unter anderem in Köln, sogenannte Opferbetreuung gegeben. Das ist Ihnen ja auch, glaube ich, bekannt. Diese Maßnahmen sind alle gelaufen. Das ist auch alles in Abstimmung mit dem Ministerium ganz sicher so gewesen und auch in Abstimmung mit mir. Ob wir in der Innenministerkonferenz darüber in dieser Weise diskutiert haben, das weiß ich im Moment auch nicht mehr.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Oder gab es von Nordrhein-Westfalen heraus, jetzt von Ihnen oder von Mitarbeitern oder Beamten aus Ihrem Haus, da Initiativen - also, das BKA wollte ja vor Ort hingehen unter anderem; es gab von außen durchaus Anstöße, allerdings meistens deutlich später - zur damaligen Zeit, zu sagen: Die Gewichtung, das wäre zumindest etwas, was man mal hätte abgleichen können?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das konkrete Thema in der Innenministerkonferenz in diesem Jahr war unter anderem auch nach wie vor das Thema Sicherheitsarchitektur, also die Frage der Kooperation und der Konstruktion der Sicherheitsbehörden in Deutschland.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wenn Sie jetzt in der Nachbetrachtung sehen - Sie kannten ja als Vorsitzender der Innenministerkonferenz 2000 die Abläufe -: Was würden Sie denn jetzt besser machen wollen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ob die Innenministerkonferenz da eine wesentliche Rolle spielen kann beim Bessermachen -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Weil die Abstimmung - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - ganz konkret in der Zusammenarbeit, weiß ich nicht. Die Innenministerkonferenz muss an der Weiterentwicklung - ich sage noch mal diesen Begriff - der Sicherheitsarchitektur, der Frage: „Wie arbeiten Sicherheitsbehörden in Deutschland zusammen?“, sicherlich intensiv mitwirken, und die wesentlichen Entscheidungen müssen dort vorbereitet werden. Im Übrigen sind das ja dann zum Beispiel Gesetzgebungsmaßnahmen der Parla-

mente - des Bundestages, der Länderparlamente -, die in der Umsetzung stattfinden müssen. Die Innenministerkonferenz spielt als innenpolitisches Steuerungsgremium in Deutschland da sicherlich eine wichtige Rolle.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Welche Punkte wären da jetzt aus Ihrer Sicht nach der jetzigen Betrachtung reformbedürftig?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich glaube, dass die Leistungsfähigkeit einzelner Behörden auf den Prüfstand gehört. Ich glaube, dass die Kooperationsbeziehungen, das Kooperationsgeflecht, die Kooperationsverpflichtungen der Sicherheitsbehörden im Allgemeinen, also der unterschiedlichen Sicherheitsbehörden, auf die Tagesordnung gehören und ja auch auf der Tagesordnung stehen und dass man da zu Veränderungen und Verbesserungen kommen muss.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Kollege Kurth würde fortführen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Zeuge, kurze Frage: Lesen Sie regelmäßig Zeitung?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Dürfen Sie von³⁵ ausgehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ihr damaliges Haus hat Zeitung gelesen, hat die Presseauswertung durchgeführt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, Sie meinen das Innenministerium?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das Innenministerium.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist ja nun auch lange her. Aber ich lese trotzdem auch immer noch Zeitung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, aber damals wurde die tägliche Zeitungslage ausgewertet im Innenministerium.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Im Prinzip, ja. Es gab darüber hinausgehend eine Presseauswertung für die Landesregierung durch das Landespresseamt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Ich habe jetzt noch mal nachgeguckt. Also, der *Köln*er Stadt-Anzeiger hat am 12.06. einen Artikel veröffentlicht: „Staatsanwalt: Auch ein politisches Motiv möglich“, und darin heißt es dann vom Oberstaatsanwalt Rainer Wolf:

Entgegen der Meinung von Bundes- und Landesinnenministerium will Wolf neben einem kriminellen oder persönlichen Motiv auch einen politischen oder gar fremdenfeindlichen Hintergrund des Anschlags nicht ausschließen. Die Bombe sei wahrscheinlich nicht konkret gegen eine Zielperson, sondern „wahlos“ gegen Menschen gerichtet gewesen.

Da sind zwei Dinge drin, die Sie interessieren müssten. Das Erste: Wie wir heute erfahren haben, Ihnen wird da auch hier in diesem Artikel etwas untergeschoben, wo Sie sagen, haben Sie niemals gesagt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Er hat auch die Zeitung gelesen, der Herr Wolf.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Hätten Sie, Ihr Haus, ja dann auch entsprechend reagieren können. Aber das ist gar nicht das Entscheidende.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das haben wir.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das Entscheidende ist ja, dass der Oberstaatsanwalt auch ein politisches Motiv nicht ausgeschlossen hat. Wie haben Sie denn dazu gestanden?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, genau so habe ich das auch gesehen wie der Oberstaatsanwalt. Ich habe ihn auch vorhin schon erwähnt in meinem Eingangsstatement. Er wie auch der Leiter der Ermittlungskommission in Köln, glaube ich - Herr Oberrat Clauer war das nach meiner Erinnerung -, haben in ihren Pressekonferenzen, die ja eine nach der anderen in diesen Wochen stattfanden, immer wieder gesagt, dass sie in alle Richtungen ermitteln.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Explizit eben auch fremdenfeindlich nicht ausgeschlossen.

³⁵ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Explizit auch Fremdenfeindlichkeit. Er hat das bewusst nicht - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hat aber bei Ihnen, in Ihrer Argumentation keinen Eingang gefunden?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Sie haben das bewusst nicht ausgeschlossen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hat bei Ihnen aber keinen Eingang gefunden, diese Richtung?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wieso? Ich habe genau diese Auffassung ja auch vertreten. Es muss in alle Richtungen ermittelt werden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie sagten gerade, Sie fühlten sich gut informiert. Worauf baute sich dieses Gefühl?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Auf die Informationen, die ich tagtäglich zu diesem Vorgang bekommen habe.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Von wem?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Woher hatten Ihre Mitarbeiter die Informationen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das sind Informationen, die sich aus Arbeitszusammenhängen ergeben.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Mit wem?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, mit den nachgeordneten Behörden, mit den ermittelnden Behörden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich will Ihnen einen Vorhalt machen aus der Zeugenvernehmung vom 03.07. dieses Jahres. Der eben genannte Oberstaatsanwalt Rainer Wolf war ja hier auch Zeuge. Die Frau Kollegin Winkelmeier-Becker hat damals ihn gefragt, wie die Zusammenarbeit mit dem In-

nenministerium war. Das ist ja dann insofern auch sehr interessant, weil Ihre Gefühlslage ja sich darauf baut, was auch die ermittelnden Behörden - wie Sie gerade gesagt haben - entsprechend zuliefern. Der Herr Wolf sagte damals, er hatte keinen Kontakt zum Innenministerium. Ich zitiere aus dem Protokoll:

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Hat es jemals noch danach Kontakt gegeben zwischen Ihnen, zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Büro des Innenministers -

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): - oder sogar dem Innenminister selber?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Irgendwelchen Informationsaustausch?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Oder in der anderen Richtung irgendeine Anregung, mal in die eine oder andere Richtung zu ermitteln?

Zeuge Josef Rainer Wolf: Nein.

Wenn man das jetzt mit dem, was wir heute von Ihnen erfahren haben, vergleicht, dann ist das ja wirklich sehr ernüchternd.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das mag für Sie ernüchternd sein, wenn Sie die Zusammenhänge nicht so kennen, wie ich sie über viele Jahre und Jahrzehnte kennengelernt habe. Die Staatsanwaltschaft ist ein eigener Verwaltungs- und Behördenapparat mit eigenem Berichtswesen ins Justizministerium.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das ist mir bekannt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Und das Justizministerium würde sich verwehren dagegen, wenn ein Staatsanwalt Berichte an den Innenminister schreibt und von dort Weisungen entgegennimmt. Das würde unserer Verfassung widersprechen.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
Sie waren auch schon mal Justizminister!)

- So ist es. Deshalb weiß ich das sehr genau, wie sehr die Staatsanwaltschaft Wert auf ihre Unabhängigkeit legt - zu Recht. Die würden sich hüten, von mir Weisungen entgegenzunehmen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht würde jetzt zur Linksfraktion wechseln. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe keine Fragen mehr. Die Kollegen Stracke und Binninger haben die Fragen gestellt, die die Linke zum Thema Rechtsextremismus auch noch bewegten. Dann müssen wir das nicht wiederholen und verlängern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hätte jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Herr Wieland.

(Zuruf des Abg. Sönke Rix (SPD))

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur noch zu einem Komplex eine Frage. Es geht um die Zusammenarbeit seinerzeit, Polizei und Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen. Für beides hatten Sie ja die Zuständigkeit. Da schreibt nach unseren Akten - ganz lange Zitatstelle: MAT A NW-6/1, Anlage 0103, Tagebuchnummer 19/12 - die jetzige Leiterin, Frau Koller, die das jetzt macht - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Die damalige.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon wieder nicht? Ja, die hat immer Pech. Die Regierungen wechseln, und dann muss sie gehen. Aber das ist ein anderes Thema. Also:

Im Zuge

- schreibt sie, die damalige -

der Aufarbeitung der NSU-Terror-taten bin ich mit den Gruppen- und Referatsleitern übereingekommen, dass es unabdingbar ist, aufkommende Informationen sorgfältig und zeitnah auszuwerten und die einzelnen Arbeitsschritte lückenlos zu dokumentieren. Dies wird auch umgesetzt. Insofern entspricht der jetzt aufgefundene Vorgang Keupstraße nicht dem heutigen Qualitätsmaßstab der Abteilung. (?)

Das ist ja nun eine harsche oder eine deutliche Kritik an der Art, wie seinerzeit dokumentiert wurde und Akten geführt wurden in der Abteilung des Ministeriums. Hatten Sie denn da mal Einblick rein genommen? Haben Sie sich um die Arbeitsweise dieser Abteilung gekümmert, inwieweit da Schritte festgehalten werden, inwieweit die Akten verständlich sind, inwieweit eins auf das andere folgt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: In der Regel, Herr Abgeordneter Wieland, macht man das nicht, weil die Akten des Verfassungsschutzes nicht normale Geschäftsakten sind, sondern man bekommt von der Abteilung Verfassungsschutz Berichte vorgelegt zu bestimmten Themen, die aufgefördert oder unaufgefördert auf den Tisch des Ministers oder auch des Staatssekretärs, je nachdem, kommen. Dann werden die Akten der Abteilung sozusagen übersetzt in die übliche Behördensprache. Dass es da Kritik an der Aktenführung der Vorjahre gegeben hat, das kann ich nicht ausschließen. Ich kann es auch nicht bestätigen. Aber wenn man da einen neuen Stil sozusagen eingeführt hat und eine neue Art und Weise der Aktenprüfung, dann ist das gut, vor allem wenn es dazu dient, dass Akten auch länger erhalten bleiben und nicht vernichtet werden, wenn es sich nicht gehört.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehen wir genauso. Aber die Frage ist ja: Sie selber hatten da keinen Grund, Mängel zu rügen? Oder: Sie haben auch gar keine Mängel festgestellt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, habe ich nicht. Das ist auch nichts, was die Ebene des Ministers im Normalfall erreicht, die Art und Weise der Aktenführung der Abteilung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es im Übrigen noch Fragen an den Zeugen aus den Reihen des Ausschusses?

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
(CDU/CSU): Eine!)

- Eine. - Dann hat Herr Schuster das Wort. Bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Dr. Behrens, Sie waren, wie schon am Beginn gesagt wurde, wohlthuend ehrlich und haben gesagt, dass Sie Fehler gemacht haben etc. Deswegen möchte ich Sie jetzt mal mit einer Frage konfrontieren, die ich vielen hier hätte stellen müssen, aber da hat es bei einigen wenig Sinn gemacht.

Der Herr Binninger sagte Ihnen: ziemlich atypisch für einen Politiker. - Ich komme jetzt mit einer typischen Verhaltensweise für viele Spitzenbeamte oder -politiker, die wir hier in dem Ausschuss hatten. Einer der Sätze, die wahnsinnig oft fallen, ist: Das hat mich nicht erreicht; das habe ich nicht gesehen; darum konnte ich mich nicht kümmern; das ist nicht meine Aufgabe. Oder: Ich bin selbst überrascht, was ich heute in den Akten selber sehe.

Jetzt würde ich die Frage nicht an jeden Ressortminister stellen, aber im Innenbereich schon. Damit meine ich nicht Sie persönlich, sondern ich habe jetzt die Hoffnung, dass Sie vielleicht ehrlich für eine ganze Gruppe sprechen. Das gilt zum Beispiel auch für Regierungspräsidenten, die sich hier so geäußert haben.

Verhindert das Politikgeschäft, dass sich Innenminister oder Innenstaatssekretäre, Regierungspräsidenten in solchen Fällen noch um die Details kümmern? Denn es gibt auch in der Wirtschaft dieses wirkungsvolle Führungsprinzip: Überspringe ab und zu mal die Hierarchieebenen, gehe ganz runter auf den Shop-Floor und guck ganz selbst nach. - Ein bisschen davon hat Herr Beckstein gemacht; ich sage bewusst auch nur „bisschen“. Aber das bereitet mir extreme Bauchschmerzen, wie viele Spitzenleute sich hier im Prinzip auf die Position zurückziehen: Ja, dafür habe ich keine Zeit gehabt. - Das geht in dem Job „Minister“ nicht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Abgeordneter, das ist nicht nur eine Frage - - Natürlich ist es eine Frage der Zeit. Man muss ja mit seiner Arbeitszeit, mit seiner Lebenszeit oder der Dienstzeit, die man ein solches Amt ausübt, auch irgendwie ökonomisch umgehen. Wenn Sie - jetzt nehme ich den Geschäftsbereich des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen - für einen Geschäftsbereich von etwa 70 000³⁶ Mitarbeitern zuständig sind, dann können Sie nicht die Arbeit dieser 70 000³⁶ machen, sondern das muss arbeitsteilig organisiert sein. Dafür gibt es Geschäftsordnungen, und es ist genau geregelt,

wann was vorzulegen ist, wer was mitzuzeichnen hat usw. Das nennt man Bürokratie.

Dieser bürokratische Aufwand hat aus der Sicht der Organisation sehr gute Gründe, weil dann auch die Verantwortungen klar sind, unter anderem auch die Verantwortung der jeweiligen Arbeitsebene für das, was ihre Aufgabe ist. Die Verantwortung des Ministers ist dann noch mal eine andere, weil sie auch eine politische Verantwortung ist für das Gesamtgeschehen und für das Tun oder Nichttun auch einzelner Beamter. Natürlich, das ist gar keine Frage; das habe ich ja auch vorhin gesagt, dass ich diese Verantwortung trage und empfinde.

Aber wenn Sie - Sie erleben das ja hier auf Bundesebene nicht anders - einmal einen Tagesablauf eines Ministers sehen, vor allem auch gerade eines Innenministers: Der ist tagtäglich mit überraschenden Entwicklungen, nicht planbaren Gesprächen und Terminen konfrontiert. Sie haben eine Fülle von Außenterminen wahrzunehmen. Das Parlament ist ja nur ein kleiner Teil davon, obwohl er sehr viel Zeit frisst. Man hat ja Anwesenheitspflicht auch als Minister, und die ist anders als im Bundestag. Im Landesparlament wird die ernster genommen für die Minister und die Regierung. Das heißt, die sitzen in der Regel im Plenum oder sind im unmittelbaren Umfeld der Plenarsitzungen. Das sind mehrere Tage pro Monat. Es gibt die Ausschusssitzungen. Es gibt die Fraktionssitzungen. Es gibt die Fraktionsvorsitzungen. Es gibt die Arbeitskreissitzungen. Ein Terminplan ist von montags bis freitagabends spät angefüllt mit Außenterminen.

Ich habe Wert darauf gelegt, zwischen diesen Außenterminen, die ich verpflichtend wahrnehmen musste, viel Zeit im Hause zu haben, im Ministerium, um Gespräche mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu führen, und - ich sage es hier auch ganz frank und freimütig - ich habe nicht in erster Linie meine Aufgabe darin gesehen, der Presse Rede und Antwort zu stehen oder selber für Schlagzeilen zu sorgen. Ich sage auch ganz bewusst hier: Ich unterscheide mich da auch von Innenministern meiner Zeit, aus der Zeit, wo ich meine Kollegen - einige haben Sie hier erwähnt - in der Innenministerkonferenz kennengelernt habe. Die konnten ja in jedes Mikrofon reinbeißen, wenn sie es sahen. Ich habe das nicht als meine Aufgabe angesehen. Ich war immer etwas zurückhaltender. Das kann man für

³⁶ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

falsch halten im politischen Geschäft. Ich habe es für richtig gehalten, weil ich andere Dinge für wichtiger gehalten habe.

Ich glaube - da habe ich ein relativ ruhiges Gewissen -, dass ich im Rahmen meiner Möglichkeiten mir die Zeit genommen habe, um Gespräche zu führen mit meinen eigenen Leuten beispielsweise, zu motivieren, aufzuklären, Informationen zu transportieren, entgegenzunehmen, und dass mir das viel wichtiger war als der Aktenlauf, der auch wichtig war. Und ich bin ein Aktenfresser. Ich habe Akten en masse und en gros im Akkord bearbeitet, behaupte ich, weil ich es auch gelernt hatte von meiner Ausbildung her. Dennoch war mir das Dienstgeschäft wichtig, mit den Mitarbeitern Gespräche zu führen. Ich habe schon das Gefühl gehabt, dass wir die Dinge immer sehr ernsthaft abgewogen haben - in diesem Fall, den wir hier diskutieren, wie in vielen anderen Fällen auch - und dass man sich da Mühe macht und Mühe gibt.

Aber wir alle sind Menschen, und wir alle können Fehler machen. Wir können auch Dinge übersehen. Ich habe gesagt, auch ich betrachte es als meinen Fehler, übersehen zu haben, dass man hier möglicherweise schärfer hätte zupacken müssen, was Rechtsextremismus betrifft. Das ist ein Fehler gewesen, mein Fehler, ³⁷der Fehler anderer Leute. Es ist leider so eine Verknüpfung von Fehlern vieler Menschen, eine fatale Verknüpfung von Fehlern vieler Menschen in Deutschland. Das hat zu diesem tragischen Ergebnis geführt, das wir hier alle beklagen.

Ich sehe es als eine politische Aufgabe an, Ihre Aufgabe - aber Sie leisten ja auch nur Vorarbeit und Beiträge für die weitere politische Diskussion -, Hinweise zu geben, was man ändern muss, damit das alles nicht mehr passiert oder aber - niemand wird sagen können, das kann nicht mehr passieren - damit die Gefahr minimiert wird. Wir sind nach wie vor in Deutschland, überall in der Welt mit terroristischen Gewaltherausforderungen konfrontiert, und die Herausforderungen sind nicht geringer geworden, auch nicht die durch anderen Terrorismus nicht rechtsextremistischer Art. Die Frage ist: Was kann man tun, um hier Sicherheit für die Menschen in Deutschland zu organisieren? - Das ist die Aufgabe der Politik. Daran habe ich viele Jahre, ungefähr 35 Jahre, mitgewirkt und habe das Beste gegeben, was ich beitragen konnte. Das war nicht ganz schlecht, aber es war auch nicht fehlerfrei. Meine heu-

tige Aussage hier im Ausschuss soll ein kleiner Beitrag dazu sein. Wenn ich dazu nicht mehr beitragen kann als das, was ich hier jetzt eingebracht habe, dann tut mir das leid. Es umfasst meinen Übersichtskreis sozusagen und meine ehemalige Verantwortung. Aber da bin ich nun raus, und ich kann Ihnen das nur sozusagen widerspiegeln, was ich möglicherweise an Ansatzpunkten für Veränderungen sehe. - Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es weitere Fragen an den Zeugen?

(Zurufe: Nein!)

Ich hätte eine letzte, ohne Ihr Erinnerungsvermögen zu sehr strapazieren zu wollen, Herr Behrens. Aber wenn Sie noch mal zurückdenken an den Anschlag Keupstraße, wo Sie selber ganz zu Beginn unseres Gespräches hier ja gesagt haben, das habe eine herausragende Dimension gehabt. Das findet sich ja auch in den Akten. Das hat sogar international zu Nachfragen geführt. Es ist aus meiner Sicht eigentlich schlechterdings unvorstellbar, dass Sie keine Presseanfragen bekommen haben sollen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das ist sicherlich so nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aha. Können Sie sich denn daran erinnern, dass Sie um Statements gebeten worden sind?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, das weiß ich jetzt nicht mehr. Aber das ist ganz sicher so, dass das im Ministerium in der Presseabteilung aufläuft und dass gefragt wird: „Was sagt ihr dazu?“, und dann sagt das Ministerium: Wir verweisen jetzt auf die Pressekonferenz des PP Köln beispielsweise am Soundsovielten um soundsoviel Uhr. - Und das ist in den ganzen Wochen so gelaufen, dass man auf Köln verwiesen hat und dass das in Köln so abgearbeitet worden ist, kann man sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie haben erklärt, Sie äußern sich selber nicht?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das habe ich an dem 9.6. ³⁸ erklärt für diesen Zeitpunkt und für den nächsten Tag und möglicherweise auch für den Zeitraum, wo ich nicht im Dienst war.

³⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

³⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

Das kann sein, dass das für diese Zeit von mir gesagt worden ist, aber nicht grundsätzlich, ich würde mich dazu nicht äußern. Das habe ich nicht gesagt.

Herrn Dr. Förster nach kurzer Unterbrechung.

(Unterbrechung von
16.35 bis 16.43 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich denn erinnern, dass Sie sich gegenüber Medien geäußert haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, daran habe ich jetzt keine konkrete Erinnerung, dass ich in diesem Fall eine Pressekonferenz oder irgendein Interview gegeben hätte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie werden ja irgendwann mit Ihrem Umzug fertig gewesen sein.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Natürlich, spätestens an dem Dienstag.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Dann werden Sie durch das Land gereist sein.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da sind in der Regel ja auch Landes- oder Regionaljournalisten. Dann wird doch nach einem Anschlag mit 22 verletzten Personen in Köln irgendjemand Sie gefragt haben: Herr Minister, was sagen Sie denn dazu?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ganz sicher. Ich habe dann die Informationen weitergegeben, die ich aus Köln hatte. Da das keinen Neuigkeitswert hatte, hat es offenbar nicht zu einer Berichterstattung geführt. Ich erinnere mich jedenfalls nicht an eine Berichterstattung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der Zeugenbefragung angekommen.

Herr Dr. Behrens, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Wie gesagt, das vorläufige Stenografische Protokoll geht Ihnen zu. Sie haben dann eine Zeitspanne von zwei Wochen, innerhalb der Sie dann Änderungen und Ergänzungswünsche geltend machen können.

Ich wünsche Ihnen - ich habe gehört, Sie fliegen, verlassen Berlin - eine gute Abreise.

Wir setzen dann die Beweisaufnahme gleich fort mit der Befragung von

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Hans-Jürgen Förster**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung und die Beweisaufnahme fort. Ich begrüße als Zeugen Herrn Bundesanwalt Dr. Hans-Jürgen Förster.

Herr Förster, ich habe Sie darauf aufmerksam zu machen, dass von der Verwaltung des Bundestages eine Tonbandaufnahme der Sitzung erstellt wird, die allerdings ausschließlich den Zweck hat, die Anfertigung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, dann wird die Aufnahme gelöscht.

Das vorläufige Protokoll wird Ihnen übermittelt. Sie haben dann, sofern Sie davon Gebrauch machen möchten, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie für die heutige Sitzung ordnungsgemäß als Zeuge geladen worden sind - die Ladung haben Sie am 7. November 2012 erhalten -, und bezüglich Ihres heutigen Erscheinens als Zeuge liegt eine Aussagegenehmigung vom 20. November 2012 vor, die der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof erstellt hat.

Herr Dr. Förster, vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straf-

tat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie Fragen zu dem, was ich gerade vorgetragen habe?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie, Herr Dr. Förster, zunächst bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alters-, Berufsangabe und der Mitteilung vorzustellen, ob die für Ihre Ladung verwendete Adresse nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich heiße Hans-Jürgen Förster, bin 64 Jahre alt, Bundesanwalt, und die Adresse ist richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Förster, wenn Sie wünschen, haben Sie die Möglichkeit nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes, sich vor Ihrer Vernehmung zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich hatte Sie so verstanden, dass Sie es bevorzugen würden, direkt in die Befragung einzusteigen. Dann beginnen wir damit.

Herr Dr. Förster, Sie sind natürlich für uns hier im Ausschuss naheliegenderweise deshalb interessant, weil Sie zum einen über langjährige Erfahrung verfügen aus dem Bereich Verfassungsschutz, weil Sie stellvertretender Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium waren und weil Sie jetzt im Frühherbst dieses Jahres in das Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit und auch unserer Aufmerksamkeit gelangt sind aufgrund einer Erinnerung, die Sie dargelegt haben bezüglich der V-Mann-Eigenschaft eines Mitbeschuldigten im anstehenden Verfahren in Sachen NSU. Vielleicht können Sie ganz kurz uns Ihre berufsbiografischen Stationen darstellen, auch mit den Zeiträumen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich mache das gerne, und das passt auch gut zu der konkreten Frage, die Sie gestellt haben.

Ich bin gelernter Staatsanwalt, war von 1977 bis 1983 bei der Staatsanwaltschaft Lübeck mit allen möglichen Zuständigkeiten in der kurzen Zeit, unter anderem national-sozialistische Gewaltverbrechen und ein Sonderdezernat „Hafenkriminalität“, hieß das. Da ging es um Raub, um schwere Körperverletzung und Prostitutionsdelikte. Dazu kam die internationale Rechtshilfe und als Schwerpunkt Strafsachen von politischer Bedeutung.

Ich war dann für ein Jahr abgeordnet zum Generalstaatsanwalt nach Schleswig und bin dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Generalbundesanwalt nach Karlsruhe gegangen, was ich gemacht habe von 1983 bis 1988. Dann wurde ich dort Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof, war immer zuständig dort für Spionagedelikte und zudem auch der Pressesprecher.

Ich bin dann bis 1994 bei der Bundesanwaltschaft gewesen und bin im Juni 94 für ein Jahr nach Brandenburg gegangen, abgeordnet zum Brandenburger Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, der zu der Zeit der Vorsitzende der Innenministerkonferenz war - da ging es also insbesondere um die Eigenschaft des Pressesprechers; ich war dann auch sein Büroleiter -, und bin ein³⁹ Jahr wieder zurückgegangen nach Karlsruhe zur Bundesanwaltschaft, habe Revisionen gemacht beim 4. Strafsenat und wurde dann gefragt, endgültig nach Brandenburg zurückzukommen als Verfassungsschutzchef. Das habe ich gemacht für zwei Jahre, von November 1996 bis November 1998, wobei das eigentlich für länger geplant war und so einen rechten Sinn eigentlich auch für zwei Jahre nicht macht. Dann kam aber Personalwechsel in Brandenburg dazwischen, und ich wurde gebeten, Polizeiabteilungsleiter in Brandenburg zu werden. Das habe ich dann auch zwei Jahre gemacht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie ganz kurz - ich unterbreche Sie ungern - erläutern, was der Hintergrund war, dass Sie nach zwei Jahren diese Aufgabe als Präsident nicht weiter ausgeübt haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass der Polizeiabteilungsleiter nach Mecklenburg wechselte, und aus Sicht sowohl des Innen-

ministers als auch des Ministerpräsidenten wurde ich gebeten, zu wechseln. Das war nicht unbedingt meine erste Präferenz. Aber ich habe das dann halt gemacht, weil ich glaubte, mit dem, was ein Staatsanwalt kann, man auch Polizeiabteilungsleiter sein konnte.

Aber was mich weglockt hat - um die Frage mehr zu beantworten, was mich weglockt hatte aus Karlsruhe zu dieser Position als Verfassungsschutzchef -, das war halt diese besondere historische Situation, in der es seinerzeit auch sehr darum ging, zumal in Ostdeutschland, den Unterschied zwischen einem freiheitlichen Verfassungsschutz im Vergleich zum MfS nach außen darzutun. Auch das passte sehr gut mit einer gewissen Medienkompetenz; denn das war sehr stark auch Öffentlichkeitsarbeit, dafür Interesse zu finden.

Also dann zwei Jahre Polizeiabteilungsleiter, und dann wurde ich von Bundesminister Schily gefragt, ins Bundesinnenministerium zu wechseln. Das habe ich dann gemacht und war dort von Juni 2000 bis März 2008 der ständige Vertreter des Abteilungsleiters Innere Sicherheit, und Innere Sicherheit ist gewesen die Aufsicht über den Verfassungsschutz. Ich habe auch in dem Zusammenhang die G-10-Sachen vertreten, habe dann gewechselt in die Polizeiabteilung als Unterabteilungsleiter. Dort gab es damals zwei Unterabteilungen. Die Abteilung Innere Sicherheit war einzügig. Deswegen ist man da ständiger Vertreter und in den mehrzügigen Unterabteilungsleiter. Das habe ich gemacht von April 2006 bis November 2007.

Dann schloss sich noch an eine Zeit als ständiger Vertreter des Abteilungsleiters Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz, und dann bin ich im Mai 2008 zurückgegangen zur Bundesanwaltschaft, mache dort wieder Spionagestrafsachen, insbesondere Proliferationsdelikte. Proliferation ist das Bestreben der - in Anführungszeichen - Schurkenstaaten nach ABC-Waffen und Trägersystemen. Das passt sehr gut mit Spionage zusammen, weil die Art und Weise der Beschaffung überwiegend mit den Methoden der Spionage stattfindet. Und das mache ich bis heute.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr Dr. Förster, ich bin sicher, der Ausschuss hat ganz, ganz viele Fragen zu auch ganz unterschiedlichen Aspekten des Untersuchungsauftrages an Sie. Ich würde Sie ganz gerne bitten, zu dem Punkt, den ich

³⁹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

bereits tangiert habe, uns hier einmal die Abläufe zu schildern. Wir sind im September unterrichtet worden, dass Sie eine dienstliche Erklärung abgegeben haben in Ihrer Behörde, bei der Generalbundesanwaltschaft, bezüglich eines Vorganges, der Ihnen erinnertlich gewesen sein soll aus Ihrer Zeit als stellvertretender Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium. Können Sie uns mal den Sachverhalt aus Ihrer Sicht darstellen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Gerne, und vielleicht darf ich dann auch anknüpfen an die Zeit als stellvertretender Abteilungsleiter IS, weil der Ausgangspunkt dafür, für diese Erinnerung⁴⁰ ist das NPD-Verbotsverfahren, was betrieben wurde von zwei Abteilungen im Bundesinnenministerium, der Abteilung V, Verfassungsrecht, und meiner, IS, Innere Sicherheit.

Dieses NPD-Verbotsverfahren wurde sehr schnell überlagert von der Problematik der V-Leute. Dass diese Überlagerung so dominant geworden ist, war eigentlich nicht unbedingt vorhersehbar, weil sich eigentlich alle einig waren - insbesondere auch bei einer Innenministerkonferenz vor den Verbotsanträgen bestand Einvernehmen -, dass dieser V-Mann-Problematik besonderes Gewicht zukommt.

Die Anträge wurden dann für alle drei Antragsteller geschrieben, sehr mit Unterstützung aus dem Innenministerium, in engem Kontakt mit den jeweiligen Prozessvertretern und - für die Menschen, mit denen ich das sehr eng zusammen gemacht habe, kann ich das sagen - mit Herzblut, was eine innere Beziehung zu diesem Verbotswillen dargestellt hat.

Der Antrag der Bundesregierung ging am 30. Januar 2001 beim Verfassungsgericht ein, die beiden anderen Anträge - Bundestag und Bundesrat - Ende März.

Dann war es so, dass zu einem Termin Anfang 2002 vom Bundesverfassungsgericht, ich glaube, 14⁴⁰ sogenannte Auskunftspersonen geladen wurden. Bei diesen Personen war einer, der problematisierte seine eigene Aussagegenehmigung, also ein sogenannter V-Mann. Dann ergaben sich fast unendlich viele V-Mann-Problematiken, und es wurde zum Problem einmal die absolute Zahl der V-Leute in den verschiedenen Vorständen der NPD, aber auch, ob und gegebenenfalls welche Aussagen, auf die sich die Anträge, die drei Anträge, stützten, auf V-Leute zurückzuführen waren - das

Ganze unter dem Obersatz: Die zu verbietende Partei bzw. die Partei, deren Verfassungswidrigkeit festzustellen war, was ja das Verbot dann rechtlich nach sich zieht, darf nicht vom Staat in gewisser Weise gesteuert sein.

Es gab unendlich viele Kontakte mit den Nachrichtendiensten von Bund und Ländern, und das führt jetzt zu der Frage. - Ich bitte, die etwas längliche Einleitung nachzusehen; aber sie ist sozusagen auch die Basis dieser Erinnerung, die ja sehr lange zurückliegt.

Es wurden dann also auch Papiere erstellt natürlich über die Vielzahl der V-Leute, welche Funktionen sie hatten, in welchen Landesverbänden, welche im Bundesvorstand. In dem Zusammenhang kann ich mich erinnern an ein Papier, von dem ich meine, das es eher nicht DIN-A4, sondern eine Nummer größer gewesen ist, in dem angegeben sind in waagerechten Kolonnen verschiedene Jahre und Daten. In diese waagerechten Datenkolonnen sind eingetragen in Form von waagerechten Strichen eine gewisse Anzahl von V-Leuten - ich glaube, sogar in farbigen Strichen; ich denke, mich zu erinnern, in farbigen Strichen -, und die Namen dieser V-Leute waren entweder am rechten oder am linken Rand dieser Striche verzeichnet.

Was ist der Sinn von diesem Papier gewesen? Durch diese Einteilung, waagerecht und senkrecht, konnte man sehen, inwiefern Überschneidungen von V-Leuten stattfanden, weil die waagerechten Striche markierten einen Beginn der V-Mann-Tätigkeit und das Ende, was die Verfassungsschützer „abschalten“ nennen. In dem Moment, wo sich farbige - glaube ich jedenfalls, farbige - Striche überschneiden, konnte man sagen, dass mehr als ein V-Mann in der NPD dann gewesen ist. Ein solches Papier glaube ich im BMI gesehen zu haben im Zuge einer Besprechung, und ich denke, dass es kein im BMI selbst erstelltes Papier gewesen ist.

Jetzt komme ich zu - nicht, wie Sie gesagt haben, Ralf Wohlleben, sondern zu Wohlleben; denn es war so:

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe gar keinen Namen genannt, wenn ich mich recht erinnere.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Doch, ganz zu Anfang. Deswegen habe ich mir das gemerkt.

⁴⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Entschuldigung, falls ich mich irre; vorsorglich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ende November 2011 wurde Ralf Wohlleben festgenommen bzw. verhaftet, und es gab eine Pressemitteilung des Generalbundesanwalts über diesen Umstand, in der er Ralf W. genannt wurde. Es dauerte nicht lange, dass sich in den Medien der gesamte Name, Ralf Wohlleben, fand. In dem Augenblick kam meine Erinnerung an dieses Papier, was ich aus dem NPD-Verfahren gewusst hatte, wieder zu mir, und zwar weil ich mich an zwei Namen, an zwei Nachnamen aus diesem Papier neben diesen farbigen waagerechten Strichen erinnere. Der eine ist Wohlleben, und der andere - - Ich denke, ich sollte den Namen hier nicht sagen. Ich hoffe, dass jeder den Namen kennt, weil er ist Teil des Beweises. Zum Teil ist er - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Die Eingeweihten jedenfalls!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dem Ausschuss ist der Name bekannt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay. - Also, diese beiden Namen waren ein Teil der Namen neben den farbigen Strichen im NPD-Verfahren, und jetzt taucht einer davon auf mit dem vollen Namen Ralf Wohlleben, und in dem Moment ist mir ebendieses - - Man scheut sich ja irgendwie, von lächerlicher Ähnlichkeit zu sprechen; also, schon bei dem Ekelfaktor NPD nicht und in Anbetracht von NSU erst recht nicht. Ich habe dann in meinem Aufschrieb das als „Kuriosum“⁴¹ bezeichnet. Ich glaube, das ist vielleicht eine Idee. Aber ich kann mich wirklich erinnern, dass dieser Umstand im NPD-Verfahren, Wohlleben und der andere, dass das belächelt wurde, weil das haben mehrere gesehen. Ich weiß ja, dass sich jetzt keiner daran erinnert hat. Aber ich weiß halt auch, wie es mir gegangen ist. Es wurde beschmuzzelt, diese Übereinstimmung.

Jetzt zurück zu der Geschichte Ende November. Also, aus Ralf W. wurde Wohlleben, und diese Erinnerung kam in mir hoch. Dann habe ich mich geprüft, ob diese Erinnerung

auch stimmt, aber auch unter juristischen Gesichtspunkten mich geprüft, weil die Preisgabe dieser Erinnerung ja eine Straftat sein könnte. V-Leute sind genuin geheimzuhalten, und die Weitergabe dieser Erinnerung - ich sage gleich, warum ich das Bedürfnis hatte, das weiterzugeben bei der Bundesanwaltschaft - könnte den Straftatbestand des § 353 b StGB erfüllen. Habe ich das für mich selber geprüft. Dazu muss man nämlich ein Geheimnis unbefugt weitergeben und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährden.

Ich habe geglaubt, dass das straflos ist, und glaube das auch heute, aus zwei Gründen: Erstens gebe ich ein Geheimnis - V-Leute sind ein Geheimnis, auch wenn sie es vielleicht gar nicht mehr sind; sind weiterhin ein Geheimnis - - Erstens gebe ich das nicht unbefugt weiter, wenn ich das bei der Bundesanwaltschaft, einer anderen Sicherheitsbehörde, als die⁴², aus der ich dieses ursprüngliche Wissen habe, berichte.

Zweitens - und das ist der Kern - gefährde ich damit keine öffentlichen Interessen, sondern meine Intention war, bei meiner Bundesanwaltschaft zu vermeiden den gleichen Effekt, der eingetreten wäre, wenn nämlich, wenn es denn so wäre, dass der von mir erinnerte Wohlleben identisch wäre mit dem Ralf Wohlleben - - dass da genau der gleiche Effekt eingetreten wäre wie beim Verfassungsgericht - als einer von diesen 14 Auskunftspersonen, er⁴² war dummerweise auch noch fast der Wichtigste; der stand zu 90 Prozent für den Antisemitismus - mit dieser Problematik: Oh, ich habe aber auch eine Aussagegenehmigung. - Das wollte ich meiner Behörde ersparen; so meine Bewusstseinslage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie haben lange darüber nachgedacht, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, natürlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - ob Sie die Erklärung machen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe dreimal nachgedacht, erstens ob meine Erinnerung richtig ist. Wohlgemerkt, an zwei Namen, Nachnamen. Mann, Frau, weiß man alles gar nicht, alt, jung.

⁴¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

⁴² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt muss ich mal kurz fragen, Herr Dr. Förster: Sie sagen auch heute noch - Sie waren ja zwischenzeitlich auch im BMI, haben dort die Möglichkeit, Akten - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, klar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sagen Sie heute noch, Sie glauben, sich daran erinnern zu können - das ist noch Stand von heute -, diese beiden Namen gesehen zu haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Absolut, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Absolut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich führe das aus, wenn ich darf, wie die Geschichte weiterging, weil der Anfang ist auch nicht unwichtig. Leider hat der in den Medien ja keine Rolle gespielt, sondern eher die Frage aufgeworfen: Warum erinnert der sich gerade jetzt an so was?

Also, ich habe das dreimal geprüft, erstens ob die Erinnerung stimmt, zweitens die Strafbarkeit und drittens die Frage: Ist das eigentlich sinnvoll, das der Bundesanwaltschaft - das war eigentlich die schwierigste Frage - zu offenbaren, dass deren Beschuldiger, jetzige Angeschuldigte⁴³ Ralf Wohlleben wegen des Nachnamens möglicherweise die Hälfte meiner Erinnerung, Soundso und Wohlleben, sein kann? - Deswegen habe ich vorhin gesagt, nichts mit V-Mann Wohlleben, sondern - - nichts mit V-Mann Ralf Wohlleben. Das habe ich nie gesagt. Nur wirklich diese beiden Nachnamen. Ich fühlte mich halt aufgerufen, in diesem gesamten Kontext, der ja nun sowieso nicht gerade von besonderer Vorausschau gezeichnet war, so was nun auch noch zu vermeiden.

Wie habe ich das gemacht? Ich bin praktisch mit der Geschichte, die ich jetzt erzähle, zu meinem Abteilungsleiter gegangen, der für die Spionagedelikte Abteilungsleiter ist. Der ist nicht nur mein Abteilungsleiter und ich sein Stellvertreter, sondern früher war es umgekehrt. Da war ich der Pressesprecher, und er war mein Stellvertreter, und da ist aus Arbeit, wie es bisweilen stattfindet, Freundschaft geworden. Dem habe ich sozusagen

offenbart, a) meine Erinnerung, b)⁴⁴ die Frage - prüfe bitte mit -: Mache ich mich damit strafbar? Wenn du sagst, ja, dann vergisst du das alles. Und c)⁴⁴: Ist es sinnvoll, dass ich das der Bundesanwaltschaft erzähle?

Wie das immer ist bei so einigermaßen hochrangigen Juristen, die Lösung im Tatsächlichen kommt dann. Da hat er gesagt: Ich erzähle das. Ich erzähle das, was du mir jetzt erzählt hast, dem Abteilungsleiter Terrorismus, weil da gehört es nämlich hin, weil der betreibt ja das NSU-Verfahren.

Das hat er dann auch gemacht. Dass er das gemacht hat, ergibt sich aus dem Umstand, dass wenige Tage später mich der zuständige Bundesanwalt für das NSU-Verfahren, nämlich der⁴⁵ Dr. Diemer, angesprochen hat. Der sprach mich an auf diese Erinnerung. Das ist der Beweis dafür, dass vom Abteilungsleiter diese Erinnerung ihm weitergegeben worden ist, und zwar - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann war das? Wann sind Sie angesprochen worden von Herrn Diemer?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, das war Ende November, das Erste. Im Dezember jedenfalls, im Dezember.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also noch im Jahre 2011?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, im Dezember, und zwar mit dem Bemerkten - wir haben sonst keine Berührung; wir haben uns mehr zufällig getroffen, irgendwo auf dem Flur -: „Deine Zeugenvernehmung wird sich nicht vermeiden lassen“, oder: „ist unumgänglich“, so in dem Sinne. Und zwar war für mich deutlich der Hintergrund: Du hast dich aber möglicherweise strafbar gemacht, Herr Kollege. - Das war der Hintergrund für diese Aussage, für diesen Text, den ich deswegen auch in Erinnerung habe: „Wir werden wohl nicht drum herumkommen, dich zu vernehmen“, oder: „Du musst dich auf eine Vernehmung einstellen.“

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Herr Diemer hat Sie gar nicht auf W. angesprochen, sondern darauf, dass Sie sich möglicherweise strafbar gemacht haben?

⁴³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

⁴⁴ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

⁴⁵ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, aber wegen der Weitergabe der W.-Geschichte -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, klar. Aber ich meine - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - und der anderen Geschichte, weil das ist immerhin ... (akustisch unverständlich).

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat er Sie denn gefragt: „Wie war das denn damals im BMI?“, oder hat das keine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe das bei der Gelegenheit dann noch mal kurz skizziert, warum meine Erinnerung an dieses Papier, alles noch Ende letztes Jahres.

Dann kamen die ersten Presseberichte: Ralf Wohlleben war NPD-Funktionär. - Da habe ich mir gedacht: Da hast du das vielleicht richtig gemacht, dass du Wohlleben - wohl gemerkt, nie Ralf Wohlleben -, mal jedenfalls diese Sache Wohlleben weitergegeben hast.

Dann war es so: Solche mündlichen Weitergaben, die tragen ja immer den Stille-Post-Effekt irgendwie in sich, also ich zu meinem Abteilungsleiter, der zum Abteilungsleiter Terrorismus, der zu Diemer. Und dann habe ich den eigentlichen Sachbearbeiter getroffen, auch noch Ende letzten Jahres, den Staatsanwalt beim Bundesgerichtshof Weingarten. Dem habe ich meine komplette Erinnerung auch noch mal berichtet, weil ich gedacht hatte: Jetzt ist sozusagen von oben der Sachverhalt angekommen und dann auch noch mal vergleichsweise von unten, damit wirklich diese beiden Nachnamen - - und immer unter Hinweis: ein Wohlleben; kann auch eine sein, alt, jung - weiß man nicht -, nur Nachname Wohlleben und - na, Sie wissen schon - der andere Name.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt also, Herr Diemer als Ihr zuständiger Kollege hat Sie gar nicht aufgefordert: „Lieber Kollege Förster, schreiben Sie doch mal auf, wie es sich - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat er nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat er Sie eingeladen zu einer Befragung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Sie sind selber fortlaufend proaktiv geblieben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie selber haben sozusagen versucht, Ihre Botschaft unter die Kollegenschaft zu bringen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So ist es. Und habe das dann bei einem weiteren Treffen noch mal gemacht, Mitte des Jahres. Da haben wir uns wieder getroffen, Diemer und ich. Weil eben sonst nicht viel Berührungspunkte sind, gab es noch mal genau den gleichen Dialog, dass ich gesagt habe: Ist denn noch mit meiner Vernehmung zu rechnen? - Da kam wieder diese Antwort: Du musst dich darauf einstellen; lässt sich vielleicht nicht vermeiden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann war das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Mitte dieses Jahres.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mitte dieses Jahres. Und da ging es auch um Ihre - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Oder nein, noch eher. Ich denke mal, so im -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frühjahr?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - Frühjahr, Frühsommer, weil - - Jetzt kommt die dritte Begegnung, genau mit diesem Inhalt. Die findet statt am 19.07. dieses Jahres. Da stand nämlich um die Zeit davor in der Zei-

tung, nunmehr sei mit der Anklageerhebung in Sachen NSU zu rechnen. Das war für mich der Anlass, nun noch mal fragen: „Werde ich eigentlich noch vernommen“ -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wen haben Sie gefragt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - den Dr. Diemer -, „werde ich eigentlich noch vernommen?“ Und der war sehr angestrengt bei dieser Begegnung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was heißt das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann man - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: War ihm unangenehm oder - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube, angestrengt - - sollte so bleiben. Der hat unendlich viel zu tun. Da ist ja auch ein sehr emotional angreifendes - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ist schon richtig. Aber ich meine: Wenn man beauftragt ist unter anderem mit der Vorbereitung einer Klage gegen Herrn Wohlleben und dann hat man einen Kollegen in der Bundesanwaltschaft, der meint, sich erinnern zu können, den Namen Wohlleben auf einer Liste von V-Leuten gesehen zu haben, da müsste doch eigentlich der ermittelnde Kollege großes Interesse daran haben, den Sachverhalt aufzuklären und sich nicht angestrengt zu zeigen, wenn er wiederholt von Ihnen mit der Frage konfrontiert wird: Was macht ihr jetzt eigentlich mit meiner Information? - Oder habe ich da eine völlig naive Weltsicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Vielleicht darf ich vorlesen, weil das auch wirklich nur ganz kurz ist. Meine schon angesprochene dienstliche Erklärung ist ja in Wirklichkeit ein Vermerk. Dieser Vermerk hat drei Absätze. Der zweite Absatz, der mittlere, ist weitergegeben worden über das BMJ an das BMI. Das hat mich nicht unbedingt gefreut, dass der erste Absatz weggeblieben ist und der zweite - - Weil erstens hat das einen Grund gehabt, dass ich drei Absätze geschrieben habe und nicht einen,

(Heiterkeit)

nämlich: Es gab dann bei dieser dritten Begegnung zu dem Thema, 19.07., die Aufforderung des Kollegen: Dann schreib doch dein Wissen auf. - Was der Hintergrund war für das Aufschreiben, das kann ich Ihnen gerade vorlesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger kurz.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe nur eine Bitte, weil wir das Innenleben des Generalbundesanwaltes, also der Behörde, nicht so gut kennen, dass Sie vielleicht wirklich immer den Namen sagen, also nicht sagen: „mit dem Kollegen“. Ich weiß dann nie: Meinen Sie Dr. Diemer, meinen Sie den Herrn Weingarten? - Sie kennen die Leute.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich werde das beherzigen, versuchen jedenfalls.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau. Danke.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber vielleicht darf ich ganz kurz diesen ersten Absatz vorlesen, aus dem sich ebendieser Dialog ergibt:

Bei einem Zusammentreffen mit dem Kollegen Dr. Diemer heute

- also 17.09. dieses Jahres -

hatte ich nachgefragt, ob ich noch mit meiner Vernehmung als Zeuge im oben genannten Verfahren zu rechnen hätte.

- Nämlich Ermittlungsverfahren gegen Wohlleben. -

Hintergrund meiner Frage war, dass Dr. Diemer als Ermittlungsführer im NSU-Komplex mir vor geraumer Zeit eine solche Vernehmung in Aussicht gestellt hatte, und zwar vor dem Hintergrund meiner Bekundung über eine mögliche V-Mann-Eigenschaft eines Wohlleben nach Bekanntwerden der Verhaftung des Ralf Wohlleben. Dr. Diemer beantwortete meine eingangs wiedergegebene Frage dahin, dass meine Bekundung im Ermittlungsverfahren aufgenommen worden sei und der frühere Leiter des LfV Thüringen, Roewer, in eigener Vernehmung

eine V-Person Wohlleben ausgeschlossen habe, worauf ich entgegnete, dass ich nicht sagen könnte, dass ein Wohlleben V-Person gerade jenes LfV gewesen sei. Dr. Diemer bat mich dann, ich möge mein Wissen aufschreiben, was nachfolgend geschieht. (?)

Dann habe ich das aufgeschrieben. Vielleicht darf ich den kürzeren dritten Absatz auch noch - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Sie dürfen. Nehmen Sie sich alle Zeit, die Sie brauchen. Aber es ist interessant, dass Herrn Roewer so viel Glauben geschenkt wird, mal abgesehen von der Frage, ob es einen V-Mann gab mit dem Namen Wohlleben, ob das ein V-Mann des LfV Thüringen war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber eine Aussage von Herrn Roewer, sozusagen die als gleichgewichtig zu betrachten, das ist schon bemerkenswert; muss ich mal so sagen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Vielleicht der letzte Absatz, und dann ist auch Schluss. Der arbeitet sozusagen meine Befindlichkeit zu der Geheimhaltung ab. Da habe ich geschrieben:

Die Klarnamen von (auch ehemaligen) V-Personen unterliegen der Geheimhaltung. Wegen möglicher Relevanz, zumindest für das GBA-Ermittlungsverfahren gegen Ralf Wohlleben, und der herausragenden Bedeutung der strafrechtlichen Aufklärung der NSU-Verbrechen überhaupt hielt ich es für angezeigt, den oben im zweiten Absatz

- den Sie kennen -

wiedergegebenen Sachverhalt bei der Bundesanwaltschaft dienstlich bekannt zu machen. Dabei hatte ich die zusätzliche Nennung des Namens ...

- den Sie kennen -

ebenfalls abgewogen und dies aus Plausibilitätsgründen für meine schließlich länger zurückliegende und zumal eher einen Detailumstand betreffende Erinnerung für unverzichtbar gehalten. (?)

Das ist jetzt die ganze Erklärung. Diese Erklärung beweist die Weisheit: Was nicht in den Akten steht, ist nicht in der Welt. Quod non est in litteris, non est in mundo. - Daraufhin begannen dann Aktivitäten.

(Zuruf: Das hätte von Herrn Wieland sein können! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei mir heißt es „in actis“!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Förster, haben Sie irgendein - - Wie erklären Sie sich denn das offenkundig nicht besonders ausgeprägte Interesse Ihres Kollegen Diemer, Ihren doch möglicherweise gravierenden Hinweis zu dokumentieren?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke, dass es wichtigere Ermittlungsansätze gab als dieses. Das ist ja für die Aufklärung der Tat, für die Aufklärung dieser Taten nicht evident ins Auge fallend, nur wenn man ganz Böses hinter einem V-Mann Wohlleben mutmaßen würde. Deswegen habe ich mich auch so schwer getan mit der Frage: Muss - Schrägstrich -, darf ich das überhaupt erzählen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich meine, nun haben wir seit Januar 2012 einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss hier im Bundestag, unter anderem. Dieser Ausschuss, in dem Sie sich gerade als Zeuge befinden, hat ja unter anderem die Aufgabe, die Frage zu klären, welche staatlichen Stellen zu welchem Zeitpunkt Informationen hatten bezüglich des Terrortrios und dessen Umfeld. Nun ist Ralf Wohlleben, wobei wir natürlich nicht wissen: Ist das deckungsgleich mit dem Wohlleben, an - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie erinnern sich ja nur an den Familiennamen, nicht an Vornamen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Es gab auch keine weiteren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gab auch keine Vornamen. Es gab nur Nachnamen in Ihrer Erinnerung. Das ist natürlich eine relevante Information. Ich gehe doch mal davon aus, dass auch die Generalbundesanwaltschaft, Herr Christeleit, in jeder

Weise auch darum bemüht ist, diesem Ausschuss zu helfen. Oder nicht? - Dann müssen wir Herrn Diemer noch mal dazu als Zeugen befragen, falls es nötig sein sollte.

Jedenfalls, Herr Dr. Förster, habe ich Sie richtig interpretiert, wenn ich sage, Sie mussten sich förmlich aufdrängen, dass Ihr Hinweis auch dokumentiert werden konnte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das will ich nicht bewerten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es hat Sie niemand aufgefordert - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe meinen Hinweis mündlich hier gegeben, wiederholt, und dann auf Aufforderung aufgeschrieben. Und so war es.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der erste Hinweis, den Sie mündlich gegeben haben, war Ende 2011.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und aufgefordert, das zu verschriftlichen, das war 17. September 2012. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Wollen Sie fortfahren?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ich hätte es auch gleich aufschreiben können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich glaube, Herr Schuster hat Zeitprobleme. Deswegen würde ich jetzt einfach sagen, dass wir ihm - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nein, ich habe keine Zeitprobleme.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach so.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das habe ich auch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aha.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber es geht einfach mal - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schuster hat eine Zwischenfrage.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich bin nicht so juristisch bewandert, Herr Dr. Förster. Mich interessiert jetzt einfach mal: Das klingt so, als wenn Sie große Sorge gehabt hätten, das einfach aufzuschreiben. Das habe ich juristisch noch nicht ganz nachvollzogen, wie das geht, dass im November, im Dezember 2011 das sogar, glaube ich, im Innenministerium bekannt wird, und die Verschriftlichung kommt am 17. September 2012. Das verstehe ich einfach nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann das nicht erklären. Ich habe ja mein Wissen mündlich kundgetan und habe diese Kette geschildert, wie es dann auch an den Zuständigen gekommen ist - über den Abteilungsleiter Spionage, über den Abteilungsleiter Terrorismus an den Bundesanwalt Dr. Diemer -, und dann sozusagen von der anderen Seite auch noch dieses Kernwissen, diese Kernerinnerung,⁴⁶ an den Staatsanwalt beim BGH Weingarten.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja. Aber Sie sind Bundesanwalt, Herr Dr. Förster, und Jurist -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - und gehören zur Hautevolee hier in Deutschland.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ihnen fiel nichts anderes ein, als im Dezember 2011 das zu verschriftlichen und nicht mit 15 Leuten zu reden oder zu versuchen, denen zu erklären: „Soll ich oder soll ich nicht?“? Das verstehe ich nicht. Also, vielleicht haben Sie ja einen juristischen Grund, weil Sie dauernd sagen: Ich will mich nicht strafbar machen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein.

⁴⁶ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das verstehe ich aber nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, Feigheit ist nicht mein Wesensmerkmal. Also, wenn ich davon überzeugt bin, das sagen zu müssen, dann habe ich das eben getan. Und ich habe die Subsumtion, glaube ich, richtig gemacht, dass die Weitergabe mitnichten - vielleicht sogar im Gegenteil - wichtige öffentliche Interessen gefährdet, sondern dass vielleicht das Gegenteil jedenfalls intendiert war.

Die anderen sind auch hochrangige Juristen, und ich glaube, das macht in der Tat keinen Unterschied. Und dieses „Dann schreib das doch auf“ war eigentlich eher Ergebnis des Angestrengtseins.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Förster, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie, nachdem Sie auf verschiedenen Wegen Ihre Erinnerung mündlich diversen Kollegen mitgeteilt haben, eigentlich die Erwartung hatten, dass man auf Sie zukommt, um sozusagen ein Gesprächsprotokoll zum Beispiel zu fertigen mit Ihnen? War das Ihre Erwartungshaltung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Absolut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, eben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sonst hätte ich doch nicht zweimal gefragt, ob damit noch zu rechnen ist. Und das letzte Mal - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie haben gewartet, und dann kam nichts. Dann haben Sie nachgefragt: Was ist denn nun? Dann kam wieder nichts.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann wurde es September, und dann hat Diemer angestrengt gesagt: Dann schreib es doch auf.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und dann haben Sie das gemacht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aha.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und der letzten Begegnung ging ja voraus, dass in der Zeitung zu lesen war, dass die Anklage nun in Kürze erhoben wird, und dann ist es vielleicht ein bisschen zu spät für eine Zeugenvernehmung im Ermittlungsverfahren, nach Erhebung der Anklage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Zwischenfrage von Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Förster, mich interessiert: Warum haben Sie sich, als Ihnen das aufgefallen ist im November, als Ihre Erinnerung einsetzte - das haben Sie ja sehr eindrucksvoll geschildert -, eigentlich nicht als Erstes an das Bundesministerium des Innern gewandt, weil die ja Träger des Geheimnisses waren? Aus der Sphäre kam ja das Geheimnis; aus Ihrer Tätigkeit damals als Unterabteilungsleiter hatten Sie das ja auch. Also, die Frage des Geheimnisverrats hätte sich ja weniger gestellt, wenn Sie mit dem Bundesinnenministerium gesprochen hätten. Haben Sie da mal Kontakt aufgenommen oder, wenn nicht, warum nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich hielt es für sehr viel zielführender, dieses Moment, diese Erinnerung weiterzugeben an die, die damit in Zukunft arbeiten sollten, wobei das ja ein sehr theoretisches Moment für die eigentlichen Ermittlungen, für die Aufklärung dieser furchtbaren Taten ist. Das ist ja eigentlich eher nur ein Randereignis, wenn es denn so gewesen wäre, dass der nicht zentral Tatbeteiligte Ralf Wohlleben der von mir erinnerte Wohlleben ist. Noch mal: Das ist, glaube ich, der Kern des Ganzen. Deswegen, Herr Vorsitzender, habe ich vorhin widersprochen bei Ralf Wohlleben. Mitnichten Ralf Wohlleben, sondern Wohlleben. Mann, Frau, alt, jung? Keiner weiß es. Und mit dem anderen ist es genauso: auch nur der Nachname, auch keine Angabe, ob alt, jung, Mann, Frau - nichts. Nur diese beiden kurios ähnlichen Namen machten meine Erinnerung aus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe noch zwei, drei Fragen, Herr Dr. Förster.

ter, bevor wir hier in die reguläre Befragung durch die Fraktionen eintreten.

Ich habe Sie vorhin so verstanden: Es gab eine Besprechung. Hintergrund war, dass das NPD-Verfahren in Karlsruhe zu scheitern drohte wegen der V-Leute-Thematik. Diese Besprechung fand statt Anfang 2002. Können Sie näher eingrenzen, wann das war?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, das kann ich nicht, und ich kann auch nicht sagen „Anfang 2002“, sondern die Daten, die feststehen, sind, wann die Anträge beim Verfassungsgericht eingegangen sind: Ende Januar, Ende März. Und ich weiß, dass diese Diskussion über die V-Leute-Problematik, in deren Zusammenhang ich dann diese Erinnerung an dieses eine Papier habe, jedenfalls nach Eingang der Anträge war. Das ist das Einzige, was ich definitiv sagen kann.

Dass diese V-Mann-Problematik dann sozusagen explodiert ist vor Gericht im Zusammenhang mit diesen 14 Auskunftspersonen - - Da steht ja das Datum fest, wann das war; ich weiß es nicht. Also, die V-Mann-Problematik wurde schon relativ bald zum Mühlstein - zum übergroßen Mühlstein, immer größer werdenden Mühlstein -, schon vor dieser Ladung. Aber das, was das dann eben sozusagen extrem zur Belastung des Verfahrens hat werden lassen, ist diese Geschichte, dass einer von den 14 seine Aussagegenehmigung bemüht hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, als die Besprechung, an die Sie sich zu erinnern glauben, stattfand, war das Thema V-Leute in Karlsruhe da schon in der Welt oder noch nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nicht in Karlsruhe, sondern in - - Doch, in Karlsruhe. Ja, das weiß ich eben nicht. Das ist die Frage: „Ist es vor der Ladung der 14 oder danach?“, und das kann ich eben nicht sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was war denn der Grund für die Besprechung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass es darum ging, den Nachweis zu führen in doppelter Hinsicht, aber immer mit dem Obersatz: Die NPD ist nicht fremdbestimmt, die ist nicht vom Staat mit fremdbestimmt,

sondern einmal von der absoluten Zahl der V-Leute her - da gibt es ja auch mehrere Schriftsätze, die sich dazu verhalten: nie mehr als drei gleichzeitig - und erst recht, dass nicht auf V-Leute bestimmte der NPD angelastete Aussagen in den Anträgen gestützt waren. So war das aber mit dem [REDACTED]. Das ist der V-Mann, der V-Mann war - ich glaube, bis [REDACTED] und mit dem fast zu 100 Prozent [REDACTED] einherging⁴⁷. Aber der ging natürlich mit der ganzen Partei einher⁴⁷, weil die diesen [REDACTED] hat zu Wort kommen lassen in ihren Broschüren, und das war pausenlos Gegenstand, und⁴⁸ das war niemals mit einer Besprechung, zumal die Zahl der V-Leute sich dann vergrößerte - - Das hat uns bis zum Ende belastet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Förster, ich habe drei kurze Fragen. Wer war bei der Besprechung dabei?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das bin ich ja im BMI auch schon gefragt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Das ist ja auch eine naheliegende Frage.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, in der Tat. - Es gab einen harten Kern von Kollegen, die das NPD-Verfahren betrieben haben, wirklich sprichwörtlich Tag und Nacht und in einem hervorragenden Zusammenwirken auch mit den Prozessbevollmächtigten, die ja von außerhalb des Ministeriums kamen. Der Professor Bull war der für die Bundesregierung - - Die Haupttatbeteiligten waren natürlich der Abteilungsleiter IS, der Herr Müller⁴⁷, und - - Die sind alle befragt worden, die ich benannt habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Waren die bei der Besprechung Ihrer Erinnerung nach dabei?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wer war da jetzt genau dabei?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau kann ich es nicht sagen, sondern der harte Kern, der bei allen wesentlichen Sachen dabei war, wurde gebildet - - Ich muss als Zeuge die Wahrheit sagen.

⁴⁷ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

⁴⁸ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, bitte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und wenn ich es eben nicht so genau weiß - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber ich meine, Sie können sich erinnern an ein Papier, das da rumgegeben worden ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass das rumgegeben worden ist, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das verteilt worden an alle?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein. Das war ein Papier, was eingesehen wurde. Es wurde nicht für jeden verteilt, und es ging auch nicht von Hand zu Hand.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Meine Erinnerung ist so, dass man sich über dieses Papier gebeugt hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer war das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Im Zweifel waren es Menschen aus diesem, wie ich gesagt habe, harten Kern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann sagen Sie doch mal, wer dem harten Kern in Sachen NPD-Verbotsverfahren angehört hat.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der Abteilungsleiter Müller⁴⁹ für IS und von IS weiter der Kollege Nötges - der ist auch, glaube ich, gehört worden - und die Frau Pingel, dann von der Abteilung V die Frau Fahland, der Dr. Piper. Das war aus meiner Sicht so die Kerntuppe.

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Und Sie!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und Sie, ja?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Na ja, klar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also so eine Runde von sechs, sieben Leuten, ja?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Aber insgesamt waren es mehr. Aber die waren diejenigen, die die Hauptwissensträger waren und die sich auch bisweilen um Mitternacht getroffen haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Dann noch eine - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und keiner - wenn ich das noch sagen darf - von denen hat das Arbeiten am NPD-Verbotsverfahren als eigentliche Lohnarbeit empfunden, sondern das waren alles Leute, die einen zusätzlichen emotionalen Antrieb hatten, dass Deutschland diese Partei im Spektrum verliert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mir ist eine Sache nicht ganz klar geworden aus Ihrer dienstlichen Erklärung. War dieses Papier mit den beiden Namen - Wohlleben und der andere -, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - an das Sie sich erinnern, ein Papier, das Ihrer Erinnerung nach V-Leute nur des Bundesamtes beinhaltet hat oder auch weitere?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht. Ich glaube aber, dass es vom BfV kam, dass das BfV der Verfasser dieses Papiere war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, weil Sie haben ja gesagt, Herr Diemer hätte Ihnen gesagt auf Nachfrage, man hätte den früheren Landesverfassungsschutzpräsidenten Thüringens gefragt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau. Und da habe ich ihm gesagt: Wer sagt denn dir, dass der von Thüringen war?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, eben. Ich meine - - Und meiner Erinnerung nach war das ja auch immer eine ganz heikle Angelegenheit seitens der Länder, dem Bund

⁴⁹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

zu offenbaren, welche V-Leute man denn wo führt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In der Tat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber ob das jetzt ein Papier war nur mit V-Leuten Bundesamt oder eine kombinierte Liste Bundesamt/Landesämter - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß es wirklich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wissen Sie nicht mehr?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zur ersten Berliner Runde, Herr Dr. Förster. Das heißt, es geht jetzt nach der Reihenfolge der Fraktionen, und es macht den Anfang die Unionsfraktion 23 Minuten lang mit Fragen und Antworten. Das Wort hat der Kollege Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Dr. Förster, nachdem der Vorsitzende mit diesem Thema begonnen hat, will ich weitermachen, auch in der Absicht, das vielleicht dann auch in der ersten Berliner Runde umfassend zu beleuchten. Ich will aber auch schon ankündigen, dass Sie für mich auch ein sehr interessanter Zeuge sind im Hinblick auf das Thema „Rechtsextremismus in Brandenburg“ und auf das Thema „Ku-Klux-Klan und V-Leute-Einsatz“; das können wir dann später machen.

Ich bitte um Verständnis, dass ich einfach noch mal die Abläufe hören will, weil - so ging es uns hier allen jetzt im Moment und uns Obleuten auch schon im September; wir wurden ja da schon informiert - man sich natürlich nur schwer vorstellen kann - das sage ich jetzt an die Adresse beider, aller Akteure -, dass a) Sie so lange bei einer möglicherweise sehr brisanten Information sich damit zufriedengeben, dass man sagt: „Irgendwann werden wir Sie vernehmen“, wobei ich Sie so verstanden hatte, dass Dr. Diemer Ihnen eher eine Vernehmung offeriert hat im Hinblick auf das Thema Dienstgeheimnis - das wäre was anderes gewesen - und andererseits man relativ

lange wartet, bis man sagt: Jetzt machen Sie eine dienstliche Erklärung.

Ich habe mir notiert - - Vorneweg - ich habe nicht hingeguckt -: Haben Sie sich das auch notiert, oder hatten Sie das vorhin alles aus dem Gedächtnis referiert, die Abläufe und die Daten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So einigermaßen aus dem Gedächtnis. Ich habe ja ganz wenige Stichworte hier.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, Sie haben jetzt keine Notizen für sich selber gemacht - seit November bis heute -: Wann habe ich wem was gesagt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Deswegen kann ich ja eben auch nicht genau angeben, wann dieses Gespräch mit dem Dr. Diemer - zwischen dem 17.09. und Ende letzten Jahres - war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Also, Sie referieren jetzt auch über die letzten zehn, elf Monate oder quasi von November 2011, als Ihnen erstmals diese vermeintliche Ähnlichkeit bewusst wurde, was den Nachnamen angeht, um ganz zu präzise zu sein, bis eben zu den Ereignissen im September, wo Sie die dienstliche Erklärung abgegeben haben, überwiegend aus der Erinnerung, nicht anhand von Notizen, die Sie vielleicht für sich selber gemacht haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das erste Gespräch, wo Herr Diemer Sie anspricht - wahrscheinlich eben wegen der Stille-Post-Kette: Ihr Abteilungsleiter, Abteilungsleiter Terrorismus, der dann zu Diemer, Diemer dann zu Ihnen -, war im Dezember 2011.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann haben Sie Kontakt mit dem zuständigen Staatsanwalt in der Organisationseinheit von Dr. Diemer, mit dem Herrn Weingarten. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Den sprechen Sie an oder er Sie?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Den spreche ich an und erzähle ihm von mir aus auch noch mal diese Erinnerung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Anfang des Jahres 2012 dann?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, noch Ende letzten Jahres.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also auch noch im Dezember.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was hat er kommentiert?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und der schreibt, wenn ich es richtig weiß, darüber einen Vermerk.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der schreibt einen Vermerk?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das habe ich aber nur - - Also, den habe ich nie gelesen und nie gesehen; aber so ist es mir gesagt worden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich kurz? - Herr Christeleit, können Sie das bestätigen, ob es so einen Vermerk gibt?

StA Andreas Christeleit (BMJ): Herr Binninger, das kann ich Ihnen nicht sagen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Kann man das fragen? Können Sie Herrn Weingarten anrufen und das klären?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wäre ganz gut.

StA Andreas Christeleit (BMJ): Ich werde mein Glück noch mal versuchen, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, Sie sagen, es müsste einen Vermerk geben über dieses Gespräch, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - das Herr Weingarten mit Ihnen noch im Dezember 2011 geführt hat.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann wiederum haben Sie im neuen Jahr Kontakt wieder mit Dr. Diemer, zum zweiten Mal, im Frühjahr irgendwann, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - wo Dr. Diemer Ihnen sagt: Wir haben doch den Herrn Roewer gefragt, den LfV-Präsidenten, und der hat gesagt - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein. Das ist das Gespräch am 17.09.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, am 17. September sagt - - Das war dann die dritte Begegnung mit ihm.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau, das war die dritte Begegnung, und zwar - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wann war denn die zweite?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die war - das habe ich ja vorhin schon gesagt - irgendwann Ende Frühjahr, also dazwischen, und diese dritte Begegnung, 17.09., hatte zum Anlass eben, dass ich in den Zeitungen las: Die Ermittlungen sind jetzt abgeschlossen. In Kürze ist mit der Anklage zu rechnen. - Und da habe ich ihn gefragt: Wenn in Kürze mit der Anklage zu rechnen ist, ist dann noch mit meiner Vernehmung zu rechnen? - Und was Sie eben wiedergegeben haben, dass er mir eine Vernehmung zum Stichwort „Verletzung des Dienstgeheimnisses“ offeriert hätte, ist nicht richtig, sondern natürlich zu dem Sachverhalt, den er ermittelt, zu meiner Erinnerung bezüglich Wohleben, für das Verfahren gegen Ralf Wohleben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber der Unterton war sozusagen immer: Wenn du dich mal nicht damit strafbar gemacht hast, dass du uns das erzählt hast.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aha.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist die Verbindung; aber das ist - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja? Aber?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie muss ich mir die zweite - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber der ist eben in einer anderen Abteilung als ich. Wir haben ja drei Abteilungen - Revision, Terrorismus, Spionage -, und es gibt halt Menschen, die befreundet sind - die treffen sich häufiger -, und dann gibt es auch eine gewisse Teilmenge, die halt nur durch Zufall zusammenarbeitet, und Förster/Diemer ist Teil dieser Teilmenge.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie muss ich mir jetzt - -

(Heiterkeit)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und das musste ich mir nicht aufschreiben, sondern das habe ich halt im Ohr.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut, man muss Arbeit - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Jetzt ist ja der Generalbundesanwalt keine so ganz große Mammutbehörde, wo man sich letztendlich wochen- und monatelang nicht über den Weg läuft. Wie muss ich mir die zweite und dritte Begegnung mit Herrn Dr. Diemer vorstellen? Haben Sie ihn auf dem Flur zufällig getroffen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist ja nichts Schlimmes.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben ihn zufällig getroffen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, nein. Ich bin mit den meisten Kollegen auch nicht befreundet und bin trotzdem zufrieden.

Aber worauf ich hinauswill, Herr Dr. Förster - ganz ernsthaft -: Sie haben eine Information, die sehr brisant ist, wenn sie zutrifft - wenn Ihnen Ihre Erinnerung nicht einen Streich spielt, was ja auch sein kann. Sie sind erfahrener Bundesanwalt. Sie waren zwei Jahre LfV-Präsident in Brandenburg, zu einer Zeit, wo Rechtsextremismus, gewaltbereiter Rechtsextremismus dort ein großes Thema war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie viele Mitarbeiter hat der GBA etwa?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wohl wahr.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: 200.

Clemens Binninger (CDU/CSU): 200. Die sind fast alle in einem Gebäude, oder?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann stehen wir im November alle fassungslos vor der Mordserie des NSU, und dann kommt über die Medienpublikation des Namens Wohlleben Ihnen Ihre Erinnerung wieder in den Sinn, und Sie können allein von Ihrer Berufserfahrung her abschätzen, wie brisant diese Information ist. Da - das muss ich wirklich sagen - hätte ich keine vier Wochen Ruhe gegeben, um das geklärt zu haben, und hätte im Leben nie auf eine zufällige Begegnung mit dem zuständigen Bundesanwalt auf dem Flur oder im Treppenhaus gewartet, um die Sache zu klären. Warum nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Wir haben eine Stelle in Leipzig, die früher hier in Berlin war - die Dienststelle beim 5. Strafsenat, der nach Leipzig gezogen ist, und die machen nur Revision; das sind keine zehn Leute -, und der Rest ist in Karlsruhe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sodass man sich eigentlich ja häufiger sieht in so einem Dienstgebäude.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe mich ja bemüht, zu sagen, warum nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann sagen Sie es bitte noch mal. Dann habe ich es nicht verstanden, oder ich habe nicht aufmerksam zugehört.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dieser Umstand - wenn es denn so gewesen wäre, dass Ralf Wohlleben V-Mann gewesen wäre; vom LfV oder vom BfV - besagt für sich relativ wenig. Was Sie mit „Brisanz“ ansprechen - - Was Sie dahinter auch mutmaßen, das kann ich mir denken; aber das wird natürlich zu Oberbrisanz dann, wenn der Nachrichtendienst irgendwas auch nur gewusst hätte von dieser Beziehung, von dem Ralf Wohlleben. Aber der Weg von Wohlleben und von dem anderen zu Ralf Wohlleben ist ja schon unendlich weit, und jetzt sind wir noch darüber hinaus, noch weiter. Was wäre dann gewesen, wenn der Ralf Wohlleben definitiv V-Mann gewesen wäre?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Na ja. Aber jetzt, Herr - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die haben das - - Ich glaube, die haben das abgearbeitet in der Behörde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wo in der Behörde? Bei Ihnen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, na klar.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie „abgearbeitet“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist nicht so, dass das, was ich gesagt habe, auf dem Flur geblieben ist, sondern der Referatsleiter weiß das, der Dr. Diemer, der Staatsanwalt Weingarten weiß es, und das wird sich ja herausstellen, dass der Weingarten darüber auch einen Vermerk geschrieben hat. Der Abteilungsleiter weiß es, der zuständige.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was meinen Sie mit „abgearbeitet“? Was könnten Sie sich vorstellen, was da passiert ist?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sie haben eben die Nachrichtendienste danach befragt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man Ihnen das erzählt, oder -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): - woher wissen Sie das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Darüber - - Das ist - - Für mich ist das ganz selbstverständlich, dass das so sein muss. Sie haben ja völlig recht, dass das da keine hergelaufene Runde ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Dr. Förster, ich bitte um Verständnis dafür, dass meine Art, zu fragen, etwas pedantisch wirken mag - der Zeuge heute Vormittag wird es Ihnen bestätigen können -; aber ich habe die Dinge gern sehr präzise.

Sie haben in Ihrer Schilderung, die mit dem Verfassen der dienstlichen Erklärung von Ihnen geendet hat, nicht erwähnt, dass Sie wussten, dass Ihr Hinweis „abgearbeitet“ wurde. Jetzt frage ich Sie noch mal: Woher wussten Sie das? Hat man Ihnen das gesagt, dass ja der Hinweis, den Sie mündlich gegeben haben, eingeflossen ist in Abfragen bei Sicherheitsbehörden oder was auch immer? Hat man mit Ihnen darüber geredet?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Was mit mir besprochen wurde, habe ich wiedergegeben, und das „abgearbeitet“ bezieht sich darauf - - Und als ich das Gefühl hatte eben, dass es vielleicht nicht vollständig abgearbeitet ist - - Das ist ja der Teil, den ich vorgelesen habe in dem ersten Absatz. Das hat mich ja auch so gewurmt, dass der nicht weitergegeben wurde, sondern dann eben nur dieser mittlere Teil mit der Kernerinnerung, wo jeder Mensch sich gefragt hat: Wieso erzählt denn der das jetzt eigentlich?

Die Vorgeschichte, die in dem Moment einsetzt, wo der Name Ralf Wohlleben bekannt wird und sofort meine Erinnerung kommt, ist ja viel älter - - dass ich diese Erinnerung kundgetan habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist schon richtig. Das mag für die Bewertung

Ihrer dienstlichen Erklärung im BMI, im BMJ und auch im Ausschuss zunächst etwas für Verwirrung gesorgt haben - übrigens bei uns auch.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

Als wir Freitagabend spät davon in Kenntnis gesetzt wurden, haben wir eine Telefonkonferenz gemacht und haben uns auch alle gefragt - -

(Zuruf)

- Nein, Entschuldigung, der Vorsitzende hat uns alle angerufen. Zu einer Konferenz hat es ja nicht mehr gereicht Freitagabend so spät; stimmt. - Da haben wir uns aber auch gefragt: Warum meldet sich der Mann erst jetzt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Zu Recht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da verstehe ich zwar Ihre Kritik; aber das beantwortet nicht die Frage Abarbeitung. Ich will noch mal sagen - - Und Sie hatten das Gefühl, das war nicht komplett abgearbeitet. Was hat man Ihnen gesagt? Kam zu Ihnen irgendwann mal jemand - entweder Weingarten oder Dr. Diemer - und hat gesagt - je nachdem, ob Sie per du oder per Sie sind -: „Herr Kollege, wir haben diesen mündlichen Hinweis genommen. Wir haben ja bei allen Sicherheitsbehörden die Beschuldigten abgefragt,“ - das wurde ja gemacht; das wissen wir ja auch - „und alle haben zurückgemeldet: Wohlleben war nie bei uns V-Mann“? - Hat man Ihnen das mal erzählt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was war dann „abarbeiten“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe ja versucht, zu sagen, dass mir dieses Abarbeiten, was mir erzählt wurde am 17.09., vielleicht nicht gereicht hat, den Herrn Roewer zu fragen, mit der Nachfrage: Wer sagt dir eigentlich, dass das von dem Roewer'schen Amt einer gewesen ist?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das haben Sie - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber es ist so: Jeder - - Also, das sind halt Ermittlungsverfahren. Der Diemer redet mir nicht in meine Spionageverfahren rein, und ich rede ihm nicht in sein Verfahren rein. Das will das System, und das ist auch gut so. Und dass jeder seine Arbeit mindestens „rite“ macht - mindestens „rite“ macht -, das ist auch selbstverständlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Ich meine, ich will jetzt zu Herrn Roewer kein Urteil abgeben. Aber dass man den ehemaligen thüringischen Verfassungsschutzpräsidenten danach fragt in seiner Vernehmung, wenn man ihn sowieso vernimmt, macht schon Sinn; das ergibt sich übrigens auch aus Ihrer eigenen Aussage. Sie haben gesagt, an einen NPD-Funktionär mit dem Namen Wohlleben - ohne Vornamen - können Sie sich erinnern. Wohlleben war in Thüringen NPD-Funktionär. Dann fragt man natürlich in Thüringen nach.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß es ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich ja. Aber ich habe mich ja nur an diese zwei Namen erinnert, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - und natürlich muss das Verbindende dieser Namen „NPD“ sein. Also, es ging hier um V-Leute in der NPD.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, das ist sozusagen die gemeinsame Linie.

Und was ich dann gesagt habe, dass ich gelesen habe, dieser Karlsruher Wohlleben, der Ralf Wohlleben, war NPD-Funktionär, war ja kurz nach dem Klarnamen Wohlleben in den Zeitungen. Da habe ich mir dann selber gesagt: Das hat vielleicht ganz wohl getan, dass du das gesagt hast. - Aber ich war immer noch weit davon entfernt, zu sagen: Der Ralf Wohlleben ist der von mir erinnerte Wohlleben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Schon klar. Aber - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist der Kern des Ganzen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber die Logik, dass man dann in Thüringen nachfragen muss, ergibt sich dann zwingend? Weil Sie jetzt überrascht waren: Warum fragt man in Thüringen nach?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, ich war nicht überrascht: „Warum fragt man in Thüringen nach?“, sondern ich war überrascht, dass mir eines von 16 Landesämtern gesagt wird. Die haben gesagt, dass nein. Ich hätte den Kollegen auch sagen können: Wer sagt denn dir, dass das nicht einer von Sachsen war?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Haben Sie diese Frage dem Dr. Diemer gestellt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Das habe ich ja vorgelesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was hat er - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Er war - ich bleibe bei dem Wort - angestrengt bei dieser Begegnung und hat gesagt: Dann schreib das doch auf. - Und dann kam er am Abend noch mal zu mir und hat gesagt, das mit dem Aufschreiben sei auch sehr ernst gemeint und keine Unmutsäußerung. Da war ich übrigens schon dabei, das zu schreiben, am gleichen Tag.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber haben Sie Dr. Diemer, nachdem er Ihnen gesagt hat: „Wir haben in Thüringen nachgefragt; die Thüringer sagen, es war kein V-Mann“ bzw. - noch präziser formuliert - „Es gibt in Thüringen keinen V-Mann Wohlleben“ in dem Moment - auch wieder als erfahrener Ermittler und Bundesanwalt - nicht gefragt: „Haben Sie bei allen anderen Behörden auch nachgefragt? Er könnte es ja woanders gewesen sein“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster:

Dr. Diemer beantwortete meine eingangs wiedergegebene Frage

dahin, dass meine Bekundungen im Ermittlungsverfahren aufgenommen worden seien

- „dass meine Bekundungen im Ermittlungsverfahren aufgenommen worden seien“, das ist das, was ich eben übersetzt habe mit „arbeiten“ -

und der frühere Leiter des LfV Thüringen, Roewer, in eigener Vernehmung eine V-Person Wohlleben ausgeschlossen habe, worauf ich entgegnete, dass ich nicht sagen könne, dass ein Wohlleben V-Person gerade jenes LfV gewesen sei. Dr. Diemer bat dann, ich möge mein Wissen aufschreiben, was nachfolgend geschieht.

Das ist dann der zweite Absatz. - Und wenn man diesen Absatz eben mit übermittelt hätte, dann wäre sozusagen, glaube ich, diese Erinnerung irgendwie schlüssiger gewesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Für uns hat es sich relativ schnell als schlüssig dargestellt, nachdem wir ja wussten, dass Sie sich eben im November zumindest mündlich geäußert haben. Insofern war der Hinweis von uns: „Warum meldet der sich erst jetzt?“ für uns nach zwei Tagen erledigt. Also, da war für uns Klarheit: Sie haben sich früher gemeldet. Das kritisieren wir ja auch nicht. Ich will ja nur immer wissen, warum es so lange gedauert hat, bis Sie einerseits oder auch die zuständige Abteilung andererseits dann mal sagen: Jetzt machen wir an die Sache einen Knopf dran.

(StA Andreas Christeleit (BMJ) betritt den Sitzungssaal)

- Jetzt kommt der Herr Christeleit wieder rein. Ich weiß nicht, ob er uns etwas sagen kann oder eher nicht. Ich frage ihn mal einfach.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie mit Herrn Weingarten sprechen können, Herr Christeleit?

StA Andreas Christeleit (BMJ): Das habe ich, Herr Vorsitzender und Herr Binninger. Es gibt keinen Vermerk über das Erstgespräch, sondern es gibt nur einen ausführlichen VS-Geheim-Vermerk vom 17. September. Das ist jetzt die Auskunft, die ich erhalten habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was ist das für ein Vermerk? Ist das das, was uns vorliegt, also die Erklärung, oder was?

StA Andreas Christeleit (BMJ): Ich selber kenne diesen VS-Geheim-Vermerk nicht, sondern ich kenne nur die dienstliche Erklärung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer hat die denn gefertigt?

StA Andreas Christeleit (BMJ): Die stammt von Herrn - - Der Vermerk?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, der Vermerk, den Sie ansprechen. Von wem stammt der? Von Herrn Weingarten?

StA Andreas Christeleit (BMJ): Der müsste dann von Herrn Weingarten oder von Herrn Dr. Diemer stammen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weingarten oder Diemer. Ist das dem Ausschuss übermittelt worden?

(Dr. Eva Högl (SPD): Das haben wir nicht gesehen!)

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, ich meine ja nur, dass der Vermerk vom GBA, den wir alle zusammen angeguckt haben am Montag in der Geheimschutzstelle, der sein könnte. Dafür spricht ja vieles. Ich habe ihn jetzt auch nicht auswendig parat; aber wir haben ihn uns ja alle am Montag angeguckt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir klären das, und Herr Binniger fährt erst mal fort. Sie haben noch fünf Minuten.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Dr. Förster, lassen Sie uns noch einmal gemeinsam versuchen, ein bisschen in Ihrer Erinnerung zu forschen. Diese Besprechung, die Ihnen wieder in den Sinn kommt, mit dieser Übersicht, wo Sie gesagt haben, die sei nicht im BMI erstellt worden: Was hat Sie dazu veranlasst? Was glauben Sie, warum die nicht im BMI erstellt wurde? War ein Stempel drauf? War eine Dienststellenbezeichnung drauf? War irgendwas - -? Oder war es ohne jegliche Dienststellenbezeichnung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ergibt sich aus dem System. Über V-Leute kann nur der Nachrichtendienst originär unterrichten, nicht das Bundesinnenministerium. Das Bundesinnenministerium muss das glauben, was ihm berichtet wird; denn das Wissen über die V-Leute ist nun mal beim Nachrichtendienst. Im Übrigen, ein Teil fehlt ja eigentlich noch in der Darstellung: Für die Wahrheit dieser Erinnerung, nämlich die Ergebnisse der Akteneinsicht und der Auswertung vorneweg - - sowohl im BMI als auch beim BfV.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die Sie vorgenommen haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, die ich vorgenommen habe, die vorher aber schon Mitarbeiter vorgenommen haben.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und was war Ihr Ergebnis der Aktenauswertung? Sie durften ja die Akten ein paar Tage im BMI einsehen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und beim BfV auch.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Jeweils zehn Bände, die nicht blattiert waren, aber die VS eingestuft waren. Die Aufgabe war, dieses Papier - an das ich mich erinnere, mit diesen waagerechten Kolonnen und den möglicherweise farbigen horizontalen Strichen für die V-Leute und mit diesen beiden Namen - zu finden. Dieses Papier habe ich weder beim BMI noch im BfV gefunden; aber es gab in beiden Akten ein sehr ähnliches Papier, und zwar von der Machart: farbige Striche und diese Kolonnen, definitiv DIN A4 und nicht 3, wie ich vielleicht eher meinte, und nicht mit den Namen rechts oder links, sondern mit acht Namen, zwei Klarnamen, einer davon war [REDACTED]. [REDACTED] war der - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das wollen wir aus verschiedenen Gründen nicht - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Den können Sie aber in einer Verfassungsver-

richtsentscheidung, die öffentlich ist, nachlesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Den Frenz auch.

(Heiterkeit)

Also, einer war jener. Dann war noch ein Klurname, und dann kamen [REDACTED] Tarnnamen, Decknamen.

(Unruhe - Glocke des Vorsitzenden)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die waren nicht irgendwie konsistent, nicht irgendwelche Vornamen oder so. Einer hieß - daran kann ich mich zufällig erinnern - „Steve“, also ein Vorname. Aber einer hieß „Investor“, und „Investor“ ist - -

(MR Richard Reinfeld (BMI) meldet sich zu Wort)

Clemens Binninger (CDU/CSU): An der Stelle, bevor - - Ja, Herr Reinfeld, ich kapiere es auch. - Herzliche Bitte: Ich finde es in Ordnung, wenn Sie das Blatt beschreiben, das Sie gesehen haben, das eine gewisse oder eine starke Ähnlichkeit mit Ihrer Erinnerung hat, aber ich bitte Sie, keine Decknamen zu nennen. - Okay. Jetzt dürfen Sie weiter das Blatt beschreiben -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, ich würde gerne den Gedanken zu Ende führen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - oder den Gedanken zu Ende führen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dieser Deckname - aber das ist eigentlich der Sinn von Decknamen, die wirkliche Identität zu verschleiern, den ich nicht sagen darf - ist aber der V-Mann - den ich auch nicht sagen darf -, nämlich die andere Hälfte von dieser Erinnerung.

(Heiterkeit)

Das, denke ich, ist sehr bemerkenswert für die Richtigkeit der Erinnerung, und zwar deswegen, weil dieser andere, den ich nicht sagen darf, im NPD-Verfahren überhaupt keine Rolle spielt. Der ist nicht irgendwie mit

Aussagen in den Anträgen genannt, sodass ich den von daher kennen könnte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber wenn er keine Rolle spielt, wie konnten Sie sich dann damals daran erinnern?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil ich ihn auf diesem Papier gesehen habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber das Papier, das Sie damals gesehen haben, hat doch einen Bezug zum NPD-Verbotverfahren.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So ist es.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und jetzt sagen Sie, der hat aber keinen Bezug zur NPD. Dann wäre es eine - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe im NPD-Verfahren eine Liste mit V-Leuten gesehen, wo zwei Namen sehr ähnlich sind - - im NPD-Verfahren: nur die Nachnamen. Dann suche ich dieses Papier und finde dieses Papier nicht, aber ein ähnliches Papier. Und in diesem ähnlichen Papier sind Klarnamen und Decknamen. Der Name Wohlleben ist da nicht drin; aber der andere Name verbirgt sich hinter einem dieser sechs Decknamen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Woher wollen Sie das wissen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aus den weiteren - ich habe eigentlich gedacht, dass Ihnen das gesagt worden wäre - Akten im BfV, die ich gesehen habe. Daraus ergab sich unter „Quellenschutz Geheim“, aber ohne - - Da steht drin:

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der Herr X führt den Decknamen Y. - Und das ist die Hälfte der Geschichte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Dr. Förster, Sie haben ein ähnliches Blatt Papier gefunden, wo aber eben nicht der Name Wohlleben draufstand. Ein anderer Name, an den Sie sich erinnern, der stand da drauf.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In verdeckter Form.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, genau.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber das ergab sich aus dem Papier als solches nicht, sondern das ergab sich aus den weiteren Unterlagen. Der Deckname, den ich nicht sagen darf, ist der, den ich nicht sagen darf.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau.
(Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur um das zu verklären: Sie erinnern sich an zwei Namen, die Sie gesehen haben, an den Namen Wohlleben, an den Namen X.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und Sie haben jetzt festgestellt, dass X in der Tat V-Mann des Verfassungsschutzes war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Absolut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Regeln sind manchmal streng. So ist es halt. - Ich habe noch eine Frage: Können Sie sich auch daran erinnern, dass es eine Übersicht gab - sei es bei dieser Besprechung oder in den Akten, die Sie jetzt hier noch mal durchsehen durften -, die darin bestand, dass man NPD-Funktionäre aufgelistet hat aus der damaligen Zeit mit Namen, dass es so eine Übersicht gibt, jetzt mal losgelöst davon, was sie für eine Funktion haben, ob sie polizeibekannt sind oder nicht, sondern eine reine Übersicht von NPD-Funktionären? Können Sie sich daran erinnern, dass es so eine Übersicht gab oder gibt in den Akten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es gibt keine - - Das wäre ein Gesamtverzeichnis von allen NPD-Menschen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, dass Sie jetzt bei Ihrem Aktenstudium auch eine Übersicht gesehen haben, die jetzt keinen Bezug zu V-Leuten hatte, sondern wo in den Akten einfach die NPD-Funktionäre mit

Vor- und Nachnamen standen und welche Funktion sie im Landesvorstand oder Bundesvorstand der NPD hatten. Können Sie sich an so eine Akte erinnern, dass Sie die jetzt eingesehen haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, natürlich, aber die - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die gibt es?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, natürlich gibt es die.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist Bestandteil dieser ganzen zehn Bände, dass sich dort zu Erkenntnissen über NPD-Funktionäre in unterschiedlichen Funktionen verhalten wird, aber freundlicherweise waren das nicht alles V-Leute.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke schön. - Herr Dr. Förster, ich möchte noch einmal anknüpfen an meine Zwischenfrage, die ich eben gestellt habe. Es hat doch sehr lange gedauert von Ende November, als Sie sich erinnern haben, bis zu Ihrer dienstlichen Erklärung am 17. September 2012. Was ich mich wirklich frage, ist: Warum haben Sie zwischendurch nie Kontakt zu Ihren früheren Kollegen und Kolleginnen aufgenommen? Sie haben uns eben aus Ihrer Erinnerung ein paar Namen genannt von denjenigen aus den Abteilungen IS und V aus dem Bundesinnenministerium, die an der Besprechung möglicherweise - Sie waren sich nicht sicher in Ihrer Erinnerung - teilgenommen haben.

Einfach für mein Verständnis: Mein erster Impuls wäre gewesen, wenn ich mich daran erinnert hätte, mich bei denjenigen zu versichern, die möglicherweise mit mir an der Besprechung teilgenommen und die eine ähnliche Erinnerung haben. Ich verstehe gar nicht, warum Sie zu denen keinen Kontakt aufgenommen haben. Können Sie mir mal helfen, warum Sie das nicht gemacht haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann Ihre Frage gut verstehen. Wenn die sich nicht hätten erinnern können, wäre meine Erinnerung gleichwohl geblieben. Mir kann diese Erinnerung niemand ausreden.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Dr. Förster, darf ich noch mal kurz dazwischenfragen? - Sie haben uns geschildert, dass Sie sich drei Fragen gestellt haben:

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Stimmt Ihre Erinnerung? Wie ist das mit der Strafbarkeit? Und wie ist das, wenn ich das meinen Kollegen beim Generalbundesanwalt weitergebe? Wie verhält sich das? Mache ich das richtig? Und als Sie Ihre Erinnerung überprüft haben, sind Sie nicht auf die Idee gekommen, gerade mit den Kollegen Kontakt aufzunehmen, die an der gleichen Besprechung teilgenommen haben? „Kannst du dich nicht auch daran erinnern, Mensch, haben wir damals nicht so ein Blatt gesehen“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube, ich habe das schon beantwortet.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, mir nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube, mir hätte das nicht geholfen. Ich habe meine Erinnerung für mich geprüft, und die ist definitiv. Wenn die anderen mir gesagt hätten: „Wir erinnern uns nicht“, dann hätte ich das registriert, aber damit auch nicht mehr machen können. Ich meine, ich sehe die Menschen vor mir, die das mit dieser Ähnlichkeit auch beschmunzelt haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, aber wenn man - -

(Zuruf)

- Jetzt bin ich dran.

Vorsitzender Sebastian Edathy: „Ich sehe die Menschen vor mir, die auch geschmunzelt haben.“ Wer war das denn?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Eben diese Gruppe, aber ich kann nicht - - Ich bin, glaube ich, auch nicht derjenige gewesen, dem das aufgefallen ist.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber, Herr Dr. Förster, das ist ehrlich gesagt - - Wir wollen das alles verstehen, und wir können auch viel nachvollziehen. Sie wissen von uns auch, dass wir das ausreichend ernst genommen haben - wirklich. Wir haben das ganze Wochenende hindurch telefoniert, konferiert. Wir haben sofort den Bundesinnenminister am Montagmorgen konsultiert. Wir haben Ihre Erinnerung ausreichend ernst genommen. Wir wollen jetzt aber überprüfen, damit wir es nachvollziehen können: Was ist denn dran an der Erinnerung?

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass die Frage, ob ein Wohlleben, wie Sie es immer sagen - Männlein, Weiblein, alt, jung, dünn, dick -, V-Person des Bundesamts für Verfassungsschutz oder eines Landesamts für Verfassungsschutz war, eine relevante Frage ist. Deswegen sind wir hier alle so engagiert, und das stellt gar nicht Ihre Erinnerung infrage. Aber ich hätte - das sage ich Ihnen ganz offen - als Erstes die Kollegen, die ich vor Augen habe, die auch geschmunzelt haben - weil das ist ja der Punkt, weswegen wir verstanden haben, warum Sie sich erinnern: die auch geschmunzelt haben - - wenn Sie die vor Augen haben - - Sie haben vor Augen, dass sie sich über ein Blatt beugen. Ich hätte beim Überprüfen meiner Erinnerung als erstes die angerufen und gesagt: „XY, sag mal, kannst du dich nicht auch daran erinnern? Mir fällt das gerade wieder ein“. Warum haben Sie mit keinem Einzigen dieser Leute Kontakt aufgenommen? Sie hätten sich auch bestärken lassen können in Ihrer Erinnerung. Das ist ja gar nicht, um Ihre Erinnerung infrage zu stellen, sondern um Kollegen anzurufen, der auch sagt: „Ja, natürlich, und weißt du, mir ist das auch wieder eingefallen, als ich es im Fernsehen gehört habe“. - Das finde ich schwer nachvollziehbar, um Ihnen das ganz offen zu sagen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay. Ich kann das nachvollziehen, dass das schwer nachvollziehbar ist; aber ich habe es nicht gemacht, weil ich geglaubt habe, dass mir das nicht hilft. Ich hätte mich, weil die beiden anderen Probleme auch noch im Raume standen, trotzdem verpflichtet gefühlt, das bei der Bundesanwaltschaft mitzuteilen, um eben dieses „NPD-2-Erlebnis“ nicht zu provozieren.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie denn jetzt noch mal mit den Kollegen gesprochen?

Sie waren im Bundesinnenministerium zur Akteneinsicht. Können Sie uns mal kurz sagen, wie das ablief? Sie sind da hingegangen und haben die alten Akten durchgewühlt. Haben Sie da auch mit den Kollegen, wenn von denen noch welche da sind, gesprochen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, ich werde mich hüten, Zeugen zu beeinflussen. Die kommen genauso als Zeugen. Nach meiner Aussage lag das auf der Hand, dass die als Zeugen befragt werden.

Ich war im Urlaub, als das Ganze hochkam. Meine Frau ist zwar Kummer gewöhnt, aber so toll fand sie es natürlich nicht, am nächsten Tag gleich loszufahren. Aber die Notwendigkeit lag auf der Hand. Ich habe, um vielleicht noch ein, zwei Tage Zeit zu gewinnen, dem Abteilungsleiter Kaller am Telefon gesagt, als er mich am Nachmittag anrief - am nächsten Mittag war ich dann da -: Vielleicht kannst du inzwischen die anderen vom harten Kern dazu befragen. - Das habe ich angeregt. Meine Erinnerung konnte man ja nachlesen. Die stand fest. Die war schwarz auf weiß angekommen. Das fand aber kein Gehör.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie? Das fand kein Gehör?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Diese Anregung beim Abteilungsleiter, diese Leute vor mir zu vernehmen - - weil ich konnte nicht viel mehr sagen, als ich aufgeschrieben hatte.

Dr. Eva Högl (SPD): Und Sie haben dem auch Namen genannt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, na klar.

Dr. Eva Högl (SPD): Die Namen, die Sie uns auch eben genannt haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau, ja klar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer war vom BfV dabei?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das frage ich mich auch gerade.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie bitte?

Dr. Eva Högl (SPD): Wer da vom BfV dabei war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Vom BfV?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dann hätte ich mich jetzt versprochen.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, Sie haben bisher nur Leute aus dem Innenministerium genannt; aber Sie haben selbst gesagt, dass Sie davon ausgehen, dass das Papier vom BfV war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Dr. Eva Högl (SPD): Jetzt noch mal für mich, damit wir es hier mal rausarbeiten: Ich halte das für einen ungewöhnlichen Vorgang, dass sich im Innenministerium eine Reihe von Leuten - Sie haben uns fünf genannt; es waren mit Ihnen allein sechs - über ein Papier mit Klarnamen von V-Leuten beugt. Ich will das ganz offen sagen, dass ich das für ungewöhnlich halte. Vielleicht können Sie uns noch mal sagen, wie das zustande gekommen ist. Wenn wir wissen, dass das vielleicht V-Leute des BfV waren, wenn wir davon ausgehen, die sind auf einem Zettel niedergelegt, dann kann ich mir schwer vorstellen, dass eine größere Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Bundesinnenministerium sich über so ein sensibles Papier beugt, gerade vor dem Hintergrund, wenn ich mir noch mal vergegenwärtige, wie wichtig das Thema Klarnamen und Enttarnung und so auch hier in diesem Zusammenhang diskutiert wird.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es war ja umgekehrt. Wir hatten in den Anträgen uns gestützt - - Ausgangspunkt war diese Materialsammlung, die dazu da war, um sich überhaupt über die Antragstellung - ja oder nein? - klar zu werden. Wir hatten bestimmte Sachverhalte dieser schlimmen Partei angelastet in Form von Aussagen von Menschen, von Funktionären insbesondere. Aber wenn die keine besondere Funktion haben, dann auch dergestalt, dass die NPD in ihrer Par-

teizeitung „Deutsche Stimme“ - oder so hieß sie, glaube ich - denen Raum gegeben hat. Also, es war umgekehrt: Wir wussten erst Klarnamen von Menschen, auf die wir diese Verfassungswidrigkeit gestützt haben, und dann ging es darum, festzustellen, ob Einzelne von denen möglicherweise auf zwei Schultern getragen haben, also V-Leute waren. Also, wir haben - -

Dr. Eva Högl (SPD): Und wie wurde das dann genau überprüft? Dann wurden die Ämter der Reihe nach angerufen und gesagt: „Hier, es geht um folgenden Namen. Sagt mir mal, ob das V-Leute sind.“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nur das BfV oder das Landesamt weiß, wer V-Mann ist.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es ging immer darum, dass immer mehr - auch durch die Medien - enttarnt wurden, und das galt es dann abzu prüfen. Natürlich mussten wir uns dann auch auf Geheiß des Verfassungsgerichts zu dieser Grundfrage verhalten, an der das Verfahren dann - zwar nur in Form einer Verfahrensentscheidung - insofern gescheitert ist, als die Mehrheit bei dieser Verfahrensentscheidung für die Antragsteller nicht groß genug war.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Dr. Förster wie lang war denn die Liste von Klarnamen, die Sie hatten und die Sie dann auf V-Mann-Eigenschaft überprüft haben? Also, wie viele Personen - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein - -

Dr. Eva Högl (SPD): Sie haben gesagt, Sie hatten erst die Klarnamen und haben dann prüfen müssen: Wie viele von diesen Klarnamen waren V-Leute?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist schwer darzustellen. Das sind nicht zwei Listen, sondern es gibt ein Gesamtkonvolut mit Aussagen, die immer von Menschen kommen.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und immer mehr von diesen Menschen wurden als V-Leute enttarnt. Also, zwei habe ich schon genannt: den, der für [REDACTED] stand, und den, der [REDACTED] gewesen ist. Die sind einigermaßen arglos benannt worden zum Beweise der Ekligkeit - gleich Verfassungswidrigkeit - dieser Partei mit Aussagen, weil nämlich diese Partei diesen beiden Menschen Raum gegeben hat. Den einen haben sie gewählt, und dem anderen haben sie Publikationen zur Verfügung gestellt, um seine furchtbaren Thesen zu vertreten. Daraus haben wir die Verfassungswidrigkeit hergeleitet mit dem Ziel, dass diese Partei verboten wird.

Dr. Eva Högl (SPD): Und dann festgestellt, dass die beiden V-Leute waren?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): So. Wie ging das denn weiter?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war ja nicht auf zwei Menschen gestützt, sondern das war auf - - was weiß ich - -

Dr. Eva Högl (SPD): Aber in dieser sensiblen Situation, in dieser kritischen Phasen des NPD-Verbotsverfahrens, müssen Sie doch geguckt haben, welche Aussagen haben Sie zum Beleg der Verfassungsfeindlichkeit der NPD.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Absolut.

Dr. Eva Högl (SPD): Das haben Sie Leuten zugeordnet. Das waren - sagen wir mal; ich mache es jetzt fiktiv - 20 Personen.

(Zuruf)

- Ja, 1 000. Aber ich meine, dann wurde überprüft. Dann wurde doch geguckt, wer von denen ist V-Mann und V-Frau. Dann müssen Sie doch mit Personennamen und mit Listen und so gearbeitet haben. Wie kommt es dann zu so einem Blatt, was Sie beschreiben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist das einzige Blatt, was ich erinnere, in dieser Listenform. Und dieses, was so ähnlich ist, ist auch das einzige aus dieser Abteilung

„Ähnliches“. Weitere solcher Listen habe ich nicht gesehen. Es gab aber eine Vielzahl von Besprechungen - auch mit den Landesämtern, auch unter Einbeziehung der Prozessbevollmächtigten -, wo dann mitgeteilt wurde, dass es nun sozusagen der letzte V-Mann sei, der mit einer Aussage in den Anträgen wiedergegeben ist.

Ich habe zu Anfang versucht, das darzustellen. Die V-Leute waren für das NPD-Verfahren doppelt relevant: einmal in der absoluten Zahl und zum Zweiten bezogen darauf, dass auf bestimmte V-Leute unwesentlich - zurzeit der Antragserstellung - Aussagen gestützt worden sind zum Beweis der Verfassungswidrigkeit dieser zu verbotenden Partei.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Dr. Förster, Sie haben eben gesagt, das BfV hat an dieser Besprechung im Innenministerium, bei der sich alle über das DIN-A3-Blatt gebeugt haben, nicht teilgenommen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Doch, doch, ich glaube, dass dieses Blatt - -

Dr. Eva Högl (SPD): Sie sagten aber, das Blatt sei vom BfV erstellt worden. Hat denn jemand vom BfV teilgenommen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Wer denn?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und genauso, wie ich mich an diesen harten Kern erinnern kann, den ich bezeichnet habe - - aber nicht ausschließen kann, dass einer vielleicht nicht dabei gewesen ist und vielleicht jemand nicht vom harten Kern - - So war es - -

Dr. Eva Högl (SPD): Also, wissen Sie - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wir reden über Sachverhalte, die elf Jahre zurückliegen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, ja, deswegen fragen wir uns ja. Wir wollen eben überprüfen, warum Sie sich an eine Sache erinnern können, was ich auch nachvollziehen kann. Warum? Wegen der Namensähnlichkeit. Das habe ich schon alles kapiert. Aber wenn wir

jetzt mal gucken, wer sich da drüber gebeugt hat. Sie haben gesagt, Sie erinnern sich, dass die Leute auch geschmunzelt haben. Wenn das Papier vom BfV war -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): - das haben Sie gesagt -, dann werden Sie doch wissen, ob der Autor oder die Autorin dieses Papiers - - ob von dem betreffenden Amt jemand dabei war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, klar. Das will ich auch gar nicht in Abrede stellen. Ich bin nur vorhin nicht dazu gekommen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ach so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe auch dem Herrn Kaller zwei Leute vom BfV benannt, die er dazu befragen kann.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wer?)

Dr. Eva Högl (SPD): Sagen Sie uns - - Nennen Sie uns die - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Denn so ähnlich wie der harte Kern bei uns, gab es zwei, den Abteilungsleiter Rechtsextremismus Cremer und, ich glaube den Gruppenleiter,⁵⁰ [REDACTED]. Das waren unsere Hauptansprechpartner, und im Zweifel war es so, dass einer von den beiden mit diesem Papier in der Hand an der Besprechung teilgenommen hat.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Cremer oder Jung?)

- Ich weiß es wirklich nicht. Aber das waren die Hauptansprechpartner.

Dr. Eva Högl (SPD): Wissen Sie, ob die befragt worden sind? Haben die sich erinnern können?

(MR Richard Reinfeld (BMI) meldet
sich zu Wort)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt eine Meldung - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht, aber ich habe das dem Herrn

⁵⁰ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Kaller empfohlen. Denn so, wie ich gesagt habe - -

Dr. Eva Högl (SPD): Wir sind jetzt am kritischen Punkt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt eine - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Diese zwei Menschen aus dem BMI haben ihre Entsprechung bei den beiden Hauptansprechpartnern im Bundesamt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, der Vertreter des Bundesinnenministeriums wünscht um Gehör. - Herr Reinfeld, bitte.

MR Richard Reinfeld (BMI): Also, kritischer Punkt. Bis Abteilungsleiter runter vom BfV ist Namensnennung in Ordnung, drunter bitte nicht. Innenministerium - das wissen Sie - ist kein Thema, Kaller, unser aktueller Abteilungsleiter, auch. Aber da bitte ich drum. So schnell kann ich gar nicht reagieren.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie wir hier fragen.

MR Richard Reinfeld (BMI): Deswegen grundsätzlich noch mal - - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Denken Sie bitte an die Zeit, Frau Dr. Högl. Letzte Frage?

Dr. Eva Högl (SPD): Wie viel habe ich denn noch?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Anderthalb Minuten.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. Dann stelle ich noch eine Frage. - Sind Ihnen die Akten, die Sie eingesehen haben, die Dokument da drin - jetzt mal weg von diesem Papier - bekannt vorgekommen? Ich weiß jetzt nicht, wie befasst ein Unterabteilungsleiter mit den Akten ist. Aber das, was Sie geblättert haben, war das für Sie schlüssig? Sah das ordentlich aus? Und bis auf dieses Papier, was sie nicht gefunden haben, DIN A3, haben Sie sonst alles gefunden, was zu so einem Vorgang dazugehörte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es gibt auch im BMI Abteilungsleiter, die auch die Akten kennen. Also, mir kam sehr vieles bekannt vor. Ich glaube, dass ich fast alle Schriftstücke kannte.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. Und das ist meine wirklich allerletzte Frage - Herr Binninger hat damit auch abgeschlossen -: Herr Dr. Förster, können Sie denn ausschließen, dass Sie sich vielleicht nicht doch an eine Übersicht von Funktionären erinnern, die es ja auch gab, wo auch diese beiden in demselben Kontext draufstanden, also was möglicherweise nicht mit den Linien usw. - das ist ein anderes Papier -, aber jedenfalls wo diese Namensgleichheit in dem Kontext „Funktionäre der NPD“ zusammen auf einem Blatt Papier stand? Ist das denn völlig ausgeschlossen, dass es so ein Papier war?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist absolut ausgeschlossen. Ich erinnere mich an dieses Papier, das eben fast identisch ist wie das, was in beiden Akten vorhanden ist, mit diesen farbigen Linien, aber mit diesen beiden Namen pur, ohne Mann, Frau, alt, jung, sonstiges.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Kein Vorname?)

- Wie bitte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Auch kein Vorname dabei?)

- Nein, nein, nein. Das ist der allererste Wortwechsel: Ralf Wohlleben? Nein - Wohlleben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es geht weiter mit der FDP-Fraktion. Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, die Liste, die da auslag, war eine Liste - - Also, es lagen nicht häufig Listen aus. Es war eine Besonderheit, dass diese Liste da auslag. Oder gab es häufig Liste, die man eingesehen hat?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Eine solche Liste habe ich einmal gesehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das war diese eine Liste, die Sie einmal gesehen haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Diese Liste hat einer von den Kollegen aus dem Bundesamt mitgebracht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke, dass es so war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und die lag bereits auf dem Tisch, als Sie den Raum betreten haben? Oder hat die jemand ausgepackt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wenn das gestern stattgefunden hätte, dann könnte ich Ihnen die Frage beantworten; aber ich weiß es nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es waren mehrere Tagesordnungspunkte zu besprechen, und das war einer davon, oder ging es nur um diese Liste?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es ging bestimmt nicht um diese Liste, sondern diese Liste gehörte in die Thematik „V-Leute im NPD-Verfahren“.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie sich noch erinnern, ob das eine sehr lange oder eine kürzere Besprechung war?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Den ganzen Vormittag oder nur 30 Minuten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In der Regel dauerten diese Besprechungen sehr lange. Wie gesagt, das war ein Aspekt, aber wegen dieser Besonderheit mir halt in Erinnerung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es klingt jetzt ein bisschen komisch, weil es ein bisschen in die Erbsenzählerei reingeht, aber können Sie das Blatt noch mal beschreiben? War es ein blütenweißes Papierblatt, oder war das eher ein bisschen gelblicher?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Umweltschonendes Papier!)

- Ja, umweltschonendes Papier zum Beispiel.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß es nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber größer als A4?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube, dass es größer als DIN A4 war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sind Ihnen Druck- oder Tippfehler erinnerlich? - Wenn nicht, dann nicht, dann sagen Sie Nein.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Handschriftliche Vermerke?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Alles mit Computer oder Schreibmaschine sozusagen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Von der Druckart so wie das Papier, was ich dann fand in DIN A4, und was in der Aufmachung - wie ich versucht habe, zu beschreiben - ganz ähnlich ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie hatten das vorhin schon gesagt. Sie müssen es jetzt aber noch mal wiederholen, weil ich es nicht genau verstanden habe. Von den Namen, die drauf waren, waren wie viele Klarnamen und wie viele Arbeitsnamen oder Decknamen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Welches Papier meinen Sie jetzt?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das eine.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das Papier, was vorhanden ist, was in den Akten im BMI und BfV vorhanden ist, weist Namen auf, Klarnamen und Decknamen. Und wie viele Namen in dem anderen Papier waren, das ich erinnere, das weiß ich nicht. Ich weiß nur diese zwei bemerkenswerten Nachnamen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber so von der Einschätzung her können Sie jetzt

auch nicht sagen, ob das Verhältnis ungefähr das gleiche, sechs zu zwei, ist?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Welches Verhältnis?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, mehrheitlich Decknamen und in der Minderheit Klarnamen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, genauso wenig wie ich die Papierfarbe beschreiben kann.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sind denn da auch Zifferkombinationen statt eines Decknamens drauf gewesen, zum Beispiel eine vierstellige Nummer?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Auf welchem Papier jetzt?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na auf dem, an das Sie sich erinnern aus der damaligen - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, das glaube ich nicht. Ich kann mich an diese Kolonnen erinnern, was die Daten anbelangt, an die wohl farbigen Striche - ich sage mit Absicht „wohl farbig“, weil ich es eben nicht hundertprozentig weiß -, die V-Leute-Tätigkeiten dokumentierten mit Anfang und Ende, und dass bei zwei dieser Striche der eine Name und der andere Nachname stand. Das ist meine komplette Erinnerung an dieses Papier.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber das würde für Sie wahrscheinlich schon erkennbar sein, wenn statt eines Decknamens, eines Wortes dort eine Zahlenkombination stehen würde.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ist es aber nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie können es also ausschließen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann ich nicht ausschließen, sondern das weiß ich nicht. Wenn ich es nicht weiß, weiß ich es nicht und kann nichts ausschließen, sondern ich kann mich an zwei Nachnamen erinnern, und das ist meine Erinnerung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie haben damals aber auch keine Kenntnis darüber gehabt, ob es sich rein nur um das Bundesamt handelt oder ob das auch Landesämterzulieferungen sind.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch das Landesamt dabei war, aber ich möchte ausschließen - das hat mich der Herr Kaller auch gefragt -, dass uns dieses Papier vom Landesamt präsentiert wurde. Das möchte ich ausschließen. Sondern es ist uns präsentiert worden vom Bundesamt. Welche Personen, kann ich nicht sagen, aber die hohe Wahrscheinlichkeit - - der eine oder andere. Es hat dann im NPD-Verfahren auch so ein besonderes Verfahren gegeben, dass die Landesämter ihre V-Leute - aber natürlich nicht mit ihren Klarnamen - an das Bundesamt zu melden hatten, um die Gesamtmenge festzustellen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und wir können jetzt daraus schließen, dass die das auch gemacht haben nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie bitte? Entschuldigung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dass die Landesämter auch gemeldet haben, davon ist auszugehen nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Bei mir mussten sie es nicht melden. Das wird das Bundesamt besser wissen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich sage ja: „nach Ihrer Kenntnis“.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wenn Sie das Verfahren betreuen, dann brauchen Sie auch ein Gefühl dafür, ob jetzt diese Liste - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wir haben das Verfahren nicht betreut, sondern wir haben es ja betrieben für die Bundesregierung, und weil wir die Herren der Fakten waren, die Zwischenherren sozusagen auch in gewisser Weise, im ganz engen Zusammenwirken mit den beiden anderen Antrag-

stellern, Bundestag und Bundesrat. Aber die Fakten als solche, die Erkenntnisse über Art und Umstand der NPD, wurden ja nicht im Bundesinnenministerium gesammelt, sondern eben bei den Nachrichtendiensten; deren Aufgabe ist ja die Beobachtung von verfassungsfeindlichen Organisationen. Und wenn die Verfassungsfeindlichkeit derart manifest ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit feststellt, dann ist diese Organisation verboten. So ist die Kette.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): War denn für Sie eigentlich ausschlaggebend zunächst einmal die Quantität, also wie viele V-Leute denn geführt werden, oder auch die Qualität, also zum Beispiel Höhe eines Vorstandsamtes, also der Unterschied, ob das ein Vorsitzender ist oder ein Beisitzer? Oder haben Sie diese Qualität nicht geprüft, oder hat das keinen Ausschlag gegeben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Doch, es ist natürlich so: Je hochrangiger von der Funktion her ein Parteifunktionär ist, umso mehr spricht der für die Partei insgesamt, in welcher Form auch immer. Wahlen gab es da auch. Und natürlich kann man Rückschlüsse auf die Partei sehr viel mehr ziehen, wenn ein hochrangiger Vertreter dieser Partei, der vielleicht auch in ein hohes Amt gewählt ist, diese verfassungsfeindlichen Äußerungen von sich gibt. Das hat natürlich mehr Gewicht für die Verfassungsfeindlichkeit der gesamten Partei, als wenn irgend so ein durchgeknallter Mitläufer am Rande einer Demonstration was von sich gibt. Das ist ja ganz klar, denke ich.

Insofern sind die Anträge auf Menschen gestützt, die insbesondere Funktionen hatten in der Partei, die sozusagen die innere Haltung der Partei zu unserer Verfassung durch ihre Aussagen wiedergaben, und in der Regel doppelt genährt, weil die sich nämlich verbreiten durften in Parteipublikationen. Daraus hat man dann sozusagen eine zweite Ebene konstruieren können, dass die Partei als solche das duldet, diese Aussagen, diese Denkweise dieser Menschen - nicht nur duldet, sondern für gut befindet -, indem sie nämlich ihre Parteipublikationen dafür öffnet und dann ihren anderen Mitgliedern sozusagen empfiehlt, das zu lesen und davon begeistert zu sein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Reinfeld, jetzt kommt der Moment, wo Sie vielleicht eingreifen; das müssen wir mal sehen. Also, bevor Sie jetzt antworten, warten wir auf den Einspruch - oder auch nicht - von Herrn Reinfeld.

Wir haben ja in Thüringen einen mittlerweile sehr bekannten V-Mann - es steht in allen Tageszeitungen usw. -, Tino Brandt, V-Name „Otto“. Stand denn dieser „Otto“ auch auf der Liste?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es gibt keine Liste. Also, es gibt zwei Listen: die, die offenbar nur Förster erinnert, und die, die in den BMI- und BfV-Akten ist. Ich kann mich da, wie gesagt, an diese BfV-Akte und BMI-Akte - - Das habe ich ja vorhin gesagt. Ein Deckname war „Steve“ in dieser Kolonne von sechsen, wo ich den für mich entscheiden nicht sagen darf. Da hieß einer „Steve“, und wie die anderen hießen, weiß ich nicht. Ich weiß es nicht, ob davon einer „Otto“ hieß; ich weiß es wirklich nicht. Aber die ist ja da, die kann man ja sehen; da kann man den Urkundsbeweis machen. Die eine Liste, die ist ja da.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Reinfeld hat sich gemeldet.

MR Richard Reinfeld (BMI): Der Zeuge - ich zähle hier langsam mit - hat den dritten Decknamen gebraucht. Also, wir sind jetzt schon hochsensibilisiert. Also bitte nicht die Decknamen und auch keine Klarnamen nennen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der „Otto“ war nicht von mir.

MR Richard Reinfeld (BMI): Wir sind in der öffentlichen Sitzung hier. Ansonsten müssen wir halt schon absichten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der „Steve“ kam übrigens schon vorhin vor, Herr Reinfeld.

MR Richard Reinfeld (BMI): Vielleicht war ich da gerade draußen, Herr Ausschussvorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das kann sein.

MR Richard Reinfeld (BMI): Dann sind wir trotzdem bei drei, und ich sensibilisiere für den vierten schon einmal präventiv.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Fragezeit der FDP ist allerdings auch abgelaufen. Dann geht das Fragerecht jetzt zur Linksfraktion. Frau Pau hat das Wort.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Förster, Sie hatten ja nun Gelegenheit, im BMI und, wie Sie vorhin auch gesagt haben, im Bundesamt einige Unterlagen noch mal einzusehen, also nicht bloß die Suche nach diesem Papier, das Sie erinnern, sondern zum NPD-Verbotsverfahren. Dabei ist Ihnen ausweislich der Auskunft des BMI auch eine Liste vorgelegt worden, mit dem einleitenden Satz - ich zitiere -, man habe den Schriftsatz der Antragsteller im NPD-Verbot

... hinsichtlich namentlich genannter Personen, bei denen es sich um Quellen der Verfassungsschutzbehörden handeln könnte, ausgewertet.

Zitat Ende. Wir finden das in den uns am 19.11. zugestellten Anlagen, die nicht Geheim eingestuft sind, in MAT A BMI-5/97, Anlage 8. Ich würde Ihnen gerne dieses Papier vorhalten, mit der ersten Frage, ob Sie es jetzt bei Ihrer Einsichtnahme gesehen haben, sich vielleicht auch erinnern, dass Sie es damals im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Verbotsverfahrens gesehen haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Unter Ziffer 75 dieser eindrucksvollen Liste von Personen, die man offensichtlich auf ihre V-Mann-Eigenschaft für *eine* Behörde überprüft hat, findet sich auch der Name Ralf Wohlleben und daran anschließend dann ein handschriftlicher Vermerk. Die erste Frage ist: Kennen Sie dieses Material? Können Sie damit was anfangen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wenn Sie mir eine Sekunde Zeit geben.

Petra Pau (DIE LINKE): Sicher.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe mich ja zu dem, was ich gefunden habe bei dieser Akteneinsicht sowohl im BMI als

auch im BfV, schriftlich geäußert, und ich denke, dass ich in meiner Äußerung beim BMI oder beim BfV irgend so eine Nr. 75 angesprochen habe. Also, ich bin mir sehr sicher, dass ich dieses gefunden habe. Denn ich sollte ja dieses Papier finden. Wobei: Man hatte diese Akten durchgesehen und das Papier nicht gefunden.

Petra Pau (DIE LINKE): Ist klar.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Man konnte sich einigermaßen sicher sein, dass dieses Papier nicht da drin ist. Und ich habe natürlich nach zwei Namen gesucht.

Petra Pau (DIE LINKE): Ist klar. Ich habe nur diesen einen Namen gefunden. Wir wissen alle, worüber wir reden. Ist klar.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, aber dieser Wohlleben spielt ja, ich glaube, als Anmelder eine Rolle.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, vorneweg - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe jetzt mein Papier - das ist aber auch Geheim eingestuft -, das, was ich diktiert habe beim BMI, habe ich jetzt vor mir liegen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, über das Geheime können und wollen wir jetzt hier an dieser Stelle nicht reden, sondern mich interessiert das Papier, was ich Ihnen jetzt gerade vorgelegt habe, weil das ist uns tatsächlich herabgestuft vom BMI vorgelegt worden. Und ich will es nur verstehen, damit ich weiß, was ich mit diesem Papier anzufangen habe, und brauche jetzt einfach mal Ihre Expertise.

Die erste Frage, die ich schon hätte, weil ich das erstens nicht entziffern kann und das zweitens sicherlich eine Abkürzung ist: Wer ist eigentlich der Unterzeichner dieses Papiers?

Zweitens wüsste ich gern, ob für Sie das, was dort dann unter Ziffer 21 geschrieben ist, lesbar ist. Da sind nämlich vier Namen. Drei davon kann ich entziffern: Wohlleben, Krautheim und Schwerdt; den vierten kann ich nicht entziffern. Das ist unter 21 zusammengefasst. Darin findet sich dann unterstrichen ein Wort, das ich als „Land“ bzw. „Länder“ lesen würde. Aber vielleicht haben Sie ein-

fach als geübter Leser auch von solchen Akten - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sagen Sie mir bitte noch mal, welches Wort?

Petra Pau (DIE LINKE): Wenn Sie auf die handschriftliche Seite „Zusammenfassung“ dann gehen, finden Sie unter 21 wiederum die Namen Wohlleben, Krautheim, wenn ich es richtig sehe, dann was für mich Unleserliches und Schwerdt, und darunter wieder unterstrichen ein Wort, das ich als „Land“ oder „Länder“ vielleicht übersetzen. Vielleicht lesen Sie was anderes.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß, wie der heißt. Das ist hinter der Nr. 24, oder?

Petra Pau (DIE LINKE): Die 21?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das liest sich doch wie Wohlleben, was hinter der Nr. 21 steht.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, sage ich ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber Sie haben doch noch einen gesagt wie „Land“ oder so. So einen, der so ähnlich heißt, den finden Sie - -

Petra Pau (DIE LINKE): Oder darüber unterstrichen. Die Frage ist ja für uns - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Hinter der 24 finde ich einen, der so ähnlich heißt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Pau, können Sie bitte kurz die Quelle sagen fürs Protokoll?

Petra Pau (DIE LINKE): MAT A BMI-5/97, Anlage 8. So, da haben wir vorneweg die Liste der Menschen, die wahrscheinlich irgendwo im Verbotantrag an unterschiedlichen Stellen auftauchen. So übersetze ich mir das Ganze jedenfalls: als Frage, ob die gegebenenfalls in V-Mann-Eigenschaft beim Bund oder in einer Landesbehörde unterwegs sind. Dann findet sich ein handschriftlicher Vermerk, wo wir unter 21 Wohlleben, Krauthahn, -heim - was weiß ich! -, noch irgendjemanden und Herrn Schwerdt haben.

Und ich korrigiere mich: Darüber steht „Land“ und nicht darunter, oder so was in der Art.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Jetzt verstehe ich das erst.

Petra Pau (DIE LINKE): Die Frage ist für mich: Offensichtlich hat man ja diesen Vermerk irgendwo angelegt, um zu prüfen oder prüfen zu lassen - - Ich erinnere mich auch noch gut: Ich war Berichterstatterin meiner Fraktion damals im Verbotsverfahren, als Woche für Woche V-Leute öffentlich wurden und dann uns berichtet wurde, wie schwer es war für das BMI, herauszufinden, in welchem Bundesland wer gegebenenfalls als V-Mann geführt wurde und gleichzeitig im Verbotsverfahren als Zeuge oder Beleg für das Verbotsverfahren aufgeführt wurde.

Für mich ist ja nur die Frage: Ist das hier ein Papier, von dem man annehmen kann, dass man hier geprüft hat, dass Herr Wohlleben gegebenenfalls als V-Person vielleicht nichts fürs Bundesamt, sondern für welches Land auch immer unterwegs war? Oder wozu diente dieses Papier? Können Sie uns das sagen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann jetzt nicht genau sagen, was der Sinn dieses Papiers war. Da sind einige Namen drin, wo es ausweislich des Verfassungsgerichtsbeschlusses sich um V-Leute handelte. Aber da ist auch Herr [REDACTED] dabei, zum Beispiel, wenn ich den Namen sagen darf.

(Heiterkeit)

Ich weiß es nicht, aber ich kann mich sehr gut erinnern, dass ich diese beiden Namen gesucht habe - Wohlleben und den anderen -, in welcher Involvierung auch immer, bei beiden Akteneinsichten. Und ich glaube, dass ich in BfV-Unterlagen den an irgendeiner Stelle mit Nr. 75 gefunden habe und das beschrieben habe. Das Papier, was ich beim BfV diktiert habe, das habe ich aber nicht. Und das spielt, glaube ich, aber auch dann im Bericht vom BMI an Sie eine Rolle.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Letzte Frage, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Nein. Uns interessierte jetzt tatsächlich nur, welchen Charakter dieses Papier hat. Ich ging auch davon aus, dass uns das BMI vollständigst beliefern

wollte, und meinte, das könnte für uns wichtig sein. Deswegen wollte ich es für mich ergründen oder dann beiseitelegen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kann das denn vielleicht ein Vertreter des BMI beantworten? - Herr Reinfeld, bitte.

MR Richard Reinfeld (BMI): Wir haben hier hinten gerade mitrecherchiert, um da Transparenz reinzubringen, mit was das korrespondieren könnte. Wir haben den Vorgang gefunden, und zwar ist das, wo diese vier Namen wieder auftauchen, eine Stellungnahme der Anwälte im Verbotsverfahren. Wir würden eine entsprechende Kopie jetzt Ihnen gleich zukommen lassen. Wie gesagt, die Unmittelbarkeit erschließt sich mir jetzt erst hier. Und da ist Folgendes - - Wenn die Kollegin mal zitiert? Weil sie ist diejenige, die den Bericht auch entsprechend mit verfasst hat. Und wir würden es dann als Auszug, als Tischvorlage - es ist auch nicht entsprechend eingestuft, sehe ich hier - Ihnen zukommen lassen; dann wird das transparent. Wenn Sie kurz mal vortragen? - Frau Dr. Haase ist das aus dem zuständigen Fachreferat. - Danke.

ORRn Dr. Katrin Haase (BMI): Also, bei dem fraglichen Ausgangsdokument handelt es sich um einen Entwurf eines Verbotsantrags, den die Anwälte erstellt haben und der übersandt wurde. Dieses umfangreiche Dokument enthält eine Vielzahl von Namen, die aber dazu dienen, Zitate als Beweis einzuführen. Also, es sind Aussagen von NPD-Mitgliedern. Und auf Seite 21 fällt auch der Name Wohleben. Der Satz ist:

Bei den verbliebenen Mitgliedern des Landesvorstands der NPD, die dem „Thüringer Heimatschutz“ zugerechnet werden können, handelt es sich um Ralf Wohleben, Jörg Krautheim sowie Jan Stöckel ...

... Mit Frank Schwerdt wurde im Jahr 2001 ein neuer Landesvorsitzender gewählt. (?)

MR Richard Reinfeld (BMI): Das ist dann im Folgeabsatz, und das korrespondiert dann mit diesem handschriftlichen Vorvermerk mit der 21 und den vier Namen. Ich würde anregen: Wir werden Ihnen den entsprechenden Auszug einfach jetzt hier zukommen lassen, sofern das überhaupt erforderlich sein sollte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Erlauben Sie eine Zwischenstellungnahme vom Kollegen Binninger. - Bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, ich habe die Bitte an die Vertreter des BMI, mir zu sagen, ob ich richtig liege. Ich habe diese handschriftliche Aufzeichnung, die die Kollegin Pau ja gerade zitiert hat, mit den vier Namen Wohleben, Kraut- - irgendwas -, Schwerdt usw., so interpretiert, dass dort ja nur mal vorneweg der Antrag durchgearbeitet wurde, um darzustellen: Auf welcher Seite werden welche Namen genannt? Auf Seite 21 werden diese vier Namen genannt und stehen deshalb da. Und so findet es sich hinterher auch in der Übertragung, in dieser Tabellenform, wo ja hinter jedem Namen die Seitenzahl steht, wo er im Antrag auftaucht, mit Zitat oder einfach Erwähnung, und das deckt sich mit diesem handschriftlichen Vermerk. Ich halte das für ganz unspektakulär.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, mein Problem ist die Reihenfolge. Vielleicht ist es ja auch nur falsch zusammengeheftet; das ist ja alles möglich. Weil ich habe es ja zitiert: Dieses Papier geht ja gut lesbar los mit der Überschrift „Vermerk“, und dann - Moment -:

Der Entwurf der Stellungnahme der Antragsteller zum Schreiben der Präsidentin ... wurde hinsichtlich namentlich genannter Personen, bei denen es sich um Quellen der Verfassungsschutzbehörden handeln könnte, ausgewertet.

Und hintendran kommt dieser handschriftliche Vermerk, und da erschloss sich mir einfach die Reihenfolge nicht, wenn hier als Zweckbestimmung steht: Wir prüfen, ob das Quellen sein könnten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Vielleicht kann ich versuchen, zur Aufklärung beizutragen. Ich habe ja die beiden Namen gesucht in allen Vorgängen beim BfV und beim BMI. Und in dem Papier vom Staatssekretär BMI, das an den Ausschuss gegangen ist, heißt es auf der Seite 11 - und das ist auch meine Erinnerung mit 75 oder 76 - unter der Überschrift „Abklärung einer möglichen Quelleneigenschaft WOHLLEBENS auf der Grundlage des Vermerks von Herrn Dr. F.“ - was ich bin - „vom 1. Oktober 2012 nach Sichtung des BfV-Aktenbestands“ - Absatz -

Der am 01. Oktober 2012 durch
Herrn Dr. F. diktierter Vermerk

- als Anlage beigefügt -

weist in seinem wesentlichen Inhalt darauf hin, dass er an mehreren Stellen Angaben zur Person WOHLLEBEN gefunden habe, hervorzuheben sei dabei insbesondere ein Vermerk aus dem Jahr 2002. Darin enthalten seien die Namen von über 75 Personen, bei denen es sich um Quellen der Verfassungsschutzbehörden handeln könnte.

Eine Quelleneigenschaft des WOHLLEBEN lässt sich aus dem Vermerk aus dem Jahr 2002 nicht herleiten ...

Ist das die Erklärung?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat jetzt eigentlich die Grünen-Fraktion.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Jetzt fragt der Zeuge, aber das wollen Sie nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich habe eine klarstellende Frage. Das geht wirklich schnell.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich kann das klarstellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Herr Wieland legt Wert darauf - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich will Sie nicht fragen, Herr Kollege, um das auch einmal klarzustellen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich lasse ausnahmsweise keine Vorfrage, Zwischenfrage zu.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist angekommen und in Ordnung. Ich frage nach Herrn Wieland die Unionsfraktion, ob sie einverstanden ist, dass Herr Petermann noch fragt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sache ist doch wirklich ganz

einfach. Es wurden die Namen aufgelistet. Sie wurden alphabetisch aufgelistet, mit „Apfel“ anfangend, und dann wurde jeweils die Seite der Antragschrift hinten rangeschrieben, und dann wurde handschriftlich anhand der Seiten nochmal zusammengefasst, welche Namen da sind. Insofern ist das leider völlig irrelevant. Die Antwort, der Abgleich wäre interessant - und den haben wir leider nicht, Herr Reinfeld - - Diese Personen wurden doch aufgelistet, um abzuchecken, wer von ihnen möglicherweise Quelle eines Nachrichtendienstes war. Was ist denn aus dem Abgleich geworden?

(Zuruf: Das weiß aber der Zeuge nicht!)

- Ich frage ja auch Herrn Reinfeld im Rahmen meines großzügigen Fragekontingents, das ich hier habe.

MR Richard Reinfeld (BMI): Herr Abgeordneter, ich habe Sie voll verstanden. Ganz klar: Sie wollen das Ergebnis dieses langen alphabetischen Listenabgleichs haben. Die Kollegin schaut gerade.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist die Seite 12 von dem Vermerk, aus dem ich gerade gelesen habe. Soll ich das vorlesen, oder?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich weiß ehrlich gesagt nicht, was Sie da vorliegen haben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie es haben, dann lesen Sie es uns vor, Herr Förster.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wenn der Vorsitzende aber anderer Meinung ist, nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, nein. Ich weiß ja nicht: Was ist denn das, was Sie da jetzt haben?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Woher haben Sie es denn? Wo haben Sie es denn her, Herr Zeuge? Ist es das, was Ihnen vorgelegt wurde das letzte Mal?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie bitte?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-5/95, Blatt 11 f.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist es seiner?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das das Dokument, das Ihnen gerade von Frau Pau vorgelegt worden ist, oder welches?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dazu bezieht sich das.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Darauf bezieht sich das? Was ist es denn?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was Sie denn für einen Vermerk da?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe hier den Bericht des BMI.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welchen Bericht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: An den Ausschuss.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Von wem?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke, dass ich den irgendwann mal als „cc“ im Dienst bekommen habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können wir das mal kurz sehen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dürfen wir mal reingucken?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das der vom 05.10.?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, den haben wir. Und der klärt die Frage auf, was aus dem Abgleich der 75 Personen geworden ist?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum hat er den?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Doch, ich glaube schon, dass er - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ihn auch.

(Dr. Eva Högl (SPD): Nein, definitiv nicht! - Sönke Rix (SPD): Vielleicht hat eine andere Version!)

- Vielleicht hat er eine ungeschwärzte Version.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht lassen wir den Zeugen auch mal kurz vortragen. Vielleicht wird dann plausibler, worum es geht. - Herr Dr. Förster.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Da heißt es:

Eine Quelleneigenschaft des WOHLLEBEN lässt sich aus dem Vermerk aus dem Jahr 2002 nicht herleiten. Wiedergegeben werden in diesem nicht 76 Personen, sondern 76 Seitenfundstellen von Namensnennungen ...

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau!)

Die Auflistung diente als Grundlage des BfV zum Abgleich möglicher Quelleneigenschaften und fußt im Hinblick auf diese Frage nachweislich auf bloßen Vermutungen des BfV.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber mich interessiert ja gerade: Man macht sich die Mühe und schreibt aus der Antragschrift im Grunde sämtliche Namen raus, auch welche, von denen wir mal nicht annehmen, dass sie Quellen waren, wie Horst Mahler, und sagt: Bitte abgleichen! - Da hätte ich gerne das Ergebnis, nicht nur zu Wohlleben - der ist ja nicht alleine auf der Welt -, sondern das Ergebnis: Was kam denn dabei raus? Und dann würde man ja sehen, ob Wohlleben da mit drinsteht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kann das BMI sich dazu äußern? - Bitte.

ORRn Dr. Katrin Haase (BMI): Aus der Aktenlage, die derzeit besteht, konnte ich entnehmen, dass das BfV zur damaligen Zeit nicht in der Lage war, alle 76 aufzuklären, -

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-5/95, Blatt 12.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es sind 76 Seiten.

ORRn Dr. Katrin Haase (BMI): - Fundstellen aufzuklären, genau,

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Es sind nicht 76!)

alle Namen aufzuklären. Es gab damals ein grundsätzliches Kommunikationsproblem - möchte ich mal sagen -, auch was die Landesquellen betrifft. Aber ausschließen können wir, dass Wohlleben als Quelle geführt wurde.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Beim BfV?)

- Beim BfV, und durch jetzige Abfrage auch bei den LfVs.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum können Sie nun gerade das ausschließen? Wenn es seinerzeit nicht möglich war, das befriedigend zu beantworten, warum können Sie heute bezogen auf eine Person eine befriedigende Antwort geben?

ORRn Dr. Katrin Haase (BMI): Weil wir aktuell aufgrund der Erstellung des Berichts alle Länder abgefragt haben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss deswegen ein bisschen schmunzeln - das bezieht sich nicht auf Sie als Person -, weil wir ja nun hinlänglich gehört haben, wie viele Akten auch im normalen Arbeitsgang nicht mehr da sind, weil man sie nach Fristablauf oder, oder, oder, hier oder da vernichtet hat. Das mussten wir ja ab und an erleben, ohne dass ich da Absicht irgendwie unterstellen will, sodass eine heutige Aussage „Wohlleben ist nicht dabei“ mit Fragezeichen zu versehen ist. Sie sagen, seinerzeit hat man diese Frage gestellt: 76 Fundstellen, weniger Namen. Und ich stelle mir ganz naiv vor: Irgendwo muss es doch auch eine aufgeschriebene oder gedruckte Antwort darauf geben. Was ist bei dem Abgleich herausgekommen, selbst wenn er nicht zu 100 Prozent war, selbst wenn er nicht alles umfassen konnte? Lieber Herr Reinfeld, schlicht die Frage: Gibt es hierzu irgendetwas zu Papier Gebrachtes, ein Ergebnis dieses seinerzeit in Angriff genommenen Abgleiches?

MR Richard Reinfeld (BMI): Herr Abgeordneter, wie gesagt: Ich werde abklären, ob diese generalisierende Abfrage stattgefunden hat, ob es einen entsprechenden Vermerk gibt; das will ich abklären. Und bezogen auf den konkreten Vorgang hier, auf Wohlleben, muss man einfach konstatieren, dass wir hier natürlich heute anlassbezogen für diese einzelne Person diesen Abgleich bei allen zuständigen Dienststellen ja gemacht haben, in der entsprechenden Schriftform. Das haben wir ja in dem Bericht auch niedergelegt.

Aber die andre Facette nehme ich absolut mit; das ist kein Thema. Aus dem Einleitungssatz ergibt es sich: Hier ist eine Aufgabenstellung. Da muss es ein Ergebnis geben, bezogen auf die Zahl 76. Wir klären das ab, und ich lasse Ihnen das zeitnah zukommen, was man dazu gefunden hat. Überhaupt kein Thema; das machen wir.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Jetzt habe ich nur eine Frage an Herrn Dr. Förster und gebe sogar zu: Es ist eine hypothetische Frage. Herr Dr. Förster, wenn es jetzt auch wieder dabei bleibt, dass uns gesagt wird: „Wir haben nichts gefunden zu Wohlleben“, und Sie mal zwei Schritte neben sich treten, die Rolle wechseln und von der Rolle des Zeugen nun in die Rolle des Staatsanwaltes zurückgehen: Würden Sie eine Anklage auf eine Zeugenaussage stützen, wo ein Zeuge sich präzise erinnert, aber alle anderen Beteiligten sich nicht erinnern und wo es in den Akten nichts Objektivierbares gibt und wo die, die die Akten hätten füllen sollen oder müssen - haben sie möglicherweise auch -, sagen: „Wir haben nichts, wir können das auch nicht mehr objektivieren“? Also, verstehen Sie unsere Schwierigkeit als Untersuchungsausschuss, aufgrund einer Erinnerung, die zum Teil auch sehr partikulär ist, also noch nicht mal - - Ich will jetzt nicht übertreiben, aber zu Papierqualität, wie das aussah, Farbe, das ist nicht so eidetisch bei Ihnen, sondern es ist mehr die Erinnerung an eine Situation: dass darüber gelacht wurde, dass das aufgefallen ist, aber nur bei Ihnen im Kopf geblieben ist. Verstehen Sie unsere Schwierigkeit, damit umzugehen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die verstehe ich sehr gut, und darum sind Sie auch nicht zu beneiden. Unter Juristen, denke ich, ist es ein „non liquet“. Sie haben

mich aufgefordert, mich neben mich zu stellen und sozusagen meine eigene Beweiswürdigung zu machen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sehe es auch so. - Gut, dann haben wir zu dieser Frage „Wohlleben“ keine weiteren Fragen, zu anderen Komplexen durchaus, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Alles klar. Wir kämen dann zur zweiten Berliner Runde. Darf ich fragen, ob eine kurze Pause gewünscht ist? Wir tagen jetzt seit 15.30 Uhr. Herr Zeuge, vielleicht fünf bis zehn Minuten Pause? - Also ich wäre dafür.

(Heiterkeit)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich nicht.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Bis sieben Uhr! Komm!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wir beginnen pünktlich - ich sage das ausdrücklich in Richtung aller Fraktionen - um 19 Uhr; dann machen wir weiter.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): In
Richtung einer Fraktion! - Heiterkeit)

Wir unterbrechen kurz.

(Unterbrechung von
18.48 bis 19.03 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir die Sitzung wie angekündigt fortsetzen.

Jetzt sehe ich leider Herrn Christeleit nicht. Weil er mich gerade in der Unterbrechung informiert hat, es gebe wohl einen gemeinsamen Vermerk aus dem September 2012 aus dem Bereich der Generalbundesanwaltschaft von Herrn Weingarten und Herrn Diemer zur Darstellung, wie mit der Information durch Herrn Dr. Förster umgegangen worden sei: Ich würde das gerne kurzfristig verifizieren, ob der Vermerk uns vorliegt oder nicht. Deswegen habe ich gerade veranlasst, dass aus der Geheimchutzstelle der Ordner mit dem Vorgang in den Sitzungssaal des Auswärtigen Ausschusses gebracht wird. Das ist in einer Viertelstunde der Fall, und dann würde ich kurz rübergehen - nach Möglichkeit gemein-

sam mit Herrn Christeleit -, um diesen Ordner daraufhin durchzuschauen, ob der Vermerk dort enthalten ist. In der Zeit würde Herr Stracke hier die Sitzung fortführen. Dann können wir abschließend klären, ob wir das haben oder ob wir es nicht haben.

So, ich hoffe, Herr Christeleit ist noch da, damit wir das dann auch machen können. - Wir sind in der nächsten Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Herr Schuster, bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Dr. Förster, ich war leider etwas unhöflich und eine Stunde nicht da. Aber ich versuche jetzt mal, Fragen zu stellen, die Sie hoffentlich noch nicht gestellt bekommen haben, und möchte weg von dem Thema V-Mann Wohlleben. Sie sind deshalb ein exklusiver Zeuge, weil Sie in dem relevanten Zeitraum natürlich in sehr vielen Funktionen waren und uns daher vermutlich in vielen Fragen weiterhelfen können.

Ich möchte anfangen mit dem Zeitraum, wo Sie beim Verfassungsschutz Brandenburg als Präsident - ich glaube, es nennt sich offiziell „Abteilungsleiter Verfassungsschutz“, vermutlich, im brandenburgischen Innenministerium - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau. Es gibt ja zwei Modelle in Deutschland: Abteilung oder eigenständiges Amt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja. Sie haben auch sehr interessant eingeleitet. Sie haben gerade eben ganz am Anfang gesagt: Das hat sie besonders gereizt, weil es gerade in den neuen Ländern besondere Herausforderungen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus oder -radikalismus gab.

Deswegen zielt meine erste Frage darauf ab, dass Brandenburg - eigentlich seitdem Verfassungsschutzbehörden das aufzeichnen - immer an der Spitze oder mit an der Spitze der Bundesländer lag, in denen rechtsextreme Gewalttaten passierten. Das gilt übrigens bis heute so. Auch in den Jahren 96 bis 98, als Sie dort Präsident waren - ich habe es mal rausgesucht -, gab es allein drei Todesfälle, Morde, und deswegen kann man vielleicht verkürzt sagen: In Brandenburg werden die Menschen häufiger als in anderen Ländern Opfer rechtsextremer Gewalt. Das muss ja für Sie wahrscheinlich Aufgabenschwerpunkt gewesen sein.

Erste Frage aus der heutigen Sicht: Wo liegen die Ursachen für dieses Phänomen, das ja jetzt leider seit 15 Jahren so jedes Jahr im Verfassungsschutzbericht zu konstatieren ist, also speziell für Brandenburg?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sie haben leider recht, dass Brandenburg, aber - und das relativiert das nicht für mein Land Brandenburg - alle ostdeutschen Länder an der Spitze standen bei den Statistiken, was schwere Straftaten bezogen auf die Anzahl der Bevölkerung anbelangt. Das größte Land, Nordrhein-Westfalen, hatte natürlich mehr Straftaten insgesamt, aber bezogen auf die Bevölkerung war Brandenburg immer an der unrühmlichen Spitze.

Diese furchtbaren Straftaten haben das Land wirklich beschädigt. Die Wahrnehmung dieses Landes war überschattet - auch in diesen zwei Jahren, wo ich es gemacht habe - von dieser entsetzlichen rechtsextremistischen Gewalt. Das war für den Verfassungsschutz das absolut im Vordergrund Stehende. Da gab es die Beschäftigung mit Spionage. Das war eher was Theoretisches im Verhältnis zum Kampf, wenn man das so sagen kann, gegen diesen Rechtsextremismus.

Es gibt, was die Ursachen anbelangt, warum das gerade in Ostdeutschland so stattfand, unheimlich viel, was dazu gedacht und geschrieben wurde, ganz viele Erklärungsansätze. Objektiv sind zwei Momente, auch aus der Rückschau: dass die organisierten Rechtsextremisten aus Westdeutschland in Ostdeutschland ein neues, aus deren Sicht ergiebigeres Betätigungsfeld gesucht und leider gefunden haben.

Ein weiterer Erklärungsansatz war immer der im Osten ungeübte Umgang mit Ausländern, mit Fremden überhaupt. Denn der Umgang, der dort bekannt war, war in gewisser Weise immer staatlich entweder verordnet oder begleitet.

Ich habe ja zu Anfang, glaube ich, in einem Nebensatz gesagt: meine hohe Präferenz für NPD-Verbot und Verbote überhaupt eingedenk der Janusköpfigkeit. - Aber ich habe immer gemeint und glaube weiterhin, man darf die Bevölkerung, die Mitmenschen nicht zu Zivilcourage bei schlimmen rechtsextremistischen Taten auffordern und andererseits ein Mittel, was nur der Staat hat, unbenutzt lassen, wohl wissend, dass jedes Verbot auch Nachteile hat.

Brandenburg aber hatte sich ganz eindeutig zu dieser Verbotsstrategie bekannt. Der Innenminister wurde geschmäht als der Verbotsmann, was Organisationen anbelangt. Mit Stolz möchte ich durchaus sagen, dass ich das Verbot der „Kameradschaft Oberhavel“ bewirkt habe, weil Kameradschaft war ein Mittel der Rechtsextremen, Organisationsverbote nach dem Vereinsgesetz zu umgehen, indem man diese Kameradschaftsform dann gewählt hat. Das ist auch gelungen, und dieses Kameradschaftsunwesen ist dann auch ausgeklungen, auch eine solche mit einem Verbot - das war das erste in Deutschland - zu belegen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie aus Ihrer Zeit - - Also, Sie waren ja vorher beim Generalbundesanwalt auch einschlägig in diesem Thema unterwegs, und das war ja die Zeit in Deutschland, wo die Rechtsextremen wirklich ihre Hochzeit hatten, also so 95 bis 2000. Wenn Sie jetzt mit Ihrem ganzen Wissen aus der Generalbundesanwaltschaft und den ganzen Vortätigkeiten jetzt nach Brandenburg gekommen sind, was haben Sie konkret - - Also, was würde man heute dem Verfassungsschutzpräsident Förster noch zuschreiben, was er damals gemacht hat, um an dieses Problem ranzugehen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, ich war damals beim Generalbundesanwalt neben dem Pressesprecherjob auch damals für Spionage zuständig. Es gab auch ein Referat für Rechtsterrorismus, weil Rechtsterrorismus hat es ja leider auch in der Vergangenheit gegeben; Stichwort „Deutsche Aktionsgruppen“. Das war die schlimmste rechtsterroristische Vereinigung mit zwei Morden. Ich glaube, 1980 ein Asylbewerberheim in Hamburg.

Wenn ich gewusst hätte, dass Sie mich danach fragen, würde ich Ihnen vielleicht eine befriedigendere Antwort geben können. Ein ganz wichtiger Baustein für diesen Kampf ist, dass man der Wahrheit ins Auge sieht, dass man nichts verharmlost. Ich kann mich erinnern, dass - da war ich dann aber schon Polizeiabteilungsleiter - mich frühmorgens um sieben im Büro - das ist schon in doppelter Hinsicht bemerkenswert - der Bürgermeister von Königs Wusterhausen anrief, weil ich in seine Stadt wegen dieser furchtbaren und andauernden Übergriffe eine Sondereinheit der Polizei gelegt hatte. Der über-

fiel mich morgens um sieben mit dem Satz: „Sie stigmatisieren meine Stadt“ - was soll ich dazu sagen? Weil auf etwas reagiert wurde, was er nicht wahrhaben wollte -, „Sie stigmatisieren meine Stadt“, indem ich diese Sondereinheit dahin schicke, um weitere furchtbare Taten zu verhindern. Das will ich damit sagen: den Tatsachen ins Auge sehen und nichts verharmlosen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das darf ich mal aufgreifen. Das ist ein sehr schönes Stichwort. Ich springe mal ein bisschen zurück.

Den Akten kann entnommen werden, dass der Generalbundesanwalt schon im Jahr 92, also in der Zeit, als Sie dort wahrscheinlich Pressesprecher waren -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - gegen die Gründer eines deutschen Ablegers des Ku-Klux-Klans ein Verfahren wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung führte. Hauptbeschuldigte waren der US-Chef Mahon und [REDACTED] aus Berlin, der hier eben wahrscheinlich schon mal besprochen wurde. In [REDACTED] Wohnung waren Briefe und Flugblätter sichergestellt worden, die den Verdacht begründeten, dass er bei den White Knights of the Ku Klux Klan die Stellung eines Grand Dragon begleitete. In seiner Wohnung wurden Sprengmaterialien gefunden.

Der GBA stellte das Verfahren nach knapp sieben Monaten ein, weil hinreichende Anhaltspunkte für eine Vereinigung im Sinne des § 129 a sich nicht ergeben hätten. Können Sie sich an den Fall erinnern? Waren Sie als Pressesprecher damit betraut?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann mich an die Person erinnern, aber auch aus ganz anderen Zusammenhängen später in Brandenburg, und ich kann mich an das Verfahren grundsätzlich erinnern. Aber verlangen Sie bitte von mir keine Rezension dieser Entscheidung, weil das kann ich nicht und das will ich auch nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, ich frage Sie jetzt auch eben bewusst nicht als Jurist, sondern ich habe die Freiheit - man könnte auch Komfort sagen -,

heutzutage sagen zu dürfen: War das nicht vielleicht auch verharmlosend? Denn immerhin haben vermutlich 95 Mundlos und Zschäpe mit Wohlleben zusammen an einer Kreuzverbrennung bei Jena teilgenommen. Die Bilder hat man 1996 bei Zschäpe gefunden, und NSU-Unterstützer haben dasselbe 96 noch mal in der Nähe von Johannegeorgenstadt gemacht. Also, da war eine Keimzelle oder wäre erkennbar gewesen. Der GBA hat das dann eingestellt.

Wenn Sie jetzt den Vorfall am Scharmützelsee am 09.05.1992, den Sie wahrscheinlich kennen, mit einbeziehen, als genau diese Gruppe einen Nigerianer, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dieser Mann?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - einen nigerianischen Staatsbürger, so malträtiert hat, dass das Opfer nur knapp überlebte, wenn ich das alles mit einbeziehe und dann der GBA immer noch zu der Auffassung kommt: „In dem Fall nicht unsere Zuständigkeit und in dem anderen Fall kein §-129-a-Verfahren“, und die Kombination auch nicht gesehen wird, dann würde Sie jetzt einfach bitten, dass Sie mal aus heutiger Sicht vielleicht doch Ihre Meinung dazu äußern, weil Sie nicht nur Pressesprecher waren, sondern jetzt auch Bundesanwalt sind. Wie sehen Sie das heute? Weil Sie haben eben von Verharmlosen gesprochen, was ich sehr gut finde, dass man das nicht sollte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann Ihr Anliegen sehr gut verstehen. Aber mich schützt der Verstand davor, diese Grundentscheidung der Verfahrenseinstellung hier irgendwie zu beleuchten. Das ist nicht meine Aufgabe. Das kann, will und, ich glaube, das darf ich auch nicht. Das sind im Zweifel bei § 129 a in der Regel Rechtsgründe gewesen.

Dass der Ku-Klux-Klan als solches unter vernunftbegabten Menschen der Verharmlosung gar nicht zugänglich ist, das, denke ich, versteht sich von selbst. Aber es geht natürlich in erster Linie auch um die Aufklärung, eben nicht um das Unter-den-Tisch-Kehren von Sachverhalten. Das ist eben schwierig, aber eine Pflichtaufgabe für alle, nicht nur in der Politik, sondern insbesondere auch an den Schulen, für diese Aufklärung zu sorgen. In Vorträgen habe ich immer ge-

sagt - das ist ja lange her -: Wenn der Erste mit Glatze und Bomberjacke in die Grundschule⁵¹ in Brandenburg kommt, dann muss die Lehrerin das, was sie vorhatte, zu machen, beiseitelassen und diesen Umstand problematisieren –⁵² ohne Stigmatisierung dieses Glatzköpfigen.

Das ist eine Pflichtaufgabe. Aber wer macht das? Wer hat die freiwillig angenommen?

Die Menschen sind wahrscheinlich so strukturiert, dass sie denken: Irgendwann klingelt es, und dann kommt der Kollege in die Klasse. Aber die Schule sagt, sie sind nicht Reparaturwerkstatt für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Der Staatsanwalt sagt das. Der Verfassungsschützer sagt das. Einer muss es aber machen, und keiner kann es auch alleine mit Erfolg.

Aber der Ausgangspunkt kann immer nur Bewusstseinsbildung und Bildung sein. Ich habe großen Wert darauf gelegt. Das hieß bei mir als Begriff „Verfassungsschutz durch Aufklärung“, und zwar - „durch Aufklärung“, das ist ja doppeldeutig -: richtige Erkenntnis-aufklärung, aber eben auch die Philosophie der Aufklärung mit einbezogen. Das ist dann irgendwann mal durch - - Auch auf der Bundesebene ist dieser Begriff abgeschafft worden und durch irgendwas vermeintlich Greifbareres ersetzt worden. Bei uns hieß das weiter „Verfassungsschutz durch Aufklärung“, weil ich von diesem Begriff eben mehr angemacht war.

Und wir haben uns bei wenig Menschen, weniger als 100, dafür ein eigenes Referat geleistet und haben eben auch - was wahrscheinlich nicht klassische Aufgabe ist - gute Leute in Schulen und in andere Einrichtungen geschickt, um zu werben; einfach - das fing mit ganz schlichten Sachen an -, dass man bestimmte Zeichen, die irgendwie dann modern wurden, Abzeichen in tätowierter oder sonstiger Form - - dass man den Menschen dafür die Augen geöffnet hat, was sich dahinter verbirgt, wofür die - vom Hakenkreuz ganz abgesehen, auch andere, ähnlich verwerfliche Zeichen - stehen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wir müssen halt heute als Untersuchungsausschuss die Frage klären: Hätte man Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe frühzeitig auf die Schliche kommen können? - Und da ist die Ku-Klux-Klan-Spur natürlich eine entscheidende, weil wenn man das damals ernster genommen hätte - - Da gab es

die ersten konkreten Berührungspunkte. Deswegen wollte ich Sie noch mal fragen: Das Landgericht Frankfurt/Oder hat diesen Fall mit dem nigerianischen Staatsangehörigen abgeurteilt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Acht Jahre Freiheitsstrafe.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Für den physischen Täter.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Für den S.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also der, der das Opfer fast ermordet hat.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und für [REDACTED] - [REDACTED]: Legen wir Wert drauf - auch wegen versuchten Mordes zu acht Jahren, weil er mit Sprechchören während der Tat wie Ku-Klux-Klan aufgeputscht und dirigiert habe.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kenne den Fall leider gut.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Finde ich ein beachtliches Urteil für das Landgericht Frankfurt/Oder. Und deswegen interessiert mich noch mal - der Fall scheint Ihnen ja transparent zu sein -: Mit dem heutigen nachträglichen Wissen - verstanden, klar -: Glauben Sie, dass der GBA heute wieder so urteilen würde, dass er relativ schnell sagt, wie damals: Das Verfahren mit dem versuchten Mord wollen wir nicht übernehmen, weil wir keine Zuständigkeit sehen, und das Verfahren Ku-Klux-Klan stellen wir ein, weil § 129 a nicht zieht? - Könnten Sie sich das heute vorstellen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe dazu alles gesagt. Ich kann nicht sozusagen den Zensor machen für zurückliegende Entscheidungen.

Ich kenne diesen Fall „Scharmützelsee“. Ich habe die Gründe für die Verfahrenseinstellung beim Generalbundesanwalt nicht präsent. Und, wie gesagt, das könnte nicht richtig sein, das hier zu problematisieren. Ich

⁵¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

⁵² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

habe Ihr Anliegen sehr gut verstanden, und ich kann das auch sehr gut teilen.

Es ist ja nicht so - vielleicht darf ich das sagen -, dass, wenn der Generalbundesanwalt nicht strafverfolgt, dann gar keine Strafverfolgung stattfindet. Und der Generalbundesanwalt ist ja einer, der eben Sonderkompetenzen hat. Strafjustiz ist Ländersache, es sei denn - - Und wenn also der §-129-a-Aspekt verneint wurde - vielleicht mit einer Begründung, die man heute nicht wählen würde -, dann hat aber die Strafverfolgung gleichwohl stattgefunden. Der von Ihnen Angesprochene hat acht Jahre Freiheitsstrafe wegen versuchten Mordes bekommen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja. Kennen Sie ihn aus Ihrer Zeit als Verfassungsschutzpräsident Brandenburg?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wie intensiv waren Sie denn involviert, dass er als V-Mann gearbeitet hat für den Verfassungsschutz Brandenburg?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist jetzt sehr schwierig zu beantworten. Ich fand den vor als V-Mann, als ich kam.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Darf ich kurz dazwischenfragen? - Und der war Ihnen auch sofort transparent aus 92, aus dem Verfahren, was Sie kennen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein. Nein, nein. - Ich bin im November 96 Verfassungsschutzchef in Brandenburg geworden. Und nach einer gewissen Zeit habe ich das halt - - Es gab auch keine Übergabe irgendwie, dass mir mein Vorgänger - übrigens auch ein Bundesanwalt - gesagt hätte: Also die schlimmsten Fälle sind die und die, und die größten Probleme sind da und da. Das gab es überhaupt nicht, sondern ich kam da mit meinem Vorwissen von der Bundesanwaltschaft hin - mit einem gewissen Vorteil natürlich auch, aus dem Bund dorthin zu kommen; sicherlich auch mit besseren bzw. sogar mit sehr guten Kontakten ins Bundesamt, was mir sehr geholfen hat. Auch die Mannschaft, die ich dort vorfand: Das waren ja ganz wenig gelernte Nachrichtendienstler.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Was waren das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das waren alle Berufsstände, die man sich so denken kann, vom Pastor bis zu ausgebildeten - - Einer hatte, glaube ich, Amerikanistik studiert. Also eine ganz wilde Truppe, was aber Art eigenen Charme hatte.

Die beim MfS gelernt hatten, die wollte ich nicht. Und so: Das hatte schon was. Und die Jungen waren viel - - Die liebten ihr Land Brandenburg und sahen das auch, dass das beschädigt wird durch diese Rechten.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also von denen war der aber schon angeworben, als Sie kamen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wie haben Sie es bemerkt? Also wie kommt ein Verfassungsschutzpräsident dazu, dass plötzlich der „Piato“ der [REDACTED] ist? Wie merken Sie das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja eben. Normalerweise kriegt man das am ersten Tag gesagt - insbesondere mit so einem. Und als ich den, wahrscheinlich durch irgendeinen scheinbar normalen Aktenzutrag, kennenlernte in seiner Eigenschaft als mein V-Mann, bin ich - - Ja, weiß ich nicht, welche Farbe ich angenommen habe. Also ich war entsetzt, so einen V-Mann zu haben.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und dann?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich scheue mich, das in öffentlicher Sitzung zu sagen. - Dann habe ich - - Einen Teil kann ich davon noch sagen.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Sollen wir das auch zurückstellen und dann zum späteren Zeitpunkt machen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, sehr gerne.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Außer Sie wollen die Formulierung scheuen. Aber davon gehe ich mal nicht aus.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich scheue nicht die Formulierung, sondern ich würde sehr gerne den Sachverhalt sagen, weil man hat sich das unendlich schwer gemacht, als ich den kennengelernt habe. Das fing an mit der Frage: Weiß das eigentlich der Minister? - Nein. Weiß das denn jedenfalls der Staatssekretär? - Nein, warum? Und da war ich sozusagen der Letzte, der das wusste.

Und ich habe das in einer Form dann abgearbeitet, die ich gerne sagen würde, in einer extrem ungewöhnlichen Art und Weise. Aber ich scheue mich, das in öffentlicher Sitzung zu sagen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann breche ich an der Stelle das mal ab.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Vielleicht können wir mal von rückwärts rangehen. Sie sagen immer, ob Sie es beantworten dürfen.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Herr Kollege, wahrscheinlich bloß bei der nächsten Runde.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ach so. Das ist aber schade. Es war jetzt gerade so gemütlich.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Aber das ist ein guter Cut Ihrerseits. - Dann darf ich weitergeben an die Kollegin Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Förster, ich möchte auch kurz noch mal zu sprechen kommen auf Ihre Zeit als Leiter des Verfassungsschutzes in Brandenburg und da auf etwas zu sprechen kommen, was mich sehr erstaunt hat und wo Sie, wie ich finde, wirklich erstaunlichen Weitblick bewiesen habe. Nämlich wir haben in den Unterlagen - das ist MAT A BfV-4/4, Seite 15 - eine Agenturmeldung, in der Sie vor den Gefahren durch rechtsextremen Terror warnen.

Ich will auch gerne mal daraus zitieren. Das ist vom 14. März 1998, also nachdem die drei, wie sie genannt wurden, Jenaer

Bombenbastler untergetaucht sind. Und da werden Sie zitiert:

Es gebe in der rechten Szene Personen, die bewaffnet und auch zu schweren Straftaten bereit seien, warnte der Verfassungsschützer.

Das sind Sie.

Ich sehe eine Entwicklung zum Terrorismus. Diese beschränke sich nicht nur auf durchgeknallte Einzeltäter wie den Polizistenmörder Kay Diesner. Bei Durchsuchungen seien in den vergangenen Monaten zunehmend Waffen und Sprengstoff entdeckt worden. Als Beispiele nannte Förster den Fund von vier Rohrbomben bei Neonazis in Jena und von Bombenbausätzen bei der „Kameradschaft Treptow“ in Berlin. (?)

Das ist ja wirklich sehr deutlich - und auch, wie wir jetzt ja auch wissen, sehr klar die Zusammenhänge dargestellt. Mich würde mal interessieren: Wie ist das eigentlich aufgenommen worden in Ihrem Kollegenkreis? Ist das mal erörtert worden? Es gibt ja auch Treffen zwischen den Verfassungsschutzleitern und so. Wie ist das bewertet worden?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich war immer ein untypischer Verfassungsschützer. Das hatte ich mit meinem Vorgänger gemeinsam, der auch Bundesanwalt war. Ich war auch untypisch deswegen, weil ich eine extrem rechtliche Herangehensweise gewählt habe. Das, was wir nach außen versucht haben darzustellen, wie sich der demokratische Verfassungsschutz vom MfS unterscheidet, habe ich versucht, auch nach innen zu machen, also mit striktester Rechtseinhaltung.

Es gibt unendlich viele Probleme beim Verfassungsschutz, beispielsweise natürlich dieses Mittel der V-Leute-Benutzung und -Gewinnung. Aber - - Nur, um sozusagen ein Beispiel zu zeigen - -

Dr. Eva Högl (SPD): Ich würde ganz gerne auf den Rechtsterror und die von Ihnen beschriebene Gefahr durch Rechtsterror zu sprechen kommen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, okay.

Dr. Eva Högl (SPD): Denn vielleicht, Herr Dr. Förster, wenn ich das noch nachschieben darf: Mich würde auch interessieren, ob Sie insbesondere mit dem BfV da mal drüber gesprochen haben. Denn wir haben Herrn Fritsche hier auch befragt, und Herr Fritsche hatte ja im BfV auch Informationen, dass die drei Untergetauchten mit Waffen versorgt werden, Banküberfälle begehen.

Wir haben festgestellt, dass aus dieser Information überhaupt nichts folgte und stattdessen Herr Fritsche als damaliger Vizepräsident des BfV dem damaligen Bundesinnenminister Otto Schily aufschrieb - also auch auf die Frage: Gibt es eine „braune RAF“, gibt es Gefahr durch Rechtsterrorismus? -: Ja, da gibt es zwar die drei, die sind untergetaucht, aber die sind nur untergetaucht, die begehen keine Straftaten - keine Gefahr. - Da hatten die im Übrigen schon vier Menschen ermordet.

Das heißt, es wurde nicht sehr ernst genommen die Gefahr des Rechtsterrors. Ich frage extra Sie, weil Sie ja explizit eine andere Auffassung vertreten haben. Wie haben Sie das mal erörtert mit dem BfV, mit Ihren Länderkollegen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe zu diesen dreien keine konkrete Erinnerung mehr; aber meine Sorge vor Rechtsterrorismus, die ich auch artikuliert habe, hatte sich insbesondere aus zwei Umständen gespeist: einmal aus diesem Waffenfetischismus, der alle Rechten in gewisser Weise eint, und - und das war meine Hauptsorge -, dass mehrere Rechtsextremisten auf dem Balkan gekämpft haben, im Jugoslawien-Konflikt.

Und die sind eben angelockt worden, da mit Waffen umgehen zu können und dort zu dürfen. Und ich hatte Riesensorge - da gibt es auch noch andere; ich glaube, ich habe das im *Spiegel* mal gesagt -, dass diese Leute in verrohter Form, die ja dann einen anderen Umgang da hatten mit Menschenleben, zurückkommen und diese Gewalt, die sie dort verübt haben, dann hier auch ausleben. Das war meine Sorge in dieser damaligen Zeit für Rechtsterrorismus.

Und eine weitere Sorge war, dass man bei der Frage: „Gibt es wirklich Rechtsterrorismus?“, zu sehr auf das Bild immer der RAF sieht. Das war meine weitere Sorge. Und ich habe gesagt - da gibt es auch Interviews zu -, dass man, wenn man denn schon nach Beispielen auf der linken Seite guckt,

die RZ im Auge haben möge, die immer unter dem Begriff „Feierabendterroristen“ lebten, also die eben nicht im Untergrund waren und gleichwohl schwere Straftaten begingen.

Aber für Rechtsterrorismus in der rechtlichen Form, in Form von § 129 a, kann ich jetzt keine Belege sagen. Aber das ist ja auch die unterschiedliche Herangehensweise bei den Nachrichtendiensten, die sich rühmen, Frühwarnsystem zu sein, und der Strafjustiz, die dann, wenn alle Warnungen versagt haben, zuständig wird.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich versuche es noch mal: Waren Sie denn der Einzige im Kreis der 16 bzw. - plus BfV - 17, oder hatten Sie da auch Unterstützung?

Und vielleicht schiebe ich auch gleich noch mal die Frage nach: Dann waren Sie ja im Bundesinnenministerium. Die Frage kam ja auf vom damaligen bayerischen Innenminister Günther Beckstein - „braune RAF“ - nach dem Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum, Wiese. Ist Ihnen das denn in Erinnerung, dass das damals diskutiert wurde, und waren Sie da auch mit befasst?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wiese war, glaube ich, später.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das war nicht 98. Aber im Zusammenhang wurde ja dann 2003 - ich habe davon gesprochen - die Frage erörtert: Gibt es rechtsextremen Terror, und gibt es so was wie eine „braune RAF“? Und daraufhin wurde ja diese falsche Bewertung auch dem damaligen Bundesinnenminister Otto Schily aufgeschrieben. Waren Sie da auch mit befasst? Können Sie sich daran erinnern? Und haben Sie eine andere Auffassung vertreten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, ich war da bestimmt mit befasst qua Aufsicht über das Bundesamt. Dass es keinen gerichtsfesten Nachweis für Rechtsterrorismus seinerzeit gab, ich denke, dass das die herrschende Meinung gewesen ist. Sonst wäre das von der Quelle BfV nicht dem Minister so aufgeschrieben worden: keine gerichtsfesten Belege. Aber das hat nichts damit zu tun, dass es nicht Anhaltspunkte für - - Und das ist ja die Aufgabe vom Nachrichtendienst, vom Inlandsnachrichtendienst, zu beobachten, ob es sozusagen Keimlinge gibt für ein Entstehen davon. Denn dass es Rechtsterrorismus gab, das weiß jeder. Und es gab nicht

nur die „Deutschen Aktionsgruppen“⁵³ als terroristische Vereinigung, die dann eben auch vom Generalbundesanwalt bearbeitet werden konnten, sondern es gab ja auch jede Menge Einzeltäter. Der Kay Diesner ist ja schon angesprochen worden.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe Sie extra danach gefragt, weil Sie ja 98 so weitsichtig waren, auch gerade unter Bezugnahme auf die untergetauchten drei aus Jena vor dem Rechtsterrorismus zu warnen, während dann fünf Jahre später der Vizepräsident des BfVs ja dem Bundesinnenminister aufschreibt - auch wieder unter Bezugnahme auf die drei aus Jena; wohl wissend, dass die zwischenzeitlich mit Waffen versorgt wurden -: Ja, das wissen wir zwar, aber da droht keine Gefahr. - Deswegen habe Sie extra danach gefragt, weil das ja doch eine ganz andere Einschätzung ist, und wollte auch gerne wissen, ob Sie damit befasst waren und ob Sie das fortlaufend vorgetragen haben, dass Sie diese Gefahr sehen. - Okay.

Dann komme ich noch mal auf einen anderen Gesichtspunkt zu sprechen, der mich auch sehr interessiert, und zwar die Übernahme durch das Bundeskriminalamt im Jahr 2006, also die nicht erfolgte zentrale Ermittlungsführung durch das Bundeskriminalamt. Wir haben darüber hier im Untersuchungsausschuss schon mit einigen Zeugen diskutiert und die Unterlagen sehr intensiv studiert. Es gab ja nach dem neunten Mord dann im Frühjahr 2006 die Diskussion, ob das Bundeskriminalamt die Ermittlungen zentral leitet und übernimmt. Waren Sie in diese Diskussion eingebunden? Wenn ja, wie und was war da Ihre Position?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich war eingebunden; denn Ausgangspunkt waren diese Taten 8 und 9 Anfang April 2006. Ich war seit April in der Polizeiabteilung des BMI. Und der Ausgangspunkt war, denke ich, dass der BKA-Präsident in der Nachrichtendienstlage dazu vorgetragen hatte und da ins Spiel gebracht hatte die zentrale Ermittlungsführung durch das BKA. Im Ergebnis war es dann so, dass der Vizepräsident Falk zu mir kam zu einer Besprechung zu dieser Thematik und ein Papier dann auch im Ergebnis verfasst hat mit einer Darstellung der Situation unter der Überschrift „Ceska-Morde“ mit einem, ich sage mal, Plädoyer für die Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes.

Sie haben mich nach meiner Position dazu gefragt. Ich hatte für die Zuständigkeit, Bund oder Land, ein bestimmtes Vorverständnis, weil das für mich nicht ganz fremd war, und zwar geht dieses Vorverständnis zurück in die Zeit bei der Bundesanwaltschaft, als ich das erste Mal dort war und eben Pressesprecher des Generalbundesanwalts Rebmann war. Es gab in Bayern drei große RAF-Anschläge, und zwar 1985 und 86 die Ermordung des Vorstandsvorsitzenden von Siemens, Beckurts, und seines Fahrers Groppler und des MTU-Vorstandes Zimmermann und dann noch den Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau. Und den Ermittlungsauftrag in Sachen Beckurts und Groppler hat das BKA gekriegt. Alle anderen Ermittlungsaufträge hat das Bayerische Landeskriminalamt gekriegt, also Zimmermann und NATO-Schule Oberammergau - übrigens auch für den Oktoberfest-Anschlag mit 13 Toten auch das Bayerische Landeskriminalamt.

Und ich sage das deswegen als Vorverständnis, weil ich von dem Generalbundesanwalt Rebmann gehört habe und unterrichtet war, wie schwierig es ist, ein großes Landeskriminalamt nicht zu beauftragen, sondern das BKA nach einem solchen großen Anschlag. Große Landeskriminalämter waren jedenfalls Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die Argumentation war immer: Wir halten diese großen und leistungsfähigen Ämter vor, und wenn dann eine große, schlimme Tat passiert, dann gebt ihr das dem Bundeskriminalamt. - So habe ich Rebmann noch im Ohr.

Und er, der Generalbundesanwalt, ist ja eigentlich völlig frei, was die Erteilung des Ermittlungsauftrags anbelangt. Er ist Herr des Ermittlungsverfahrens. Er hat die Sachleitungsbefugnis - §§ 160, 163 StPO. Und eine Vorschrift im BKA-Gesetz spricht auch die Ermittlungserteilung durch den Generalbundesanwalt an: § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3. Und die beiden anderen Varianten, darüber reden wir ja noch. Ohne jede Voraussetzung, völlig voraussetzungslos kann der Generalbundesanwalt das BKA beauftragen. Aber es gibt gewisse Zwänge, auch die anderen zu bedenken, und zwar weil alle Vorschriften auszulegen sind im Lichte des Grundgesetzes. Und da ist es nun mal so, dass die Polizeizuständigkeit die Regel ist bei den Ländern.

Sie haben mich gefragt zu dem Gespräch mit Herrn Falk. Das war das eine, was mir

⁵³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

durch den Kopf gegangen war vorher. Und zum anderen hatte ich mich auf das Gespräch vorbereitet, indem ich mir einen Kommentar genommen habe zum BKA-Gesetz. Und ich weiß diese eher ungewöhnliche Vorbereitung deswegen so genau, weil das in der Abteilung für Verwunderung sorgte, dass einer einen Kommentar zum BKA-Gesetz haben wollte. Das war gar nicht so einfach, den zu beschaffen.

Dr. Eva Högl (SPD): Das finde ich aber bemerkenswert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war ein mir gut in Erinnerung befindliches Erlebnis. Für so einen Justizjuristen war das eher ungewöhnlich.

Was wollte ich mit dem Kommentar? Ich wollte Fallbeispiele finden für beide Möglichkeiten, das BKA zu beauftragen - als Vorbereitung für das Gespräch mit Herrn Falk.

Das Gespräch fand dann statt, und er hat dann, ich glaube, zehn Seiten zusammengeschrieben die Sichtweise des BKA pro Ermittlungsauftrag ans BKA. In den Zeitungen habe ich nach seiner Vernehmung hier gelesen, dass er das als Anregungsschreiben bezeichnet hat. Das war auch so. Aber ich glaube, es war, um den Begriff aufzunehmen, eher eine Kettenanregung, weil es war nämlich die eindeutige Präferenz in dem Schreiben dafür, dass die erste Variante von den drei Varianten, die das BKA-Gesetz für die Auftragserteilung, nicht für die originäre Zuständigkeit, sondern für die Auftragserteilung - - gewählt werden soll, nämlich dass die zuständige Landesbehörde darum ersucht - und das wäre also Bayern -, und nicht die zweite Variante, dass der Bundesinnenminister aus eigener Vollkommenheit das anordnet, was die zweite Variante ermöglicht bei schwerwiegenden Gründen und nach Unterrichtung des Landes.

Aber dieses Vorverständnis, das ich beschrieben habe, das spielt natürlich auch für diese Frage eine Rolle. Und es wird auf die Spitze getrieben dann, wenn man im laufenden Verfahren die Zuständigkeit der Polizei wechselt vom Land zum Bund. Und es hängt natürlich auch - was aus Ländersicht auch nicht gerade sehr gerne gesehen wird - an der Auftragszuständigkeit die dann damit einhergehende Weisungsbefugnis gegenüber dem Landeskriminalamt. Das ergibt sich aus dem § 4 der gleichen Vorschrift.

Dieses Schreiben endete dann mit der Präferenz für die Erteilung des Ermittlungsauftrags ans BKA - aber nicht durch Anordnung des Bundesinnenministers, sondern durch Ersuchen von Bayern, das ja hauptbetroffen war mit diesen fünf furchtbaren Taten. Und das BKA - das ist auch beschrieben - war ja beteiligt seit längerem durch die Strukturermittlungen führende Ermittlungsgruppe „Ceska“. Und es war vereinbart, dass dann am Rande der IMK, die kurz bevorstand - - Das Schreiben war, ich glaube, vom 20.04., und am 4. und 5. Mai war in Garmisch die IMK. Am Rande der IMK sollte darüber gesprochen werden. Und das ist das Ende dieses Schreibens, in dem es auch heißt, dass der Herr Ziercke selber daran teilnehmen würde.

Im Übrigen - der Vollständigkeit halber muss man das auch sagen -: Die Überschrift lautete: Bundesweite Mordserie unter Nutzung derselben Waffe mit vermutetem OK-Hintergrund. - Das war halt die Erkenntnislage zu der Zeit - der vermutete OK-Hintergrund, der dann auch beim BKA den Hintergrund bildete, seine eigene Zuständigkeit ins Gespräch zu bringen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bevor jetzt die FDP-Fraktion das Wort erhält, wollte ich Sie fragen, ob Sie einverstanden sind, wenn Herr Binninger kurz berichtet, der mich eben begleitet hat in den Auswärtigen Ausschuss zu den Unterlagen der Generalbundesanwaltschaft zum Thema Förster, die wir uns eigentlich angucken wollten; wir haben dann doch noch andere Sachen dort gefunden. Ist das in Ordnung? - Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich berichte kurz und will es dann auch mit einer konkreten Frage an Sie verbinden, Herr Förster. Es ging ja eigentlich um den Vermerk aus dem Hause GBA in der Angelegenheit. Der war nicht bei den Unterlagen, die wir haben. Den haben wir also nicht gefunden. Also, der muss entweder noch bei Ihnen sein, oder vielleicht kommt er noch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also bitten wir Herrn Christeleit, sicherzustellen, dass er uns zugeleitet wird. Der ist von vorliegenden Beweisbeschlüssen auf jeden Fall umfasst.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir haben aber die Unterlagen noch mal gesichtet,

die eben da sind, die auch ja aktualisiert wurden, insbesondere auch, nachdem Sie die Akten einsehen konnten beim BMI und, glaube ich, auch beim BfV, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - und sind - so weit kann ich es ja jetzt vortragen, ohne es zu sehr zu problematisieren - auf einen Vermerk von Ihnen selber gestoßen vom 27. September 2012, wo Sie das Ergebnis Ihrer Aktensichtung auch noch mal zusammenfassen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Im BMI.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Im BMI, genau.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Den habe ich im BMI geschrieben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau. Unter Aufsicht; das ist ja alles so weit erklärt, dass Sie nie allein waren usw. - In diesem Vermerk, wo Sie quasi ja die für Sie essenziellen Aktenfundstellen beschreiben, weisen Sie auf eine Aktenfundstelle hin, die Sie entdeckt haben. Die bezieht sich auf 19. Januar 2002. Dort hat im BMI eine Besprechung stattgefunden zur Quellenproblematik, und zwar mit dem BMI, dem BfV, einigen Landesämtern für Verfassungsschutz und den Prozessvertretern. An dieser Besprechung, von der ich stark vermute, dass es die ist, an die Sie sich auch erinnern, haben Sie selber teilgenommen und haben am 28. Januar, also neun Tage später, eine Ministervorlage über das Ergebnis dieser Besprechung gemacht, an den Minister. In dieser Ministervorlage beschreiben Sie erst mal die Zahl der V-Leute, die das BfV hat auf den verschiedenen Ebenen, und nennen auch - die sind geschwärzt - zwei Namen von V-Leuten, die in Thüringen im Einsatz waren. Welche das jetzt sind, wissen wir nicht, weil es geschwärzt ist.

Aber was uns jetzt ein bisschen wundert, ist, warum Sie uns das a) nicht erzählt haben - das war ja Ende September, als Sie das selber noch mal aufgeschrieben haben als Ergebnis Ihrer Aktensichtung - und dass Sie eine Ministervorlage gemacht haben mit zwei Namen von V-Leuten unter anderem

drin. Das heißt, das könnte ja der Quell der Erinnerung sein.

Und meine Frage wäre jetzt an Sie noch mal: War von diesen beiden Namen einer der beiden Namen Wohlleben? Doch wahrscheinlich nicht. Sonst hätten Sie ja jetzt in den Akten das Fundstück gehabt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Diese Besprechung hatte mit der Besprechung, die Gegenstand meiner Erinnerung ist, für diese Namen gar nichts zu tun. - Noch mal, damit ich - - Weil ich habe das, was ich selber diktiert habe im BMI, vorliegen.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Und da sind keine - - Ich habe da keine Namen genannt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): In dem Ursprungsvermerk an den Minister damals schon.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay, das mag sein. Aber das ist nicht meine Erinnerung an diese beiden Nachnamen. Ich kann mich an diese Besprechung sehr gut erinnern. Da waren auch Prozessvertreter dabei. Da ging es darum, sozusagen einen Schlusstrich zu ziehen: Haben wir nun endlich alle V-Leute, vor denen wir - - Ist das jetzt sozusagen ein Summenstrich, dass nicht noch weitere V-Leute auftauchen, von denen wir nichts wissen, um damit gegenüber dem Gericht umgehen zu können?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das haben Sie ja vorher nicht so erzählt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, weil ich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Förster, ich kann mich nicht erinnern, dass Sie hier davon berichtet haben, dass bei der Besprechung auch Prozessvertreter dabei gewesen seien.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Das sind auch zwei verschiedene Veranstaltungen. Diese Veranstaltung, die jetzt angesprochen ist, ist nicht die Veranstaltung, bei der ich dieses Papier mit den farbigen Strichen gesehen habe. Das sind zwei ganz verschiedene Sachen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Das heißt, die Besprechung, an die Sie sich erinnern, ist nicht die Besprechung vom 19.01.2002, an der Vertreter BMI, BfV, eini-ger Landesämter für Verfassungsschutz und Prozessvertreter teilgenommen haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Nein, nein. Ganz eindeutig nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie wissen doch nicht mehr genau, wann die Besprechung stattgefunden hat. Also, Sie schließen gleichwohl aus, dass es diese Be-sprechung am 19.01. war?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil ich weiß, dass die nicht im - - Also, ich sehe den Kreis vor mir. Und ich weiß jetzt nicht genau, wo die stattfand. Aber die fand nicht in unseren Diensträumen statt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber wie viele Ministervorlagen zum Thema „V-Leute des BfV in Thüringen“ haben Sie denn erstellt außer der am 28.01. im Nachgang zu der Besprechung am 19.01.2002?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe diese erwähnt, weil ich habe ja gesucht nach diesen zwei Namen. Und ich habe diese erwähnt, weil Wohlleben und Thürin-gen eine Rolle spielten. Deswegen habe ich darauf hingewiesen, dass das BfV im Grund-satz jemanden hat in Thüringen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber, Herr Förster, bei allem Verständnis: Ich habe mich ja vorhin - ich habe es ja gesagt - fast pedantisch abgemüht, den Zeitlauf irgendwie dort nachzuvollziehen. Das war jetzt Wissen, das Sie hatten, das ist gerade mal acht Wo-chen alt. Das hätten Sie doch sagen können, dass es eine Besprechung gab, wo es auch um V-Leute, um Quellen ging, wo Sie gerade gesagt haben, da sollte doch mal ein Schlusstrich gezogen werden, dass wir de-finitiv wissen: Wer war jetzt V-Mann und wer nicht? Und dass Sie über den Verlauf dieser Besprechung eine Ministervorlage machen, in der Sie die Klarnamen der V-Leute auch nennen im Jahre 2002 - -

(Dr. Eva Högl (SPD): Aber Herr Kollege, das haben wir doch in den Unterlagen! Das wissen wir doch! Das haben wir doch gelesen!)

- Das haben wir ja gerade aber noch mal entdeckt. Aber es ging ja um die Suche nach der Besprechung. Er hat davon nichts er-zählt.

(Dr. Eva Högl (SPD): Wir haben auch nicht gefragt!)

- Ja, mein Gott, wir fragen nicht alles; aber das ist ja entscheidend.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe versucht, das plausibel zu machen. Es gibt noch mehr Vorlagen im NPD-Verfahren an den Minister. Das ist doch ganz selbstver-ständlich. Aber diese Vorlage als solche hatte nichts mit dem Papier mit den beiden Namen zu tun. Wenn ich schon den V-Mann Wohlleben -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich mal kurz unterbrechen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - nicht gefunden habe in den BMI-Unterlagen, dann habe ich jedenfalls - und habe das angeführt zur Plausibilität von meiner Erinnerung - da mal gefunden - und nun dummerweise mit meinem eigenen Briefkopf als Zusammen-fassung einer Besprechung -, dass das BfV unter anderem in [REDACTED] aktiv war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Da stehen auch die Namen ungeschwärzt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich jetzt nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber davon abgesehen, Herr Förster: Sie heben so stark ab auf dieses Bild dieser Übersicht DIN A3 oder DIN A4. Entscheidend ist doch: Das, was Sie in der Ministervorlage vom 28. Januar 2002 an den Minister geschrieben haben - welche Leute sind wo V-Mann -, kann ja kein anderes Ergebnis haben als die Übersicht. Und wenn in dieser Ministervor-lage der Name Wohlleben nicht auftaucht, kann er auch nicht auf der Übersicht auftau-chen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich mal eine Frage stellen?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich mal fragen? Der Zeuge hat ja eben ausgesagt, dass das, woran er sich erinnert, die Besprechung des engeren Kreises danach war zeitlich, nämlich als das - -

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU))

- Nein, er hat beschrieben - - Ich gebe jetzt nur das wieder, was der Zeuge beschrieben hat. Er hat gesagt: Die Anträge sind gestellt worden. Dann hat das Bundesverfassungsgericht 14 Auskunftspersonen befragt. Und dann entstand eine kritische Situation, weil eine Auskunftsperson um eine Aussagegenehmigung ersucht hat und weil sie V-Person war. Und dann gab es offensichtlich danach eine Besprechung, an die er sich erinnern kann, mit dem engsten Kreis, wo abgeglichen werden sollte, welche V-Männer, V-Frauen es gab.

So habe ich das verstanden. Ich will einfach nur verstehen, was Ihr Problem jetzt ist. Diese Besprechung liegt ja zeitlich davor. Die ist ja vom 19. Januar, und die Leitungsvorlage ist von Ende Januar. Also nur, damit ich verstehe, was jetzt Ihr Punkt ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Leitungsvorlage bezieht sich ja auf diese Besprechung, wo es um die Quellenthematik geht. Und jetzt fragen wir uns ganz ernsthaft - -

Dr. Eva Högl (SPD): Der Zeuge sagt, es sind zwei verschiedene Besprechungen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da habe ich aber meine Zweifel.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Es hat doch
mehrere gegeben!)

Was glauben Sie, wie viele Besprechungen es gibt, wo man offen über V-Leute redet und danach den Minister informiert? Das macht man wahrscheinlich ein Mal.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn es eine Ministervorlage gegeben hat am 28.01.2002, die der BMI offenkundig Ihnen, Herr Dr. Förster, als Sie im Ministerium waren, nicht noch einmal vorgelegt hat, wo geschrieben wird: „Aus Quellenschutzgründen kann das nicht vorgelegt werden“ - es wird aber versichert, Wohlleben sei nicht genannt -, dann ist es ja sehr unwahrscheinlich,

dass nach dem 28.01.2002 bei einem laufenden NPD-Verbotsverfahren Herr Wohlleben, wenn er auf dieser Liste nicht auftauchen sollte, noch erworben worden wäre. Wenn er am 28.01. nicht bei den Klarnamen bei der Ministervorlage auftaucht, ist es nicht besonders plausibel, dass er an anderer Stelle in den kommenden Wochen noch mal genannt worden sein könnte.

Ich will nur Folgendes sagen: Ich halte es für völlig unabdingbar, Herr Reinfeld, dass den Obleuten, Herrn Stracke und mir die Seiten 0005 und 0012 aus MAT A BMI-5/97 in Treptow vorgelegt werden - und die Ministervorlage im Original. Sonst werden wir diese Frage hier auch in Wochen nicht geklärt haben. Ich erhoffe mir davon wirklich ein bisschen Klarheit. - Herr Reinfeld.

MR Richard Reinfeld (BMI): Um das mal ganz kurz noch aufzuarbeiten: Das ist kein Thema. Also, Sie haben konkret jetzt entsprechende MAT-Vorlagen gegeben. Wir haben doch hier als Ausgangspunkt den Vermerk des Herrn Förster. Daraus ergibt sich ganz klar, dass er Einsicht in diese entsprechenden Vorlagen genommen hat.

Zur Konkretisierung: Auf Seite 1 dieses Vermerkes, da geht es einmal um die Ministervorlage vom 28.01.2002, und dann geht es um die Vorlage für ein Pressehintergrundgespräch vom 15.07.2002. Frau Dr. Högl hat uns beim letzten Mal ja gebeten - und wir sind dem ja auch nachgekommen bis zu einem gewissen Grad -, dass wir Anlagen, die Sie noch nicht bekommen haben, Ihnen zukommen lassen. Wir haben das entsprechend gesichtet - genau wie Sie das akribisch uns ja auch vorgegeben haben - und haben festgestellt im Abgleich von diesen Anlagen die Folgeanlagen - darum geht es ja - und haben uns das angeschaut. Und genau wie Herr Förster vorgetragen hat: In diesen beiden Vermerken kommen die beiden besagten Namen nicht vor. Da kommen andere Quellennamen vor. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen - und so haben wir das im Übersendungsschreiben ja auch hinreichend deutlich gemacht -, dass wir diese Quellen alle schwärzen müssten, haben aber auch das Testat abgegeben, dass die beiden besagten Quellennamen eben nicht da sind, und haben gedacht, dass das doch ausreichend sein müsste, um dem hier Genüge zu tun.

Das entzieht uns nicht der Pflicht, die der Abgeordnete Wieland vorhin geäußert hat,

die Quellenthematik grundsätzlich abzugleichen, weil das natürlich nur eine Abschnittsbetrachtung ist. Man könnte sogar sagen: Vielleicht ist das ja ein Teilergebnis von dem, was als Aufgabenstellung da gelaufen ist.

Aber der Punkt ist: Wir haben entsprechend die Anlagen zugeliefert in den letzten Tagen und haben bei diesen beiden Vermerken gesagt: Es macht keinen Sinn, weil das so geschwärzt wäre wegen dieser anderen Quellennamen, dass Sie damit nichts anfangen können. - Aber wir haben das Testat abgegeben, dass die beiden Namen eben nicht mit dabei sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Frage ist, ob das dem Ausschuss reicht.

MR Richard Reinfeld (BMI): Ich wollte das ja nur noch mal erörtern, um das in Ihre Entscheidungsfindung mit einzubinden. Selbstverständlich können wir das auch noch im Treptow-Verfahren nachlegen. Aber unser entsprechendes Testat steht. Sie haben auch einen Ermittlungsbeauftragten, Herr Ausschussvorsitzender, eingesetzt. Dem könnten wir das sonst auch zukommen lassen. Aber, wie gesagt - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Nein, das haben wir noch nie gemacht! Dem Ausschuss vorlegen!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Allerdings, ja.

MR Richard Reinfeld (BMI): Ich sage ja: Es sind andere V-Leute. Wir haben die geschwärzt. Und die beiden Besagten kommen nicht vor. - Deswegen wollte ich das nur noch mal hier kurz vortragen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich darf vielleicht noch ergänzen, was die Termine anbelangt: Der Termin dieser Ministervorlage steht ja fest, weil es halt eine Vorlage ist. Was aber nicht feststeht, ist der Termin, an dem ich dieses Papier gesehen habe mit den zwei Namen, an die ich mich erinnere. Der Termin steht nicht fest. Ich habe versucht - ich bin auch schon im BMI danach gefragt worden -, ihn einzugrenzen, und habe gesagt: jedenfalls nach Einreichung der Anträge. Der letzte Antrag ist eingegangen beim Verfassungsgericht am 30.03. Und dann ist die V-Mann-Problematik halt immer virulenter

geworden. Und von daher ist das einzugrenzen, aber nicht auf Tage oder sogar Monate.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Waren da Ländervertreter dabei bei der Besprechung, an die Sie sich erinnern?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Bei der Besprechung, wo es um das Papier geht mit den zwei Namen, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie wissen jetzt nicht, wer dabei war, aber Sie wissen, wer nicht dabei war?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ich habe ja gesagt: Der harte Kern war dabei vom BMI und einer von den beiden, die unsere Verbindungs- und Zulieferer vom BfV waren. - Das habe ich die ganze Zeit gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dem können wir ja nachgehen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: [REDACTED] oder Cremer und die, ich glaube, fünf vom BMI, aber vielleicht auch nur vier. Das sind zwei verschiedene Sachverhalte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. - Wir müssen, denke ich, im Rahmen einer Beratungssitzung dann klären, ob wir noch ergänzende Anforderungen haben Richtung BMI.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Vielleicht darf ich noch -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Förster.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - zur Gebrauchsanweisung für das, was ich im BMI aufgeschrieben habe, sagen: Ich habe mich natürlich bemüht, alle Fundstellen, wo der Wohlleben überhaupt eine Rolle spielte - mit anderen Worten: dass der von Interesse war, in welcher Funktion auch immer -, zu benennen, weil das ist ja für meine Argumentation nicht unwichtig. Und für den anderen habe ich das genauso gemacht, und beim BfV dann auch. Und so kommt es eben, weil - - Beisitzer im Landesvorstand der NPD in Thüringen war Ralf Wohlleben; so heißt es in diesem Vermerk. Und dann ist es aus meiner Sicht schlüssig, wenn man sagt, dass

das BfV in Thüringen Quellen führte, weil dann ist es ja vielleicht eine Möglichkeit. Das war der Grund.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen denn Ihre Ministervorlage noch mal gezeigt worden im September im BMI?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja. - Nein, mir sind nicht einzelne Stücke gezeigt worden, sondern mir sind zehn Leitz-Ordner hingestellt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist die Ministervorlage vom 28.01.2002 Ihnen in ungeschwärtzter Fassung vorgelegt worden, als Sie im BMI waren im September?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Die habe ich selber gefunden in diesen Ordnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ungeschwärtzt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke, ja. Aber das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Tauchte da der Name Wohlleben auf? Also, das ist eine - - Ich habe es ja eben gerade gesehen. Da sind Namen genannt - die sind alle geschwärtzt -, in welchen Landesvorständen das Bundesamt für Verfassungsschutz V-Leute hat und um wen es sich bei den V-Leuten handelt. Das wird auch bei [REDACTED] namentlich benannt. Ist Ihnen dieser Vermerk ungeschwärtzt vorgelegt worden, und stand da der Name Wohlleben drauf?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wenn der Wohlleben da draufgestanden hätte, hätte ich das bestimmt aufgeschrieben. Ich habe geschrieben:

Aus einer Ministervorlage von mir vom 28.01.2002 ...

Und weil die Bände nicht nummeriert sind, wie das für Staatsanwälte sonst üblich ist, konnte ich nicht die Fundstelle sagen, sondern habe geschrieben: Band 5, hinteres Fünftel - also dass man nicht vorne sucht, sondern hinten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber die haben Sie gesehen, Ihre eigene Vorlage?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster:

Aus einer Ministervorlage von mir ... ergibt sich, dass BfV [REDACTED]

als Quellen führte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ja. Aber in der Ministervorlage scheinen ja wohl auch Klarnamen gestanden zu haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das muss man da halt sehen. Aber wenn der eine oder der andere da dringestanden hätte, dann hätte ich das bestimmt vermerkt.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wann?)

Sondern mir ging es um den Grundsatz, dass das BfV und nicht nur das LfV dort vertreten war. Das hatte ich das Bedürfnis,⁵⁴ damit kundzutun.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. Wir müssen nachher noch eine ganz kurze Beratungssitzung machen, glaube ich. - Dann fahren wir aber erst mal mit Ihrer Befragung fort, wenn Sie einverstanden sind. Herr Christeleit kümmert sich darum, dass wir den Vermerk von Weingarten und Diemer nachgeliefert bekommen. - Und das Frage-recht hat jetzt die FDP-Fraktion. Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich will noch mal kurz anschließen. Also wann - das können Sie nicht einordnen? - war der Vermerk, dass der [REDACTED] sind, zu welchem Zeitpunkt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht. Das ergibt sich aus dieser Vorlage. Das wird da ja drinstehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gut. Weil - - Und vorhin sagten Sie: Ralf Wohlleben als Beisitzer im Landesvorstand der NPD Thüringen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Meiner Kenntnis nach war er nie Beisitzer, sondern stellvertretender Landesvorsitzender ab 2002.

⁵⁴ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU))

- Bitte? Wohlleben. Das überschneidet sich ein bisschen bei einigen.

Ich möchte noch mal auf 98 zurückkommen. Lassen wir den anderen Fall weg. Sie sind damals ja sozusagen Chef des Verfassungsschutzes. Am 26.01. taucht das Trio unter. Am 28.01.98 gehen die Haftbefehle raus und auch die Fahndungsunterlagen. Sind bei Ihnen die Fahndungsfotos oder der Fahndungsauftrag eingetroffen? Ist Ihnen das noch erinnerlich?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe daran keine Erinnerung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Bitte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe daran keine Erinnerung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ach so. - Dann haben Sie am 14. März gesagt: „Ich warne“ - - oder „Wir müssen aufpassen, dass es keinen Rechtsterrorismus gibt“, was wir vorhin hier behandelt haben. Und am 25.08. des gleichen Jahres schreibt der Rechtsextremist Jan W. laut Schäfer-Bericht an ein Handy, das zum Ministerium des Innern des Landes Brandenburg gehört, eine SMS und fragt:

„... was ist mit den Bums“

Das ist wohl an das Handy gegangen des vorhin schon benannten „Piato“, und der hat das ja auch sofort Ihnen mitgeteilt.

Ist das so weit richtig, was ich erzähle?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass mir jemand was mitgeteilt hat, ist bestimmt nicht richtig. Ich kenne diesen Sachverhalt aus der Zeitung. Und - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Aus den Akten!)

- Wie bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aus Aktenauswertung doch in Form des Schäfer-Berichts. Das ist mehr als Zeitungswissen, viel mehr.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber den muss *ich* ja nicht kennen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Jetzt geht ja
wirklich alles durcheinander! Dran
ist der Kollege Kurth! Und es wird
hier aneinander vorbei geredet! Das
ist kaum noch erträglich!)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein. Also, Sie sagen einfach das, was Sie wissen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ist ja klar.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und mehr brauchen wir ja nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber vielleicht als Obersatz: Ich habe nicht gewusst, dass Sie mich in meiner Eigenschaft als Brandenburger Verfassungsschutzchef befragen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wo Sie einmal da sind, machen wir das gleich mit. Ist doch schön.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe gar kein Problem damit. Soweit ich das kann, mache ich das. Ich hätte natürlich, wenn ich das gewusst hätte, auch dort meine Zeugenpflicht insofern erfüllt, als dass ich mir die Akten vorher angesehen hätte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber ganz grundsätzlich: Sie sind damals als Leiter der Behörde über Anwerbungen und Führung von V-Leuten informiert gewesen, über jeden einzelnen V-Mann?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das denke ich schon. Und ich habe zum Beispiel bei dem „Piato“ Einfluss insofern genommen, als ich dafür gesorgt habe, dass die Treffen mit dem durch *zwei* Menschen vom Landesamt für Verfassungsschutz wahrgenommen wurden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): So. Und der „Piato“ hat diese SMS erhalten. Ist es eigentlich üblich in Brandenburg, dass die V-Männer auch Handys bekommen durch das Ministerium?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich eben nicht. Das können Sie auch nicht sozusagen mir in den Mund legen, dass

„Piato“ diese Nachricht bekommen hat. Ich weiß es nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, auf jeden Fall hat dann das Land Brandenburg, soweit man das erkennen kann, Thüringen und Sachsen informiert, wegen des Bums, sozusagen als Waffe. Jetzt ist aber folgende Frage: Der Schäfer-Bericht vermerkt, dass das Thüringer Landesamt, also das LKA, darüber nicht informiert worden ist. Und die haben ja nun zu dem Zeitpunkt sehr intensiv auch mit Zielfahndung usw. nach denen gesucht und auch die Frage gestellt: Werden Waffen besorgt? - Können Sie sich erklären, warum das LKA davon nichts wusste?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann immer nur was erklären, was ich auch weiß. Und ich weiß über diesen Sachverhalt wirklich nichts. Heute weiß ich darüber nichts.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): In einem *Stern*-Artikel heißt es, die Brandenburger hätten aus Quellenschutzgründen darum gebeten, es im Nachrichtendienst zu belassen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann dazu aus aktueller Erinnerung wirklich nichts sagen, weil ich es nicht weiß. Ich habe das alles gelesen. Aber ich habe nicht in die Akten gesehen, ob und wie ich involviert war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der „Piato“ war nicht rein zufällig auch auf der Liste drauf, über die wir vorhin gesprochen haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wo ich die beiden Namen - - Nein. Also, das wäre mir ja nun bestimmt aufgefallen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und Sie sagten vorhin, es sei Ihr V-Mann. Zitat: „Als mein V-Mann“, haben Sie vorhin gesagt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, dass der eben V-Mann des Amtes, dessen Chef ich dann wurde, war, als ich kam.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber im Sinne von: Sie tragen die Verantwortung

als Behördenleiter, aber Sie sind nicht der V-Mann-Führer oder so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, natürlich in dem Sinne; ja, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie ist denn das eigentlich: Haben Sie auch selber V-Männer geführt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie V-Männer geführt? Nur mal so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich in Person?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, Sie in Person.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Aber, wie gesagt, ich habe bei dem dafür Sorge getragen, dass der dann durch zwei - - dass die Treffs mit zwei Personen des Verfassungsschutzes stattfanden; einer davon sogar vom höheren Dienst, mit dem ich⁵⁵ da nicht so reichlich gesegnet war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Kollege Wieland wird sich über die nächste Frage von mir sehr freuen: die Zusammenarbeit mit Thüringen und vor allen Dingen auch mit Herrn Roewer. Haben Sie denn Herrn Roewer mal selber gesprochen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube, dass ich den bei diesen sogenannten Amtsleitertagungen gesehen habe.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. In Thüringen wurde ja das Verfassungsschutzamt gewissermaßen sehr kreativ umgebaut. Haben Sie so was verfolgt? Oder hat Sie das nicht weiter tangiert, das Projekt in Thüringen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dazu weiß ich nichts.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Herr Kurth, wir würden dann zum Schluss kommen.

⁵⁵ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es gibt ja zwei unterschiedliche Strukturen von Verfassungsschutzämtern: einmal die Abteilungslosung - das ist ungefähr fifty-fifty in Deutschland - oder eigenständige Ämter. Und zum Teil habe ich das auch erlebt, dass gewechselt wurde. Also, in meiner Zeit ist, glaube ich, in Magdeburg gewechselt worden von der einen Variante in die andere.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na gut; dann wechseln wir.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Das Fragerecht wechselt nun zur Fraktion Die Linke. Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Förster, ich wundere mich ein bisschen, dass Sie sich wundern, dass wir nicht nur zu dem Vorgang „dienstliche Erklärung“ hier Fragen haben, weil, ich gestehe, bevor ich im September an einem Freitagabend Kenntnis von dieser dienstlichen Erklärung bekam, war ich fest davon überzeugt, dass wir mindestens einen ganzen Tag miteinander verbringen können, sowohl zu „Piato“ und dem, was im Land Brandenburg gelaufen ist, aber auch mit Blick auf Ihre Tätigkeit im Bundesinnenministerium, da wir uns ja hier mit der Frage befassen einerseits: „Warum wurde das Thema Rechtsextremismus so lange und so tödlich unterschätzt?“ und: „Warum hat man auch bei der Umstrukturierung von Behörden wie BKA oder Bundesamt für Verfassungsschutz diesem Phänomenbereich ab einem bestimmten Zeitpunkt zum Beispiel keinen eigenen Bereich mehr zugebilligt?“, und das fällt ja auch in Ihre Amtszeit im BMI. Nur um mal zu umreißen, was ich neben der Aufklärung der Frage „War Herr Wohlleben V-Mann oder nicht?“ eigentlich hier an Fragen habe.

In dem Zusammenhang würde ich gern von Ihnen noch mal wissen - es wurde ja vorhin schon gesagt, dass Sie in einem Papier die Bombenbastler aus Jena zitiert haben, als Sie sich mit dem Thema Rechtsextremismus befasst haben -: Wann haben Sie das erste Mal von Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe etwas erfahren? Durch Mitteilung aus Thüringen, dass die drei sich der Festnahme entzogen haben, oder aus Quellenmeldungen des V-Mannes „Piato“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, ich kann mich überhaupt nicht erinnern, je-

mals in dieser Eigenschaft diese Namen gehört zu haben.

Petra Pau (DIE LINKE): Also auch die Bombenbastler aus Jena, die ja dann irgendwo mal zitiert wurden, waren für Sie nicht mit Namen verbunden, sondern das war dieses Trio?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So ist es.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Können Sie mir sagen, ob die Quelle „Piato“ besonders beauftragt war, nach dem Trio - also den Bombenbastlern, nicht den Namen - zu suchen und da bei „Blood & Honour“, wo er ja unterwegs war, und in Chemnitz Nachfragen, Nachforschungen zum Verbleib des Trios anzustellen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß es nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Sie hatten ja gesagt, dass Sie sich besonders darum gekümmert haben, wie man mit diesen Informationen - - Sie wissen nicht, ob er konkret den Auftrag hatte: „Schau nach denen, die dort - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann komme ich zu einer weiteren Frage. Die spielte hier zum Teil auch schon eine Rolle. Und vor allen Dingen sind wir bei allen Zeugenvernehmungen, wenn wir uns von Tatort zu Tatort gearbeitet haben, immer wieder auf das Spannungsverhältnis Nachrichtendienste und Ermittlungsbehörden gestoßen und die Frage: Was hat Vorrang: Quellenschutz oder die Aufklärung von schweren Straftaten und die Strafverfolgung? Wie haben Sie das selbst im Land Brandenburg in Ihrer Zeit, in der Sie dort in Verantwortung waren, gehandhabt? Das schließt so ein bisschen an die Frage des Kollegen Kurth an. Was passiert eigentlich, wenn Sie im Landesamt oder in der Abteilung in Brandenburg Kenntnis von Planungen von weiteren Straftaten - sprich: Schäfer-Bericht -, weiteren Überfällen bekommen? Wird das dann auch den Ermittlungsbehörden mitgeteilt? Oder genügt das, wenn die Nachrichtendienste diese Erkenntnisse ge-

wonnen haben, und werden die abgeschot-
tet?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, natürlich genügt das nicht, weil die Erkenntnisgewinnung ist ja kein Selbstzweck. Und je schwerwiegender eine Straftat ist, umso mehr findet eine Ermessensreduzierung auf Null⁵⁶ statt, was die Weitergabe an die Strafjustiz anbelangt. Das ist ganz eindeutig.

Petra Pau (DIE LINKE): Sind Sie sicher, dass die Informationen, die „Piato“ geliefert hat, wenn dort Mitteilungen über schon begangene Straftaten oder über die Planung von schweren Straftaten bekannt wurden - - dass das dann so gehandhabt wurde gegenüber der Polizei oder der Staatsanwaltschaft in Thüringen oder auch in Sachsen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Für mich in Person bin ich da sicher.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann habe ich noch eine Frage. Als im Jahr 2000 [REDACTED] als V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz Brandenburg enttarnt wurde, hatten meine Fraktion und auch ich die Bundesregierung damals in einer Kleinen Anfrage in der 14. Wahlperiode - das ist die Drucksache 14/3929 vom 10. August 2000 - gefragt, ob das BKA jemals gegen [REDACTED] ermittelt habe. Im Wortlaut hieß die Frage:

Trifft es zu, dass das BKA gegen
C. S. ermittelt hat?

Wenn ja, ..., in welchen Fällen und
mit welchem Ergebnis?

Die Antwort des Bundesministeriums des Innern lautete:

Nein.

Waren Sie damals in irgendeiner Weise mit der Zuarbeit zur Beantwortung dieser Anfrage befasst? Wenn ja: Wäre gut, zu wissen, was Sie dort an Informationen gegeben haben. Wenn nein: Können Sie sich erklären, warum die Bundesregierung uns diese offensichtliche Falschauskunft gegeben hat? Wir waren ja vorhin schon beim Thema Ermittlungsverfahren und dass er ja dann auch verurteilt wurde.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die Antwort ist zweimal Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Herr Reinhold ist gerade irgendwo auf Wanderschaft. Ist er hier im Raum? - Nein. Dann bitte ich, ihm von dazu Berufenen doch zu übermitteln, dass ich gern noch mal eine Auskunft der Bundesregierung zu diesem Sachverhalt hätte, wie es zu dieser offensichtlichen Falschbeantwortung einer parlamentarischen Anfrage gekommen ist und was die Hintergründe dazu waren.

Herr Petermann hätte noch eine Nachfrage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben noch zwei Minuten Zeit.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, vielleicht können Sie die Frage auch schnell beantworten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Entschuldigung. Darf ich noch mal nach dem Datum fragen? Weil ich gucke gerade auf meinen eigenen Lebenslauf, ob ich in der Zeit schon im BMI überhaupt gewesen bin. Wann war die Anfrage an die Bundesregierung?

Petra Pau (DIE LINKE): Im Jahr 2000. Ich ging jetzt davon aus, dass Sie in Ihrer Verantwortung in Brandenburg - - So kenne ich das, wenn ich mir den Werdegang von Antworten auf parlamentarische Anfragen ansehe, dass dann auch in den Landesbehörden entsprechend nachgefragt wird und damit umgegangen wird. Deshalb fragte ich Sie.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja; das ist auch völlig korrekt. Nur zur Vollständigkeit: Ich bin im Juni 2000 ins BMI gewechselt. Und möglicherweise, nicht weil Sie mich ja zuerst gefragt haben: „Welche Erinnerung haben Sie an diese Vorlage?“ - zur Beantwortung Ihrer Anfrage -, gab es Förster da im BMI noch gar nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Deswegen war ja meine Frage, ob Sie gegebenenfalls in Ihrer Verantwortung in Brandenburg um Zuarbeit gebeten wurden. Ich meine, wir haben diese Frage gestellt nach dem Auffliegen von [REDACTED] als V-Mann - vorher hatten wir

⁵⁶ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: Drucksache 14/3979.

ja von ihm keine Kenntnis - und wollten wissen, was es im Vorfeld an Straftaten, Ermittlungsverfahren, Verurteilungen gegeben hat und ob das BKA involviert war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe das verstanden, und zweimal mit Nein beantwortet. Aber ob ich wirklich in BMI-Verantwortung war, weiß ich nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Alles klar. - Herr Petermann hatte noch eine kurze Nachfrage.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Dr. Förster, als die drei Bombenbauer von Jena - so wurden sie ja bezeichnet - in der Szene mehr oder weniger abgetaucht sind im Januar 98, wurden sie bundesweit gesucht mit Fahndungsplakaten. Es wurde also nach Rechtsterroristen oder Rechtsextremisten gesucht, die Bomben gebaut hatten. Ist Ihnen denn jemals ein solches Fahndungsplakat untergekommen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, das hat es nicht bis nach Brandenburg geschafft?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht. Aber ich habe keine Erinnerung.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie haben da überhaupt keinen Bezug, keine Erinnerung an so was? Es ist ja kein gewöhnlicher Vorgang. Ich denke, es ist nichts Alltägliches, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Gott sei Dank.

Jens Petermann (DIE LINKE): - dass drei Rechtsterroristen, die in den Garagen Bomben bauen, abtauchen und dann irgendwie im Untergrund sich bewegen. Das soll einem doch eigentlich auffallen als Mann, der mit hoher Verantwortung ausgestattet ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe das beantwortet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Nur noch mal eine Informationsfrage. Sie sagten eben: Mein Minister in Brandenburg galt als Verbotsminister.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meinten Sie da Ziel oder Schönbohm?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, Alwin Ziel.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ziel. Na, ich darf doch mal fragen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, klar.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, bei Schönbohm sind Sie ja auch tätig gewesen noch. Oder habe ich das zeitlich - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber nur - ja - sehr kurze Zeit.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wie das so ist im Leben. Das haben wir hier mehrfach. Frau Koller soll auch nicht mehr in NRW sein, hörte ich eben zu meiner Überraschung.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Herr Ziel ist der, der mich nach Brandenburg geholt hat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und der war der Verbotsmminister dann?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau. Und wurde geschmäht von Menschen wie Schwerdt - der Name fiel vorhin - und - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist ja nur eine Auszeichnung, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In der Tat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wenn Nazis einen Innenminister schmähen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In der Tat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt aber noch mal was ganz anderes im Anschluss an die Fragen, die Frau Högl Ihnen gestellt hat: Übernahme BKA. Ich muss ganz deutlich sagen, Herr Förster: Ihre Vergleiche aus der RAF-Strafverfolgung überzeugen mich nicht, weil es dort einen wesentlichen Unterschied gab. Da war der Generalbundesanwalt für die RAF an sich zuständig. Da hatten wir eine zentrale Zuständigkeit. Und dann suchte sich der Generalbundesanwalt aus, ob er das BKA oder ob er ein LKA mit der Tatortarbeit sozusagen betraute, aber doch niemals mit der gesamten Fahndung nach der RAF. Und eine solche zentrale Zuständigkeit hat hier aber gefehlt bei den Ceska-Morden.

Und erste Frage: Wussten Sie, dass im Jahre 2004 die Länder an das BKA abgeben wollten und die mittlere Ebene des BKA dies abgelehnt hat?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht und wusste ich nicht.

Ich habe das auch nicht unmittelbar verglichen mit den RAF-Taten in Bayern, sondern ich habe gesagt, ich hätte ja ein bestimmtes Vorverständnis gehabt von Zuständigkeit Polizei Land, Polizei Bund. Das ist was anderes. Ich habe das nicht miteinander verglichen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und ich habe Vergleichsfälle, Fallbeispiele gesucht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es nicht gleichgesetzt, aber Sie haben es verglichen, würde ich sagen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und da will ich Ihnen den

deutlichen Unterschied klarzumachen versuchen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe den verstanden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war auch der Kern des Begehrens von Herrn Falk. Der wusste im Übrigen auch nicht, dass seine Behörde das schon mal abgelehnt hatte. Das waren die Ahnungslosen an der Spitze des BKA. Da werfe ich Ihnen nicht vor, dass Sie nicht mehr wussten als die Amtschefs. Aber dass Herr Falk eine Mängelliste hatte, die sehr plausibel klingt und die insbesondere immer heißt: Das ist zu zerfleddert, hier fehlt die Zentralisierung, die Informationen laufen nicht zusammen usw. usf. - -

Und Herr Falk sagte uns dann - Sie haben dieses Anregungsschreiben der Presse entnommen; ich kann Ihnen das gerne als Vorhalt machen - in seiner Vernehmung vom 14.06. hier vor dem Ausschuss:

... Gespräch ... geführt, mit einem Unterabteilungsleiter, mit Herrn Förster, der sich unserer Überlegung auch nicht verschlossen hat und mich gebeten hat, dafür zu sorgen, dass wir einen entsprechenden Bericht - ich glaube, er hat den Begriff „Anregungsschreiben“ benutzt - an das Ministerium richten.

Und dann hat er den Auftrag gemacht und hat den Bericht, also den Brief, gezeichnet, weil der Präsident in Urlaub war.

Mir ist nicht klar nach den Akten, wie es denn eigentlich weiterging oder wer denn nun eigentlich diese Anregung nicht aufgegriffen hat oder abgebogen hat oder eine andere Lösung gefunden hat. Waren Sie das, telefonierend? War das Staatssekretär Hanning? War das Minister Schäuble? War das Herr Krause? Wer hat im Vorfeld von Garmisch die Sache abgeräumt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die Sache ist, glaube ich, im Vorfeld gar nicht abgeräumt worden. Sie haben mit der Wiedergabe der Aussage von Herrn Falk - - Das ist, völlig korrekt, so gewesen. Wir haben uns vereinbart, dass er diese Argumentationskette, dieses Plädoyer, zu Papier bringt. Und ich habe vorhin gesprochen nicht von Anregung, sondern von Kettenanregung, weil dieses Papier sollte nämlich dazu dienen, am

Rande der IMK, die bevorstand in Garmisch am 4. und 5. Mai, mit der bayerischen Seite darüber zu sprechen, und zwar in dem Sinne, dass aus dem, was Bayern ja schon zu einem Teil gemacht hatte, nämlich sich berufen hatte auf den § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, dass also die oberste Landesbehörde ersuchen kann, das BKA - - Das haben die zum Teil ja gemacht für Strukturermittlungen, die bei den einzelnen Taten unter dem Stichwort EG „Ceska“ beim BKA gelaufen sind. Daran sollte appelliert werden, ob das nicht Anlass sein könnte zu einer weiteren Übertragung der Zuständigkeit - mit der eindeutigen Präferenz in diesem Schreiben für diese Lösung, nämlich sich zu stützen auf § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, im Gegensatz zu der Nr. 2 in der gleichen Vorschrift, wo nämlich der Bundesinnenminister die Anordnung treffen kann.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Förster, das war nicht meine Frage. Ich habe hier so wenig Fragezeit. Deswegen muss ich Sie da mal unterbrechen. Wir haben bisher noch keinen Zeugen gefunden, der gesagt hat: „In Garmisch haben wir darüber geredet“, weder Herr Ziercke noch ein Minister noch sonst jemand. Und wir haben aber gefunden ein Schreiben aus den Akten des Bundesministeriums des Innern - MAT A BMI-4/30, Blatt 111 bis 113. Dort heißt es, und zwar schon vorher, in einer Ministervorlage vom 03.05. - Garmisch war am -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: 04. und 05.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - 04.05. - des BMI:

Nach Telefonaten zwischen BMI und IM-BY auf AL-Ebene sowie P-BKA zeichnet sich die Einrichtung einer gemeinsamen „Steuerungsgruppe“ unter Federführung BY und Beteiligung der anderen betroffenen Länder sowie des BKA ab.

So ist es dann auch gekommen - aber vorher offenbar telefonisch schon so abgekaspert; oder nehmen wir einen netteren Ausdruck: telefonisch schon so vorbesprochen -, sodass es in Garmisch gar nicht mehr zur Entscheidungsschlacht kam, sondern man hatte das dann schon auf diese Weise gelöst.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das glaube ich nicht, dass das so der Fall war. Erstens ist es so, dass auf das Schreiben von Herrn Falk von mir absolut kein Einfluss irgendwie genommen wurde. Weil ich habe nämlich gesehen, dass ein Entwurf vor diesem Schreiben vom 02.05. irgendwie Ende April schon ans BMI gegangen ist. Das ist fast wortwörtlich identisch mit dem endgültigen Schreiben, das er dann für den Präsidenten gezeichnet hat. Da ist also kein Einfluss auf den Inhalt genommen worden, sondern er hat - und so ist auch meine Erinnerung an dieses Gespräch mit ihm - das wiedergegeben, angefangen mit den einzelnen furchtbaren Fällen, und dann Mängel aus Sicht des BKA, Mehrwert des BKA, und dann die Reihenfolge, beste Lösung Nr. 1 vom BKA-Gesetz, zweitbeste Lösung die Anordnung des BMI, die man ja so als vielleicht „feindliche Übernahme“⁵⁷ charakterisieren könnte und die im Bund-Länder-Verhältnis sicherlich nicht angezeigt ist, und dann als Letztes noch angesprochen diese Steuerungsgruppe, die dann auch stattgefunden hat.

Ich habe aber Ihre Frage noch im Kopf: Ist da telefoniert worden? - Für mich stellt es sich so dar - ich habe diese Ministervorlage nicht gesehen, sondern erst hinterher, weil ich vorher in Visby war bei einer Konferenz der Ostseeanrainer für den Minister -, dass am Rande der IMK darüber gesprochen werden sollte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sollte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Am Rande der IMK darüber gesprochen werden sollte. Und ich bin sehr sicher, dass über zwei Sachen da auch gesprochen worden ist, -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwischen wem denn? Zwischen wem?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - nämlich die - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Sprechen gehören zwei.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

⁵⁷ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Ihrer Vorstellung, wer hat gesprochen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Gesprochen wurde über - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Gesprochen wurde über die Erhöhung der Auslobung und die zentrale Zuständigkeitsmachung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von? Wer hat mit wem gesprochen, Herr Förster?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke, dass dieses Gespräch stattgefunden hat auf der Abteilungsleiterenebene, weil es so nämlich auch hier in dieser Vorlage drinsteht:

Zur Vorklärung dieser Frage und der Frage einer weiteren organisatorischen Konzentration der Ermittlungen hat der Abteilungsleiter Polizei

- das ist jetzt Ihre Frage -

im Bayerischen Staatsministerium des Innern seine Kollegen aus den genannten Ländern und dem BMI sowie den Präsidenten des BKA zu einer Besprechung ebf. am Rande der IMK eingeladen.

Ich war nicht dabei. Ich gehe davon aus, dass das stattgefunden hat, weil ich habe mich natürlich, wie sich das gehört, hinterher, als ich wieder da war, dann erkundigt, ob sich irgendwas geändert hat an der Ermittlungszuständigkeit, mit dem Ergebnis: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ja dann - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Entschuldigung, Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zeit ist um, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bei allem Wohlwollen; zehn Minuten statt sieben

bereits. Ich darf mal fragen: Gibt es bei der Union noch Fragen für eine weitere Runde? - Herr Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Förster, ich will noch mal zurückkommen auf Ihre Zeit als Verfassungsschutzchef in Brandenburg, auch wenn Sie da jetzt etwas überrascht sind, dass wir Sie dazu fragen. Mein Kollege Schuster hat Sie vorhin ja ein Stückchen rangeführt an Ihren V-Mann „Piato“, den Sie letztlich zu verantworten haben. Sie sind im November 96 dort Chef geworden und sagten uns vorhin, dass da dieser V-Mann schon aktiv war. Sie wissen - vorhin haben wir das ja gemeinsam erörtert -, der wurde 95 letztlich zu acht Jahren wegen versuchten Mordes verurteilt. Wie wurde der denn geworben von Ihrem Amt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich war mit diesem - - Wollen wir mal so sagen: Bei mir wäre der nie V-Mann geworden. Ein versuchter Mörder, acht Jahre Freiheitsstrafe; dass es bei Versuch blieb, lag nicht an diesem Mann. Bei mir wäre der nicht V-Mann geworden. Ich war entsetzt, habe ich vorhin schon gesagt, als ich den kennenlernte in der Eigenschaft als *mein* V-Mann.

Wie das dann weiterging, das würde ich - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wie Sie ihn erst mal geworben haben, Ihr Amt, das war ja die erste Frage.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das müssen Sie ja wissen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Der war ja im Gefängnis gewesen, nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich aus den Akten, wie der geworben wurde. Der hat sich selber beworben. Der hat sich selber beworben -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - in Form einer Postkarte.

Aber ich würde - - Das ist mir wirklich ein Anliegen, Ihnen das zu schildern, wie man trotzdem mit so einem Kerl dann leben kann. Aber das geht halt nicht in öffentlicher Sitzung.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-5/57, Blatt 61.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Warum nicht? Wir haben schon
über Schlimmeres geredet!)

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wer sagt denn, dass wir einstufen müssen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Reinfeld, halten Sie es auch für einstufungsbedürftig?

(Zurufe: Nein! - Das muss Brandenburg entscheiden!)

- Brandenburg ist nicht da.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wir könnten ersatzweise Bayern fragen! - Zuruf: Als Vertreter der Ländersseite! - Weitere Zurufe)

Also wenn keiner protestiert, Herr Dr. Förster, dann führen Sie bitte aus.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich war entsetzt, diesen V-Mann zu haben. Minister wusste davon nichts; Staatssekretär wusste davon nichts. Dann bin ich zum Minister gegangen und habe ihn von diesem „Zufallsfund“⁵⁸ unterrichtet und gesagt: So einen V-Mann darf man nicht haben. Der wird sofort abgeschaltet, sofort; versuchter Mord, acht Jahre. - Auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass so einer auch was weiß. Was den bei uns zu acht Jahren Freiheitsstrafe bringt, macht den bei den anderen zum Märtyrer.

Wir haben dann folgenden Weg beschrieben: Wir haben einen Mann konsultiert - der tot ist -, Ziel und ich, zu dem der Innenminister Ziel eine sehr enge persönliche Beziehung hatte. In diese Beziehung wurde ich dann auch einbezogen bei einer Mehrzahl von Besuchen, weil so ein Pressesprecher und Büroleiter, was ich ja zunächst mal war in Brandenburg, das geht auch nur mit einer engen persönlichen Beziehung mit dem Minister.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Reinfeld, was ist los? Er spricht über Brandenburg.

MR Richard Reinfeld (BMI): Herr Ausschussvorsitzender, wir machen das sozusagen in Geschäftsführung ohne Auftrag - nach Rücksprache mit dem BMJ, von dem ja die Aussagegenehmigung kommt, die Brandenburg mitgezeichnet hat. Aber nach dem Gang inhaltlich der Dinge bitte ich schon

darum, hier in eingestufte Sitzung fortzufahren. Es geht hier schon um eine Quelle. Es geht auch um Quellenschutz. Und ich meine schon, das können wir hier so nicht laufen lassen. Wie gesagt: Wir sind uns auf der Regierungsseite auch einig darüber. Ich bitte darum.

Im Übrigen, Herr Ausschussvorsitzender - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, es geht doch hier nicht um nichtenttarnte V-Leute. Wir sprechen hier über einen konkreten Vorgang, und der Zeuge berichtet über seine persönliche Involviertheit.

MR Richard Reinfeld (BMI): Mir, Herr Ausschussvorsitzender, und auch den Kollegen erschließt sich, ehrlich gesagt, auch nicht der Kontext, inwieweit das hier mit dem Untersuchungsgegenstand weitergehend zu tun hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich darf fragen, ob hier ein Vertreter der Stelle ist, die die Aussagegenehmigung für den Zeugen erteilt hat. Wer fühlt sich berufen? - Herr Dr. Großmann.

MR Dr. Michael Großmann (BMJ): Herr Vorsitzender, die Aussagegenehmigung wurde vom Generalbundesanwalt, von Herrn Range persönlich, erteilt. Und sie enthält unter anderem die Maßgabe:

Angaben und Erklärungen, die unter Geheimhaltungsgrade fallen, weil besondere Gründe des Staatswohls entgegenstehen, insbesondere Nachteile für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu besorgen sind, dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung, erforderlichenfalls in Anwendung der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages, erfolgen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich sehe die Sicherheit Deutschlands nicht gefährdet. Und ich halte es für einen Beitrag zum Staatswohl, wenn wir mal hören, wie das mit der V-Leute-Praxis eigentlich ausgesehen hat. Er muss alle Namen weglassen. Das ist ja kein Problem.

MR Dr. Michael Großmann (BMJ): Es ist so, dass der Zeuge berichtet oder berichten soll über Vorgänge im Land Brandenburg,

⁵⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

die auch im BMJ nicht bekannt sind. Also muss es letztlich der Zeuge selbst entscheiden, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Herr Dr. Förster hat das Wort und führt fort. Bitte.

MR Dr. Michael Greßmann (BMJ): - ob seine Aussage das gefährden kann.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich versuche das. Aber es wird dann -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Versuchen Sie es so, wie Sie es zu verantworten bereit sind.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - möglicherweise weniger plausibel, es so in abge-speckter Form zu sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Machen Sie es ohne Namensnennung - aber den Sachverhalt schon schildern.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau. - Wir haben dann einen Mann befragt in seiner Eigenschaft als moralische Instanz, der tot ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der jetzt tot ist?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir hatten schon andere Fälle.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ach so.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wir hatten schon
Kontakt ins Jenseits!)

- Aha.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Deswegen sind
wir vorsichtig!)

Und dieser Mann hat gesagt, weil ja so eine Quelle euch eben auch Erkenntnisse geben kann, die präventiv nutzbar sind, würde er die Frage „Darf man mit so einem überhaupt zusammenarbeiten?“ mit „muss man“ beantworten.

Und nach dieser sehr bewegenden Begegnung sind wir gemeinsam, der Minister

und ich, ins Parlamentarische Kontrollgremium gegangen, mit der gleichen Frage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und ich glaube, dass dieses Parlamentarische Kontrollgremium eine Presseerklärung abgegeben hat, als dieser V-Mann enttarnt wurde im NPD-Verfahren.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie uns
auch mal den Inhalt der Presse-
erklärung?)

- Entscheidung mitgetragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. Aber jetzt diese Kontaktperson: Der Bekannte des Ministers war niemand, der sozusagen Teil der Regierung gewesen wäre?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jemand ganz Externes?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und Sie haben gemeinsam mit dem Minister jemanden völlig Dienstfremden gefragt, ob es verantwortbar ist, diesen Herrn als V-Mann zu führen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Natürlich ohne dessen Namen zu nennen, sondern eine solche, eine so - - Ja, schlimmer kann man ja nicht beleumdet sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Also nehmen wir mal an, es wäre der Papst gewesen. Dann hat man also auf die Weisheit einer Autoritätsperson vertraut. Dann geht man als Innenminister von Brandenburg mit seinem Büroleiter dahin und sagt: „Wir haben hier so einen V-Mann vorgefunden; den haben wir geerbt“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, da war ich schon nicht mehr Büroleiter, sondern in der Büroleiterfunktion ist eine besondere Vertrauensbeziehung entstanden. Da war ich dann schon der richtige Verfassungsschutzchef.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Also der Innenminister von Brandenburg und der Verfassungsschutzchef von Brandenburg gehen beide zu einer Person außerhalb der Landesregierung, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - die ansonsten auch mit Verfassungsschutz nichts zu tun hat - auch richtig? -, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - und fragen diese Person: Ist das in Ordnung, wenn wir diesen V-Mann behalten? - Und wenn diese Person gesagt hätte: „Nein, würde ich nicht befürworten“, hätten Sie darauf verzichtet?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich ja. Nur ich kann die Frage beantworten, weil ich bin der Erste gewesen in dieser Kette, dem dieser V-Mann nicht gepasst hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will das gar nicht vertiefen, Herr Dr. Förster. Aber wäre es nicht Ihre ureigenste Aufgabe gewesen, selber zu beurteilen, ob Sie das verantworten können oder nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, natürlich. Und dieser Verantwortung habe ich in der Form entsprochen, dass ich erst mal dem Minister gesagt habe, dass er seit einigen Jahren diesen V-Mann unterm Dach hat. Das hat der ja gar nicht gewusst.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber dann können Sie doch nicht die Entscheidung noch an eine dritte Person quasi delegieren und sagen: Die gibt jetzt die entscheidende Wertung ab.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist auch nicht so gewesen, dass diese Person - die allerdings einen besonderen Bezug zu diesen Straftaten hat - das zu entscheiden hatte, sondern wir haben - - Ich habe ja versucht, zu sagen, dass wir diese Person in ihrer Eigenschaft als moralische Instanz angesprochen haben, mit der Bitte um Beratung. Der Mann hatte das nicht zu entscheiden, aber er sollte beraten. Und wie gesagt: Ich war wild entschlossen, diesen V-Mann zu

entpflichten, „abzuschalten“⁵⁹ als Verfassungsschützer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Dann haben Sie gesagt, diese Person hätte gesagt: Ihr müsst den haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann haben Sie gesagt: Okay, dann müssen wir den haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn diese Autoritätsperson gesagt hätte: „Nein, weg damit“, dann hätten Sie gesagt: Folge ich auch. - Haben Sie doch vorhin erläutert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, das ist Irrealis. Das weiß ich nicht, wie das dann ausgegangen wäre. Aber nachdem diese Person gesagt hat: „Ihr müsst“, auf die Frage: „Darf man so was?“ - „Darf *man* so was?“ -, sind wir gemeinsam - habe ich ja gesagt - ins Parlamentarische Kontrollgremium und haben gesagt: Nur dass Sie es wissen: Brandenburg hat bis zur Stunde einen solchen V-Mann. - Das Verhältnis mit diesem Kontrollgremium, das war extrem offen und vertrauensvoll.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber das war der zweite Schritt, ins PKGr zu gehen. Erst mal geht man zur Autoritätsperson.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Man darf sich schlaudiskutieren - auch in Brandenburg.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ja, klar. Ich meine, nach Delphi zu fahren und das Orakel zu befragen, haben Sie darüber auch mal nachgedacht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich empfinde Ihre Frage, wenn ich das, mit Verlaub, sagen darf, als nicht angemessen. Orakel und diese - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Förster, ich halte dieses Vorgehen für nicht angemessen. Wo kommen wir denn hin in einem Rechtsstaat, wenn Behördenvertreter Entscheidungen, die sie selber zu fäl-

⁵⁹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

len und zu verantworten haben, externalisieren?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat der Zeuge nicht gesagt, Herr Vorsitzender!)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sie drehen mir das Wort im Munde rum. Ich habe mitnichten die Entscheidung externalisiert. Ich habe dem Minister vorgeschlagen, eine anerkannte Persönlichkeit abstrakt zu befragen, die auch von Amts wegen mit diesen Straftaten eine sehr enge Berührung hatte. Und ich bin stolz darauf, dass der Minister diesem Vorschlag gefolgt ist.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Bevor jetzt die Befragung ausfranst, weise ich nur darauf hin, dass wir eigentlich bei der Fragerunde der CDU/CSU-Fraktion sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Korrekt; und Herr Schipanski hat eigentlich das Wort.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Und Herr Schipanski hat das Wort und gestattet dem Kollegen Binninger eine Zwischenfrage, wenn der Herr Schipanski damit einverstanden ist. Und so gehen wir jetzt vor. Und dann machen wir wieder ordentlich weiter.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können Ihre 23 Minuten aufteilen, wie Sie wollen, Herr Kollege Stracke! Da brauchen wir kein förmliches Verfahren mehr!)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir haben Gott sei Dank genügend Zeit und brauchen auch nicht zu betteln.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genießen Sie es!)

Ich habe zwei Fragen, Herr Dr. Förster. Der V-Mann kam 95 in Haft und hat acht Jahre bekommen. Er meldet sich kurz danach bei Ihnen als quasi Eigenbewerber und bietet sich an. War es da nicht offenkundig, dass es dem möglicherweise nur um eins ging: schnelle Hafterleichterung, die er ja dann auch bekommen hat? Das ist so durchsichtig, finde ich, wenn sich jemand so schnell nach Haftantritt - und am Beginn so einer achtjährigen Freiheitsstrafe vor allem - dazu entschließt, jetzt mit den Sicherheits-

behörden zusammenzuarbeiten. Das hätte man eigentlich sehen müssen.

Und zweite Frage - das können Sie uns gerne auch etwas verklausuliert schildern -: Hat er denn irgendwann mal wirklich so gute Hinweise geliefert, dass es das auch nur im Ansatz gerechtfertigt hat, mit diesem Mann zusammenzuarbeiten? Hat er wirklich mal was Gutes geliefert außer dem üblichen „Wer trifft sich wann mit wem wo?“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Zu Ihrer ersten Frage: Ich hätte ihn nicht genommen, klipp und klar. Und ich glaube, ich habe mein Entsetzen hinreichend zum Ausdruck gebracht, den sozusagen im Wege der Erbfolge dann in meinem Amt zu haben.

Ob der was gebracht hat? Das ist relativ. Natürlich hat er insbesondere in dem Zusammenhang mit Veranstaltungen uns schon Erkenntnisse vermittelt. Nebenbei: Meine Nachfolger haben auch mit dem weitergearbeitet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das macht es ja nicht besser.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In der Tat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich wollte nur wissen: Das Motiv war offenkundig, was der wollte: Hafterleichterungen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das hat er erreicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und nur Hinweise auf Veranstaltungen zu geben, rechtfertigt, glaube ich, diese Zusammenarbeit nicht. Wenn er nicht mehr geliefert hat, muss man sagen, macht es das umso schlimmer.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Zweimal ja. Aber ich habe meine Nachfolger deswegen angesprochen, weil die ja die Frage „Wertigkeit der Erkenntnisse“ auch zu bewerten hatten. Und die Inhalte, was der geliefert hat: Das - aus den angesprochenen Gründen - kann ich nun wirklich nicht sagen, glaube ich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich wollte auch nicht die Inhalte im Detail haben, sondern nur eine Bewertung, ob man wirklich sagen kann, es war etwas, was weit überdurchschnittlich war; also nach dem Motto: Die unmittelbare Verhinderung eines großen Anschlages ist nur dank dieses Hinweises geglückt. - Das war aber nicht der Fall?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weit überdurchschnittlich ja, Verhinderung eines großen Anschlages nein. Aber die erste Antwort ist natürlich sehr relativ. Ich habe eh ein gestörtes Verhältnis zu V-Leuten.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das Spannende ist: Wenn Sie auf die Seite des Verfassungsschutzes in Brandenburg schauen, wird dieser V-Mann-Einsatz immer noch gerechtfertigt und gesagt, dass es ein sehr richtiger Schritt war und das ein sehr richtiger V-Mann war. - Ich hätte natürlich das Land Brandenburg gerne dazu befragt, aber die sind leider Gottes nicht anwesend.

(Zuruf)

- Den ganzen Tag nicht anwesend; so ist es.
Ich habe noch eine Frage, Herr Förster, was die länderübergreifende Zusammenarbeit betrifft zu der Zeit. Der Kollege Kurth hat es vorhin schon einmal angedeutet. Speziell soll ja einem Medienbericht zufolge der [REDACTED] im September 98 einen Tipp bekommen haben, was das Trio betrifft. Und auf Grundlage dieses Hinweises hat dann die Thüringer Polizei Observationen angestellt. Und dann wollte man einen Schritt weiter einen schriftlichen Bericht, eine schriftliche Auskunft von Ihrem Amt haben. Und das wurde verweigert. Was hat das denn für Gründe gehabt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe ja schon gesagt, dass ich in Person dazu keinerlei Erinnerung habe - mein ehemaliges Amt vielleicht. Ich weiß darüber nichts. Ich habe darüber Zeitungswissen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das war ja in Ihrer Amtszeit gewesen, als Sie Chef des - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ändert nichts an der Antwort.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist wohl wahr. - Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen der Unionsfraktion?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Nein!)

Die SPD-Fraktion? - Hat keine Fragen. Die FDP? - Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich will jetzt sagen, damit es die FDP auch noch mal gesagt hat an der Stelle: Das ist schon sehr beeindruckend, was der „Piato“ geleistet hat, dass er letztlich aus dem Dienst entlassen worden ist, weil er als V-Mann ein Repetiergewehr an einen Uwe M. verkauft hat. Das ist also nicht der Uwe M., den wir kennen, sondern ein anderer Uwe M. - von der Band „Preußenheads“, glaube ich.

(Zuruf: Was?)

- Na, ist ja wurst. Also es ist schon sehr beachtlich. Gut; aber Sie haben ja Ihrer Meinung dazu hier Ausdruck verliehen.

Ich habe noch eine Frage. Wie war denn in Ihrer Amtszeit der Kontakt zum MAD in Brandenburg oder Umgebung? Wie haben Sie mit dem MAD zusammengearbeitet? Hat der MAD Sie angesprochen? Haben Sie mal den MAD angesprochen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, die Zusammenarbeit war Null⁶⁰ oder in der Nähe von Null⁶⁰. Ich kann mich überhaupt an keine dienstlichen Kontakte erinnern. Ich war mal genötigt, einen MAD-Vertreter, der für Brandenburg zuständig war, in den Ruhestand zu verabschieden mit einem Grußwort, und ich lernte den bei der Verabschiedung kennen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): So lernt man sich manchmal kennen: bei der Verabschiedung. - Und dann hätte ich noch eine ganz andere Frage. Wenn Sie uns noch mal mitteilen könnten: Sie haben ja den Vorschlag gemacht, Aktenvernichtung beim Verfassungsschutz, dass da die richterliche Vorabkontrolle für den Einsatz von V-Leuten eingeführt wird.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, zur Aktenvernichtung habe ich kein Wort gesagt.

⁶⁰ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, ich habe mich da in der Zeile verlesen. Das war in einem Artikel der *Süddeutschen*. Der nannte sich „Aktenvernichtung beim Verfassungsschutz“. Und darin haben Sie die richterliche Vorabkontrolle für den Einsatz von V-Leuten gefordert. So rum war es.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie das noch mal ein bisschen erläutern, damit wir das hier auch in den Protokollen vermerkt haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Ich habe einen Aufsatz geschrieben in der *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 2012, Seite 123 f., mit der Überschrift „Verfassungsschutz ‚vor Gericht!‘“ und habe dafür plädiert, die nachrichtendienstlichen Mittel des Verfassungsschutzes, nicht nur den Einsatz von V-Leuten, in Zukunft richterlich anordnen zu lassen; aus mehreren Gründen, insbesondere auch, um die Ungleichheit der Mittel, die eingesetzt werden im Rahmen der Strafverfolgung - die sind ja zum Teil ähnlich, Observationen beispielsweise -, wenn der Verfassungsschutz das macht, von diesem Odium des Selbstattestierens der Verhältnismäßigkeit wegzubekommen. Denn im Augenblick ist es so, dass der Verfassungsschutz sich selber attestiert, dass die Nutzung dieses nachrichtendienstlichen Mittels korrekt ist - Ausnahme: G-10-Maßnahmen. G-10-Maßnahmen macht eine besondere Kommission, in der auch nur - im Bund ist es so - von Gesetzes wegen der Vorsitzende die Befähigung zum Richteramt haben muss.

Meine Vorstellung geht dahin, dass sämtliche nachrichtendienstlichen Mittel beim Verfassungsschutz durch den Richter angeordnet werden. Das war meine Vorstellung schon in Brandenburg. Und leider ist das - - In Brandenburg hatte ich den Minister und den Ministerpräsidenten für eine solche Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Brandenburg geworben. Das wäre damals revolutionär gewesen und hat insofern eine Idee des Revolutionären verloren, als der Richter im Prinzip inzwischen Eingang gefunden hat in das Verfassungsschutzrecht, nämlich für den Großen Lauschangriff. Ohne den Großen Lauschangriff durch den Richter genehmigt zu kriegen, hätte der Verfassungsschutz nämlich den Großen Lauschangriff nicht bekommen. Insofern wäre der

Eintritt des Richters in das Verfassungsschutzrecht jetzt nicht mehr so ungewöhnlich.

Ein nicht gering zu schätzender Vorteil dieses Umstandes, wenn Richter anzuordnen hätten, wäre eben, dass davon auch eine disziplinierende Wirkung an den Verfassungsschutz ausgeht, wenn eben nicht nur die administrative Kontrolle stattfindet dahin gehend, dass die Anordnung vom Behördenleiter beispielsweise genehmigt und gebilligt werden muss, sondern wenn man weiß, dass ein Richter das zu entscheiden hat - nach Aktenlage, nach Vorstellung der Gründe dafür. Dann hat das eine ganz andere Qualität.

Und ich habe mich auch zu der Behauptung verstiegen in diesem Aufsatz, dass das NPD-Verfahren voraussichtlich einen anderen Ausgang genommen hätte, wenn die in der NPD eingesetzten V-Leute von Richtern - in Führungszeichen - hätten „zugelassen“⁶¹ werden müssen, weil der Richter hat eine völlig andere Beziehung zum Verfassungsgesetz als die der Verhältnismäßigkeit. Der hätte bestimmt in Anbetracht der Vielzahl von V-Leuten in der NPD gefragt, ob es in Anbetracht der V-Leute X und Y und Z denn auch noch der V-Leute A, B und C bedarf.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Darf ich mal nachfragen? Wir haben ja hier in dem Ausschuss gelernt, dass Quellenschutz etwas sehr Wichtiges ist. Viele haben ja auch deutlich gemacht, dass das vorgeht, und zum Teil auch die Frage gestellt: Wie können wir denn sonst überhaupt noch V-Männer anwerben? - Wer lässt sich denn anwerben vom Verfassungsschutz, wenn er weiß, da muss ein Richter zustimmen - vielleicht noch der Richter, der ihn letzte Woche für irgendwas verknackt hat?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sind Richter weniger vertrauenswürdig als Verfassungsschützer? - Die deutsche Justiz hat bewiesen, dass sie mit Geheimhaltung umgehen kann. In meinem Bereich - Spionage - gibt es kaum Vorgänge, die nicht sekretiert sind. Und die Ermittlungsrichter, die Senate, die Strafsenate - jeder kann damit umgehen. Und das ist sicherlich kein Grund. Da würde sicherlich nicht der Richter nach dem Buchstabenprinzip damit befasst werden, sondern ein spezieller Richter oder ein spezieller Spruchkörper, der damit umzugehen hätte.

⁶¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Und ich denke, dass durch diese Lösung der Verfassungsschutz viel von seiner Makelbehaftetheit im Ansehen verlieren würde, wenn er eben der richterlichen Kontrolle unterworfen würde. Im Augenblick gibt es eine administrative Kontrolle und natürlich auch eine parlamentarische Kontrolle, wobei die parlamentarische Kontrolle - das habe ich da auch, aber nur in einem Nebensatz, geschrieben - möglicherweise oder aus meiner Sicht jedenfalls am meisten dadurch wirkt, dass sie überhaupt existent ist. Die wirkt am meisten durch das Wissen im Kopf, dass es gibt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Hat die FDP noch weitere Fragen, 60 Sekunden lang? - Das ist nicht der Fall. Die Linksfraktion? - Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Dr. Förster, versuchen Sie sich bitte mal zu erinnern. Aus Ihrer Erinnerung: Kann es sein, dass der V-Mann „Piato“, bevor er in Brandenburg aktiviert wurde, in einer anderen Behörde als V-Mann geführt worden ist, Bundes- oder Landesamt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das möchte ich ausschließen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Definitiv ausschließen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich möchte das ausschließen. Weil wenn ich schon diese Postkartenbewerbung weiß, dann würde ich auch das wissen. Das sage ich sozusagen zu meiner eigenen Rechtfertigung. Ich möchte das ausschließen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie würden es aber - - Na gut; Sie möchten es - - Sie wünschen sich, dass es ausgeschlossen ist?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie schließen es aus?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Das ist so ein Minivorbehalt: Was kann man schon ausschließen?

Jens Petermann (DIE LINKE): Okay. Also 99,9 Prozent.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In den Akten, die ich gesehen habe, steht das nicht drin.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dann ein anderer Komplex: Den Akten können wir entnehmen, dass Sie auch in Kenntnis gesetzt wurden, wenn ausländische Geheimdienste oder Strafverfolgungsbehörden Informationen bzw. Anfragen im Bereich Rechtsextremismus ans BfV hatten. In diesem Zusammenhang würde ich gerne wissen, ob Sie sich an ein Schreiben des italienischen Geheimdienstes erinnern können aus dem Jahr 2003. Da hatte der italienische Geheimdienst AISI offenbar das BfV über die Existenz eines halb im Untergrund befindlichen Netzwerkes von deutschen Neonazis informiert, die in der Lage seien, in spontan gebildeten Zellen kriminellen Aktivitäten nachzugehen. An die Übermittlung dieser Information im März 2003 an deutsche Behörden hat der AISI offenbar die Lageorientierte Sondereinheit nach dem Bekanntwerden des NSU erinnert. Leider liegt uns dieses Schreiben bis heute nicht vor. Aber es wird so sein, dass es einigen Medien wie beispielsweise der *Berliner Zeitung*, dem Antifa-Infoblatt und dem Bayerischen Rundfunk vorliegt. Können Sie uns da möglicherweise weiterhelfen? Können Sie damit was anfangen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe eine Passage eben akustisch nicht verstanden. Irgendwas war da mit AL IS.

Jens Petermann (DIE LINKE): So heißt der italienische Geheimdienst.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, danach. Danach kam noch irgendwas mit AL IS. Und das heißt ja „Abteilungsleiter Innere Sicherheit“ und würde mich dann betreffen.

Jens Petermann (DIE LINKE): „Lageorientierte Sondereinheit“ war das.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aha. - Also ich habe da keine aktuelle Erinnerung dran.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also Sie wissen nicht, dass da irgendwas aus Italien mal gekommen ist, das möglicherweise entsprechende Informationen enthält, das möglicherweise auch Medien zugegangen ist?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also das kann sein, -

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie können damit nichts anfangen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - aber ich habe da keine aktuelle Erinnerung dran. Und deswegen hatte ich gedacht, dass Sie mich da in Person irgendwie angesprochen hätten in dem Text.

Jens Petermann (DIE LINKE): Es gab ja offensichtlich einen eigenen Austausch zwischen den sogenannten Alpenländern. Man spricht auch von der Alpenländerkonferenz. Können Sie sich erinnern, dass im Nachgang dazu von einer entsprechenden Meldung des AISI, also des italienischen Geheimdienstes, berichtet wurde -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): - und wie dann möglicherweise auch weiter verfahren wurde? Fehlanzeige?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Haben Sie das aus Akten? Oder? Wenn ich so ein Aktenstück sehen würde, dann - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Das sind Medienberichte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ach so.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja. Ich hatte ja gesagt: *Berliner Zeitung*, ein Antifa-Infoblatt und Bayerischer Rundfunk haben sich auf diese Quellen bezogen. - Hast du noch Fragen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Aber es ist richtig, wenn wir die Akten gelesen haben, dass Sie durchaus - - wenn es Kontakte zu ausländischen Behörden gab, dass das gegebenenfalls über Ihren Tisch ging? Sie sagten

vorhin, dass Sie für den Minister zum Beispiel an einer Konferenz der Ostseeanrainerstaaten teilgenommen haben. Das war für mich so ein Beleg dafür, dass Sie offensichtlich da für diese Kontakte zuständig waren. Oder ist das falsch?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist zum Teil richtig. In der Polizeiabteilungszeit gehörte die internationale Zusammenarbeit zu meinem Tätigkeitsfeld. Ich habe auch dieses Passagierdatenabkommen mit den Amerikanern für die EU verhandelt während der deutschen Ratspräsidentschaft. Aber das - -

Petra Pau (DIE LINKE): Aber zum Phänomenbereich Rechtsextremismus haben Sie keine internationale Zusammenarbeit gepflegt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Nein, nein. Überhaupt nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Das haben wir dann offensichtlich missverstanden.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Grünen, bitte, falls noch Bedarf besteht.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja!)

- Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre vielfältige Verwendung, Herr Förster, bringt es mit sich, dass wir hier munter springen. Mich interessiert wieder Ihre Zeit als Unterabteilungsleiter bzw. als ständiger Vertreter des Leiters der Abteilung Innere Sicherheit. Das war ja der Zeitraum, in dem die sogenannten Ceska-Morde passierten. Haben Sie je im Bundesinnenministerium sich damit befasst? Kannten Sie beispielsweise die Fallanalysen, die dazu erstellt wurden? Und haben Sie sich eine Meinung gebildet, ob man in Richtung organisierte Kriminalität oder in Richtung Rechtsextremismus oder möglicherweise gleichgewichtig in beide Richtungen die Ermittlungen führen sollte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In der IS-Zeit war ich mit Ceska nicht befasst.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in der Unterabteilungsleiterzeit?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das habe ich ja gesagt. Das fing an mit dem achten und neunten Mord - und dann die Frage der Änderung der polizeilichen Zuständigkeit.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch diese Operativen Fallanalysen gekannt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich je mal besprochen oder hat es Sie beunruhigt, dass diese Mordserie geschieht und nicht aufgeklärt wird?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die Frage beantwortet sich vielleicht von selber. Dass mich das beunruhigt und betroffen hat, das ist - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur als Zeitungsleser? Oder gab es da auch mal Besprechungen im Innenministerium?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann mich an keine weitere Besprechung erinnern bezogen auf die Ceska-Morde.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nachdem im Umfeld von Garmisch-Partenkirchen die Weichenstellung erfolgt war, war das Thema erledigt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie wir alle wissen, war das Thema leider nicht erledigt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, für Sie jetzt auch nicht als mitfühlendem Behördenmitarbeiter, was ich Ihnen absolut zubillige, sondern in der Funktion auch als Fachaufsicht über Bundeskriminalamt und an was man da alles denken könnte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß keine konkrete weitere Weichenstellung, an der ich in Person beteiligt gewesen wäre.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die Union noch Fragen an den Zeugen? - Darf ich vorab fragen, weil noch Mitarbeiter im Saal des Auswärtigen Ausschusses auf uns warten, ob noch gewünscht wird, Herrn Dr. Förster in eingestufte Sitzung zu vernehmen?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Schon nicht, weil wir um halb zehn aufhören!)

- Das ist nicht der Fall. Dann würde ich bitten, den Herrschaften dort mitzuteilen, dass sie Feierabend machen können. - Herr Schipanski, bitte.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich wollte Sie nur fragen, weil Sie ja von der länderübergreifenden Zusammenarbeit in diesem einen konkreten Fall nichts wussten, welcher Mitarbeiter in Ihrem Hause denn diese Sache bearbeitet hat.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Um welchen Sachverhalt geht es jetzt?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Es geht um den Sachverhalt, dass der [REDACTED] ja Informationen von dem Trio hatte und Thüringen Observationen eingeleitet hatte. Und Ihr Amt wurde gebeten, dass man hier schriftlich korrespondiert, einen Bericht abfasst. Und das wurde aus Gründen des Quellenschutzes letztlich verweigert. Und da haben Sie uns hier gesagt, dafür waren Sie nicht zuständig; das haben Sie nicht gemacht; Sie kennen den Vorgang nicht. Wer war denn dann in Ihrem Hause für diese Entscheidung zuständig?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das hängt davon ab, wie dieser Sachverhalt bekannt gegeben wurde, wer dafür zuständig war. Es gibt einen Abteilungsleiter, und dann gibt es Referatsleiter. Und der Fall „Piato“ spielte natürlich in dem Referat „Beschaffung“⁶².

⁶² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

Ich denke, dass das die heutige Amtsleiterin aufklären kann.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also Ihre Nachfolgerin? Die müsste das letztlich wissen, was in Ihrer Amtszeit - - wer das damals gemacht hat?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das müssen Sie doch eigentlich auch wissen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Meine beiden Nachfolger sind als politische Beamte entlassen worden. Und jetzt - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber Sie müssen doch wissen, wer Ihr Abteilungsleiter Beschaffung damals war. Der müsste doch diesen Vorgang bearbeitet haben. Oder nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht, ob ich Ihnen den Namen sagen darf. Das ist wahrscheinlich problematisch.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Was ist denn da problematisch?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Doch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir hatten das ja schon. Wir wissen ja nicht, ob er noch aktiv ist.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber das können wir ja dann in einer Beratungssitzung noch mal besprechen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also ich sage Ihnen den Namen, wie der Referatsleiter Beschaffung hieß. Der heißt [REDACTED] (?).

(Dr. Eva Högl (SPD): Wie die Kommissarin!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: SPD-Fraktion? - FDP-Fraktion? - Keine Fragen. Linksfraktion? - Keine Fragen? - Hat die Linksfraktion noch Fragen oder nicht?

(Petra Pau (DIE LINKE): Wir haben noch eine Frage!)

- Ja, bitte. Sie sind dran.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich will noch mal zurückkommen auf eine Frage, die ich vorhin schon gestellt habe, wo Sie geantwortet haben, dass also „Piato“ offensichtlich nicht losgeschickt wurde, um Informationen zum Aufenthaltsort der Bombenbastler, die Ihnen ja namentlich nicht bekannt waren - - Können Sie ausschließen mit Ihrem Wissensstand und Ihrer Erinnerung, die Sie heute haben, dass trotzdem die V-Mann-Führer - nicht Sie; Sie haben ihn ja nicht geführt - ihn tatsächlich mit einem deutlichen Auftrag zur Suche nach dem Trio bzw. zur Beschaffung von Informationen zur Beschäftigung des Trios am derzeitigen Aufenthaltsort losgeschickt haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß darüber nichts. Aber ich habe Ihnen ja schon gesagt, dass ich, weil ich diesem V-Mann halt nicht getraut habe, zu der ungewöhnlichen Maßnahme gegriffen habe, dass der zwei V-Mann-Führer hatte. Und einer von den zweien, den ich dazuattachiert habe, war vom höheren Dienst. Das ist extrem ungewöhnlich.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, gut; die zwei müssen ihm ja irgendwelche Aufträge erteilt haben, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Petra Pau (DIE LINKE): - bzw. es muss ja noch irgendeinen Sinn gemacht haben, auch wenn sie zu zweit auf ihn aufgepasst haben, in welcher Weise auch immer, dass sie ihn überhaupt noch genutzt haben. Also er muss ja irgendein konkretes Arbeitsfeld gehabt haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß aber zu dem Sachverhalt wirklich nichts.

Und vielleicht darf ich noch sagen, warum ich so fixiert war auf die Zeit im BMI: Ich habe einen Antrag gesehen für meine Zeugenvernehmung. Und der beschreibt: Tätigkeit im BMI. Deswegen habe ich mich auch nicht irgendwie - mit der Bitte um Verständnis - um mögliche Brandenburger Anknüpfungspunkte vorab bemüht, wie sich das ja

für einen Zeugen gehört, damit der möglichst präsenten Wissen hier kundgeben kann. Das ist der Grund. Deswegen bitte ich um Verständnis, dass ich viele Fragen mit „weiß ich nicht“ - der Antwort, die ich mir eigentlich vorgenommen hatte, nie zu benutzen - beantwortet habe.

(Eine Mitarbeiterin des Ausschusssekretariats überreicht dem Vorsitzenden ein Schriftstück)

Petra Pau (DIE LINKE): Tja. Das ist misslich, weil - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es die Wahrheit ist, ist es besser, als Unsinn zu erzählen!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Beweisbeschluss:

Es wird Beweis erhoben zum gesamten Untersuchungsauftrag durch Vernehmung von Herrn Bundesanwalt Dr. Hans-Jürgen Förster.

Zum gesamten Untersuchungsauftrag. Und eine Begründung gibt es hier nicht, oder? - Nein. Das ist der Beschluss.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ich weiß.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der Beschluss müsste Ihnen ja - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe eine Begründung gesehen, in der eben Bezug genommen ist auf die BMI-Zeit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Aber der Antrag wird den Zeugen ja gar nicht übermittelt. Also für Sie ist - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe den irgendwie, wahrscheinlich dann vom BMI, gekriegt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das mag ja sein. Aber maßgeblich ist doch der Beschluss, der hier gefasst worden ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist mir schon klar. Ich versuche ja nur, sozusagen mich mehr oder weniger zu entschuldigen mit dieser formalen Krücke des Antrags.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind ja schon froh, dass die Ladung angekommen ist!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist in der Tat die Begründung des Antrages. Aber wenn der Antrag dann beschlossen ist, wird ja nur der Beschluss übermittelt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist ja klar. Aber ich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht war ja das BMJ oder die BA da serviceorientiert; oder wie auch immer. Also jedenfalls ist, glaube ich, die Stellungnahme des Zeugen zur Kenntnis zu nehmen.

Frau Pau? - Herr Petermann? - Gut. Haben die Grünen noch Fragen?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, nein!)

Gibt es sonst noch Fragen an den Zeugen? - Das ist nicht der Fall.

Herr Dr. Förster, dann bedanke ich mich, dass Sie uns längere Zeit zur Verfügung gestanden haben. Wie bereits angekündigt, bekommen Sie das vorläufige Stenografische Protokoll mit der Möglichkeit zum Gegenlesen innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab Zugang der Sendung. - Dann wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen Abend und alles Gute.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich schlage vor, dass wir eine ganz kurze Beratungssitzung machen. - Dann bitte ich, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 21.14 Uhr)

fünf Tagen unmittelbar nach dem Anschlag war ich also nicht im Büro, sondern habe mich telefonisch informiert und auf dem Laufenden gehalten.

Zweitens. Die innenpolitischen Diskussionen in Nordrhein-Westfalen in jenen Tagen unmittelbar um den 9. Juni waren von folgenden Themen bestimmt, nur um Ihnen ein Bild der damaligen Situation kurz zu skizzieren: Es ging damals um die sogenannte Kaplan-Abschiebung. Der oder die eine oder andere wird sich erinnern an die vielen vergeblichen Bemühungen der Innenverwaltung Nordrhein-Westfalens, Herrn Kaplan in die Türkei abzuschicken. Das prägte damals ganz maßgeblich die innenpolitische Diskussion. In der Woche vor dem 09.06. hatte es im Landtag dazu eine Sondersitzung des Innenausschusses mit anschließender sehr breiter Presseberichterstattung gegeben. - Im Vorfeld der IMK gab es eine heftige Diskussion auch in unserem Lande über die Sicherheitsarchitektur in Deutschland - ein Thema, das ja nach wie vor nicht unaktuell geblieben ist. Es gab heftige Diskussionen, sehr kontroverse Diskussionen um die Vorschläge des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily, auch Gegenvorstellungen von mir. - Es gab Berichterstattungen und Diskussionen um die Einführung des sogenannten Onlineanzeigeverfahrens bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen. - Schließlich, als Letztes, möchte ich erwähnen: Damals stand, was den Rechtsextremismus betraf, eine geplante rechtsextremistische CD-Verteilaktion - Musik-CDs - an Schulen in Nordrhein-Westfalen im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. - So viel zu einigen Debatten im unmittelbaren zeitlichen Umfeld des 9. Juni 2004 aus meiner persönlichen Sicht.

Die Abläufe am 9. Juni 2004 und am Tage danach sind Ihnen aus den Akten und den bisherigen Aussagen vor diesem Ausschuss bekannt, sodass ich im Moment darauf verzichten kann, sie Ihnen hier vorzutragen. Deshalb komme ich sofort dazu, auf das einzugehen, was im Zusammenhang mit meiner Person bisher öffentlich dargestellt worden ist.

Schon am Samstag, dem 12.06.2004, findet sich in einem Bericht des *Kölnischer Stadt-Anzeigers* die Darstellung, Bundesinnenminister Otto Schily und ich hätten am 11.06.2004, also am Tag vorher, an dem Freitag, einen terroristischen Hintergrund des Anschlages in Köln, ein politisches oder

fremdenfeindliches Motiv ausgeschlossen. In wenigen folgenden Berichten anderer Medien der damaligen Tage und auch in neueren Darstellungen in den Medien und auch in politischen Kommentaren wird das bis heute so wiederholt. Dazu sage ich hier:

Erstens. Eine Pressemitteilung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen mit diesem Inhalt oder gar eine gemeinsame Erklärung mit dem Bundesinnenministerium hat es nicht gegeben. Insofern ist die Berichterstattung, auch die Kommentierung, die sich darauf bezieht, falsch.

Zweitens. Es ist wahrscheinlich - und so weisen es ja auch die Ihnen vorgelegten Protokolle des Lagezentrums des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen aus; aber insoweit habe ich keine konkrete Erinnerung mehr -, dass ich zu Hause aus dem Ministerium angerufen worden oder informiert worden bin. Sicher scheint mir zu sein, dass ich mit dem damaligen Landeskriminaldirektor im Innenministerium telefoniert habe, um mich informieren zu lassen. Vermutlich hat er mir gesagt, dass es zu den Motiven des Kölner Anschlages nach Auskunft der örtlichen Behörde noch keine Hinweise gebe. Das war am Abend des 09. Juni, und das war auch am Morgen oder Mittag des 10. Juni. Darüber gibt es ja auch, wie ich heute weiß, Notizen in der Lagedokumentation des Lagezentrums des Innenministeriums. Ich schließe nicht aus, dass ich die Einschätzung, es gebe bisher keine Erkenntnisse über die Motive des Anschlages, auf Befragen dann auch Dritten, allerdings nicht der Öffentlichkeit gegenüber, weitergegeben habe. Ich habe keine Kontakte zur Öffentlichkeit gehabt nach meiner Erinnerung. Ich war eben im Urlaub. Wer mich ein wenig näher kennt, weiß, dass ich bei öffentlichen Äußerungen in vergleichbaren Fällen immer sehr abwägend und zurückhaltend gewesen bin - bis zum heutigen Tage.

Auch der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen hat - wie Sie wissen; denn Dr. Möller hat Ihnen hier Rede und Antwort gestanden - trotz von dort unternommener Aufklärungsbemühungen keine Hinweise auf einen rechtsextremistischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund gehabt.

Meine dokumentierte Nachfrage im Lagezentrum des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen am Abend des 09.06.2004 - wörtlich, ich zitiere -: „Warum ist der Verfassungsschutz ... eingeschaltet?“, hatte einzig und allein den Grund, zu erfahren, ob es

9. Juni
10. Juni

Hinweise auf einen extremistischen, verfassungsfeindlichen Hintergrund gebe und ob ich darüber etwas wissen müsse. Diese Frage ist mir dann unmittelbar darauf vom Referatsleiter der Kriminalpolizei im Innenministerium Nordrhein-Westfalen negativ beantwortet worden.

Ich kann nicht ausschließen, dass ich möglicherweise diese frühe Information aus der Polizei, wonach es zum damaligen Zeitpunkt keine Hinweise auf das Motiv und einen fremdenfeindlichen Hintergrund gegeben habe, so auch an Dritte weitergegeben habe, zum Beispiel an den Ministerpräsidenten. Anzunehmen oder gar zu unterstellen, wie ich vereinzelt gelesen habe, mit dieser Nachfrage „Warum ist der Verfassungsschutz ... eingeschaltet?“ hätte ich die Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden in eine bestimmte Richtung lenken wollen oder auch ohne Absicht gelenkt, ist nach meinem Dafürhalten absurd und an den Haaren herbeigezogen, und ich weise es mit aller Deutlichkeit zurück. Ich habe niemals als Innenminister oder zuvor als Justizminister in Nordrhein-Westfalen die Ermittlungsarbeit der Justiz- oder Polizeibehörden manipuliert.

Wie ich heute aus den mir auszugsweise zugänglichen Akten, die auch Ihnen übersandt wurden, weiß und aus damals erschienenen Presseberichten, die ich recherchiert habe, haben sowohl Staatsanwaltschaft wie Polizei Köln von Anfang an zur Frage möglicher Motive und Hintergründe des Anschlags in jeder Hinsicht offene Formulierungen gewählt. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass sich die Ermittler durch öffentliche Kommentierungen von Ministern in den Medien keinesfalls in ihrer Ermittlungsarbeit haben beeinflussen lassen.

So erklärte zum Beispiel der Kölner Kriminaloberrat Tobias Clauer in einem Interview mit dem *Kölner Stadt-Anzeiger* am 22.10.2004 - ich zitiere ihn nach *Der Zeitung*, der Berichterstattung:

Wir haben von Anfang an in alle Richtungen ermittelt und uns nicht direkt festgelegt. Es gibt kein Bekenntschreiben und von daher auch keinen Hinweis auf eine terroristische Organisation. Letztlich kann aber nichts ausgeschlossen werden.

Ende dieses Zitats von Herrn Clauer.

Alle diese Einschätzungen entsprachen aus damaliger Sicht dem Kenntnisstand der

Behörden; aus heutiger Sicht aber waren sie leider falsch. Aber was wir heute wissen, wussten wir damals leider nicht. Wie wir heute wissen, war das eine fatale Unterschätzung und Fehleinschätzung mit verheerenden Folgen.

Mehr als acht Jahre nach dem Anschlag von Köln kann ich heute nur sagen: Es ist ein Menetekel, eine Katastrophe für die Sicherheitsbehörden, Justiz, Polizei, Verfassungsschutz in Bund und Ländern und damit auch für die politisch Verantwortlichen, dass die Untaten des rechten Terrornetzwerkes NSU nicht früher aufgedeckt und/oder jedenfalls teilweise verhindert werden konnten. Das Ansehen unseres Staates und seiner Sicherheitsbehörden hat dadurch im In- und Ausland langanhaltenden Schaden genommen.

Ich unterstützte sehr, dass die Gründe dafür lückenlos aufgeklärt und die Ursachen des Versagens angegangen werden. Es muss geklärt werden, wie Ähnliches in Zukunft ausgeschlossen und verhindert werden kann, welche Lehren gezogen werden müssen. Das sind wir, so meine ich, den Opfern und den Hinterbliebenen schuldig.

Das verloren gegangene Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Sicherheitsapparates und des Staates muss schnellstmöglich wiederhergestellt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden muss besser, Abschottungen, Vorbehalte, Grabenkämpfe müssen überwunden werden.

Für die damaligen langjährigen Fehleinschätzungen tragen sicher die politisch Zuständigen in Bund und Ländern die politische Verantwortung - auch ich als damaliger Innenminister in Nordrhein-Westfalen. Dazu bekenne ich mich ohne Wenn und Aber. Dass den Sicherheitsexperten und mir damals Fehleinschätzungen aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Informationen unterlaufen sind und dass sie nicht schneller korrigiert werden konnten, bedaure ich außerordentlich. Es tut mir auch persönlich sehr leid. Bei allen Leidtragenden vor allem der Kölner Anschläge kann ich mich dafür nur entschuldigen. Ihnen ist auch im Nachhinein ungewollt viel Leid zugefügt worden und Unrecht geschehen. Wiedergutmachen können wir das nur, wenn die Ereignisse nun schnell aufgeklärt und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Deshalb ist es auch gut, dass der Generalbundesanwalt so schnell Anklage gegen Frau Zschäpe und vier Unterstützer des NSU erhoben hat, damit schnellstmöglich auch eine gerichtliche

Klärung der Geschehnisse herbeigeführt werden kann.

So weit, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine einführenden Worte. Ich stehe nun für Fragen zur Verfügung und werde darauf, auch wenn die mich betreffenden Ereignisse mittlerweile acht und mehr Jahre zurückliegen, nach meinem Erinnerungsvermögen gern antworten.

Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Zeuge, vielen Dank für die einleitenden Ausführungen. Ich will hier gerne festhalten, dass es bisher nicht allzu oft passiert ist, dass sich hier ein Zeuge zu eigener Verantwortung auch bekennt. Das finde ich beachtlich.

Ich will einleitend einige Fragen an Sie richten. Herr Behrens, Sie waren ja in einem Zeitraum von zehn Jahren Landesminister im Bundesland Nordrhein-Westfalen, von 1995 bis 2005, und in dieser Zeit von 1998 bis zu Ihrem Ausscheiden aus dem Landeskabinet Innenminister. Jetzt haben Sie einleitend geäußert, das sei schon lange her mit dem Anschlag in der Keupstraße 2004; Sie hätten sich noch mal einlesen müssen. Herr Behrens, in Ihrer Zeit als Innenminister, wie viele Anschläge sind denn in Nordrhein-Westfalen verübt worden mit bis zu 30 zum Teil Schwerverletzten, außerhalb des Anschlages 2004 in der Keupstraße?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das waren sicherlich wenige; ich kann mich an ~~keinem~~ ~~anderen im Moment erinnern~~ - um das so zu beantworten. Aber es hat eine Fülle von, ich sage mal, besonderen Ereignissen im Laufe meines Innenministerlebens gegeben: etwa im Jahre 2005 allein in Nordrhein-Westfalen die Ermordung von fünf Polizisten durch drei Ereignisse, was damals sehr viel Aufsehen erregt hat und sehr viel Furore gemacht hat, und einige andere Großereignisse, die einen natürlich dann auch sehr beschäftigen, wie etwa ein Castor-Transport und Ähnliches. Aber einen Bombenanschlag in dieser Art hat es so in Nordrhein-Westfalen nicht gegeben nach meiner Erinnerung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich gehe ja auch davon aus, Herr Behrens, dass, zumal in einem bevölkerungsreichen Flächenland, wenn man da sieben Jahre Innenminister ist, es mehr als eine Straftat

gegeben haben muss. Aber jetzt von der Dimension her: An ein vergleichbares Anschlagsgeschehen können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, *was den genannten*

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann gehe ich doch davon aus, wenn das ein herausragendes Ereignis gewesen ist, dass man sich dafür auch als zuständiger Minister sehr interessiert. *am Wehrhafen Düsseldorf.*

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das kann man wohl sagen. Ja, natürlich, das steht dann lange, für lange Zeit im Mittelpunkt auch der politischen Beschäftigung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber bis zum Auffliegen der Terrorzelle im November 2011 hatten Sie das nicht mehr in der Erinnerung präsent?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Natürlich habe ich den Anschlag in Erinnerung gehabt, aber nicht Einzelheiten, die möglicherweise hier den Ausschuss interessieren könnten. Deshalb habe ich mich bemüht gefühlt, mich auf die Sitzung hier vorzubereiten, damit ich etwas mehr an Kenntnissen wieder einbringen kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie eigentlich damals jemals mit Opfern dieses Anschlages gesprochen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das habe ich nach meiner Erinnerung damals nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie es im Nachhinein getan?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Auch nicht. Ich bin ja dann knapp ein Jahr später schon aus dem Amt des Innenministers ausgeschieden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Ich meine: Im Verlauf des letzten Jahres haben Sie es auch nicht getan?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das habe ich akustisch nicht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Im Laufe des letzten Jahres haben Sie auch nicht Kontakt zu den - -

*Tan einen
erinnern
den Anschlag
am Wehrhafen
in Düsseldorf
im Jahr 2000*

*Tun 2000
in Düsseldorf*

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, nein. Es hat keine Kontakte gegeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Stracke und ich hatten im Sommer Kontakt und waren da durchaus sehr berührt, als wir unter anderem gehört haben von einer Mutter eines damals Anfang-20-jährigen Anschlagsoffers, die berichtet hat, wie sie am Bett ihres Sohnes in der Intensivstation gesessen habe und noch am Abend des Tattags Polizeibeamte vorbeigekommen seien, um DNA-Proben zu nehmen. Das hätte man wahrscheinlich auch später machen können. Die Wahrscheinlichkeit, dass der junge Mann am nächsten Tag die Klinik verlässt, war ausgesprochen gering, wenn man sich auf der Intensivstation aufhält. War das übliche Praxis in Nordrhein-Westfalen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das kann ich Ihnen so nicht beantworten, weil ich als Minister natürlich niemals dabei gewesen bin, wenn die ermittelnden Polizeibeamten DNA-Proben irgendwo erhoben haben. Aber das, was Sie schildern, Herr Vorsitzender, das ist kein Ausweis von besonderer Sensibilität.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das kann man wohl so sagen. - Herr Behrens, können Sie ein bisschen näher und vielleicht auch detaillierter, soweit es Ihnen möglich ist, erläutern, wie Sie informationsmäßig bzw. auch was Nachfragen von Ihnen betrifft, eingebunden waren am Tattag, was den Anschlag am 9. Juni 2004 in der Keupstraße betrifft?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich hatte Ihnen ja eben berichtet, dass ich an diesem Tag praktisch in Urlaub gegangen bin, um umzuziehen, und zum Zeitpunkt der Meldung nicht mehr im Büro war und dann telefonisch informiert worden bin. Das ergibt sich ja aus den Protokollen des Lagezentrums, die Ihnen vorliegen, wann der Anruf war: um 17 Uhr irgendwas, um 40, 45 so was.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 17.25 Uhr.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe mir die Daten zwar rausgeschrieben und auch dabei, aber nicht einzeln im Kopf.

~~Das ist natürlich zunächst mal, weil man ja auch nicht weiß, was genau ist pas-~~

~~sien?~~ Es wird einem ja das mitgeteilt, was die erste WE-Meldung, so heißt das ja, dann im Lagezentrum an Informationen bringt: dass es in Köln einen Vorfall gegeben habe mit Explosion. Man wusste ja anfangs noch nicht, was die Hintergründe waren und was wirklich passiert war.

Natürlich ist es dann so: Wenn man darüber informiert wird, dann bittet man als Erstes darum, weiter informiert gehalten zu werden, wenn es weitere Erkenntnisse gibt. Man selber informiert als Innenminister im Zweifel dann zum Beispiel den Ministerpräsidenten, damit der gegebenenfalls gerüstet ist, auf Fragen antworten zu können und sich darauf einzustellen, dass hier ein besonderes Ereignis im Land geschehen ist.

Dann bleibt man am Ball; das ist keine Frage. Man wird natürlich in einer gut eingeübten Behörde - das war das Innenministerium Nordrhein-Westfalen ganz sicherlich zu jener Zeit und sicher auch bis zum heutigen Tage - automatisch in einer Art Berichtswesen ständig auf dem Laufenden gehalten von den leitenden Beamten, in diesem Falle der Polizeiabteilung und des Lagezentrums, zu denen man ohnehin einen nahezu ständigen Kontakt tags und nachts hat, vor allem den Beamten des Lagezentrums, mit denen man vielfältige Kontakte hat, die einen ja auch ständig informieren über besondere Ereignisse im Land. Das war ein geübtes Verfahren.

So war es auch an diesem Tag. Ich habe sie sicherlich gebeten, mich dann im weiteren Verlauf der Ermittlungen auf dem Laufenden zu halten. Es hat ja dann danach auch weitere Kontakte gegeben, was Ihnen ja auch bekannt ist, unter anderem auch meine Nachfrage: „Warum ist der Verfassungsschutz ... eingeschaltet?“, auf die ich ja eben kommentierend eingegangen bin, nämlich weil ich wissen wollte: Gibt es dafür irgendeinen Grund, dass der Verfassungsschutz vielleicht unterstellt oder Hinweise hat, dass fremdenfeindliche oder sonstige, den Verfassungsschutz als verfassungsfeindliche Bestrebungen interessierende Erkenntnisse vorgelegen haben? Das ist zu dem Zeitpunkt, an dem Abend des 9. Juni, allerdings dann verneint worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Binninger möchte eine Zwischenfrage stellen. Bitte.

Telefonkontakt hergestellt. Und damit war für das Lagezentrum diese Frage erledigt.

Für mich hieß das, die Auskunft: Es gibt bisher keine Hinweise auf den Hintergrund des Geschehens in Köln, also keine Hinweise darauf, dass es irgendeinen Grund gebe, dass der Verfassungsschutz dort tätig wird.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Behrens, ich habe mich hier gerade noch mal umgehört: In den Akten des Verfassungsschutzes finden wir keine Hinweise auf einen Kontakt zu Ihnen, was ja nicht heißen muss, dass es einen solchen nicht gegeben hat. Es spricht ja sogar einiges dafür, wenn Sie selber das Lagezentrum dann an dem Abend noch mal anrufen haben.

Ich will nur Ihnen folgenden Vorhalt machen. Das ist die Lagedokumentation vom 9. Juni 2004 des Lagezentrums der Polizei; das ist MAT A NW-6 I. In diesem Protokoll tauchen Sie an zwei Stellen auf, einmal mit dem Hinweis:

17.25 Uhr

LZ an Minister

- Informationsweitergabe

und dann, Stunden später:

21.03 Uhr

Anfrage Minister Behrens an LZ:

Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet?
Bitte um Vermittlung eines Gesprächspartners (entweder die Herren W., B. oder S.)

Das deutet, jedenfalls nach Inaugenscheinnahme, durchaus darauf hin, dass Sie ja selber, jedenfalls am Abend des Tages, noch mal initiativ geworden sind, selber das Lagezentrum kontaktiert haben müssen. Ist Ihnen das so erinnerlich? Also, wenn ich Ihnen da nicht zu nahe trete: Wie hat man sich das vorzustellen, wenn Sie im Urlaub sind und umziehen? Waren Sie da gerade im Möbelwagen unterwegs, als Sie der Anruf erreicht hat, oder wie war das?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, die Umzugsentfernung, um das hier aufzuklären, betrug 25 Kilometer, von Düsseldorf aufs Land. Ich war durchaus in der Nähe, aber eben mit Arbeiten im Hause, entweder in der

leerzuräumenden Wohnung oder in dem zu beziehenden Haus, beschäftigt.

Nein, ich meine -- Ich habe Ihnen ja eben schon auf die Frage von Herrn Binniger gesagt: Es gab natürlich eine Kommunikation und hat es immer gegeben jenseits dessen, was über das Lagezentrum läuft und was dort protokolliert und dokumentiert wird. Und an diesem Abend haben sicherlich die Telefone nicht stillgestanden -- etwa mit dem Pressesprecher des Innenministeriums zu telefonieren, der --

Ich vermute, dass es möglicherweise eine Information aus dem Pressereferat gewesen ist, die mich dazu geführt hat - es wird behauptet, der Verfassungsschutz sei auch eingeschaltet -, nachzufragen: Stimmt das? Ist das wahr? Und wenn ja: Warum? Die Antwort darauf war eben: Nein, es gibt bisher keine Hinweise darauf, dass es Gründe gäbe, etwa den Verfassungsschutz hier einzuschalten. Also, es ist nach wie vor offen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Herr Behrens, dann will ich noch mal konkreter nachfragen: Um 16.25 Uhr war der Anschlag. Um 17.25 Uhr sind Sie vom Lagezentrum informiert worden. Welchen Inhalt hatte denn diese Information an Sie?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, das kann ich natürlich jetzt wörtlich nicht mehr wiedergeben. Ich denke mal: Herr Minister, wir müssen Sie darüber informieren -- Und dann wird im Zweifel der Inhalt der dem Lagezentrum vorliegenden WE-Meldung aus Köln vorgelesen worden sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war was?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: In Köln hat es einen Anschlag gegeben oder hat es ein Vorkommnis gegeben; eine Explosion in der Keupstraße mit vielen Verletzten; Großeinsatz usw.; im Moment keine Erkenntnisse über Hintergründe. - So etwa könnte es gewesen sein; jetzt in Kurzform und ... (akustisch-unverständlich). 1

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das scheint mir nicht besonders nahe liegend zu sein. Wir finden in den Unterlagen -- MAT A

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blätter 3 und 7.

BMI-4/57 e* - eine Meldung, Polizei Nordrhein-Westfalen, 17.56 Uhr; das war eine halbe Stunde nach Ihrem Telefonat. Ich zitiere: „Betr.: terroristische Gewaltkriminalität“. Das gibt es ja erfreulicherweise nicht so häufig in Deutschland. Hat man Ihnen, als man Sie angerufen hat seitens des Lagezentrums, 17.25 Uhr, gesagt, dass sehr wohl die Möglichkeit bestünde, es handle sich um einen terroristischen Anschlag?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das kann ich so weder verneinen noch bejahen, weil ich daran keine Erinnerung mehr habe. An den Wortlaut kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, aber Herr Behrens, wenn man Innenminister eines Landes ist: Mit wie vielen Verdachten auf terroristische Anschläge haben Sie es denn zu tun gehabt in Ihrer Amtszeit von sieben Jahren?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe gesagt: Das war der einzige dieser Art.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und das ist nicht mehr in Erinnerung?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist mir nicht in Erinnerung, mit welchen Worten ich informiert worden bin durch das Lagezentrum. Ob mir das wörtlich vorgelesen worden ist oder mit anderen Worten geschildert worden ist, das weiß ich heute nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, sagen wir mal so: Wenn es so gewesen wäre, man hätte gesagt: „Herr Minister, wir wissen, Sie sind gerade am Umziehen, aber es hat sich mutmaßlich in Köln ein terroristischer Anschlag ereignet mit bis zu 30 zum Teil Schwerverletzten“, müsste einem das nicht, auch wenn man nicht mehr Innenminister in Nordrhein-Westfalen ist, in Erinnerung bleiben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist mir auch noch gut in Erinnerung, nur nicht im Wortlaut, Herr Vorsitzender. Deshalb kann ich Ihnen auf diese Frage nur so antworten, wie ich das getan habe. Natürlich ist man in Alarmstimmung - das ist gar keine Frage -

und lässt sich dann fortlaufend weiter informieren - das ist selbstverständlich -, um zu sehen: Gibt es einen Grund, etwa den Urlaub abbrechen oder auf andere Weise zu reagieren?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wollte ich Sie gerade fragen. Haben Sie das erwogen, vielleicht Ihren Urlaub zu unterbrechen, um sich selber ein Bild zu machen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das habe ich ganz gewiss erwogen; denn das wäre nicht das erste Mal gewesen. Ich habe meinen Urlaub mehrfach unterbrechen müssen während meiner Zeit als Innenminister wegen besonderer Vorkommnisse.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Diese besonderen Vorkommnisse hatten aber nicht die Qualität eines möglichen terroristischen Gewaltaktes?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist ja unmittelbar dann nachher, Herr Vorsitzender, wie Sie auch wissen, auch korrigiert worden, diese Einschätzung „terroristischer Anschlag“ oder ähnliche Bezeichnung; das ist ja später auch im Betreff verändert worden. Das geht nicht auf meine Initiative zurück, sondern das hat die Polizei von sich aus veranlasst, weil es zu diesem Zeitpunkt keine Hinweise auf einen terroristischen Hintergrund gab.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie können sich nicht daran erinnern, was jetzt Gegenstand der Unterrichtung war, die Sie um 17.25 Uhr erhalten haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Eine Explosion in Köln mit mehreren Verletzten; das sicherlich. Aber wie der Betreff war und ob es überhaupt einen Betreff in dem Telefonat gegeben hat, das kann ich Ihnen so nicht mehr sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ob es einen Betreff in dem Telefonat gegeben hat?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ja, was wörtlich der Beamte des Lagezentrums mir am Telefon erzählt hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer hat Sie denn angerufen?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 58.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ein Beamter des Lagezentrums, dessen Namen ich jetzt nicht mehr weiß.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Ich vermute mal, dass ich hier - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist das übliche Vorgehen in solchen Fällen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber da hat doch nicht jeder Beamte Ihre Telefonnummer, oder?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das Lagezentrum weiß natürlich ständig, wo ich bin.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Lagezentrum schon. Es wird ein federführender Beamter gewesen sein wahrscheinlich.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: ~~Das ist~~ Da ~~sitzen~~ saßen zu der Zeit in einer Schicht mindestens drei Leute.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie können sich nicht erinnern, wer das war genau?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das weiß ich nicht

Vorsitzender Sebastian Edathy: Namentlich?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie können sich - - Ich frage jetzt noch mal, weil das ja kein unwichtiger Punkt ist: Hat diese Person, an deren Namen Sie sich nicht erinnern können, das Wort „Terrorismus“ oder „terroristisch“ gebraucht?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nach meiner Erinnerung nicht. Aber ich kann es weder ausschließen noch bestätigen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir finden dann in dem Protokoll weiter - 17.25 Uhr war der Anruf des Lagezentrums bei Ihnen - :

17.36 Uhr

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blatt 3.

LZ an LKA

- Bitte um Streichung des Begriffes „terroristischer Anschlag“ aus dem momentanen Schriftverkehr

Das haben Sie ja selber schon angesprochen, wahrscheinlich weil Sie zur Vorbereitung ja die Akten auch studiert haben werden.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: So ist es, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie kann das eigentlich sein - der Anschlag war um 16.25 Uhr -, dass man in einem Zeitraum von ungefähr 70 Minuten schon zu einer Bewertung kommt, was man eher ausschließen oder eher für wahrscheinlich halten könnte bei einem Anschlagsgeschehen? Denn dass das ein Anschlag war mit bis zu 30 verletzten Personen, das war ja bekannt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich weiß nicht, was wirklich bekannt war um 17 Uhr und 18 Uhr über den Ablauf der Ereignisse. Es hatte eine Explosion gegeben mit Verletzten; das war bekannt. Was die Ursache dafür war, das war, glaube ich, zu diesem frühen Zeitpunkt nicht bekannt. Ich vermute - aber das ist reine Vermutung -, dass die Korrektur des Betreffs deshalb geschehen ist, um nicht Vorfestlegungen zu haben im polizeilichen Schriftverkehr über das tatsächliche Geschehen, sondern das mit neutralen Worten zu beschreiben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich beziehe mich noch mal auf das Rundschreiben der Polizei, also bis sie dann halt die Mitteilung bekommen haben, sie sollen nicht von einem terroristischen Anschlag sprechen. Da heißt es wörtlich:

Da im Umkreis Zimmermannsnägel gefunden wurden, geht man von einem Anschlag aus.

Dass das ein Anschlag war, ist das neutral genug gewesen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wann war das? Das habe ich jetzt nicht in Erinnerung.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/57 e, Blatt 58.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war dieselbe E-Mail mit der Betreffzeile „terroristische Gewaltkriminalität“.

Terh
Zeuge Dr. Fritz Behrens: Gut, Anschlag kann auch wieder unterschiedliche Gründe haben. Ob es terroristische Gewaltkriminalität ist, das ist ja schon eine Einengung auf mögliche Hintergründe, auf Motive, die zu dem Zeitpunkt sicherlich auch verfrüht gewesen ist und deshalb zu einer Korrektur geführt hat. Zu dem Zeitpunkt konnte man das, denke ich, zu Recht noch nicht wissen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aus dem Protokoll des Lagezentrums geht hervor, dass das Lagezentrum Sie selber demnach nach dem Telefonat, das mit Ihnen geführt worden ist um 17.25 Uhr -- Vom Lagezentrum selber hat es keinen weiteren Kontakt zu Ihnen gegeben?

Terh
Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist wohl richtig so. Wenn es nicht protokolliert ist, wird es ihn nicht gegeben haben. Es hat sicherlich stattdessen erhebliche Zahl von Kontakten von mir und von Dritten in dieser Sache gegeben, die alle telefonisch stattgefunden haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mit wem haben Sie denn telefoniert?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das sind dann vor allem Mitarbeiter des Ministeriums. Aber ich sagte es schon: Es wird der Ministerpräsident gewesen sein; das wird möglicherweise der Chef der Staatskanzlei gewesen sein; das wird die Büroleiterin des Ministerpräsidenten gewesen sein, das werden verschiedene Leute gewesen sein, die ich informiert habe -- oder bei denen ich andere gebeten habe, sie zu informieren. Ganz sicher werde ich regelmäßig telefoniert haben mit dem Pressesprecher des Innenministeriums. Ich meine, an dem Abend wäre der Mitarbeiter Herr Rungwerth im Dienst gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Behrens, wenn man unterrichtet wird über einen Anschlag mit bis zu 30 Verletzten - lassen wir mal dahingestellt, ob das eine angemessene Bezeichnung damals war „terroristische Gewaltkriminalität“ oder ob es angemessen war, das wieder zu streichen -

und man telefoniert dann mit dem Ministerpräsidenten -- Ich will mal fragen: Haben Sie mit dem Ministerpräsidenten - das war Herr Steinbrück damals --

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie ihn angerufen, oder haben Sie ihn nicht angerufen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich weiß das nicht mehr. Aber ich vermute, schon.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist jetzt eine wenig befriedigende Aussage.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aber sie entspricht der Wahrheit. Und dazu bin ich verpflichtet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann reicht es aber, wenn Sie sagen: Ich weiß es nicht mehr.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ich weiß das konkret nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht ja, vielleicht nein.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es spricht eine Vermutung dafür, weil in solchen Fällen habe ich in der Regel mit dem jeweiligen Ministerpräsidenten - ich hatte ja mehrere im Laufe meiner Amtszeiten - telefoniert. Man hat sich unter anderem darüber beraten, wie man sich jetzt verhält in der Situation, und hat sich da abgestimmt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Aber Sie wissen nicht mehr, ob Sie Herrn Steinbrück angerufen haben und gesagt haben: „Herr Ministerpräsident, ich bin gerade informiert worden: Anschlag in Köln, bis zu 30 Verletzte“? Das wissen Sie nicht mehr?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das weiß ich nicht mehr. Ich habe darüber auch nirgends Protokoll geführt, sodass ich es nachlesen könnte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist ja jetzt nicht ganz so lange her, oder?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Achteinhalb Jahre ist schon ganz ordentlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das Gedächtnis der Menschen, Herr Vorsitzender, ist unterschiedlich weit zurückreichend.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das kann ich jetzt als Nichtmediziner so nicht unbedingt beurteilen. Aber ich stelle fest, dass Sie sich nicht daran erinnern, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, tut mir leid. Aber, das ist nicht so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - wie es denn gewesen ist. Ich meine, wenn Sie da noch am Abend um 21.03 Uhr selber das Lagezentrum angerufen haben, um sich nach der Involviertheit des Verfassungsschutzes zu erkundigen, legt das ja durchaus nahe, dass das Sie den Tag über schon mehrfach beschäftigt haben muss. Und ob Sie in dem Zusammenhang mit Herrn Steinbrück telefoniert haben oder nicht - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, ich halte es für wahrscheinlich, aber ich kann das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Könnte es einem anderen Zeugen vielleicht noch in Erinnerung sein? Ich will es mal so formulieren.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das mag sein. Wenn er es selber sagen würde oder irgendjemand anders das bestätigen könnte, kann ich das nicht ausschließen oder würde ich es für wahrscheinlich halten. Ich halte es, um es so zu formulieren, für wahrscheinlich, dass wir telefoniert haben, weil in vergleichbaren Fällen ich immer mit dem jeweiligen Regierungschef telefoniert habe, einmal um zu informieren natürlich und abzuklären, wie das weitere Vorgehen ist und wie man sich jetzt konkret verhält.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Im Nachgang zu dem Tatgeschehen, also die Tage nach dem 9. Juni 2004, wie intensiv haben Sie sich denn fortlaufend über die Ermittlungsarbeit unterrichten lassen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich denke, dass das relativ regelmäßig war. Es ist dokumentiert, glaube ich, vom nächsten Tag noch eine weitere Informationsbitte. Nach meiner Erinnerung hat am nächsten Tag, also an dem 10. Juni, am Fronleichnamstag, die Kölner Polizei eine Pressekonferenz gegeben - darüber gibt es Berichterstattungen, die ich in der Presse dann später nachgelesen habe - und hat aus ihrer Sicht, zusammen mit der Staatsanwaltschaft ~~Übungs~~ in Köln, mit Herrn Wolf, dem Leitenden Oberstaatsanwalt, der da ständig zitiert wird in den Presseberichterstattungen, öffentliche Erklärungen abgegeben.

Ich wollte unmittelbar im Zusammenhang mit dem Treten vor die Presse auch informiert werden aus Köln - - aus dem Ministerium. Diese Bitte hatte ich telefonisch an das Lagezentrum gerichtet, mir da einen Kontakt herzustellen mit dem ~~sezu~~ diensthabenden Beamten des Innenministeriums - Feiertag -, der mich informieren sollte, wie denn bis zu diesem Mittag, bis zu der Pressekonferenz, die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden in Köln waren. Dieses Telefonat hat dann stattgefunden - mit wem, Herrn Brillo oder Herrn Behrendt, weiß ich im Moment nicht mehr - und hat im Prinzip die Erkenntnis mir weitervermittelt, die auch von der Staatsanwaltschaft und von der Kölner Polizei der Presse gegenüber, der Öffentlichkeit gegenüber dargestellt worden ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Behrens, Sie haben in Ihrer einleitenden Stellungnahme darauf hingewiesen, dass Sie in Ihrer Amtszeit als Minister eine besondere Sensibilität gehabt hätten für das Thema Rechtsextremismus. Sie haben das an einigen Beispielen auch illustriert, anhand einiger Beispiele. Können Sie sich erinnern, ob Sie jemals nachgefragt haben bei den ermittelnden Behörden vor dem Hintergrund einer Straße, in der die Explosion herbeigeführt worden ist, überwiegend von Menschen mit Migrationshintergrund bewohnt, wo man auch nicht sagen konnte: „Der Täter konnte unterscheiden, ob er Kurden oder Nichtkurden schadet mit dem Sprengsatz“? Könnte das vielleicht einen fremdenfeindlichen Hintergrund gehabt haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ganz sicher, ja. Ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung an irgendein konkretes Gespräch. Aber ganz sicher hat dieses Ereignis unsere Arbeit in

den darauffolgenden Wochen und Monaten intensiv auch beeinflusst und immer wieder zu Nachfragen geführt. Also, ich denke, dass es da einen Mangel an Kommunikation sicher in den nächsten Wochen und Monaten in unserem Lande nicht gegeben hat, aber immer eben mit der Auskunft: Es gibt bis zum heutigen Tage - der jeweiligen Nachfrage - keine Informationen über die tatsächlichen Hintergründe und Motive dieses Anschlages.

Was bleibt einem da übrig als politisch Verantwortlichem, als das zunächst mal zur Kenntnis zu nehmen, dass die Ermittlungsbehörden zu diesen Ergebnissen kommen und keine anderen Anhaltspunkte haben, und immer wieder nachzufragen: Haben Sie auch alles getan, um in alle Richtungen zu ermitteln? - Natürlich wird einem in solchen Gesprächen dann auch versichert, dass das natürlich der Fall sei.

Ich erinnere mich allerdings auch noch daran, dass in den Gesprächen auch immer wieder die Spekulationen eine Rolle spielten, Vermutungen, Hinweise auch aus der Bevölkerung eine Rolle spielten, dass es sich möglicherweise nicht um einen fremdenfeindlichen Anschlag gehandelt haben könnte, sondern um eine Milieustrafat, um eine Auseinandersetzung zwischen Kurden und Türken, um mafiöse Ereignisse und Zusammenhänge. Das alles spielte ja in den damaligen Wochen und Monaten eine große Rolle.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber dass das ein nicht nach Volkszugehörigkeiten differenzierendes Anschlagszenario war, das müsste Ihnen doch bekannt gewesen sein, oder? Ich meine, wenn man die These denn verfolgt haben sollte, es könnte ein kurdisch/türkischer Konflikt sein, wäre es doch sehr unwahrscheinlich, dass jemand, der im Rahmen eines solchen Konfliktes einen schweren Anschlag plant, völlig willkürlich vorgeht, ohne zu wissen, wer denn tatsächlich dann verletzt wird.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich denke, solange die Behörden keinerlei Hinweise darauf haben, ist es richtig, zunächst mal in alle Richtungen zu ermitteln, wie sie es ja auch öffentlich dargestellt haben, um zu sehen: Wo gibt es irgendwo einen Anhaltspunkt, wo die Hintergründe dieser Tat liegen könnten? Im Nachhinein betrachtet, wenn ich mir das Gesamtgeschehen um NSU heute vor Augen führe, dann bin ich der Auffassung, dass

man, wenn man zu einer Gesamtschau der Ereignisse hätte kommen können, bundesweit aller Ereignisse, und hätte vergleichen können, welche Erkenntnisse man an den unterschiedlichsten Tatorten gehabt hat -- wenn man das damals schon zu einem Puzzlespiel zusammengefügt hätte, hätte man möglicherweise früher zu der Erkenntnis kommen können, dass es einen Hintergrund wie NSU geben könnte.

Das ist aber nicht der Fall gewesen zu der Zeit, und deshalb war es, denke ich, richtig, in alle Richtungen zu ermitteln, um auch nichts sich vorwerfen zu lassen hinterher, wenn es tatsächlich irgendwas anderes gewesen wäre.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Herr Behrens, da will ich noch mal einhaken. Haben Sie denn wirklich, im Nachhinein betrachtet, den Eindruck, dass tatsächlich damals in alle Richtungen ermittelt worden ist?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: ~~Also, in alle Richtungen, die~~ Also, es ist nach meiner Kenntnis - auch teilweise erst heute vorhandenen Kenntnis, die ich damals nicht komplett gehabt habe, sondern erst heute - ja auch mit Operativen Fallanalysen und ähnlichen Methoden gearbeitet worden, mit Profilen usw. Man hat, soweit ich heute weiß, die polizeilichen Mittel und Möglichkeiten damals, so gut es ging, nach bestem Wissen und Gewissen ausgeschöpft und ist dennoch nicht zu der Erkenntnis gekommen, dass es einen fremdenfeindlichen Hintergrund gibt, bzw. aufkommende Anhaltspunkte, dass es so etwas sein könnte, sind immer wieder verworfen worden mit Argumenten, die sich auch aus den gleichen Papieren ergeben haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Und das ist sicherlich - das sage ich im Nachhinein - ein Fehler gewesen, und da hätte man sicher früher einhaken sollen und müssen und auch noch einmal die Bemühungen in andere Richtungen verstärken sollen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. Also, ich will es noch mal zuspitzen: Würden Sie sagen: „Es sind damals bei den Ermittlungen Fehler gemacht worden“?

ständiges Landesamt, sondern eine Abteilung in Ihrem Hause. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist die Abteilung 6.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: So ist es.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sodass man es -- Solange dann die Nähe zwischen Verfassungsschutzleiter, also Herrn Dr. Möller, den wir schon hier hatten -- vom Minister eigentlich möglicherweise näher, die Wege kürzer sind, als wenn jetzt irgendwo ein Amt ist mit einem Präsident, den man nicht so häufig sieht. Kann man das so sagen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich vermute, dass das so ist. Ich kann die Verhältnisse in anderen Ländern nicht ausreichend beurteilen. Aber die Tatsache, dass der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen als Abteilung des Innenministeriums organisiert ist, betrachte ich als eine sehr gute Lösung. Eine sehr enge Anbindung an die Hausleitung und auch ~~in der~~ Kooperation, etwa mit der Abteilung 4, der Polizeiabteilung, ist gut und im Übrigen auch für die sonstigen Aufgaben des Verfassungsschutzes durchaus wichtig, eingebunden zu sein, etwa in die Diskussion einer Abteilungsleiterkonferenz und in die Kommunikation innerhalb eines Ministeriums, weil der Verfassungsschutz ja nicht nur aufklärerische Funktionen hat, also aufzuklären: „Was gibt es an verfassungsfeindlichen Bestrebungen?“, sondern auch Beiträge zu leisten hat in der innenpolitischen Diskussion zur Aufklärung der Bevölkerung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vorneweg fällt mir gerade ein: Sie hatten ja Urlaub vom 9. nachmittags bis Sonntag, nehme ich an.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Bis Montag einschließlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bis Montag einschließlich. Also, bis 14. dann müsste es -- Ja, bis 14. Juni. Haben Sie in dieser Zeit mal in irgendeiner Form Kontakt gehabt mit dem Bundesinnenminister Schily?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das wird so gewesen sein. Ich weiß nicht mehr, wann und wo. Aber mit Otto Schily, der damals das Bundesinnenministerium geleitet hat, habe ich in solchen Situationen immer Kontakt gehabt. Das liegt ja auch auf der Hand, wenn so etwas geschieht. Und wir werden sicher telefoniert haben. Und wer den ehemaligen Kollegen Otto Schily kennt, der weiß ja auch, wie wissbegierig und neugierig er ist in solchen Situationen und dann auch gern informiert sein möchte. Und darauf habe ich sicher auch reagiert. Ob ich das auf seinen Anruf getan habe oder ob ich ihn von mir aus angerufen habe, das weiß ich heute nicht mehr.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es gab ein Telefonat zwischen Ihnen und dem Bundesinnenminister Schily?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, eines mindestens, vermutlich auch mehrere; das weiß ich im Moment nicht so genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie noch einordnen, wann die waren? Also grob: Waren die noch am Tag des Anschlages, war es am Tag danach? Es war ja ein Feiertag.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich vermute, am Vormittag des 10., also am Tag danach, also an diesem Feiertag.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Und wir kommen ja immer wieder auf den Punkt zurück: Ein singuläres Ereignis, das es so in NRW noch nie gab, also ein Sprengstoffanschlag mit mehr als 20 schwer verletzten Menschen, das bleibt einem in Erinnerung. Können Sie sich noch daran erinnern, was denn so der Gesprächsinhalt war zwischen Ihnen und dem Bundesinnenminister damals?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, wir haben uns ausgetauscht über die Erkenntnislage. Das ist das Übliche, was man in solchen Fällen tut.

Um auch noch mal darauf hinzuweisen: Es hatte natürlich -- Ich habe den Anschlag am Wehrhahn vorhin erwähnt. Das war ein vergleichbarer Anschlag, auch mit der Zahl der Verletzten vergleichbarer Anschlag, der ja dann zu den Folgen geführt hat: NPD-Ver-

wahrheitsgemäß, auf Ihre Frage geantwortet. Alle weiteren Bewertungen ergeben sich aus einer Nachbetrachtung, die wir jetzt hier machen, nachdem der Ablauf an dem Abend hier geschildert wird.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, aber Sie sagen doch: Auch aus damaliger Sicht war diese Bestimmung in der Betreffzeile „terroristische Gewaltkriminalität“ zu eingrenzend. Das ist ja nicht nur ex post --

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, sie schien nicht mir, aber offenkundig den Beamten, die da die Verantwortung haben für diesen Schriftverkehr innerhalb der Sicherheitsbehörden, zu eingrenzend und zu einengend, was die Ermittlungsbemühungen betraf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Einzige Nachfrage, die ich noch habe dazu: In wie vielen Fällen von Straftatereignissen in Nordrhein-Westfalen haben Sie denn mit dem damaligen Bundesinnenminister darüber gesprochen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Oh, da kann ich ja nur raten und vermuten. Das habe ich nicht mitgezählt, auch keine Strichliste geführt. War ja auch nicht immer vergnügungssteuerpflichtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber doch nicht wöchentlich, auch nicht monatlich?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nicht wöchentlich, sondern nur in wichtigen Fällen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In wichtigen Fällen. Das ist eine Handvoll im Jahr gewesen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Aber die hat es doch häufiger mal gegeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ging es da auch um Terrorismus oder Nichtterrorismus?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wie man im Nachhinein weiß, weiß man das nicht immer von Anfang an, sondern -- Etwa im Anschlag am Wehrhahn 2000, Anschlag auf die jüdische Synagoge 2000 waren zwei Ereignisse, bei denen bis zum heutigen Tage, teilweise

jedenfalls, noch nicht klar ist, was die Hintergründe sind. Also, da gibt es natürlich dann die Notwendigkeit, zu telefonieren. Und mit Herrn Schily habe ich in diesen Fällen immer telefoniert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binnerer.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Nachdem wir den ersten Punkt vom 9. Juni geklärt haben, zumindest, wie er entstanden ist, also eben nicht aufgrund - jetzt nehme ich sogar Ihre Worte - von Erkenntnisgewinn vor Ort, vom Tatort - dort eigentlich kann man es ja nur machen -, sondern aufgrund einer Bewertung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen -- Eineinhalb Stunden nach der Tat wusste man dort schon oder hat man gesagt: Das müssen wir streichen, „terroristische Gewaltkriminalität“. Und das Innenministerium, durch das Lagezentrum, hat das LKA entsprechend angewiesen.

Jetzt kommt der zweite Punkt, der vorher auch schon mal kurz ein Thema war, der uns ja gewundert hat. Sie sind dann informiert gewesen, waren wieder im Umzug beschäftigt und rufen dann aber von sich aus noch mal an um 21.03 Uhr:

Anruf Minister Behrens an LZ:

- das ist ja hier immer sehr präzise dokumentiert, dass man immer erkennen kann: Wann ruft das Lagezentrum jemand an, und wann bekommt das Lagezentrum einen Anruf -

Warum ist der Verfassungsschutz ... eingeschaltet?

Sie hatten ja gesagt, irgendjemand muss Sie ja darüber informiert haben, weil Sie ja schon wussten: „Der Verfassungsschutz ist eingeschaltet“, und Sie wollten das Warum wissen. Kollege Wieland hat ja darauf hingewiesen: Bei einer Warum-Frage ist ein Grundsachverhalt ja schon bekannt.

Versuchen Sie sich noch mal daran zu erinnern, wer Sie da informiert hat. Also, wen hat das so -- Wissen Sie, auch da wieder aus der Lebenserfahrung: Man überlegt sich ja mehrfach, bevor man den Minister anruft; ja, das will gut überlegt sein.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 I, Blatt 7.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Der ein oder andere.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber die Lebenserfahrung zeigt das. Und man hat Sie nach diesem schweren Anschlag einmal informiert und hat Sie auf den Stand gebracht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das Lagezentrum.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das Lagezentrum und andere noch so nebenbei. Und irgendjemand muss ja zur Erkenntnis gelangt sein um 20 Uhr vielleicht oder vor 21 Uhr: Das muss ich dem Minister auch sagen, dass jetzt hier noch der Verfassungsschutz ermittelt, weil es dann natürlich wieder eine Richtung hätte. - Darüber sind wir uns ja einig. Wer war das?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, ich habe da --

Clemens Binninger (CDU/CSU): War es ihr Pressesprecher vielleicht, der alles mitkriegt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ja. Ich habe es ja vorhin schon angedeutet: Ich habe keine konkrete Erinnerung, ich weiß es tatsächlich nicht mehr. Aber ich werde an dem Abend sicher oft mit dem Pressesprecher telefoniert haben, der ja, wie ich im Nachhinein auch gelesen habe, dem Lagezentrum auch erklärt hat - das, was ich ihm offenbar gegenüber erklärt habe -: Der Minister gibt keine Presseerklärungen ab. - Das stammt ja vom Pressesprecher an das Lagezentrum, also werde ich mit ihm darüber telefoniert haben.

Ich nehme mal an, dass der Pressesprecher mich darüber informiert hat, dass es Informationen gebe, dass der Verfassungsschutz in Köln auch eingeschaltet sei, dass mich das verwundert hat auf den ersten Blick.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Moment, Entschuldigung, wenn ich unterbreche. „Dass der Verfassungsschutz in Köln auch eingeschaltet sei“: Das wäre nicht Ihrer, sondern das wäre das BfV.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, nein. Also, gemeint schien zu sein: der Landesverfassungsschutz. So habe ich das verstanden jedenfalls.

Clemens Binninger (CDU/CSU): In Köln am Tatort eingeschaltet.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: In den Kölner --

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zusammenhang.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ja, so ist es, Entschuldigung. Ja, das kann man verwechseln.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die einen sitzen ja in Köln, die anderen in Düsseldorf.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, klar. Gemeint ist: ~~Der~~ NRW-Verfassungsschutz in Köln auch mitarbeite oder eingeschaltet sei, also an der Aufklärung mitarbeite. Und diese Frage habe ich dann weitergegeben. Warum ist das so? Gibt es Hinweise auf irgendeinen Hintergrund, der darauf schließen lässt, dass der Verfassungsschutz da Erkenntnisse haben könnte? Und diese Frage ist dann verneint worden vom Leitenden Kriminaldirektor, glaube ich, Behrendt in einem Telefonat mit mir an dem Abend noch.

Todess

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, wäre es dann nicht logischer gewesen - Sie hatten ja vorhin gesagt: aufgrund der organisatorischen Anbindung des Verfassungsschutzes direkt bei Ihnen im Hause die Abteilung 6, Dr. Möller als der Leiter -, dass Sie mit Dr. Möller reden? Warum reden Sie dann mit dem Landeskriminaldirektor?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Weil ich an dem Abend unmittelbar eine Auskunft haben wollte, die Polizei ja komplett im Dienst war rund um die Uhr wegen der Geschehnisse, aber auch sonst ja rund um die Uhr im Dienst ist, und Herr Dr. Möller an diesem Feiertag freihatte und nicht im Ministerium war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, der Dr. Möller war auch, aber --

salon und auf der Straße auffälligen Personen vermuten. (?)

Also, die beiden Fallanalysen sprechen eine sehr deutliche Sprache. Herr Dr. Behrens, haben Sie mal von diesen Fallanalysen gehört, dass die erstellt worden sind und dass die zu diesem sehr deutlichen und unmissverständlichen Ergebnis gekommen sind?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Frau Abgeordnete Högl, ich habe keine Erinnerung daran, ob ich in den Wochen nach dem Anschlag in Köln von diesen Fallanalysen gehört habe. Sie werden wenn, dann in übersetzter Form, in zitierter Form irgendwo in die Diskussionen über die Bewertung des Kölner Geschehens eingeflossen sein. Ich weiß nur jetzt aus dem Blick in die Akten - jetzt, letzte, vorletzte Woche -, dass es diese Fallanalysen gibt. Ich habe sie gelesen und finde in diesen Fallanalysen auch heute immer wieder Aussagen, wie Sie sie zitieren, und einen Absatz später relativierende Aussagen. Das heißt - -

Dr. Eva Högl (SPD): Ist Ihnen denn in Erinnerung, dass darüber diskutiert wurde? Waren Sie da beteiligt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, natürlich, das habe ich vorhin, glaube ich, auf eine Frage von Herrn Binniger schon einmal geantwortet, dass wir in den Wochen nach dem 9. Juni natürlich vielfach über diese Dinge gesprochen haben mit der Polizeibehörde in den unterschiedlichsten Runden und Gesprächen und dass da auch solche Erkenntnisse eingeflossen sind, dass es möglicherweise einen solchen Hintergrund geben könnte, aber eben keine Anhaltspunkte - also nur die Einschätzung, dass das nicht auszuschließen sei -, wohin man konkret ermitteln sollte, also keine Täterhinweise. Man hat ja zwei oder mehr Menschen festgenommen nach dem 9. Juni, in Hessen irgendwo und auch in Köln, und wieder frei laufen lassen müssen. Man ist ja bei all den polizeilichen Ermittlungsmaßnahmen nicht irgendjemandem auf die Spur gekommen. Man hat keinen konkreten Verdacht schöpfen können, trotz Fallanalysen. Insofern spielen die eine Rolle - natürlich - in der polizeilichen Bewertung und Diskussion. Aber noch einmal: Auch diese Fallanalysen, und zwar beide, sowohl die des LKA wie auch die des Bundeskriminalamtes, relativieren immer

wieder ihre Aussagen, dass man nicht sicher sein könne und dass man auch in andere Richtungen ermitteln müsse. Also, sie stärken im Prinzip die ermittelnde Behörde in Köln und das Landeskriminalamt, eben in alle Richtungen weiter zu ermitteln. Das ist die Quintessenz nach meiner Einschätzung dieser Operativen Fallanalyse gewesen.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir finden diese Fehleinschätzung wirklich überall, wie ich das eben schon gesagt habe, sowohl bei den Mordermittlungen als bei den Sprengstoffanschlägen.

Ich möchte gerne noch eine Frage stellen - auch das finden wir überall und leider auch in Nordrhein-Westfalen, nämlich dass dann auch die Medienstrategie entsprechend ausgerichtet wird -: Also, wir haben hier in MAT A NW-6 c, Seite 108, ein Schreiben der Bezirksregierung Köln an das Innenministerium Nordrhein-Westfalen. Und da geht es darum, wie im Juli im Rahmen eines Pressterrmins mit den Ergebnissen der Fallanalyse umgegangen wird. Und da wird hier geschrieben:

Das Polizeipräsidium Köln wird den Aspekt einer laut OFA-Ergebnissen möglicherweise vorliegenden fremdenfeindlichen Motivation im Rahmen des Pressterrmins am 30.07.2004 nicht thematisieren.

Können Sie sich erklären, wieso das entschieden wurde? Denn, wenn man so offen rangeht, wie Sie das gesagt haben, in alle Richtungen ermittelt - auch terroristischer Hintergrund, politischer Hintergrund laut Fallanalyse -, warum schließt man bei einem Pressterrmin dann explizit dieses Motiv aus?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das weiß ich nicht und verstehe ich auch nicht, muss ich sagen. Das halte ich auch für nicht richtig.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Ich glaube, meine Zeit ist um.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Für diese Runde jedenfalls.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann machen wir in der nächsten Runde weiter. - Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen dann zum Fragerecht der FDP-Fraktion. Herr Wolff beginnt, bitte.

Fdas

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe sie nicht gehabt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie intensiv haben Sie sich denn damit dann auseinandergesetzt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Auf der Grundlage dessen, was die Fachleute der Innenministerkonferenz, der Kripo, des Verfassungsschutzes, der unterschiedlichen Arbeitsgruppen der Innenministerkonferenz jeweils vorbereitet haben an Beratungsunterlagen. Das ist ja nachlesbar.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Kollege Tören würde fortsetzen, Herr Vorsitzender, wenn es okay ist.

Serkan Tören (FDP): Ja, ich würde Ihnen gerne einen Presseartikel vom 19.04.2012, *Tagesspiegel*, vorhalten, worin der ehemalige Innenminister Schily zitiert wird:

„Dafür, dass wir der NSU-Terrorgruppe nicht früher auf die Spur gekommen sind, tragen ich und die Landesinnenminister die politische Verantwortung“, sagte Schily am Donnerstag dem *Tagesspiegel*. Er gab zu, dass es ein Fehler war, am Tag nach dem Bombenanschlag des NSU im Juni 2004 in Köln geäußert zu haben, ersten Ermittlungen zufolge gebe es keinen terroristischen Hintergrund. „Inzwischen wissen wir, dass das ein schwerwiegender Irrtum war“, sagte Schily. Mit „wir“ ist auch sein damaliger Amtskollege in Nordrhein-Westfalen gemeint, Fritz Behrens ...

Was halten Sie denn von dieser Aussage?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Stimme voll zu, habe ich in meinem Eingangsstatement so und ähnlich formuliert.

Serkan Tören (FDP): Nein, ich beziehe mich jetzt aber auf die Tatsache, dass einen Tag später dann etwas ausgeschlossen worden ist, nicht auf die Verantwortlichkeit im Allgemeinen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Gut, darüber haben wir ja vorhin schon diskutiert. Ich habe damals nichts ausgeschlossen, persönlich keine Erklärung dazu abgegeben. Alles an-

dere bedarf der weiteren Bewertung durch Sie.

Serkan Tören (FDP): Wenn Mitarbeiter in Ihrem Hause Presseerklärungen abgeben oder aber an Pressekonferenzen teilnehmen, ist Ihnen das dann bekannt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Wenn Mitarbeiter aus meinem Hause an Pressekonferenzen --

Serkan Tören (FDP): Ja, beispielsweise ein Leitender Polizeidirektor Dieter Klinger.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist kein Mitarbeiter aus meinem Hause. Leitender Polizeidirektor --

Serkan Tören (FDP): Aber der ist ja in Ihrem Hause sozusagen als --

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, nein. Herr Klinger war der Leiter der Schutzpolizei in Köln, der Schutz- und der Kriminalpolizei in Köln.

Serkan Tören (FDP): Also, insofern keine Verantwortlichkeit.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: ~~Er hat~~ Herr Klinger ist ein Mitarbeiter des Polizeipräsidenten Köln.

Serkan Tören (FDP): Ist Ihnen eine Pressekonferenz vom 10.06.2004 denn bekannt, woran Herr Klinger teilgenommen hat und auch Staatsanwaltschaft usw.?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, natürlich. Ich habe doch vorhin schon geantwortet auf die Frage, dass es im Zusammenhang mit dieser Pressekonferenz meine Bitte an das Lagezentrum gegeben hat, mich zu informieren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Tören, ich bitte, auf die Zeit zu achten.

Serkan Tören (FDP): Ja, ganz kurz noch. - Also, Inhalt dieser Pressekonferenz war unter anderem auch - ich zitiere hier -: Wir haben ebenfalls keine Erkenntnisse auf terroristische oder fremdenfeindliche Motivationen. - Und hier eben geäußert von Herrn Klinger. Und jetzt sind Sie doch, denke ich,

Im Zusammenhang mit dieser Einlassung von Herr Demir habe ich noch eine letzte Frage, Herr Behrens. Ist Ihnen jemals bekannt geworden, dass der Interessenvertreter der Initiative Keupstraße in den Jahren nach diesem Anschlag immer wieder mit Drohbriefen ja belästigt, überzogen wurde, die er auch zur Anzeige gebracht hat, das letzte Mal am 20.01.2010, wo er bei der Polizei angibt:

Vor circa einem Jahr hatte ich schon einmal so einen komischen Brief bekommen, ebenfalls an mein Büro, damals noch an die Adresse in der Keupstraße 37. Das war nur ein Zeitungsausschnitt, worin es um einen Serienkiller ging, der damals wohl acht türkische Geschäftsleute getötet hatte. Dies sollte vielleicht bedeuten, dass mir das auch passieren könnte. Es ist ja, Gott sei Dank, nichts nachgekommen. (?)

Ist Ihnen jemals darüber berichtet worden, dass also Anwohner der Keupstraße oder dieser konkrete Anwohner mit einem Bezug zur Mordserie Drohungen bekommen haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das weiß ich nicht, Frau Pau habe ich noch nichts von gehört. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist das alles nach meiner Zeit als Innenminister gewesen, alles nach dem Jahre 2005.

Petra Pau (DIE LINKE): Denn die ersten Bedrohungen hatte er offensichtlich schon vorher bekommen. Aber deswegen: Hätte ja sein können.

Dann auch hier die Bitte an Nordrhein-Westfalen, weil ich habe nirgendwo in den Akten irgendeinen Hinweis zu diesen Vorgängen gefunden, uns gelegentlich doch bitte darüber aufzuklären, wie man diesen Dingen und auch insbesondere diesem Hinweis auf die Mordserie an acht türkischen Geschäftsleuten nachgegangen ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Kollege Wolfgang Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Herr Zeuge, Sie haben uns ja Ihre Vita geschildert. Sie waren Justizminister, waren zeitweilig, wenn

ich das richtig in Erinnerung habe, sogar simultan Justiz- und Innenminister, haben beide Ressorts geschultert, sind jetzt Anwalt. Ich gehe mal davon aus, dass Sie mit den Waffen des Rechtes sehr vertraut sind, auch denen, die man gegen falsche Darstellungen in der Presse hat. Und da wundere ich mich nun, wie leidensfähig Sie sich hier hinstellen und sagen: Ja, bis zum heutigen Tage wird das immer falsch geschrieben, und meine Pressestelle dementiert und dementiert und dementiert, und keine Zeitung bringt es. - Ja, der Kollege Gysi - ich will ihn Ihnen nicht als Beispiel empfehlen - geht gegen jeden vor, der auch nur Gysi und Stasi in einen Satz packt.

(Heiterkeit)

Das heißt, es gibt, wie Sie ja sicher wissen, die Gegendarstellung, es gibt den Widerruf, und es gibt auch einfach die Möglichkeit einer Presseerklärung.

Also, es wurden Ihnen ja schon Zeitungen vorgehalten. Aber noch mal *Süddeutsche Zeitung*, drei Monate nach der Tat. Unter der Zwischenüberschrift „Voreilige Einschätzung“ (?), die mich ja schon geärgert hätte, aber bitte schön, da heißt es:

Konkrete Hinweise auf die Täter gibt es zunächst nicht. Ungeachtet der dürren Informationslage erklären Bundesinnenminister Otto Schily und sein nordrhein-westfälischer Amtskollege Fritz Behrens (beide SPD) noch am gleichen Abend, dass die Tat weder einen terroristischen noch einen fremdenfeindlichen Hintergrund habe. (?)

Ja, hier stimmt auch die Uhrzeit nicht. - Ich wäre als Innenminister nicht amüsiert, zumal wenn es dann immer weitergeht: Über die Einschätzung wundern sich die Kriminalen, also Ihre eigenen Leute im Grunde. Da wird der Innenminister als voreilig hingestellt, die Kriminalen wundern sich, an anderer Stelle werden Sie gegen den Oberstaatsanwalt Wolf gestellt. Wolf sagt: Es könnte auch terroristisch sein, anders aber der Innenminister. - Das heißt, Sie nehmen das offenbar zur Kenntnis. Sie sagen der Pressestelle: „Bitte mal mitteilen: So war es gar nicht.“ Passieren tut nichts, und Sie reagieren nicht. Wie ist das erklärlich?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Wieland, die politische Bedeutung dieser Bericht-

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wie kommt das? Wie kommt in der Nacht von einem Lagezentrum in das andere, von Düsseldorf nach Berlin, diese Verschärfung in Richtung „ausschließen, kein Terror“ da rein?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Abgeordneter Wieland, das kann ich Ihnen nicht erklären. Es ist in der Tat eine Verschärfung der Aussage, eine eindeutige Richtungsbestimmung der Aussage, die falsch ist. Diese Erklärung ist falsch. Ausgeschlossen hat einen terroristischen Anschlag zu dem Zeitpunkt niemand.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nun wird sich der Zeuge Schily, wenn wir ihn denn mal hier irgendwo hören, höchstwahrscheinlich darauf berufen und sagen: Ich habe hier ein Papier, da steht „derzeit ausgeschlossen“; das kommt von meinen Experten, und die Quelle ist das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das Lagezentrum des Bundesinnenministeriums.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die müssen es doch auch irgendwo herhaben, und die beziehen sich auf „IM NW, BKA“.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Entschuldigung, wenn ich das recht sehe, ist der Schriftwechsel, der hier ja auch zitiert wird, mit der Änderung des Betreffs und all die anderen Dinge, die ~~dahin~~ Lagefortschreibung Nr. 1 - bis ich weiß nicht wie viel - ist ja auch immer im polizei- und behördeninternen Austausch an das Bundesinnenministerium, an die Bundesbehörden gegangen. Insofern kann es da keinen unterschiedlichen Informationsstand gegeben haben. Also ist der Informationsstand, den das Lagezentrum Nordrhein-Westfalen über die Berichterstattung aus Köln, Bezirksregierung Köln, Innenministerium Nordrhein-Westfalen, bundesweit verteilt hat, die maßgebliche Grundlage der Beurteilung. Und wenn das Lagezentrum des Bundesinnenministeriums da einen Betreff oder eine Bezeichnung ändert, dann weiß ich nicht, warum das dort geschehen ist. Ich kann es Ihnen jedenfalls nicht erklären.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben auch keine Vorstellung, welche Person möglicherweise mit Berlin Kontakt hatte?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein. Das geht möglicherweise alles auf dem Mail- oder sonstigen elektronischen Berichtswege und Schriftverkehr. Ich glaube nicht, dass man da viel telefoniert.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man könnte das anders sehen. Wir hatten das ja schon, die besondere Bedeutung dieses Anschlags, erörtert. Sie haben am nächsten Tag mit dem Innenminister telefoniert, am Tag danach. Ist ja wohl denkbar, dass von Lagezentrum zu Lagezentrum man dann auch mal den Bund informiert, auch wenn er nicht mehr in Bonn sitzt, sondern inzwischen in Berlin. Also, ich könnte mir das durchaus vorstellen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich sage ja: Aller Schriftwechsel, Schriftverkehr wird auch immer gesteuert, wie das ja im Fachchinesisch heißt, an die Bundesbehörden, unter anderem auch an das Lagezentrum des BMI.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht würde jetzt zu Beginn der zweiten Berliner Runde wieder an die Union gehen. Das Wort hat Frau Winkelmeier-Becker.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Behrens, ich möchte aber trotzdem auch noch mal auf das Thema „frühe Festlegung“ zurückkommen, weil Sie jetzt hier so doch auch sehr darauf insistieren, dass Sie sich damals nicht festgelegt haben. Im Übrigen ist es Ihnen gelungen, jetzt damit in die Presse zu kommen; dpa macht diese Meldung. Und aus meiner Sicht hätte doch auch eine Chance bestanden, das früher zu platzieren. Daher aber noch mal die Frage: Sie haben sich ja nicht nur in der Presse geäußert oder gegenüber der Presse, gegenüber der Öffentlichkeit. Wie ist das denn im parlamentarischen Raum dann behandelt worden? Gab es eine Diskussion darüber im Innenausschuss des Landtages? Wie haben Sie sich da geäußert?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, das habe ich jetzt nicht noch mal überprüft und keine

extremistischen Hintergrund“ zu keinem Zeitpunkt wirklich korrigiert hat. Hätten Sie es nicht als Ihre Aufgabe gesehen, als Minister noch mal darauf hinzuweisen: „Hier, meine lieben Ermittlungsbehörden, liebe Staatsanwaltschaft, untersucht vor allem auch noch mal den anderen Aspekt, so wie wir hier auch gehört haben ...“, zum Beispiel wie es Beckstein gemacht hat?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: In Ihrer Frage haben Sie eine Tatsachenfeststellung, die nicht stimmt. Niemand hat gesagt: „Es gibt keinen rechtsextremistischen Hintergrund“, jedenfalls niemand in Nordrhein-Westfalen hat das so gesagt, sondern man hat immer gesagt: „Es gibt keinen Hinweis auf irgendwelche Motive, unter anderem auf rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen Hintergrund“. Nicht: „Es gibt keinen Hintergrund“, sondern: „Es gibt keinen Hinweis darauf“. Und das ist ein großer Unterschied. Das heißt nämlich: Wenn man davon ausgeht, dass es keinen gibt, dann ermittelt man auch nicht in die Richtung. Wenn man aber bisher keinen Hinweis hat, dann bleibt es Aufgabe, in die Richtung auch zu ermitteln.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Okay. - Nun finde ich schon, dass es zum Beispiel einen Ansatzpunkt gibt, wenn man sieht, dass es deutsche Täter sind oder deutschstämmige Täter - das konnte man den Videoaufnahmen entnehmen -, und dann eben trotzdem diese Hypothese, dass es sich um eine Milieustraftat handelt, organisierte Kriminalität zwischen rivalisierenden Gruppen, türkisch-kurdisch oder im Umfeld sonst der Kaufleute dort abgespielt hat, zugrunde legt, dann muss man doch praktisch einen Tatverlauf oder einen Plan zugrunde legen, in dem ein ausländischer Auftraggeber deutsche Täter beauftragt, einen Nagelbombenanschlag zu machen. Ist Ihnen das in Ihrer Praxis als Innenpolitiker sonst jemals begegnet, dass Kriminelle mit Migrationshintergrund deutsche Auftragstätter beauftragen, einen Anschlag zu machen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, das ist mir natürlich so nicht begegnet. Das ist natürlich jetzt auch eine Konstruktion, die Sie hier vornehmen. Wo Sie recht haben, würde ich aus meiner Sicht formulieren, ist, dass die Tatsache, dass es sich um weiße Täter handelte, die ja durch Kappen sich getarnt hatten, Anlass hätte sein müssen, darüber

nachzudenken: Wo kann der Tathintergrund, wo kann das Motiv liegen? - Und dass man das im weiteren Verlauf der Ermittlungen vielleicht nicht ausreichend gewichtet hat eine solche Tatsache oder eine solche Erkenntnis, das meinte ich vorhin mit meiner Behauptung, dass man den Tätern möglicherweise eher auf die Spur gekommen wäre, wenn man vergleichbare Erkenntnisse aus anderen Fällen bei den Morden, die vor allem in Bayern passiert waren, hätte mit heranziehen können, wo es ja ähnliche Erkenntnisse gegeben hat, wie ich heute weiß. Das habe ich damals nicht gewusst. Aber heute wissen wir: Es hat auch in Bayern Beobachtungen, Zeugenaussagen gegeben, es handle sich um zwei weiße Täter, auch mit Fahrrad unterwegs gewesen. - Wenn man das früher, auch in Köln, einbezogen hätte in die Ermittlungen oder hätte einbeziehen können, wenn man es gewusst hätte, dann wäre man den Tätern sicherlich eher auf die Spur gekommen. Da man es aber nicht gewusst hat, ist die Frage: Hätte man es wissen können und wissen müssen? Das ist eine Bewertungsfrage, die ja hier im Mittelpunkt der Arbeit des Ausschusses steht.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Der Kollege möchte Ihnen einen Vorhalt machen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Behrens, Sie haben ja ein paarmal jetzt betont, dass Sie sich in keine Richtung festgelegt hätten, was die Motivlage und die Hintergründe des Anschlags betrifft. Gleichwohl hätte man schon vom ersten Eindruck her, so finde ich, darauf kommen müssen, dass es fremdenfeindliche Motive sind und nicht irgendwie organisierte Kriminalität oder Türsteherszene oder was da alles eine Rolle gespielt hat später.

Ich will Ihnen vorhalten, was der heutige Vizepräsident des BKA, Maurer, und damalige Abteilungsleiter Staatsschutz des BKA - das war er damals - in seiner Vernehmung hier gesagt hat, und Sie fragen, ob das nicht eine Einschätzung gewesen ist, die hätte zu Ihnen durchdringen müssen. Er sagt Folgendes - ich zitiere aus dem vorläufigen Protokoll, Zeugenvernehmung Herrn Maurer, Seite 3 beginnend -:

Das ist ein fremdenfeindlicher Akt - was denn sonst? -, wenn vor einem türkischen Friseurladen eine Nagel-

F
Die
Folgerung

bombe hochgeht. Selbstverständlich habe ich das gedacht. Selbstverständlich habe ich es für möglich gehalten, dass Hintergrund dieser Aktivität ein Staatsschutzdelikt sein könnte.

Wie üblich in solchen Situationen, war es mir natürlich ein Anliegen, unsere Unterstützung

- nicht die Übernahme des Falles, wie Sie gerade vielleicht angedeutet hatten: die Unterstützung -

anzubieten. Das ist noch am gleichen Tag geschehen. Den Kölner Polizeikollegen ist die Unterstützung, ist die Expertise des BKA, der Staatsschutzabteilung, angeboten worden - am gleichen Tag. Weiterhin war das BKA am gleichen Tag, angefordert durch nordrhein-westfälische Dienststellen, unterstützend vor Ort tätig mit der Tatortgruppe,

- da geht es um die Spurensicherung -

um die dortige Tatortarbeit zu unterstützen.

Sie wissen genauso wie ich, dass nicht nur aus heutiger Sicht - vor schnell ein Staatsschutzhintergrund ausgeschlossen wurde. Es hätte zumindest als weitere Option weiter im Raum stehen müssen. Die Bewertung war falsch. Warum die Ermittler vor Ort zu dieser Bewertung kamen, welche Hinweise möglicherweise zu dieser Einschätzung geführt haben, das kann ich nicht einschätzen, vermag ich nicht zu sagen. Es hatte aber eine fast schon fatale Folgewirkung: Obwohl eine Staatsschutzstaatsanwaltschaft tätig war, ist in der Folge dessen natürlich die Zuständigkeit des BKA erst gar nicht mehr geprüft worden.

Das war BKA-Position. Uns treibt ja mehr um - nicht nur, dass man die Lagemeldung korrigiert: kein terroristischer Anschlag -- Uns treibt ja um, dass aufgrund einer überragenden Faktenlage vor Ort und auch fachlicher Expertise der zuständigen Abteilung des BKA man diese Dinge nicht sehen wollte. Hat Sie das jemals erreicht, so etwas?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Diese Einschätzung, Herr Binninger, nicht. Das weiß ich jetzt alles aus Lektüren dieser Tage. Damals hat mich das so nicht erreicht. Aber im

Nachhinein betrachtet, muss ich sagen, hat der Herr - Maurer hieß er, glaube ich - in seiner Bewertung durchaus nicht Unrecht, sondern im Nachhinein muss ich sagen, ist das so, wie er es einschätzt, und so sehe ich das heute auch.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Maurer hat es damals schon so gesehen!)

Das habe ich ja im Prinzip auch in meinem Eingangsstatement so zum Ausdruck gebracht, dass man das hätte früher erkennen müssen und dass das nicht geschehen ist, dass das ein fataler Fehler war.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ja, und da eben doch noch mal die Nachfrage: Hätten Sie als Minister das nicht eben auch mit der nötigen Distanz, aber auch mit der politischen Gewichtung letztendlich noch mal einbringen müssen, dass man eben doch auch den rechtsextremen Hintergrund weiter ermittelt und ausermittelt? Denn, wie gesagt, die Arbeitshypothese, es ist eine Milieustrafat, bei erkannten deutschen oder erkennbar deutschen Tätern, finde ich relativ weit hergeholt. Es kam ja dann - das hatte auch der Kollege - wie heißt er noch? - Wolff schon vorgetragen - gab es ja im Laufe der nächsten Monate, im Laufe des Sommers doch auch einige weitere Anhaltspunkte dafür, dass es tatsächlich einen rechtsextremen Hintergrund hatte; denn wir hatten hier die Operativen Fallanalysen des LKA, wo eine Affinität zu Waffen und Sprengstoff festgestellt wurde, wo Hass gegen die türkische Gemeinschaft den Tätern als wahrscheinlich unterstellt wurde. Das LKA NRW hatte eine Sprengstoffvorgeschichte und eventuell fremdenfeindliche Vorbelastung schon in den Raum gestellt. Also, es gab wirklich eine Menge Anhaltspunkte, sodass man da doch noch mal den Ermittlungen einfach eine andere Wendung hätte geben müssen. Das wäre aus meiner Sicht auch die Aufgabe des politisch verantwortlichen Leiters des Ministeriums gewesen, an der Spitze des Ministeriums.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Was Sie zitieren, denke ich, ist alles damals bekannt gewesen und alles eingeflossen in die Bearbeitung vor Ort in der Kölner Behörde und in der Kölner Staatsanwaltschaft. Auch vielfaches Nachfragen aus den übergeordneten Behörden und den unterstützenden Behör-

Tdex F

T dan

den wie Landeskriminalamt, Operative Fallanalyse, Profiler und Ähnliches - ~~hat~~ ja alles stattgefunden - haben eben nicht dazu geführt, dass man konkrete Hinweise gefunden hat. Und das ist der Punkt, dass man nicht darauf gekommen ist, dass es offenbar einen Zusammenhang mit diesen anderen Straftaten gegeben hat und man über diesen Weg hätte den Tätern schneller auf die Spur kommen können. Das ist sicherlich ein Einschätzungsfehler der damaligen Zeit gewesen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Inwieweit haben Sie darauf Einfluss genommen oder nehmen können oder wie auch immer, wie die Staatsanwaltschaft handelt, vor allem jetzt im Hinblick auf die Propsteigasse, wo ja sehr schnell die Ermittlungen eingestellt worden sind? Gab es da Absprachen zwischen Ihnen und dem Justizminister darüber, ob das opportun sei oder ob man das anders machen soll?

T oder Fall

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, Propsteigasse hat damals, ich meine, die Ebene der Ministerien nicht mehrfach beschäftigt, nicht als ein besonders herausragendes Ereignis, sondern wurde als ein eher normaler Kriminalfall eingeschätzt damals. Und Möglichkeiten, da irgendwo auf die Staatsanwaltschaft Einfluss zu nehmen, hatte ich ja ohnehin nicht, und die Minister untereinander hat das Thema auch nicht beschäftigt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wenn wir jetzt darüber nachdenken, wie wir die Sicherheitsarchitektur ändern, haben Sie gerade schon gesagt, wir müssten mehr Zusammenarbeit haben. Was war denn damals auch der Ansatz, weshalb die beiden Ministerien, Innenministerium und Justizministerium, in Nordrhein-Westfalen zusammengelegt wurden? Hätten Sie da genau diese Zusammenarbeit zwischen ermittelnden Polizeibehörden und Staatsanwaltschaft gerne unterstützt, oder was war da der Hintergrund und Gedanke?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das hatte andere Hintergründe. Ich möchte jetzt darauf verzichten, das hier darzustellen, weil das wäre eine eigene Sitzung. Das hat ja auch das Verfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen beschäftigt, das die Zusammenlegung damals dann sozusagen wieder auseinandergenommen hat. Es ging natürlich um Ko-

operationen zwischen Sicherheitsbehörden; das ist keine Frage. Aber es ging nicht um konkrete Fragen wie hier: Wer muss wann mit wem wo zusammenarbeiten? Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen, ich glaube, wie auch in anderen Ländern, bis hin zur Bundesebene, ist, denke ich, sehr gut. Nicht da liegt die Krux dieses Falles, glaube ich, nicht in der Frage der Zusammenarbeit zwischen Staatsanwalt und Polizei.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Sondern?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Eher in der Frage der Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden und sonstigen Sicherheitsbehörden, also Verfassungsschutzämter und -

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Auch wenn die schon alle in einem Haus zusammengefügt sind wie in Nordrhein-Westfalen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, es geht mir nicht so sehr um die Zusammenarbeit in einem Lande - die funktioniert nach meiner Einschätzung in Nordrhein-Westfalen auch heute, denke ich, immer noch sehr gut; zwischen Polizei und Verfassungsschutz gibt es kaum das, was ich vorhin als Gräben bezeichnet habe, oder kaum tiefere Vorbehalte des einen, der einen Institution, Organisation gegenüber der anderen; das funktioniert, glaube ich, von der Spitze her sehr gut und ist einer der Gründe, weshalb ich diese Organisationsform nach wie vor für richtig halte, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen haben -, sondern es geht eher um die länderübergreifende Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich möchte trotzdem jetzt noch mal auf diese frühe Festlegung auch zurückkommen. Wenn man jetzt zum damaligen Zeitpunkt von Ihrem Hause gesagt hätte: „Es gibt auch einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund“, oder bewusst gegen diese dann in der Presse einseitige Darstellung vorgegangen wäre, wäre das in der damaligen innenpolitischen Situation vielleicht aus Ihrer Sicht nicht opportun gewesen, wo gerade die Diskussion war über die Abschiebung von Kaplan, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): - wo gerade die Europawahl auch vor der Tür stand, wo vielleicht auch gerade in Nordrhein-Westfalen die belegten Fallzahlen bei rechtsextremistischen Taten gestiegen waren, gegenüber dem Vorjahr sogar ganz erheblich gestiegen waren, wo Sie ja selber auch gerade gesagt hatten, dass CDs an den Schulen verteilt wurden -- hatten Wahlergebnisse in Köln bei „pro Köln“, die relativ erschreckend waren, kurz unter den 5 Prozent sogar? War es vielleicht in dieser gesamten innenpolitischen Lage aus Ihrer Sicht auch nicht gewünscht, dass man auf einen möglichen rechtsextremen Hintergrund dieses Anschlages hinweist?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich schüttle schon während der ganzen Zeit Ihrer Frage den Kopf. ~~laut~~ Das kann man nicht hören, aber das will ich jetzt noch mal bekräftigen: Nein, das Gegenteil wäre, glaube ich, richtig gewesen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen uns nie gescheut, uns mit dem Phänomen des Rechtsextremismus auseinanderzusetzen - dass wir es jetzt auch mit dem Rechtsterrorismus müssen, das ist ein ziemliches Menetekel, wie ich gesagt habe -, im Gegenteil: Wir haben sicherlich, wenn es Anlass gab, das zu thematisieren, Rechtsextremismus, das auch politisch immer getan. Wenn es im Kölner Fall Keupstraße dafür einen Anlass gegeben hätte und nicht das andersherum vielleicht hätte gedeutet werden können als eine Beeinflussung der Ermittlungstätigkeit in eine falsche Richtung, weil man ja nicht wusste, in welche Richtung man ermitteln sollte, dann hätten wir es sicherlich auch aufgegriffen als Thema. Aber es gab eben diesen Hinweis nicht. Sonst hätte es auch eine politische Auseinandersetzung darüber gegeben. Sie können sicher sein, dass sich auch der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen eine solche Chance nicht hätte entgehen lassen, dieses zu thematisieren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt zwei Bitten um Zwischenfragen, wenn Sie gestatten, Frau Winkelmeier-Becker. Dann halten wir die Uhr an.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ja, okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die erste Bitte kommt von mir, bezieht sich auf das, was Sie eben gesagt haben, Herr Behrens: Wenn es irgendwie Anlass gegeben hätte, zu thematisieren, es könnte sich um einen rechtsextremistischen Hintergrund handeln bei dem Anschlagsgeschehen in der Keupstraße, dann wäre das auch so passiert. - Das widerspricht ein bisschen dem, was wir in den Akten gefunden haben, nämlich ein Schreiben der Bezirksregierung Köln an das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen vom 29. Juni 2004, MAT A NW-6 c. Das ist vorhin angesprochen worden. Ich will es nur deshalb noch mal erwähnen, weil da auffällt: Also, es gab zwischenzeitlich eine Operative Fallanalyse, die einen fremdenfeindlichen Hintergrund als denkbar geschildert hatte. Dann heißt es in dem Schreiben Bezirksregierung Köln an Ihr damaliges Ministerium:

Das Polizeipräsidium Köln wird den Aspekt einer laut OFA-Ergebnissen möglicherweise vorliegenden fremdenfeindlichen Motivation im Rahmen des Pressetermins am 30.07.2004 nicht thematisieren.

Und dann - das verwundert mich in dem Zusammenhang -:

Die taktische Vorgehensweise des Polizeipräsidiums Köln ist mit dem LKA Nordrhein-Westfalen abgestimmt.

Das kann sich ja nur beziehen auf das Nichtthematisieren eines möglichen fremdenfeindlichen Hintergrunds, der sich aus einer Analyse durchaus als Möglichkeit, als Option ergeben hat. Dann ist das mit dem Landeskriminalamt abgestimmt und wird als taktische Vorgehensweise bezeichnet. Was ist denn das für eine Taktik, wenn man eine Analyse hat aus dem Polizeibereich, die die Option „fremdenfeindlicher Hintergrund“ nahelegt, und es dann öffentlich aber verschweigt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Die Frage ist berechtigt, kann ich Ihnen aber nicht beantworten, Herr Vorsitzender, weil ich nicht weiß, was die Motivlage war, sich so zu verhalten. Es war jedenfalls generelle --

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 c, Blatt 108.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich wüsste nicht, dass ich das so formuliert hätte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten wörtlich: Der Anschlag war nicht bedeutend genug.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich glaube, er bezog sich auf 2001, auf die Propsteigasse. Dazu war gefragt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das war 2001. Ich sprach über den Anschlag in der Propsteigasse. Das war der, den ich so charakterisiert habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir können es ja im Protokoll nachlesen. Ich habe es auch so in Erinnerung, dass sich das auf 2001 bezog, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, ganz sicher.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - auf das ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ganz sicher.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Meine Frage war eine ähnliche wie Ihre. Nur etwas überspizter will ich die auch noch mal stellen.

Herr Minister Behrens, wie kommen Sie dazu, sich hier so hinzusetzen und - ich habe mir den Satz vorhin mitgeschrieben, jedenfalls versucht, ihn zum Teil mitzuschreiben - so als Resümee in der Beantwortung von Fragen hier zu sagen: „Wenn wir Anlass gehabt hätten, dann hätten wir das Rechte thematisiert“? Es sind ja hier mehrere Vorhalte dazu gemacht worden. Nun gab es doch - das ist Ihnen jetzt hier drei-, vier-, fünfmal vorgehalten worden - solche Anlässe, diese OFA, wo was von rechtsextremen Tätern drinsteht. Gab es nicht?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, habe ich ja vorhin schon mal kommentiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das endet sogar, dieses

Zitat - das geht dann nachher noch mal weiter in diesem Schreiben Ihres Ministeriums - - steht in dem Schreiben dann noch mal drin, dass es vermutlich Täter sind, die schon mal ähnlich in Erscheinung getreten sind. Und dann sagen Sie hier mit derselben Wortwahl, wie das hier abgelehnt worden ist, das zu thematisieren - - Das ist Ihnen vom Vorsitzenden auch noch mal vorgehalten worden. Damals wurde abgelehnt - - Wenige Wochen nach dem Attentat, nach dem Anschlag wurde abgelehnt, das zu thematisieren in der Öffentlichkeit. Dann sagen Sie hier: Wenn wir Anlass gehabt hätten, dann hätten wir es thematisiert. - So haben Sie gesagt. Wie können Sie so was hier noch sagen? Sie wollen das einfach nicht wahrhaben, oder wie?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Weil das eine war eine Mitteilung der Bezirksregierung Köln wenn ich es richtig in Erinnerung habe -, die Herr Edathy mir vorgehalten hat, die aber nicht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: An das Innenministerium.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Innenministerium.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, der Bezirksregierung, wenn ich es richtig ... (akustisch unverständlich)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An das Innenministerium.

Vorsitzender Sebastian Edathy: An das Innenministerium.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ein Bericht an das Innenministerium -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist abgestimmt mit dem LKA gewesen, das nicht zu thematisieren.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - und eine Verhaltensweise, die auf dieser Ebene, Polizeipräsidium Köln und Bezirksregierung Köln, verabredet worden war, die mich aber in dem Fall nicht erreicht hat. Sie müssen sich in meine Bewusstseinslage - -

riums war, der sich einen Einblick vor Ort verschafft hat, weil das ja doch - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das weiß ich nicht. ~~Ist mir auch, glaube ich -~~ Ich weiß nicht, ob es mir je zur Kenntnis gekommen ist. Aber ich weiß es im Moment nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Es wurde auch nicht an Sie von Ihrem Polizeichef oder Verfassungschef herangebracht - das sagt man ja schon mal -, von wegen: „Herr Minister oder Chef, das müssen Sie sich vor Ort anschauen“? Diese Situation hat es nicht gegeben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich interessiere mich immer für die strukturellen Verbesserungsmöglichkeiten. Mich würde mal interessieren, gerade weil Sie das gerade eben gelobt haben, wie Sie die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen einschätzen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Genau. Auf den Punkt will ich hinaus. Sie können mit einem Landesamt für Verfassungsschutz sehr viel frei zugängliches Material sammeln, bewerten etc. Das ist eine klassische Aufgabe. Dann gibt es die klassische Aufgabe operative Vorfeldaufklärung. Operative Vorfeldaufklärung erschöpft sich für mich - das sage ich gleich - nicht in V-Mann-Führung, sondern da stelle ich mir eine Menge mehr drunter vor. Jetzt bin ich ganz froh, dass Sie da sind. Ich hätte mal gerne von Ihnen gehört, wie das funktioniert, dass eine Abteilung Verfassungsschutz als Abteilung eines Ministeriums diesem operativen Auftrag nachkommt und dadurch auch vielleicht eine ganz andere Bodenhaftung hat in der Szene, wo wir jetzt Bewertungen und Erkenntnisse gut hätten brauchen können. Ich glaube sofort, dass Sie gut auswerten, Informationen sammeln und so. Das traue ich einer solchen Abteilung sofort zu. Das andere verstehe ich nicht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Eine solche Abteilung, Herr Abgeordneter, ist im Prinzip

genauso organisiert wie ein Amt. ~~Es~~ ist nur anders organisatorisch eingebunden, praktisch als Teil des Ministeriums. Es arbeitet aber nach den gleichen Grundsätzen und Prinzipien wie ein Amt, das nachgeordnet ist. Nur, der Amtschef - in dem Fall der Abteilungsleiter Herr Dr. Möller, den Sie hier auch schon gehört haben - ist eben Abteilungsleiter im Innenministerium mit all den Möglichkeiten, die ein Abteilungsleiter, der an dem regelmäßigen Kommunikationsaustausch in einem Ministerium teilnimmt, auch hat, in beide Richtungen: Informationen weiterzugeben wie auch aufzunehmen für die Arbeit seiner jeweiligen Behörde.

Im Übrigen gibt es natürlich - - Das dürfen Sie sich nicht so vorstellen, dass der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen nur besteht aus Menschen, die im Ministeriumsgebäude ihren Schreibtisch stehen haben. Das ist doch auch eine Vielzahl von Menschen, die draußen sind, die irgendwo anders arbeiten, die auch in anderen Gebäuden arbeiten, anderen Dienststellen arbeiten. Das wird man natürlich hier nicht darstellen, wo und wann das ist. Aber genau so ist das.

Natürlich gibt es auch im Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen V-Leute, die hier und da eingesetzt sind, um bestimmten extremistischen, verfassungsfeindlichen Bestrebungen auf den Grund zu kommen, in alle Richtungen. Das ist nicht anders als in jedem Amt auch.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Würden Sie dann sagen - ich folge jetzt mal Ihrem Gedanken, dass das eine optimale Organisationsform ist -, dass kaum ein anderer Minister näher an der Erkenntnislage des Verfassungsschutzes sein kann als der, der das in sein Ministerium hineinfusioniert hat?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich habe das immer so empfunden in meiner Amtszeit, dass das eine optimale Anbindung beider Seiten ist.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und gleichzeitig kriegen Sie genau von denen dann die wertvollen Informationen nicht, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Doch.

ist es, die Interessen der in Deutschland lebenden Türken zu vertreten und sich um sie zu kümmern; überhaupt keine Frage. Mit Sensationslust meine ich völlig andere Fälle.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Waren Sie eigentlich nicht dort vor Ort? Ich kann das immer noch nicht nachvollziehen. War das auch dem Umstand unter Umständen geschuldet, dass gerade im Milieu ermittelt wurde, Schutzgelderpressung, Rauschgift, Türstehermilieu, und haben Sie es deswegen nicht für opportun gehalten?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Die Motive, meine Motive, -

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja, Ihre.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - nicht spontan und sehr schnell da nach Köln zu fahren, die kann ich heute nicht mehr genau schildern, und daran habe ich keine Erinnerung mehr. Aber möglicherweise wird es auch so gewesen sein, dass man gesagt hat: Man weiß ja noch gar nicht, was los ist. In welche Richtung muss man sich da bewegen?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie wollten sich da lieber mit Ihren - -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Muss man da nicht besonders vorsichtig sein, in einer solchen Situation, sich da in irgendeiner Weise festzulegen?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie wollten sich lieber noch mit Ihren Mitarbeitern besprechen und lieber nicht raus? - Okay.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Unter anderem das, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dr. Högl fährt fort.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich sagte es ja eben schon, ich glaube, es wäre auch heute noch wichtig für die Opfer und die Angehörigen in der Keupstraße, wenn da entsprechende Signale kämen.

Herr Dr. Behrens, ich möchte Sie abschließend noch mal fragen: Wenn Sie jetzt draufschauen - Sie haben ja schon viel gesagt von der Draufschau heute -: Was ist für Sie so der gravierende Fehler? Woran hat

das gelegen, das, was uns ja alle fassungslos macht, 14 Jahre rechtsextremer Terror, zehn Menschen ermordet, viele Verletzte in Köln bei den Sprengstoffanschlägen? Was ist so für Sie der Grund? Woran hat das gelegen? Was ist die Hauptursache? Und was würden Sie sagen, was war sozusagen in Nordrhein-Westfalen auch der schwerste Fehler, der gemacht wurde? Dass man das Motiv nicht gesehen hat, dass man die Zusammenhänge nicht gesehen hat?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich denke, es gibt ein Bündel von Ursachen. Ich halte mich zurück, was andere Länder betrifft. Ich will das mal nur schildern - habe ich ja vorhin zum Teil auch schon getan - mit Bezug auf Nordrhein-Westfalen, zumal ich jetzt seit ~~acht~~ ^{acht} einhalb Jahren aus der Innenpolitik raus bin und aktuelle Entwicklungen nicht kenne und mich da auch nicht in irgendeiner Weise einmischen möchte. Also, für Nordrhein-Westfalen und für Keupstraße vor allem waren sicherlich das Problem und der Fehler, sich nicht ausreichend um eine Ermittlungsrichtung zu kümmern, die den Rechtsextremismus und den Rechtsterrorismus in den Blick nahm. Das war ein Fehler, das nicht ausreichend zu tun, unabhängig jetzt von der mangelnden Erkenntnislage, was die übrigen Taten, die man heute dem NSU zurechnet, betrifft.

Das ist dann sozusagen die Verbindung zu dem zweiten grundsätzlichen Fehler, den ich sehe, oder dem Mangel, den ich sehe. Das ist der nicht ausreichende Erkenntnis-austausch, jetzt nicht nur technischer Art, sondern auch Menschen zu Menschen, also Ermittlungsgruppen zu Ermittlungsgruppen, über oder in Fällen, in denen ein Zusammenhang nicht ausgeschlossen werden kann, sage ich mal. Man weiß ja nichts von Zusammenhängen. Man kann sie ja nur vermuten. Aber man sollte - das muss man heute in Rechnung stellen - in Zeiten des sich ausbreitenden Terrorismus aller Richtungen, denke ich, von den rechtlichen oder sonstigen Vorgaben her eine Zusammenschau der Erkenntnisse und das Abgleichen von Erkenntnissen stärker ermöglichen und auch erzwingen. Das ist im konkreten Falle im Jahr 2004, denke ich, nicht ausreichend geschehen.

Möglicherweise, wenn das BKA stärker hätte eingeschaltet werden können oder wenn Erkenntnisse aus anderen Ermittlungsgruppen, aus Bayern beispielsweise oder

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie erklären Sie denn - ich habe Ihnen das vorhin ja schon mal mit einer Zwischenfrage versucht vorzuhalten - diese geradezu Renitenz in der Verwertung Hinweise auf rechtsextremistischen Täterkreis? Also, warum war Ihrer Auffassung nach die Ihnen unterstellte Behörde ja, das Landeskriminalamt, der Meinung, dieser mögliche Täterbereich solle in der Öffentlichkeit nicht genannt werden? Vielleicht hätte das ja gerade in der Öffentlichkeitsfahndung Erfolg gehabt. Wie erklären Sie das heute? Das war ja Ihre Behörde.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Na ja, das habe ich eben auch schon mal beantwortet, dass ich das auch für einen Fehler halte. Warum es ~~ist~~ ist klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber war da irgendwie eine Abwehr, so was möglich zu machen, -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein. Warum - ^{bei dem} Motive, kann ich Ihnen nichts zu sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder hatte man Angst, dass man antisemitisch oder anti- fremdenfeindlich einge- -

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es wäre jedenfalls nicht vorwegelender Gehorsam gegenüber einer politischen Auffassung des Ministers oder des Ministeriums gewesen; denn die hat es nicht gegeben. Wenn es da eine Notwendigkeit gegeben hätte, dies auch nach außen deutlich zu machen, und wenn das so bewertet worden wäre, dann hätte das Ministerium ganz sicherlich dagegen nichts einzuwenden gehabt, jedenfalls ich als Minister nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Ströbele, die Fragezeit ist eigentlich abgelaufen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein letzter kleiner Vorhalt, und dann können Sie ja die nächste Runde machen.

Wir haben einen ähnlichen Vorgang in Bayern. Die Bayern waren ja die Hauptbetroffenen. Also, da waren die meisten Morde.

Und auch dort haben wir festgestellt -- Die hatten ja auch so eine Analyse, rechtsextreme Spur und so, und auch dort haben wir einen ähnlichen Vorgang, wo die bayerischen Behörden, und zwar offenbar von weit, sehr weit oben - wir wissen nicht genau, ob es ganz oben war oder eine Stufe drunter -- wurde da verfügt, dass das in der Öffentlichkeitsfahndung nicht vorkommen soll. Das ist also fast der gleiche Vorgang wie der in Köln. Also, ein Schelm, der Böses was dabei denkt, oder wie? Gab es so eine Grundhaltung „Das darf nicht sein“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das glaube ich nicht. Das würde ich auch nicht vermuten, weil es in anderen Fällen eine solche Haltung auch nicht gegeben hat. Warum hätte es sie in Köln geben sollen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht, weil Türken betroffen waren oder türkische Migranten.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das glaube ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das glaube ich nicht. Sie meinen, so eine Art Schere im Kopf sozusagen? - Das ist schwer zu bewerten heute.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der zweiten Berliner Runde.

(Aydan Özoğuz (SPD): Eine kurze Frage!)

- Eine kurze Frage von der Kollegin Aydan Özoğuz, und dann mache ich einen Vorschlag zum weiteren Verfahren.

Aydan Özoğuz (SPD): Das ist sehr nett. - Weil es jetzt oft genug gefragt wurde, wollte ich das nur noch mal abschließend einmal wenigstens auch noch mal so rum gefragt haben. Sie treffen ja -- oder haben damals ja auch Entscheidungen nicht immer nun ganz alleine mit sich besprochen und getroffen und so, sondern es hat ja immer auch gewisse andere Leute gegeben, die mit Ihnen so was einmal abschätzen: Wie ist das, fährt man da hin, oder fährt man da nicht hin? - Ist Ihnen irgendjemand in Erinnerung, der deut-

lich gesagt hätte: „Es wäre gut, dorthin zu fahren“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, daran kann ich mich im Moment nicht erinnern. Ich vermute mal, wenn es einen solchen Hinweis gegeben hätte, dann hätte ich es vielleicht auch getan. Vielleicht ist es eher anders gewesen. Ich weiß es aber nicht mehr.

Aydan Özoğuz (SPD): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich stelle fest, es gibt noch weiteren Fragebedarf, Herr Behrens. Wir haben um 15.00 Uhr eine namentliche Abstimmung. Mein Vorschlag wäre, jetzt für eine Stunde zu unterbrechen und um 15.30 Uhr die Sitzung fortzusetzen. - Dann bitte ich Sie, uns in einer Stunde weiter zur Verfügung zu stehen. Dann treten wir jetzt in eine einstündige Pause ein.

(Unterbrechung von
14.31 bis 15.45 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich stelle fest, dass jetzt alle Fraktionen vertreten sind. Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort. Wir haben eine neue Berliner Runde. Die Fragen an den Zeugen Herrn Dr. Behrens richtet zunächst die Unionsfraktion, und zwar der Kollege Stracke.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, dass sich jetzt auch die Grünen wieder um das Aufklären bemühen wollen und in die Arbeitshaltung zurückkehren.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wir bemühen
uns nicht nur, wir tun es auch!)

Herr Zeuge, ich würde gerne ein Thema ansprechen, das zu Beginn eine Rolle gespielt hat, nämlich: Als am 9. Juni Sie der Anruf erteilt hat, dass hier ein Nagelbombenanschlag stattgefunden hat in der Keupstraße in Köln, waren Sie ja damals beim Umziehen begriffen. Das ist ja als solche, eine Tatsache -- nicht vorzuwerfen. Dass Sie auch Urlaub nehmen, das ist, glaube ich, auch in Ordnung. Man muss sich bei mühsamem Arbeiten auch davon angemessen erholen können. Mich würde jetzt interessieren: Haben Sie Ihren Urlaub in der Folgezeit, der ja mehrere Tage gedauert hat, denn

dann eigentlich abgebrochen, nachdem Sie von diesen Ereignissen Kenntnis gehabt haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das war nicht nötig nach meiner Einschätzung, weil ich mich bestens informiert fühlte und durch ein Erscheinen im Büro oder durch Aufnahme von Gesprächen im Büro nicht mehr hätte erreichen können als so. Ich war ja jederzeit in unmittelbarer Nachbarschaft erreichbar. **T**

*Toll war ja
nicht auf
Reisen,
sondern vor
Ort.*

Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Dr. Behrens, Sie haben dargestellt gehabt, dass Sie des Öfteren schon in Ihrer gesamten Amtszeit Ihren Urlaub unterbrochen haben. Würden Sie mir mal Beispiele dafür nennen, was denn Gründe dafür waren, warum Sie denn in den anderen Fällen beispielsweise Ihre Urlaube unterbrochen haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich erinnere mich zum Beispiel daran, dass ich im Jahre 2000 einen Urlaub, der in Spanien stattfand, unterbrochen habe wegen des Anschlags am Wehrhahn und dann nach Düsseldorf zurückgeflogen bin. Das ist ein Beispiel dafür. Aber das ist mehrfach vorgekommen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Mehrfach vorgekommen, dass Sie Ihren Urlaub unterbrochen haben, bei Mordtaten, die stattgefunden haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nicht nur, sondern auch bei anderen Ereignissen, bei Todesfällen innerhalb des Kabinetts zum Beispiel; auch das hat es gegeben. Also, aus besonderen Gründen jeweils.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ich kann mir vorstellen, dass es sicherlich Gründe gibt, Ihren Urlaub abzubrechen. Wenn ich das jetzt dann mir dagegen lege: Wir haben einen Anschlag hier in Köln mit über 800 Zimmermannsnägeln, über 20 Verletzte, zum Teil schwer verletzt, und Sie entscheiden sich dann, wo es andere -- Wo es dann Unglücksfälle im Kabinett gibt oder so was, da sehen Sie dann durchaus die Notwendigkeit eher, dass Sie hier Ihren Urlaub abbrechen. In dem Fall ist es aber nicht der Fall, sondern Sie bleiben daheim und packen Ihre Umzugskartons aus.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Na ja, die Lage war eine völlig andere. Ich habe noch einen weiteren Fall, der mir jetzt einfällt, in Erinnerung. Das war die Ermordung eines Polizisten in Köln. Da bin ich vom Bodensee zurückgekommen. Hier war ich ja sozusagen in Düsseldorf und im Umfeld jederzeit erreichbar und jederzeit auch in der Lage, ins Büro zu gehen, wenn es nötig gewesen wäre. Das erwies sich aber nach meinen Erinnerungen nicht als nötig, weil ich jederzeit mich ausreichend informiert fühlte und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch jederzeit zur Verfügung stand für Gespräche.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Was unterscheidet denn eigentlich einen Anschlag, wie beispielsweise eine Mordtat, wo Sie dann sagen: „Da muss ich jetzt zurück ins Ministerium und mich da dann vor Ort mit meinen Mitarbeitern - - Sie haben ja auch erwähnt gehabt, dass Sie einen Führungsstil gepflegt haben, der sehr intensiv auf Kollegialität aus ist, also, wo Sie sehr viele Gespräche führen, insbesondere im Ministerium, dass Sie sagen: „Nein, das ist eigentlich so, da ist die Information ausreichend; da brauche ich gar nicht vor Ort zu sein“?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es ist nicht die Art des Ereignisses, das sich unterscheidet - im Grundsatz jedenfalls nicht -, sondern es ist die Art meiner Erreichbarkeit. Hier war ich in Düsseldorf. Ich habe in Düsseldorf gewohnt und bin von Düsseldorf aufs Land gezogen. Ich war jederzeit ansprechbar, erreichbar, und im Bedarfsfall hätte ich jederzeit ins Büro fahren können. Ich weiß nicht mal, ob ich nicht möglicherweise an dem Freitag auch im Büro gewesen bin. Aber das entzieht sich im Moment meiner Erinnerung.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Würden Sie denn jetzt auch im Nachklapp zu den Themen eigentlich wieder zu dem Ergebnis kommen, dass es auch als Signal gegenüber der Öffentlichkeit nicht notwendig ist, seinen Urlaub zu unterbrechen, sondern eigentlich zu sagen: „Business as usual. Es geht ganz normal weiter. Eigentlich spielt es gar keine - -“, so Art: „Wir versuchen, das eher runterzunehmen von der öffentlichen Wahrnehmung, vielleicht auch ein Stück weit rauszunehmen, und dazu trägt auch beispielsweise bei, dass ich gar nicht meinen Urlaub abbreche“? Das hat natürlich auch eine gewisse Binnenwirkung, wenn man

weiß, dass der Minister sich noch beim Umzugskartonauspacken befindet.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das sehe ich anders, weil die Öffentlichkeit gar nicht wusste und weiß, dass ich damals Urlaub hatte, ~~und im Urlaub war~~. Es war ja auch kein Erholungsurlaub irgendwo, sondern es war ein Arbeitsurlaub im Familienumfeld aus ganz persönlichen Gründen, wegen des Umzugs eben. Und noch mal: Ich war jederzeit ansprechbar, jederzeit einsetzbar und denke, ich habe nichts versäumt in dieser Zeit.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Dr. Behrens, wenn wir uns um die Fragestellung ausländerfeindlicher Hintergrund - - uns ansehen, was diesen Anschlag ja jetzt - wie wir jetzt ja wissen - - der eigentliche Grund war und die Ursache. Da will ich mich gar nicht damit beschäftigen, wo die Kollegin Dr. Högl Sie mal danach gefragt hat: „Was sind denn die Ursachen aus Ihrer Sicht, dass man da nicht drauf gekommen ist?“ - hatten Sie gesagt gehabt: Ja, wir hätten das noch deutlicher mit den Mordtaten in Verbindung nehmen sollen -, sondern mich interessiert ausschließlich, was man denn getan oder unterlassen hat, um 2004 bei diesem einzigen Anschlag, der hier stattgefunden hat, auf die Täter zu kommen. Da hatten Sie erwähnt gehabt, in alle Richtungen hätten Sie ermittelt.

Wenn man sich die Akten anschaut, dann sieht man sehr wohl, dass es sehr stark dokumentiert ist, was beispielsweise das Türstehermilieu angeht, was beispielsweise verdeckte Ermittlungen angeht, was die Umfeldbeziehungen betrifft der Opfer, sei es ins Rauschgiftmilieu hinein oder in Schutzgelderpressungen oder andere Dinge. Aber wenn man dann guckt: „Was wurde denn getan, was den Rechtsextremismus betrifft?“, da sagen Sie: Es gab keine Hinweise. - Jetzt möchte ich einfach mal wissen: Was verstehen Sie denn unter Hinweisen? Was sind Hinweise, die Sie veranlassen, Ihr Innenministerium, Ihre Behörde, in Richtung Rechtsextremismus bei einem Anschlag, so wie er sich dargestellt hat bei Köln, zu ermitteln?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Es hat ja in Bezug auf die anderen vermuteten Motive, die Sie gerade erwähnt haben, Hinweise sowohl in den Medien wie auch von Einzelpersonen an die Polizeibehörde in Köln ge-

sind hoffentlich auch bei dieser Arbeit erfolgreich, aber auch Politiker. Aber was uns ja in unserem Sozialverhalten alle ein bisschen eint, ist, dass wir den Kameras und Mikrofonen eigentlich nicht aus dem Weg gehen; sonst hätten wir den falschen Job. In diesem Fall - das haben wir jetzt schon ein paar Mal erörtert - fällt wirklich auf, dass weder der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen noch der Ministerpräsident sich auch nur einmal nach diesem Anschlag medienwirksam - sei es in einem Interview, in einer Stellungnahme, in irgendeiner Aktion - äußert. Das finde ich sehr, sehr ungewöhnlich und kann mir eigentlich auch nicht vorstellen, dass man sich darüber vielleicht nicht sogar verständigt hat, zu sagen: Wir sagen alle mal nichts und lassen es rein bei den Sicherheitsbehörden.

Wir haben versucht, mal über die Pressedokumentation allgemein zu gucken: Wie viel Äußerungen gibt es denn vom Ministerpräsidenten - das ist der Stapel hier -

(Clemens Binninger (CDU/CSU)
hält Unterlagen hoch)

so in den - wie weit geht es? - gut vier, fünf Wochen nach der Tat? Das sind alles Äußerungen von Ministerpräsident Steinbrück, die er in der Presse gemacht hat in den vier, fünf Wochen nach dem Anschlag. Ein großer Stapel. Kein einziger Satz zu diesem für NRW einmaligen Sprengstoffanschlag. Stattdessen fünf Tage nach der Tat: „Großer Bahnhof für den neuen Bahnhof“ - da wurde am Flughafen, glaube ich, was eingeweiht mit Bundes- und Landesprominenz; „Steinbrück fordert professionellere SPD“ - das war dann Mitte Juni; „Steinbrück drängt auf Abschaffung des Berufsbeamtentums“ usw. usw. Sprengstoffanschlag mit über 20 Schwerverletzten - nichts, und von Ihnen auch nichts. Liege ich völlig falsch, wenn man da den Eindruck haben muss, so ein konzertiertes Schweigen muss man eigentlich wirklich vorher auch abgestimmt haben?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Da liegen Sie falsch, weil das haben wir so nicht abgestimmt. Dass ich mich so verhalten habe, habe ich mit mir und mit meiner Behörde abgestimmt. Das ist klar. Aber es ist nicht mit dem Ministerpräsidenten abgestimmt, sondern meine Zurückhaltung, über deren grundsätzliche - sagen wir mal - Charaktereigenschaft ich ja vorhin etwas gesagt habe, die ich Ihnen zu erläutern versucht habe. Die

hing ganz sicher damit zusammen, dass niemand wusste, was in Köln wirklich an Hintergründen da war, und dass man da -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Entschuldigung! Darf ich Sie noch einmal unterbrechen?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: - niemanden auf die falsche Fährte lenken wollte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mir ging es jetzt bei diesem Thema, bei diesem demonstrativen Schweigen der Landesregierung nicht nur darum, dass ich jetzt von Ihnen hier bahnbrechende Interviews zu entscheidenden Ermittlungsrichtungen erwartet hätte. So weit wäre ich gar nicht gegangen. Aber es gab hier ja über 20 schwerverletzte Opfer. Es hätte ja vielleicht auch mal eines Signals bedurft an die Opfer, an die Bevölkerung von Köln, an die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das, was wir ja - deshalb meinte ich vorher, es ist so atypisch für Politiker - alle immer machen, haben Sie hier wirklich kollektiv nicht gemacht. Und das leuchtet mir nicht ein. Da sage ich, das muss man ja abstimmen. Man muss ja einen Grund haben dafür. Also, eine Medienstrategie des Schweigens durch eine Landesregierung bei solch einem Ereignis ist ungewöhnlich. Das haben wir so noch nirgends gesehen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist ein zu großes Wort, aber -- Es ist keine Medienstrategie des Schweigens gewesen, sondern es ist schlicht - bei mir jedenfalls - die Zurückhaltung gewesen, hier in irgendeiner Weise festzulegen durch öffentliche Äußerungen, was die Hintergründe dieses Anschlags gewesen sein könnten.

Ich gestehe ja ein - ~~Ich~~ ^{Tolan} habe ich ja vorhin auch schon gesagt -, es wäre sicher richtig gewesen, im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Tat nach Köln in die Keupstraße zu fahren. Das wäre sicher richtig gewesen. Das wäre natürlich auch eine öffentliche Maßnahme gewesen. Aber ansonsten gab es da keine Strategie in dem Sinne, wie Sie das beschreiben, sondern schlicht eine entsprechende Wirkung dessen, was wir getan haben, ohne Absprachen untereinander.

mente - des Bundestages, der Länderparlamente -, die in der Umsetzung stattfinden müssen. Die Innenministerkonferenz spielt als innenpolitisches Steuerungsgremium in Deutschland da sicherlich eine wichtige Rolle.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Welche Punkte wären da jetzt aus Ihrer Sicht nach der jetzigen Betrachtung reformbedürftig?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ich glaube, dass die Leistungsfähigkeit einzelner Behörden auf den Prüfstand gehört. Ich glaube, dass die Kooperationsbeziehungen, das Kooperationsgeflecht, die Kooperationsverpflichtungen der Sicherheitsbehörden im Allgemeinen, also der unterschiedlichen Sicherheitsbehörden, auf die Tagesordnung gehören und ja auch auf der Tagesordnung stehen und dass man da zu Veränderungen und Verbesserungen kommen muss.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Kollege Kurth würde fortführen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Zeuge, kurze Frage: Lesen Sie regelmäßig Zeitung?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Dürfen Sie von ausgehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ihr damaliges Haus hat Zeitung gelesen, hat die Presseauswertung durchgeführt?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, Sie meinen das Innenministerium?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das Innenministerium.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das ist ja nun auch lange her. Aber ich lese trotzdem auch immer noch Zeitung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, aber damals wurde die tägliche Zeitungslage ausgewertet im Innenministerium.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Im Prinzip, ja. Es gab darüber hinausgehend eine Presseauswertung für die Landesregierung durch das Landespresseamt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Ich habe jetzt noch mal nachgeguckt. Also, der *Kölner Stadt-Anzeiger* hat am 12.06. einen Artikel veröffentlicht: „Staatsanwalt: Auch ein politisches Motiv möglich“, und darin heißt es dann vom Oberstaatsanwalt Rainer Wolf:

Entgegen der Meinung von Bundes- und Landesinnenministerium will Wolf neben einem kriminellen oder persönlichen Motiv auch einen politischen oder gar fremdenfeindlichen Hintergrund des Anschlags nicht ausschließen. Die Bombe sei wahrscheinlich nicht konkret gegen eine Zielperson, sondern „wahllos“ gegen Menschen gerichtet gewesen.

Da sind zwei Dinge drin, die Sie interessieren müssten. Das Erste: Wie wir heute erfahren haben, Ihnen wird da auch hier in diesem Artikel etwas untergeschoben, wo Sie sagen, haben Sie niemals gesagt.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Er hat auch die Zeitung gelesen, der Herr Wolf.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Hätten Sie, Ihr Haus, ja dann auch entsprechend reagieren können. Aber das ist gar nicht das Entscheidende.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das haben wir.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das Entscheidende ist ja, dass der Oberstaatsanwalt auch ein politisches Motiv nicht ausgeschlossen hat. Wie haben Sie denn dazu gestanden?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Ja, genau so habe ich das auch gesehen wie der Oberstaatsanwalt. Ich habe ihn auch vorhin schon erwähnt in meinem Eingangsstatement. Er wie auch der Leiter der Ermittlungskommission in Köln, ~~glaube ich~~ Herr Oberrat Clauer war das nach meiner Erinnerung -, haben in ihren Pressekonferenzen, die ja eine nach der anderen in diesen Wochen stattfanden, immer wieder gesagt, dass sie in alle Richtungen ermitteln.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Explizit eben auch fremdenfeindlich nicht ausgeschlossen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Dr. Behrens, Sie waren, wie schon am Beginn gesagt wurde, wohlthuend ehrlich und haben gesagt, dass Sie Fehler gemacht haben etc. Deswegen möchte ich Sie jetzt mal mit einer Frage konfrontieren, die ich vielen hier hätte stellen müssen, aber da hat es bei einigen wenig Sinn gemacht.

Der Herr Binniger sagte Ihnen: ziemlich atypisch für einen Politiker. - Ich komme jetzt mit einer typischen Verhaltensweise für viele Spitzenbeamte oder -politiker, die wir hier in dem Ausschuss hatten. Einer der Sätze, die wahnsinnig oft fallen, ist: Das hat mich nicht erreicht; das habe ich nicht gesehen; darum konnte ich mich nicht kümmern; das ist nicht meine Aufgabe. Oder: Ich bin selbst überrascht, was ich heute in den Akten selber sehe.

Jetzt würde ich die Frage nicht an jeden Ressortminister stellen, aber im Innenbereich schon. Damit meine ich nicht Sie persönlich, sondern ich habe jetzt die Hoffnung, dass Sie vielleicht ehrlich für eine ganze Gruppe sprechen. Das gilt zum Beispiel auch für Regierungspräsidenten, die sich hier so geäußert haben.

Verhindert das Politikgeschäft, dass sich Innenminister oder Innenstaatssekretäre, Regierungspräsidenten in solchen Fällen noch um die Details kümmern? Denn es gibt auch in der Wirtschaft dieses wirkungsvolle Führungsprinzip: Überspringe ab und zu mal die Hierarchieebenen, gehe ganz runter auf den Shop-Floor und guck ganz selbst nach. - Ein bisschen davon hat Herr Beckstein gemacht; ich sage bewusst auch nur „bisschen“. Aber das bereitet mir extreme Bauchschmerzen, wie viele Spitzenleute sich hier im Prinzip auf die Position zurückziehen: Ja, dafür habe ich keine Zeit gehabt. - Das geht in dem Job „Minister“ nicht.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Herr Abgeordneter, das ist nicht nur eine Frage -- Natürlich ist es eine Frage der Zeit. Man muss ja mit seiner Arbeitszeit, mit seiner Lebenszeit oder der Dienstzeit, die man ein solches Amt ausübt, auch irgendwie ökonomisch umgehen. Wenn Sie - jetzt nehme ich den Geschäftsbereich des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen - für einen Geschäftsbereich von etwa 30 000 Mitarbeitern zuständig sind, dann können Sie nicht die Arbeit dieser 30 000 machen, sondern das muss arbeitsteilig organisiert sein. Dafür gibt es Geschäftsordnungen, und es ist genau geregelt,

wann was vorzulegen ist, wer was mitzuzeichnen hat usw. Das nennt man Bürokratie.

Dieser bürokratische Aufwand hat aus der Sicht der Organisation sehr gute Gründe, weil dann auch die Verantwortungen klar sind, unter anderem auch die Verantwortung der jeweiligen Arbeitsebene für das, was ihre Aufgabe ist. Die Verantwortung des Ministers ist dann noch mal eine andere, weil sie auch eine politische Verantwortung ist für das Gesamtgeschehen und für das Tun oder Nichttun auch einzelner Beamter. Natürlich, das ist gar keine Frage; das habe ich ja auch vorhin gesagt, dass ich diese Verantwortung trage und empfinde.

Aber wenn Sie - Sie erleben das ja hier auf Bundesebene nicht anders - einmal einen Tagesablauf eines Ministers sehen, vor allem auch gerade eines Innenministers: Der ist tagtäglich mit überraschenden Entwicklungen, nicht planbaren Gesprächen und Terminen konfrontiert. Sie haben eine Fülle von Außenterminen wahrzunehmen. Das Parlament ist ja nur ein kleiner Teil davon, obwohl er sehr viel Zeit frisst. Man hat ja Anwesenheitspflicht auch als Minister, und die ist anders als im Bundestag. Im Landesparlament wird die ernster genommen für die Minister und die Regierung. Das heißt, die sitzen in der Regel im Plenum oder sind im unmittelbaren Umfeld der Plenarsitzungen. Das sind mehrere Tage pro Monat. Es gibt die Ausschusssitzungen. Es gibt die Fraktionssitzungen. Es gibt die Fraktionsvorstandssitzungen. Es gibt die Arbeitskreissitzungen. Ein Terminplan ist von montags bis freitagabends spät angefüllt mit Außenterminen.

Ich habe Wert darauf gelegt, zwischen diesen Außenterminen, die ich verpflichtend wahrnehmen musste, viel Zeit im Hause zu haben, im Ministerium, um Gespräche mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu führen, und - ich sage es hier auch ganz frank und freimütig - ich habe nicht in erster Linie meine Aufgabe darin gesehen, der Presse Rede und Antwort zu stehen oder selber für Schlagzeilen zu sorgen. Ich sage auch ganz bewusst hier: Ich unterscheide mich da auch von Innenministern meiner Zeit, aus der Zeit, wo ich meine Kollegen - einige haben Sie hier erwähnt - in der Innenministerkonferenz kennengelernt habe. Die konnten ja in jedes Mikrofon reinbeißen, wenn sie es sahen. Ich habe das nicht als meine Aufgabe angesehen. Ich war immer etwas zurückhaltender. Das kann man für

falsch halten im politischen Geschäft. Ich habe es für richtig gehalten, weil ich andere Dinge für wichtiger gehalten habe.

Ich glaube - da habe ich ein relativ ruhiges Gewissen -, dass ich im Rahmen meiner Möglichkeiten mir die Zeit genommen habe, um Gespräche zu führen mit meinen eigenen Leuten beispielsweise, zu motivieren, aufzuklären, Informationen zu transportieren, entgegenzunehmen, und dass mir das viel wichtiger war als der Aktenlauf, der auch wichtig war. Und ich bin ein Aktenfresser. Ich habe Akten en masse und en gros im Akkord bearbeitet, behaupte ich, weil ich es auch gelernt hatte von meiner Ausbildung her. Dennoch war mir das Dienstgeschäft wichtig, mit den Mitarbeitern Gespräche zu führen. Ich habe schon das Gefühl gehabt, dass wir die Dinge immer sehr ernsthaft abgewogen haben - in diesem Fall, den wir hier diskutieren, wie in vielen anderen Fällen auch - und dass man sich da Mühe macht und Mühe gibt.

Aber wir alle sind Menschen, und wir alle können Fehler machen. Wir können auch Dinge übersehen. Ich habe gesagt, auch ich betrachte es als meinen Fehler, übersehen zu haben, dass man hier möglicherweise schärfer hätte zupacken müssen, was Rechtsextremismus betrifft. Das ist ein Fehler gewesen, mein Fehler, ^Fder Fehler anderer Leute. Es ist leider so eine Verknüpfung von Fehlern vieler Menschen, eine fatale Verknüpfung von Fehlern vieler Menschen in Deutschland. Das hat zu diesem tragischen Ergebnis geführt, das wir hier alle beklagen.

Ich sehe es als eine politische Aufgabe an, Ihre Aufgabe - aber Sie leisten ja auch nur Vorarbeit und Beiträge für die weitere politische Diskussion -, Hinweise zu geben, was man ändern muss, damit das alles nicht mehr passiert oder aber - niemand wird sagen können, das kann nicht mehr passieren - damit die Gefahr minimiert wird. Wir sind nach wie vor in Deutschland, überall in der Welt mit terroristischen Gewaltherausforderungen konfrontiert, und die Herausforderungen sind nicht geringer geworden, auch nicht die durch anderen Terrorismus nicht rechtsextremistischer Art. Die Frage ist: Was kann man tun, um hier Sicherheit für die Menschen in Deutschland zu organisieren? - Das ist die Aufgabe der Politik. Daran habe ich viele Jahre, ungefähr 35 Jahre, mitgewirkt und habe das Beste gegeben, was ich beitragen konnte. Das war nicht ganz schlecht, aber es war auch nicht fehlerfrei. Meine heu-

tige Aussage hier im Ausschuss soll ein kleiner Beitrag dazu sein. Wenn ich dazu nicht mehr beitragen kann als das, was ich hier jetzt eingebracht habe, dann tut mir das leid. Es umfasst meinen Übersichtskreis sozusagen und meine ehemalige Verantwortung. Aber da bin ich nun raus, und ich kann Ihnen das nur sozusagen widerspiegeln, was ich möglicherweise an Ansatzpunkten für Veränderungen sehe. - Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es weitere Fragen an den Zeugen?

(Zurufe: Nein!)

Ich hätte eine letzte, ohne Ihr Erinnerungsvermögen zu sehr strapazieren zu wollen, Herr Behrens. Aber wenn Sie noch mal zurückdenken an den Anschlag Keupstraße, wo Sie selber ganz zu Beginn unseres Gesprächs hier ja gesagt haben, das habe eine herausragende Dimension gehabt. Das findet sich ja auch in den Akten. Das hat sogar international zu Nachfragen geführt. Es ist aus meiner Sicht eigentlich schlechterdings unvorstellbar, dass Sie keine Presseanfragen bekommen haben sollen.

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Nein, das ist sicherlich so nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aha. Können Sie sich denn daran erinnern, dass Sie um Statements gebeten worden sind?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Also, das weiß ich jetzt nicht mehr. Aber das ist ganz sicher so, dass das im Ministerium in der Presseabteilung aufläuft und dass gefragt wird: „Was sagt ihr dazu?“, und dann sagt das Ministerium: Wir verweisen jetzt auf die Pressekonferenz des PP Köln beispielsweise am Soundsovielten um soundsoviel Uhr. - Und das ist in den ganzen Wochen so gelaufen, dass man auf Köln verwiesen hat und dass das in Köln so abgearbeitet worden ist, kann man sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie haben erklärt, Sie äußern sich selber nicht?

Zeuge Dr. Fritz Behrens: Das habe ich an dem 9. ^Ferklärt für diesen Zeitpunkt und für den nächsten Tag und möglicherweise auch für den Zeitraum, wo ich nicht im Dienst war.

Tausch

T6.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich mache das gerne, und das passt auch gut zu der konkreten Frage, die Sie gestellt haben.

Ich bin gelernter Staatsanwalt, war von 1977 bis 1983 bei der Staatsanwaltschaft Lübeck mit allen möglichen Zuständigkeiten in der kurzen Zeit, unter anderem nationalsozialistische Gewaltverbrechen und ein Sonderdezernat „Hafenkriminalität“, hieß das. Da ging es um Raub, um schwere Körperverletzung und Prostitutionsdelikte. Dazu kam die internationale Rechtshilfe und als Schwerpunkt Strafsachen von politischer Bedeutung.

Ich war dann für ein Jahr abgeordnet zum Generalstaatsanwalt nach Schleswig und bin dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Generalbundesanwalt nach Karlsruhe gegangen, was ich gemacht habe von 1983 bis 1988. Dann wurde ich dort Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof, war immer zuständig dort für Spionagedelikte und zudem auch der Pressesprecher.

Ich bin dann bis 1994 bei der Bundesanwaltschaft gewesen und bin im Juni 94 für ein Jahr nach Brandenburg gegangen, abgeordnet zum Brandenburger Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, der zu der Zeit der Vorsitzende der Innenministerkonferenz war - da ging es also insbesondere um die Eigenschaft des Pressesprechers; ich war dann auch sein Büroleiter -, und bin ~~im~~ ^{ein} Jahr wieder zurückgegangen nach Karlsruhe zur Bundesanwaltschaft, habe Revisionen gemacht beim 4. Strafsenat und wurde dann gefragt, endgültig nach Brandenburg zurückzukommen als Verfassungsschutzchef. Das habe ich gemacht für zwei Jahre, von November 1996 bis November 1998, wobei das eigentlich für länger geplant war und so einen rechten Sinn eigentlich auch für zwei Jahre nicht macht. Dann kam aber Personalwechsel in Brandenburg dazwischen, und ich wurde gebeten, Polizeiabteilungsleiter in Brandenburg zu werden. Das habe ich dann auch zwei Jahre gemacht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie ganz kurz - ich unterbreche Sie ungern - erläutern, was der Hintergrund war, dass Sie nach zwei Jahren diese Aufgabe als Präsident nicht weiter ausgeübt haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass der Polizeiabteilungsleiter nach Mecklenburg wechselte, und aus Sicht sowohl des Innen-

ministers als auch des Ministerpräsidenten wurde ich gebeten, zu wechseln. Das war nicht unbedingt meine erste Präferenz. Aber ich habe das dann halt gemacht, weil ich glaubte, mit dem, was ein Staatsanwalt kann, man auch Polizeiabteilungsleiter sein konnte.

Aber was mich weggelockt hat - um die Frage mehr zu beantworten, was mich weggelockt hatte aus Karlsruhe zu dieser Position als Verfassungsschutzchef -, das war halt diese besondere historische Situation, in der es seinerzeit auch sehr darum ging, zumal in Ostdeutschland, den Unterschied zwischen einem freiheitlichen Verfassungsschutz im Vergleich zum MfS nach außen darzutun. Auch das passte sehr gut mit einer gewissen Medienkompetenz; denn das war sehr stark auch Öffentlichkeitsarbeit, dafür Interesse zu finden.

Also dann zwei Jahre Polizeiabteilungsleiter, und dann wurde ich von Bundesminister Schily gefragt, ins Bundesinnenministerium zu wechseln. Das habe ich dann gemacht und war dort von Juni 2000 bis März 2008 der ständige Vertreter des Abteilungsleiters Innere Sicherheit, und Innere Sicherheit ist gewesen die Aufsicht über den Verfassungsschutz. Ich habe auch in dem Zusammenhang die G-10-Sachen vertreten, habe dann gewechselt in die Polizeiabteilung als Unterabteilungsleiter. Dort gab es damals zwei Unterabteilungen. Die Abteilung Innere Sicherheit war einzügig. Deswegen ist man da ständiger Vertreter und in den mehrzügigen Unterabteilungsleiter. Das habe ich gemacht von April 2006 bis November 2007.

Dann schloss sich noch an eine Zeit als ständiger Vertreter des Abteilungsleiters Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz, und dann bin ich im Mai 2008 zurückgegangen zur Bundesanwaltschaft, mache dort wieder Spionagestrafsachen, insbesondere Proliferationsdelikte. Proliferation ist das Bestreben der - in Führungszeichen - Schurkenstaaten nach ABC-Waffen und Trägersystemen. Das passt sehr gut mit Spionage zusammen, weil die Art und Weise der Beschaffung überwiegend mit den Methoden der Spionage stattfindet. Und das mache ich bis heute.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr Dr. Förster, ich bin sicher, der Ausschuss hat ganz, ganz viele Fragen zu auch ganz unterschiedlichen Aspekten des Untersuchungsauftrages an Sie. Ich würde Sie ganz gerne bitten, zu dem Punkt, den ich

H nach eigen

bereits tangiert habe, uns hier einmal die Abläufe zu schildern. Wir sind im September unterrichtet worden, dass Sie eine dienstliche Erklärung abgegeben haben in Ihrer Behörde, bei der Generalbundesanwaltschaft, bezüglich eines Vorganges, der Ihnen innerlich gewesen sein soll aus Ihrer Zeit als stellvertretender Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium. Können Sie uns mal den Sachverhalt aus Ihrer Sicht darstellen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Gerne, und vielleicht darf ich dann auch anknüpfen an die Zeit als stellvertretender Abteilungsleiter IS, weil der Ausgangspunkt dafür, für diese Erinnerung ist das NPD-Verbotsverfahren, was betrieben wurde von zwei Abteilungen im Bundesinnenministerium, der Abteilung V, Verfassungsrecht, und meiner, IS, Innere Sicherheit.

Dieses NPD-Verbotsverfahren wurde sehr schnell überlagert von der Problematik der V-Leute. Dass diese Überlagerung so dominant geworden ist, war eigentlich nicht unbedingt vorhersehbar, weil sich eigentlich alle einig waren - insbesondere auch bei einer Innenministerkonferenz vor den Verbotsanträgen bestand Einvernehmen -, dass dieser V-Mann-Problematik besonderes Gewicht zukommt.

Die Anträge wurden dann für alle drei Antragsteller geschrieben, sehr mit Unterstützung aus dem Innenministerium, in engem Kontakt mit den jeweiligen Prozessvertretern und - für die Menschen, mit denen ich das sehr eng zusammen gemacht habe, kann ich das sagen - mit Herzblut, was eine innere Beziehung zu diesem Verbotswillen dargestellt hat.

Der Antrag der Bundesregierung ging am 30. Januar 2001 beim Verfassungsgericht ein, die beiden anderen Anträge - Bundestag und Bundesrat - Ende März.

Dann war es so, dass zu einem Termin Anfang 2002 vom Bundesverfassungsgericht, ich glaube 14 sogenannte Auskunftspersonen geladen wurden. Bei diesen Personen war einer, der problematisierte seine eigene Aussagegenehmigung, also ein sogenannter V-Mann. Dann ergaben sich fast unendlich viele V-Mann-Problematiken, und es wurde zum Problem einmal die absolute Zahl der V-Leute in den verschiedenen Vorständen der NPD, aber auch, ob und gegebenenfalls welche Aussagen, auf die sich die Anträge, die drei Anträge, stützten, auf V-Leute zurückzuführen waren - das

Ganze unter dem Obersatz: Die zu verbietende Partei bzw. die Partei, deren Verfassungswidrigkeit festzustellen war, was ja das Verbot dann rechtlich nach sich zieht, darf nicht vom Staat in gewisser Weise gesteuert sein.

Es gab unendlich viele Kontakte mit den Nachrichtendiensten von Bund und Ländern, und das führt jetzt zu der Frage. - Ich bitte, die etwas längliche Einleitung nachzusehen; aber sie ist sozusagen auch die Basis dieser Erinnerung, die ja sehr lange zurückliegt.

Es wurden dann also auch Papiere erstellt natürlich über die Vielzahl der V-Leute, welche Funktionen sie hatten, in welchen Landesverbänden, welche im Bundesvorstand. In dem Zusammenhang kann ich mich erinnern an ein Papier, von dem ich meine, das es eher nicht DIN-A4, sondern eine Nummer größer gewesen ist, in dem angegeben sind in waagerechten Kolonnen verschiedene Jahre und Daten. In diese waagerechten Datenkolonnen sind eingetragen in Form von waagerechten Strichen eine gewisse Anzahl von V-Leuten - ich glaube, sogar in farbigen Strichen; ich denke, mich zu erinnern, in farbigen Strichen -, und die Namen dieser V-Leute waren entweder am rechten oder am linken Rand dieser Striche verzeichnet.

Was ist der Sinn von diesem Papier gewesen? Durch diese Einteilung, waagerecht und senkrecht, konnte man sehen, inwiefern Überschneidungen von V-Leuten stattfanden, weil die waagerechten Striche markierten einen Beginn der V-Mann-Tätigkeit und das Ende, was die Verfassungsschützer „abschalten“ nennen. In dem Moment, wo sich farbige - glaube ich jedenfalls, farbige - Striche überschneiden, konnte man sagen, dass mehr als ein V-Mann in der NPD dann gewesen ist. Ein solches Papier glaube ich im BMI gesehen zu haben im Zuge einer Besprechung, und ich denke, dass es kein im BMI selbst erstelltes Papier gewesen ist.

Jetzt komme ich zu - nicht, wie Sie gesagt haben, Ralf Wohlleben, sondern zu Wohlleben; denn es war so:

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe gar keinen Namen genannt, wenn ich mich recht erinnere.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Doch, ganz zu Anfang. Deswegen habe ich mir das gemerkt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Entschuldigung, falls ich mich irre; vorsorglich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ende November 2011 wurde Ralf Wohlleben festgenommen bzw. verhaftet, und es gab eine Pressemitteilung des Generalbundesanwalts über diesen Umstand, in der er Ralf W. genannt wurde. Es dauerte nicht lange, dass sich in den Medien der gesamte Name, Ralf Wohlleben, fand. In dem Augenblick kam meine Erinnerung an dieses Papier, was ich aus dem NPD-Verfahren gewusst hatte, wieder zu mir, und zwar weil ich mich an zwei Namen, an zwei Nachnamen aus diesem Papier neben diesen farbigen waagerechten Strichen erinnere. Der eine ist Wohlleben, und der andere -- Ich denke, ich sollte den Namen hier nicht sagen. Ich hoffe, dass jeder den Namen kennt, weil er ist Teil des Beweises. Zum Teil ist er --

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Eingeweihten jedenfalls!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dem Ausschuss ist der Name bekannt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay. - Also, diese beiden Namen waren ein Teil der Namen neben den farbigen Strichen im NPD-Verfahren, und jetzt taucht einer davon auf mit dem vollen Namen Ralf Wohlleben, und in dem Moment ist mir ebendieses -- Man scheut sich ja irgendwie, von lächerlicher Ähnlichkeit zu sprechen; also, schon bei dem Ekelfaktor NPD nicht und in Anbetracht von NSU erst recht nicht. Ich habe dann in meinem Aufschrieb das als *Kuriosum* bezeichnet. Ich glaube, das ist vielleicht eine Idee. Aber ich kann mich wirklich erinnern, dass dieser Umstand im NPD-Verfahren, Wohlleben und der andere, dass das belächelt wurde, weil das haben mehrere gesehen. Ich weiß ja, dass sich jetzt keiner daran erinnert hat. Aber ich weiß halt auch, wie es mir gegangen ist. Es wurde beschmunzelt, diese Übereinstimmung.

Jetzt zurück zu der Geschichte Ende November. Also, aus Ralf W. wurde Wohlleben, und diese Erinnerung kam in mir hoch. Dann habe ich mich geprüft, ob diese Erinnerung

auch stimmt, aber auch unter juristischen Gesichtspunkten mich geprüft, weil die Preisgabe dieser Erinnerung ja eine Straftat sein könnte. V-Leute sind genuin geheimzuhalten, und die Weitergabe dieser Erinnerung - ich sage gleich, warum ich das Bedürfnis hatte, das weiterzugeben bei der Bundesanwaltschaft - könnte den Straftatbestand des § 353 b StGB erfüllen. Habe ich das für mich selber geprüft. Dazu muss man nämlich ein Geheimnis unbefugt weitergeben und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährden.

Ich habe geglaubt, dass das straflos ist, und glaube das auch heute, aus zwei Gründen: Erstens gebe ich ein Geheimnis - V-Leute sind ein Geheimnis, auch wenn sie es vielleicht gar nicht mehr sind; sind weiterhin ein Geheimnis -- Erstens gebe ich das nicht unbefugt weiter, wenn ich das bei der Bundesanwaltschaft, einer anderen Sicherheitsbehörde, aus der ich dieses ursprüngliche Wissen habe, berichte.

Zweitens - und das ist der Kern - gefährde ich damit keine öffentlichen Interessen, sondern meine Intention war, bei meiner Bundesanwaltschaft zu vermeiden den gleichen Effekt, der eingetreten wäre, wenn nämlich, wenn es denn so wäre, dass der von mir erinnerte Wohlleben identisch wäre mit dem Ralf Wohlleben -- dass da genau der gleiche Effekt eingetreten wäre wie beim Verfassungsgericht - als einer von diesen 14 Auskunftspersonen (war dummerweise auch noch fast der Wichtigste) der stand zu 90 Prozent für den Antisemitismus - mit dieser Problematik: Oh, ich habe aber auch eine Aussagegenehmigung. - Das wollte ich meiner Behörde ersparen; so meine Bewusstseinslage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie haben lange darüber nachgedacht, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, natürlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - ob Sie die Erklärung machen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe dreimal nachgedacht, erstens ob meine Erinnerung richtig ist. Wohl gemerkt, an zwei Namen, Nachnamen. Mann, Frau, weiß man alles gar nicht, alt, jung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt muss ich mal kurz fragen, Herr Dr. Förster: Sie sagen auch heute noch - Sie waren ja zwischenzeitlich auch im BMI, haben dort die Möglichkeit, Akten - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, klar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sagen Sie heute noch, Sie glauben, sich daran erinnern zu können - das ist noch Stand von heute -, diese beiden Namen gesehen zu haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Absolut, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Absolut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich führe das aus, wenn ich darf, wie die Geschichte weiterging, weil der Anfang ist auch nicht unwichtig. Leider hat der in den Medien ja keine Rolle gespielt, sondern eher die Frage aufgeworfen: Warum erinnert der sich gerade jetzt an so was?

Also, ich habe das dreimal geprüft, erstens ob die Erinnerung stimmt, zweitens die Strafbarkeit und drittens die Frage: Ist das eigentlich sinnvoll, das der Bundesanwaltschaft - das war eigentlich die schwierigste Frage - zu offenbaren, dass deren Beschuldigter, jetzige Angeschuldigte Ralf Wohlleben wegen des Nachnamens möglicherweise die Hälfte meiner Erinnerung, Soundso und Wohlleben, sein kann? - Deswegen habe ich vorhin gesagt, nichts mit V-Mann Wohlleben, sondern - - nichts mit V-Mann Ralf Wohlleben. Das habe ich nie gesagt. Nur wirklich diese beiden Nachnamen. Ich fühlte mich halt aufgerufen, in diesem gesamten Kontext, der ja nun sowieso nicht gerade von besonderer Vorausschau gezeichnet war, so was nun auch noch zu vermeiden.

Wie habe ich das gemacht? Ich bin praktisch mit der Geschichte, die ich jetzt erzähle, zu meinem Abteilungsleiter gegangen, der für die Spionagedelikte Abteilungsleiter ist. Der ist nicht nur mein Abteilungsleiter und ich sein Stellvertreter, sondern früher war es umgekehrt. Da war ich der Pressesprecher, und er war mein Stellvertreter, und da ist aus Arbeit, wie es bisweilen stattfindet, Freundschaft geworden. Dem habe ich sozusagen

offenbart, a) meine Erinnerung, ^{(die Frage - prüfe bitte mit -: Mache ich mich damit strafbar? Wenn du sagst, ja, dann vergisst du das alles. Und ist es sinnvoll, dass ich das der Bundesanwaltschaft erzähle?}

Wie das immer ist bei so einigermaßen hochrangigen Juristen, die Lösung im Tatsächlichen kommt dann. Da hat er gesagt: Ich erzähle das. Ich erzähle das, was du mir jetzt erzählt hast, dem Abteilungsleiter Terrorismus, weil da gehört es nämlich hin, weil der betreibt ja das NSU-Verfahren.

Das hat er dann auch gemacht. Dass er das gemacht hat, ergibt sich aus dem Umstand, dass wenige Tage später mich der zuständige Bundesanwalt für das NSU-Verfahren, nämlich ~~der~~ Dr. Diemer, angesprochen hat. Der sprach mich an auf diese Erinnerung. Das ist der Beweis dafür, dass vom Abteilungsleiter diese Erinnerung ihm weitergegeben worden ist, und zwar - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann war das? Wann sind Sie angesprochen worden von Herrn Diemer?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, das war Ende November, das Erste. Im Dezember jedenfalls, im Dezember.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also noch im Jahre 2011?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, im Dezember, und zwar mit dem Bemerkten - wir haben sonst keine Berührung; wir haben uns mehr zufällig getroffen, irgendwo auf dem Flur -: „Deine Zeugenvernehmung wird sich nicht vermeiden lassen“, oder: „ist unumgänglich“, so in dem Sinne. Und zwar war für mich deutlich der Hintergrund: Du hast dich aber möglicherweise strafbar gemacht, Herr Kollege. - Das war der Hintergrund für diese Aussage, für diesen Text, den ich deswegen auch in Erinnerung habe: „Wir werden wohl nicht drum herumkommen, dich zu vernehmen“, oder: „Du musst dich auf eine Vernehmung einstellen.“

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Herr Diemer hat Sie gar nicht auf W. angesprochen, sondern darauf, dass Sie sich möglicherweise strafbar gemacht haben?

Weise auch darum bemüht ist, diesem Ausschuss zu helfen. Oder nicht? - Dann müssen wir Herrn Diemer noch mal dazu als Zeugen befragen, falls es nötig sein sollte.

Jedenfalls, Herr Dr. Förster, habe ich Sie richtig interpretiert, wenn ich sage, Sie mussten sich förmlich aufdrängen, dass Ihr Hinweis auch dokumentiert werden konnte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das will ich nicht bewerten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es hat Sie niemand aufgefordert - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe meinen Hinweis mündlich hier gegeben, wiederholt, und dann auf Aufforderung aufgeschrieben. Und so war es.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der erste Hinweis, den Sie mündlich gegeben haben, war Ende 2011.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und aufgefordert, das zu verschriftlichen, das war 17. September 2012. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Wollen Sie fortfahren?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ich hätte es auch gleich aufschreiben können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich glaube, Herr Schuster hat Zeitprobleme. Deswegen würde ich jetzt einfach sagen, dass wir ihm - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nein, ich habe keine Zeitprobleme.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach so.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das habe ich auch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aha.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber es geht einfach mal - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schuster hat eine Zwischenfrage.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich bin nicht so juristisch bewandert, Herr Dr. Förster. Mich interessiert jetzt einfach mal: Das klingt so, als wenn Sie große Sorge gehabt hätten, das einfach aufzuschreiben. Das habe ich juristisch noch nicht ganz nachvollzogen, wie das geht, dass im November, im Dezember 2011 das sogar, glaube ich, im Innenministerium bekannt wird, und die Verschriftlichung kommt am 17. September 2012. Das verstehe ich einfach nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann das nicht erklären. Ich habe ja mein Wissen mündlich kundgetan und habe diese Kette geschildert, wie es dann auch an den Zuständigen gekommen ist - über den Abteilungsleiter Spionage, über den Abteilungsleiter Terrorismus an den Bundesanwalt Dr. Diemer -, und dann sozusagen von der anderen Seite auch noch dieses Kernwissen, diese Kernerinnerung an den Staatsanwalt beim BGH Weingarten.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja. Aber Sie sind Bundesanwalt, Herr Dr. Förster, und Jurist -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - und gehören zur Hautevolee hier in Deutschland.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ihnen fiel nichts anderes ein, als im Dezember 2011 das zu verschriftlichen und nicht mit 15 Leuten zu reden oder zu versuchen, denen zu erklären: „Soll ich oder soll ich nicht?“ Das verstehe ich nicht. Also, vielleicht haben Sie ja einen juristischen Grund, weil Sie dauernd sagen: Ich will mich nicht strafbar machen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein.

ter, bevor wir hier in die reguläre Befragung durch die Fraktionen eintreten.

Ich habe Sie vorhin so verstanden: Es gab eine Besprechung. Hintergrund war, dass das NPD-Verfahren in Karlsruhe zu scheitern drohte wegen der V-Leute-Thematik. Diese Besprechung fand statt Anfang 2002. Können Sie näher eingrenzen, wann das war?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, das kann ich nicht, und ich kann auch nicht sagen „Anfang 2002“, sondern die Daten, die feststehen, sind, wann die Anträge beim Verfassungsgericht eingegangen sind: Ende Januar, Ende März. Und ich weiß, dass diese Diskussion über die V-Leute-Problematik, in deren Zusammenhang ich dann diese Erinnerung an dieses eine Papier habe, jedenfalls nach Eingang der Anträge war. Das ist das Einzige, was ich definitiv sagen kann.

Dass diese V-Mann-Problematik dann sozusagen explodiert ist vor Gericht im Zusammenhang mit diesen 14 Auskunftspersonen -- Da steht ja das Datum fest, wann das war; ich weiß es nicht. Also, die V-Mann-Problematik wurde schon relativ bald zum Mühlstein - zum übergroßen Mühlstein, immer größer werdenden Mühlstein -, schon vor dieser Ladung. Aber das, was das dann eben sozusagen extrem zur Belastung des Verfahrens hat werden lassen, ist diese Geschichte, dass einer von den 14 seine Aussagegenehmigung bemüht hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, als die Besprechung, an die Sie sich zu erinnern glauben, stattfand, war das Thema V-Leute in Karlsruhe da schon in der Welt oder noch nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nicht in Karlsruhe, sondern in -- Doch, in Karlsruhe. Ja, das weiß ich eben nicht. Das ist die Frage: „Ist es vor der Ladung der 14 oder danach?“, und das kann ich eben nicht sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was war denn der Grund für die Besprechung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass es darum ging, den Nachweis zu führen in doppelter Hinsicht, aber immer mit dem Obersatz: Die NPD ist nicht fremdbestimmt, die ist nicht vom Staat mit fremdbestimmt,

sondern einmal von der absoluten Zahl der V-Leute her - da gibt es ja auch mehrere Schriftsätze, die sich dazu verhalten: nie mehr als drei gleichzeitig - und erst recht, dass nicht auf V-Leute bestimmte der NPD angelastete Aussagen in den Anträgen gestützt waren. So war das aber mit dem [REDACTED]. Das ist der V-Mann, der V-Mann war - ich glaube, bis [REDACTED] und mit dem fast zu 100 Prozent [REDACTED] Herging. Aber der ging natürlich mit der ganzen Partei hier, weil die diesen [REDACTED] hat zu Wort kommen lassen in ihren Broschüren, und das war pausenlos Gegenstand, und das war niemals mit einer Besprechung, zumal die Zahl der V-Leute sich dann vergrößerte -- Das hat uns bis zum Ende belastet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Förster, ich habe drei kurze Fragen. Wer war bei der Besprechung dabei?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das bin ich ja im BMI auch schon gefragt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Das ist ja auch eine naheliegende Frage.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, in der Tat. - Es gab einen harten Kern von Kollegen, die das NPD-Verfahren betrieben haben, wirklich sprichwörtlich Tag und Nacht und in einem hervorragenden Zusammenwirken auch mit den Prozessbevollmächtigten, die ja von außerhalb des Ministeriums kamen. Der Professor Bull war der für die Bundesregierung -- Die Haupttatbeteiligten waren natürlich der Abteilungsleiter IS, der Herr Müller, und -- Die sind alle befragt worden, die ich benannt habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Waren die bei der Besprechung Ihrer Erinnerung nach dabei?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wer war da jetzt genau dabei?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau kann ich es nicht sagen, sondern der harte Kern, der bei allen wesentlichen Sachen dabei war, wurde gebildet -- Ich muss als Zeuge die Wahrheit sagen.

kein
kein
H. und

13

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, bitte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und wenn ich es eben nicht so genau weiß - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber ich meine, Sie können sich erinnern an ein Papier, das da rumgegeben worden ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass das rumgegeben worden ist, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das verteilt worden an alle?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein, nein. Das war ein Papier, was eingesehen wurde. Es wurde nicht für jeden verteilt, und es ging auch nicht von Hand zu Hand.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Meine Erinnerung ist so, dass man sich über dieses Papier gebeugt hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer war das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Im Zweifel waren es Menschen aus diesem, wie ich gesagt habe, harten Kern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann sagen Sie doch mal, wer dem harten Kern in Sachen NPD-Verbotsverfahren angehört hat.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der Abteilungsleiter Möller für IS und von IS weiter der Kollege Nötges - der ist auch, glaube ich, gehört worden - und die Frau Pingel, dann von der Abteilung V die Frau Fahland, der Dr. Piper. Das war aus meiner Sicht so die Kerntruppe.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Und Sie!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und Sie, ja?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Na ja, klar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also so eine Runde von sechs, sieben Leuten, ja?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Aber insgesamt waren es mehr. Aber die waren diejenigen, die die Hauptwissensträger waren und die sich auch bisweilen um Mitternacht getroffen haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Dann noch eine - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und keiner - wenn ich das noch sagen darf - von denen hat das Arbeiten am NPD-Verbotsverfahren als eigentliche Lohnarbeit empfunden, sondern das waren alles Leute, die einen zusätzlichen emotionalen Antrieb hatten, dass Deutschland diese Partei im Spektrum verliert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mir ist eine Sache nicht ganz klar geworden aus Ihrer dienstlichen Erklärung. War dieses Papier mit den beiden Namen - Wohlleben und der andere -, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - an das Sie sich erinnern, ein Papier, das Ihrer Erinnerung nach V-Leute nur des Bundesamtes beinhaltet hat oder auch weitere?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht. Ich glaube aber, dass es vom BfV kam, dass das BfV der Verfasser dieses Papiers war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, weil Sie haben ja gesagt, Herr Diemer hätte Ihnen gesagt auf Nachfrage, man hätte den früheren Landesverfassungsschutzpräsidenten Thüringens gefragt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau. Und da habe ich ihm gesagt: Wer sagt denn dir, dass der von Thüringen war?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, eben. Ich meine - - Und meiner Erinnerung nach war das ja auch immer eine ganz heikle Angelegenheit seitens der Länder, dem Bund

„Ähnliches“. Weitere solcher Listen habe ich nicht gesehen. Es gab aber eine Vielzahl von Besprechungen - auch mit den Landesämtern, auch unter Einbeziehung der Prozessbevollmächtigten -, wo dann mitgeteilt wurde, dass es nun sozusagen der letzte V-Mann sei, der mit einer Aussage in den Anträgen wiedergegeben ist.

Ich habe zu Anfang versucht, das darzustellen. Die V-Leute waren für das NPD-Verfahren doppelt relevant: einmal in der absoluten Zahl und zum Zweiten bezogen darauf, dass auf bestimmte V-Leute unwesentlich - zurzeit der Antragserstellung - Aussagen gestützt worden sind zum Beweis der Verfassungswidrigkeit dieser zu verbotenden Partei.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Dr. Förster, Sie haben eben gesagt, das BfV hat an dieser Besprechung im Innenministerium, bei der sich alle über das DIN-A3-Blatt gebeugt haben, nicht teilgenommen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Doch, doch, ich glaube, dass dieses Blatt --

Dr. Eva Högl (SPD): Sie sagten aber, das Blatt sei vom BfV erstellt worden. Hat denn jemand vom BfV teilgenommen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Wer denn?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und genauso, wie ich mich an diesen harten Kern erinnern kann, den ich bezeichnet habe -- aber nicht ausschließen kann, dass einer vielleicht nicht dabei gewesen ist und vielleicht jemand nicht vom harten Kern -- So war es --

Dr. Eva Högl (SPD): Also, wissen Sie --

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wir reden über Sachverhalte, die elf Jahre zurückliegen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, ja, deswegen fragen wir uns ja. Wir wollen eben überprüfen, warum Sie sich an eine Sache erinnern können, was ich auch nachvollziehen kann. Warum? Wegen der Namensähnlichkeit. Das habe ich schon alles kapiert. Aber wenn wir

jetzt mal gucken, wer sich da drüberbeugt hat. Sie haben gesagt, Sie erinnern sich, dass die Leute auch geschmunzelt haben. Wenn das Papier vom BfV war -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): - das haben Sie gesagt -, dann werden Sie doch wissen, ob der Autor oder die Autorin dieses Papiers -- ob von dem betreffenden Amt jemand dabei war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, klar. Das will ich auch gar nicht in Abrede stellen. Ich bin nur vorhin nicht dazu gekommen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ach so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe auch dem Herrn Kaller zwei Leute vom BfV benannt, die er dazu befragen kann.

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Wer?)

Dr. Eva Högl (SPD): Sagen Sie uns -- Nennen Sie uns die --

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Denn so ähnlich wie der harte Kern bei uns, gab es zwei, den Abteilungsleiter Rechtsextremismus Cremer und, ich glaube, den Gruppenleiter [REDACTED]. Das waren unsere Hauptansprechpartner, und im Zweifel war es so, dass einer von den beiden mit diesem Papier in der Hand an der Besprechung teilgenommen hat.

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Cremer oder Jung?)

- Ich weiß es wirklich nicht. Aber das waren die Hauptansprechpartner.

Dr. Eva Högl (SPD): Wissen Sie, ob die befragt worden sind? Haben die sich erinnern können?

(MR Richard Reinfeld (BMI) meldet
sich zu Wort)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt eine Meldung --

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht, aber ich habe das dem Herrn

LS
T-
sagt - das ist ja lange her -: Wenn der Erste mit Glatze und Bomberjacke in die Grundschule in Brandenburg kommt, dann muss die Lehrerin das, was sie vorhatte, zu machen, beiseitelassen und diesen Umstand problematisieren ohne Stigmatisierung dieses Glatzköpfigen.

Das ist eine Pflichtaufgabe. Aber wer macht das? Wer hat die freiwillig angenommen?

Die Menschen sind wahrscheinlich so strukturiert, dass sie denken: Irgendwann klingelt es, und dann kommt der Kollege in die Klasse. Aber die Schule sagt, sie sind nicht Reparaturwerkstatt für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Der Staatsanwalt sagt das. Der Verfassungsschützer sagt das. Einer muss es aber machen, und keiner kann es auch alleine mit Erfolg.

Aber der Ausgangspunkt kann immer nur Bewusstseinsbildung und Bildung sein. Ich habe großen Wert darauf gelegt. Das hieß bei mir als Begriff „Verfassungsschutz durch Aufklärung“, und zwar - „durch Aufklärung“, das ist ja doppeldeutig -: richtige Erkenntnis-aufklärung, aber eben auch die Philosophie der Aufklärung mit einbezogen. Das ist dann irgendwann mal durch - - Auch auf der Bundesebene ist dieser Begriff abgeschafft worden und durch irgendwas vermeintlich Greifbareres ersetzt worden. Bei uns hieß das weiter „Verfassungsschutz durch Aufklärung“, weil ich von diesem Begriff eben mehr gemacht war.

Und wir haben uns bei wenig Menschen, weniger als 100, dafür ein eigenes Referat geleistet und haben eben auch - was wahrscheinlich nicht klassische Aufgabe ist - gute Leute in Schulen und in andere Einrichtungen geschickt, um zu werben; einfach - das fing mit ganz schlichten Sachen an -, dass man bestimmte Zeichen, die irgendwie dann modern wurden, Abzeichen in tätowierter oder sonstiger Form - - dass man den Menschen dafür die Augen geöffnet hat, was sich dahinter verbirgt, wofür die - vom Hakenkreuz ganz abgesehen, auch andere, ähnlich verwerfliche Zeichen - stehen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wir müssen halt heute als Untersuchungsausschuss die Frage klären: Hätte man Bönhardt, Mundlos und Zschäpe frühzeitig auf die Schliche kommen können? - Und da ist die Ku-Klux-Klan-Spur natürlich eine entscheidende, weil wenn man das damals ernster genommen hätte - - Da gab es

die ersten konkreten Berührungspunkte. Deswegen wollte ich Sie noch mal fragen: Das Landgericht Frankfurt/Oder hat diesen Fall mit dem nigerianischen Staatsangehörigen abgeurteilt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Acht Jahre Freiheitsstrafe.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Für den physischen Täter.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Für den S.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also der, der das Opfer fast ermordet hat.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und für [REDACTED]: Legen wir Wert drauf - auch wegen versuchten Mordes zu acht Jahren, weil er mit Sprechchören während der Tat wie Ku-Klux-Klan aufgeputscht und dirigiert habe.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kenne den Fall leider gut.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Finde ich ein beachtliches Urteil für das Landgericht Frankfurt/Oder. Und deswegen interessiert mich noch mal - der Fall scheint Ihnen ja transparent zu sein -: Mit dem heutigen nachträglichen Wissen - verstanden, klar -: Glauben Sie, dass der GBA heute wieder so urteilen würde, dass er relativ schnell sagt, wie damals: Das Verfahren mit dem versuchten Mord wollen wir nicht übernehmen, weil wir keine Zuständigkeit sehen, und das Verfahren Ku-Klux-Klan stellen wir ein, weil § 129 a nicht zieht? - Könnten Sie sich das heute vorstellen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe dazu alles gesagt. Ich kann nicht sozusagen den Zensor machen für zurückliegende Entscheidungen.

Ich kenne diesen Fall „Scharmützelsee“. Ich habe die Gründe für die Verfahrenseinstellung beim Generalbundesanwalt nicht präsent. Und, wie gesagt, das könnte nicht richtig sein, das hier zu problematisieren. Ich

1014
nur die Deutschen Aktionsgruppen als terroristische Vereinigung, die dann eben auch vom Generalbundesanwalt bearbeitet werden konnten, sondern es gab ja auch jede Menge Einzeltäter. Der Kay Diesner ist ja schon angesprochen worden.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe Sie extra danach gefragt, weil Sie ja 98 so weitsichtig waren, auch gerade unter Bezugnahme auf die untergetauchten drei aus Jena vor dem Rechtsterrorismus zu warnen, während dann fünf Jahre später der Vizepräsident des BfVs ja dem Bundesinnenminister aufschreibt - auch wieder unter Bezugnahme auf die drei aus Jena; wohl wissend, dass die zwischenzeitlich mit Waffen versorgt wurden -: Ja, das wissen wir zwar, aber da droht keine Gefahr. - Deswegen habe Sie extra danach gefragt, weil das ja doch eine ganz andere Einschätzung ist, und wollte auch gerne wissen, ob Sie damit befasst waren und ob Sie das fortlaufend vorgetragen haben, dass Sie diese Gefahr sehen. - Okay.

Dann komme ich noch mal auf einen anderen Gesichtspunkt zu sprechen, der mich auch sehr interessiert, und zwar die Übernahme durch das Bundeskriminalamt im Jahr 2006, also die nicht erfolgte zentrale Ermittlungsführung durch das Bundeskriminalamt. Wir haben darüber hier im Untersuchungsausschuss schon mit einigen Zeugen diskutiert und die Unterlagen sehr intensiv studiert. Es gab ja nach dem neunten Mord dann im Frühjahr 2006 die Diskussion, ob das Bundeskriminalamt die Ermittlungen zentral leitet und übernimmt. Waren Sie in diese Diskussion eingebunden? Wenn ja, wie und was war da Ihre Position?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich war eingebunden; denn Ausgangspunkt waren diese Taten 8 und 9 Anfang April 2006. Ich war seit April in der Polizeiabteilung des BMI. Und der Ausgangspunkt war, denke ich, dass der BKA-Präsident in der Nachrichtendienstlage dazu vorgetragen hatte und da ins Spiel gebracht hatte die zentrale Ermittlungsführung durch das BKA. Im Ergebnis war es dann so, dass der Vizepräsident Falk zu mir kam zu einer Besprechung zu dieser Thematik und ein Papier dann auch im Ergebnis verfasst hat mit einer Darstellung der Situation unter der Überschrift „Ceska-Morde“ mit einem, ich sage mal, Plädoyer für die Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes.

Sie haben mich nach meiner Position dazu gefragt. Ich hatte für die Zuständigkeit, Bund oder Land, ein bestimmtes Vorverständnis, weil das für mich nicht ganz fremd war, und zwar geht dieses Vorverständnis zurück in die Zeit bei der Bundesanwaltschaft, als ich das erste Mal dort war und eben Pressesprecher des Generalbundesanwalts Rebmann war. Es gab in Bayern drei große RAF-Anschläge, und zwar 1985 und 86 die Ermordung des Vorstandsvorsitzenden von Siemens, Beckurts, und seines Fahrers Groppler und des MTU-Vorstandes Zimmermann und dann noch den Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau. Und den Ermittlungsauftrag in Sachen Beckurts und Groppler hat das BKA gekriegt. Alle anderen Ermittlungsaufträge hat das Bayerische Landeskriminalamt gekriegt, also Zimmermann und NATO-Schule Oberammergau - übrigens auch für den Oktoberfest-Anschlag mit 13 Toten auch das Bayerische Landeskriminalamt.

Und ich sage das deswegen als Vorverständnis, weil ich von dem Generalbundesanwalt Rebmann gehört habe und unterrichtet war, wie schwierig es ist, ein großes Landeskriminalamt nicht zu beauftragen, sondern das BKA nach einem solchen großen Anschlag. Große Landeskriminalämter waren jedenfalls Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die Argumentation war immer: Wir halten diese großen und leistungsfähigen Ämter vor, und wenn dann eine große, schlimme Tat passiert, dann gebt ihr das dem Bundeskriminalamt. - So habe ich Rebmann noch im Ohr.

Und er, der Generalbundesanwalt, ist ja eigentlich völlig frei, was die Erteilung des Ermittlungsauftrags anbelangt. Er ist Herr des Ermittlungsverfahrens. Er hat die Sachleitungsbefugnis - §§ 160, 163 StPO. Und eine Vorschrift im BKA-Gesetz spricht auch die Ermittlungserteilung durch den Generalbundesanwalt an: § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3. Und die beiden anderen Varianten, darüber reden wir ja noch. Ohne jede Voraussetzung, völlig voraussetzungslos kann der Generalbundesanwalt das BKA beauftragen. Aber es gibt gewisse Zwänge, auch die anderen zu bedenken, und zwar weil alle Vorschriften auszulegen sind im Lichte des Grundgesetzes. Und da ist es nun mal so, dass die Polizeizuständigkeit die Regel ist bei den Ländern.

Sie haben mich gefragt zu dem Gespräch mit Herrn Falk. Das war das eine, was mir

das BfV in Thüringen Quellen führte, weil dann ist es ja vielleicht eine Möglichkeit. Das war der Grund.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen denn Ihre Ministervorlage noch mal gezeigt worden im September im BMI?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja. - Nein, mir sind nicht einzelne Stücke gezeigt worden, sondern mir sind zehn Leitz-Ordner hingestellt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist die Ministervorlage vom 28.01.2002 Ihnen in ungeschwärtzter Fassung vorgelegt worden, als Sie im BMI waren im September?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Die habe ich selber gefunden in diesen Ordnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ungeschwärtzt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke, ja. Aber das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Tauchte da der Name Wohlleben auf? Also, das ist eine - - Ich habe es ja eben gerade gesehen. Da sind Namen genannt - die sind alle geschwärtzt -, in welchen Landesvorständen das Bundesamt für Verfassungsschutz V-Leute hat und um wen es sich bei den V-Leuten handelt. Das wird auch bei [REDACTED] namentlich benannt. Ist Ihnen dieser Vermerk ungeschwärtzt vorgelegt worden, und stand da der Name Wohlleben drauf?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wenn der Wohlleben da draufgestanden hätte, hätte ich das bestimmt aufgeschrieben. Ich habe geschrieben:

Aus einer Ministervorlage von mir vom 28.01.2002 ...

Und weil die Bände nicht nummeriert sind, wie das für Staatsanwälte sonst üblich ist, konnte ich nicht die Fundstelle sagen, sondern habe geschrieben: Band 5, hinteres Fünftel - also dass man nicht vorne sucht, sondern hinten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber die haben Sie gesehen, Ihre eigene Vorlage?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster:

Aus einer Ministervorlage von mir ... ergibt sich, dass BfV [REDACTED]

als Quellen führte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ja. Aber in der Ministervorlage scheinen ja wohl auch Klarnamen gestanden zu haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das muss man da halt sehen. Aber wenn der eine oder der andere da dringestanden hätte, dann hätte ich das bestimmt vermerkt.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wann?)

Sondern mir ging es um den Grundsatz, dass das BfV und nicht nur das LfV dort vertreten war. Das hatte ich das Bedürfnis damit kundzutun.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. Wir müssen nachher noch eine ganz kurze Beratungssitzung machen, glaube ich. - Dann fahren wir aber erst mal mit Ihrer Befragung fort, wenn Sie einverstanden sind. Herr Christeleit kümmert sich darum, dass wir den Vermerk von Weingarten und Diemer nachgeliefert bekommen. - Und das Frage-recht hat jetzt die FDP-Fraktion. Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich will noch mal kurz anschließen. Also wann - das können Sie nicht einordnen? - war der Vermerk, dass [REDACTED] sind, zu welchem Zeitpunkt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht. Das ergibt sich aus dieser Vorlage. Das wird da ja drinstehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gut. Weil - - Und vorhin sagten Sie: Ralf Wohlleben als Beisitzer im Landesvorstand der NPD Thüringen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Meiner Kenntnis nach war er nie Beisitzer, sondern stellvertretender Landesvorsitzender ab 2002.

„Piato“ diese Nachricht bekommen hat. Ich weiß es nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, auf jeden Fall hat dann das Land Brandenburg, soweit man das erkennen kann, Thüringen und Sachsen informiert, wegen des Bums, sozusagen als Waffe. Jetzt ist aber folgende Frage: Der Schäfer-Bericht vermerkt, dass das Thüringer Landesamt, also das LKA, darüber nicht informiert worden ist. Und die haben ja nun zu dem Zeitpunkt sehr intensiv auch mit Zielfahndung usw. nach denen gesucht und auch die Frage gestellt: Werden Waffen besorgt? - Können Sie sich erklären, warum das LKA davon nichts wusste?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann immer nur was erklären, was ich auch weiß. Und ich weiß über diesen Sachverhalt wirklich nichts. Heute weiß ich darüber nichts.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): In einem *Stern*-Artikel heißt es, die Brandenburger hätten aus Quellenschutzgründen darum gebeten, es im Nachrichtendienst zu belassen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann dazu aus aktueller Erinnerung wirklich nichts sagen, weil ich es nicht weiß. Ich habe das alles gelesen. Aber ich habe nicht in die Akten gesehen, ob und wie ich involviert war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der „Piato“ war nicht rein zufällig auch auf der Liste drauf, über die wir vorhin gesprochen haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wo ich die beiden Namen -- Nein. Also, das wäre mir ja nun bestimmt aufgefallen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und Sie sagten vorhin, es sei Ihr V-Mann. Zitat: „Als mein V-Mann“, haben Sie vorhin gesagt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, dass der eben V-Mann des Amtes, dessen Chef ich dann wurde, war, als ich kam.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber im Sinne von: Sie tragen die Verantwortung

als Behördenleiter, aber Sie sind nicht der V-Mann-Führer oder so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, natürlich in dem Sinne; ja, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie ist denn das eigentlich: Haben Sie auch selber V-Männer geführt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie V-Männer geführt? Nur mal so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich in Person?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, Sie in Person.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Aber, wie gesagt, ich habe bei dem dafür Sorge getragen, dass der dann durch zwei -- dass die Treffs mit zwei Personen des Verfassungsschutzes stattfanden; einer davon sogar vom höheren Dienst, ~~der~~ da nicht so reichlich gesegnet war.

H mit dem ich

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Kollege Wieland wird sich über die nächste Frage von mir sehr freuen: die Zusammenarbeit mit Thüringen und vor allen Dingen auch mit Herrn Roewer. Haben Sie denn Herrn Roewer mal selber gesprochen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube, dass ich den bei diesen sogenannten Amtsleiter tagungen gesehen habe.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. In Thüringen wurde ja das Verfassungsschutzamt gewissermaßen sehr kreativ umgebaut. Haben Sie so was verfolgt? Oder hat Sie das nicht weiter tangiert, das Projekt in Thüringen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dazu weiß ich nichts.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Herr Kurth, wir würden dann zum Schluss kommen.

wonnen haben, und werden die abgeschot-
tet?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, natürlich genügt das nicht, weil die Erkenntnisgewinnung ist ja kein Selbstzweck. Und je schwerwiegender eine Straftat ist, umso mehr findet eine Ermessensreduzierung auf Null statt, was die Weitergabe an die Strafjustiz anbelangt. Das ist ganz eindeutig.

Petra Pau (DIE LINKE): Sind Sie sicher, dass die Informationen, die „Piato“ geliefert hat, wenn dort Mitteilungen über schon begangene Straftaten oder über die Planung von schweren Straftaten bekannt wurden -- dass das dann so gehandhabt wurde gegenüber der Polizei oder der Staatsanwaltschaft in Thüringen oder auch in Sachsen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Für mich in Person bin ich da sicher.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann habe ich noch eine Frage. Als im Jahr 2000 [REDACTED] als V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz Brandenburg enttarnt wurde, hatten meine Fraktion und auch ich die Bundesregierung damals in einer Kleinen Anfrage in der 14. Wahlperiode - das ist die Drucksache 14/3929 vom 10. August 2000 - gefragt, ob das BKA jemals gegen [REDACTED] ermittelt habe. Im Wortlaut hieß die Frage:

Trifft es zu, dass das BKA gegen C. S. ermittelt hat?

Wenn ja, ..., in welchen Fällen und mit welchem Ergebnis?

Die Antwort des Bundesministeriums des Innern lautete:

Nein.

Waren Sie damals in irgendeiner Weise mit der Zuarbeit zur Beantwortung dieser Anfrage befasst? Wenn ja: Wäre gut, zu wissen, was Sie dort an Informationen gegeben haben. Wenn nein: Können Sie sich erklären, warum die Bundesregierung uns diese offensichtliche Falschauskunft gegeben hat? Wir waren ja vorhin schon beim Thema Ermittlungsverfahren und dass er ja dann auch verurteilt wurde.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: Drucksache 14/3979.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die Antwort ist zweimal Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Herr Reinfeld ist gerade irgendwo auf Wanderschaft. Ist er hier im Raum? - Nein. Dann bitte ich, ihm von dazu Berufenen doch zu übermitteln, dass ich gern noch mal eine Auskunft der Bundesregierung zu diesem Sachverhalt hätte, wie es zu dieser offensichtlichen Falschbeantwortung einer parlamentarischen Anfrage gekommen ist und was die Hintergründe dazu waren.

Herr Petermann hätte noch eine Nachfrage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben noch zwei Minuten Zeit.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, vielleicht können Sie die Frage auch schnell beantworten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Entschuldigung. Darf ich noch mal nach dem Datum fragen? Weil ich gucke gerade auf meinen eigenen Lebenslauf, ob ich in der Zeit schon im BMI überhaupt gewesen bin. Wann war die Anfrage an die Bundesregierung?

Petra Pau (DIE LINKE): Im Jahr 2000. Ich ging jetzt davon aus, dass Sie in Ihrer Verantwortung in Brandenburg -- So kenne ich das, wenn ich mir den Werdegang von Antworten auf parlamentarische Anfragen ansehe, dass dann auch in den Landesbehörden entsprechend nachgefragt wird und damit umgegangen wird. Deshalb fragte ich Sie.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja; das ist auch völlig korrekt. Nur zur Vollständigkeit: Ich bin im Juni 2000 ins BMI gewechselt. Und möglicherweise, nicht weil Sie mich ja zuerst gefragt haben: „Welche Erinnerung haben Sie an diese Vorlage?“ - zur Beantwortung Ihrer Anfrage -, gab es Förster da im BMI noch gar nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Deswegen war ja meine Frage, ob Sie gegebenenfalls in Ihrer Verantwortung in Brandenburg um Zuarbeit gebeten wurden. Ich meine, wir haben diese Frage gestellt nach dem Auffliegen von [REDACTED] als V-Mann - vorher hatten wir

Rande der IMK, die bevorstand in Garmisch am 4. und 5. Mai, mit der bayerischen Seite darüber zu sprechen, und zwar in dem Sinne, dass aus dem, was Bayern ja schon zu einem Teil gemacht hatte, nämlich sich berufen hatte auf den § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, dass also die oberste Landesbehörde ersuchen kann, das BKA -- Das haben die zum Teil ja gemacht für Strukturermittlungen, die bei den einzelnen Taten unter dem Stichwort EG „Ceska“ beim BKA gelaufen sind. Daran sollte appelliert werden, ob das nicht Anlass sein könnte zu einer weiteren Übertragung der Zuständigkeit - mit der eindeutigen Präferenz in diesem Schreiben für diese Lösung, nämlich sich zu stützen auf § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, im Gegensatz zu der Nr. 2 in der gleichen Vorschrift, wo nämlich der Bundesinnenminister die Anordnung treffen kann.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Förster, das war nicht meine Frage. Ich habe hier so wenig Fragezeit. Deswegen muss ich Sie da mal unterbrechen. Wir haben bisher noch keinen Zeugen gefunden, der gesagt hat: „In Garmisch haben wir darüber geredet“, weder Herr Ziercke noch ein Minister noch sonst jemand. Und wir haben aber gefunden ein Schreiben aus den Akten des Bundesministeriums des Innern - MAT A BMI-4/30, Blatt 111 bis 113. Dort heißt es, und zwar schon vorher, in einer Ministervorlage vom 03.05. - Garmisch war am -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: 04. und 05.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - 04.05. - des BMI:

Nach Telefonaten zwischen BMI und IM-BY auf AL-Ebene sowie P-BKA zeichnet sich die Einrichtung einer gemeinsamen „Steuerungsgruppe“ unter Federführung BY und Beteiligung der anderen betroffenen Länder sowie des BKA ab.

So ist es dann auch gekommen - aber vorher offenbar telefonisch schon so abgekaspert; oder nehmen wir einen netteren Ausdruck: telefonisch schon so vorbesprochen -, sodass es in Garmisch gar nicht mehr zur Entscheidungsschlacht kam, sondern man hatte das dann schon auf diese Weise gelöst.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das glaube ich nicht, dass das so der Fall war. Erstens ist es so, dass auf das Schreiben von Herrn Falk von mir absolut kein Einfluss irgendwie genommen wurde. Weil ich habe nämlich gesehen, dass ein Entwurf vor diesem Schreiben vom 02.05. irgendwie Ende April schon ans BMI gegangen ist. Das ist fast wortwörtlich identisch mit dem endgültigen Schreiben, das er dann für den Präsidenten gezeichnet hat. Da ist also kein Einfluss auf den Inhalt genommen worden, sondern er hat - und so ist auch meine Erinnerung an dieses Gespräch mit ihm - das wiedergegeben, angefangen mit den einzelnen furchtbaren Fällen, und dann Mängel aus Sicht des BKA, Mehrwert des BKA, und dann die Reihenfolge, beste Lösung Nr. 1 vom BKA-Gesetz, zweitbeste Lösung die Anordnung des BMI, die man ja so als vielleicht ~~feindliche~~ Übernahme charakterisieren könnte und die im Bund-Länder-Verhältnis sicherlich nicht angezeigt ist, und dann als Letztes noch angesprochen diese Steuerungsgruppe, die dann auch stattgefunden hat.

Ich habe aber Ihre Frage noch im Kopf: Ist da telefoniert worden? - Für mich stellt es sich so dar - ich habe diese Ministervorlage nicht gesehen, sondern erst hinterher, weil ich vorher in Visby war bei einer Konferenz der Ostseeanrainer für den Minister -, dass am Rande der IMK darüber gesprochen werden sollte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sollte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Am Rande der IMK darüber gesprochen werden sollte. Und ich bin sehr sicher, dass über zwei Sachen da auch gesprochen worden ist, -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwischen wem denn? Zwischen wem?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - nämlich die - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Sprechen gehören zwei.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

1.4f 1.2"

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Warum nicht? Wir haben schon
über Schlimmeres geredet!)

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wer sagt denn, dass wir einstufen müssen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Reinfeld, halten Sie es auch für einstufungsbedürftig?

(Zurufe: Nein! - Das muss Brandenburg entscheiden!)

- Brandenburg ist nicht da.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wir könnten ersatzweise Bayern fragen! - Zuruf: Als Vertreter der
Länderseite! - Weitere Zurufe)

Also wenn keiner protestiert, Herr Dr. Förster, dann führen Sie bitte aus.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich war entsetzt, diesen V-Mann zu haben. Minister wusste davon nichts; Staatssekretär wusste davon nichts. Dann bin ich zum Minister gegangen und habe ihn von diesem Aufallsfund unterrichtet und gesagt: So einen V-Mann darf man nicht haben. Der wird sofort abgeschaltet, sofort; versuchter Mord, acht Jahre. - Auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass so einer auch was weiß. Was den bei uns zu acht Jahren Freiheitsstrafe bringt, macht den bei den anderen zum Märtyrer.

Wir haben dann folgenden Weg beschritten: Wir haben einen Mann konsultiert - der tot ist -, Ziel und ich, zu dem der Innenminister Ziel eine sehr enge persönliche Beziehung hatte. In diese Beziehung wurde ich dann auch einbezogen bei einer Mehrzahl von Besuchen, weil so ein Pressesprecher und Büroleiter, was ich ja zunächst mal war in Brandenburg, das geht auch nur mit einer engen persönlichen Beziehung mit dem Minister.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Reinfeld, was ist los? Er spricht über Brandenburg.

MR Richard Reinfeld (BMI): Herr Ausschussvorsitzender, wir machen das sozusagen in Geschäftsführung ohne Auftrag - nach Rücksprache mit dem BMJ, von dem ja die Aussagegenehmigung kommt, die Brandenburg mitgezeichnet hat. Aber nach dem Gang inhaltlich der Dinge bitte ich schon

darum, hier in eingestufter Sitzung fortzufahren. Es geht hier schon um eine Quelle. Es geht auch um Quellenschutz. Und ich meine schon, das können wir hier so nicht laufen lassen. Wie gesagt: Wir sind uns auf der Regierungsseite auch einig darüber. Ich bitte darum.

Im Übrigen, Herr Ausschussvorsitzender --

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, es geht doch hier nicht um nichtenttarnte V-Leute. Wir sprechen hier über einen konkreten Vorgang, und der Zeuge berichtet über seine persönliche Involviertheit.

MR Richard Reinfeld (BMI): Mir, Herr Ausschussvorsitzender, und auch den Kollegen erschließt sich, ehrlich gesagt, auch nicht der Kontext, inwieweit das hier mit dem Untersuchungsgegenstand weitergehend zu tun hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich darf fragen, ob hier ein Vertreter der Stelle ist, die die Aussagegenehmigung für den Zeugen erteilt hat. Wer fühlt sich berufen? - Herr Dr. Großmann.

MR Dr. Michael Großmann (BMJ): Herr Vorsitzender, die Aussagegenehmigung wurde vom Generalbundesanwalt, von Herrn Range persönlich, erteilt. Und sie enthält unter anderem die Maßgabe:

Angaben und Erklärungen, die unter Geheimhaltungsgrade fallen, weil besondere Gründe des Staatswohls entgegenstehen, insbesondere Nachteile für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu besorgen sind, dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung, erforderlichenfalls in Anwendung der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages, erfolgen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich sehe die Sicherheit Deutschlands nicht gefährdet. Und ich halte es für einen Beitrag zum Staatswohl, wenn wir mal hören, wie das mit der V-Leute-Praxis eigentlich ausgesehen hat. Er muss alle Namen weglassen. Das ist ja kein Problem.

MR Dr. Michael Großmann (BMJ): Es ist so, dass der Zeuge berichtet oder berichten soll über Vorgänge im Land Brandenburg,

1/4 1/4
Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Also der Innenminister von Brandenburg und der Verfassungsschutzchef von Brandenburg gehen beide zu einer Person außerhalb der Landesregierung, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - die ansonsten auch mit Verfassungsschutz nichts zu tun hat - auch richtig? -, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - und fragen diese Person: Ist das in Ordnung, wenn wir diesen V-Mann behalten? - Und wenn diese Person gesagt hätte: „Nein, würde ich nicht befürworten“, hätten Sie darauf verzichtet?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich ja. Nur ich kann die Frage beantworten, weil ich bin der Erste gewesen in dieser Kette, dem dieser V-Mann nicht gepasst hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will das gar nicht vertiefen, Herr Dr. Förster. Aber wäre es nicht Ihre ureigenste Aufgabe gewesen, selber zu beurteilen, ob Sie das verantworten können oder nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, natürlich. Und dieser Verantwortung habe ich in der Form entsprochen, dass ich erst mal dem Minister gesagt habe, dass er seit einigen Jahren diesen V-Mann unterm Dach hat. Das hat der ja gar nicht gewusst.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber dann können Sie doch nicht die Entscheidung noch an eine dritte Person quasi delegieren und sagen: Die gibt jetzt die entscheidende Wertung ab.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist auch nicht so gewesen, dass diese Person - die allerdings einen besonderen Bezug zu diesen Straftaten hat - das zu entscheiden hatte, sondern wir haben - - Ich habe ja versucht, zu sagen, dass wir diese Person in ihrer Eigenschaft als moralische Instanz angesprochen haben, mit der Bitte um Beratung. Der Mann hatte das nicht zu entscheiden, aber er sollte beraten. Und wie gesagt: Ich war wild entschlossen, diesen V-Mann zu

entpflichten, abzuschalten als Verfassungsschützer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Dann haben Sie gesagt, diese Person hätte gesagt: Ihr müsst den haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann haben Sie gesagt: Okay, dann müssen wir den haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn diese Autoritätsperson gesagt hätte: „Nein, weg damit“, dann hätten Sie gesagt: Folge ich auch. - Haben Sie doch vorhin erläutert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, das ist Irrealis. Das weiß ich nicht, wie das dann ausgegangen wäre. Aber nachdem diese Person gesagt hat: „Ihr müsst“, auf die Frage: „Darf man so was?“ - „Darf man so was?“ -, sind wir gemeinsam - habe ich ja gesagt - ins Parlamentarische Kontrollgremium und haben gesagt: Nur dass Sie es wissen: Brandenburg hat bis zur Stunde einen solchen V-Mann. - Das Verhältnis mit diesem Kontrollgremium, das war extrem offen und vertrauensvoll.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber das war der zweite Schritt, ins PKGr zu gehen. Erst mal geht man zur Autoritätsperson.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Man darf sich schlaudiskutieren - auch in Brandenburg.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ja, klar. Ich meine, nach Delphi zu fahren und das Orakel zu befragen, haben Sie darüber auch mal nachgedacht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich empfinde Ihre Frage, wenn ich das, mit Verlaub, sagen darf, als nicht angemessen. Orakel und diese - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Förster, ich halte dieses Vorgehen für nicht angemessen. Wo kommen wir denn hin in einem Rechtsstaat, wenn Behördenvertreter Entscheidungen, die sie selber zu fäl-

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich wollte auch nicht die Inhalte im Detail haben, sondern nur eine Bewertung, ob man wirklich sagen kann, es war etwas, was weit überdurchschnittlich war; also nach dem Motto: Die unmittelbare Verhinderung eines großen Anschlages ist nur dank dieses Hinweises geglückt. - Das war aber nicht der Fall?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weit überdurchschnittlich ja, Verhinderung eines großen Anschlages nein. Aber die erste Antwort ist natürlich sehr relativ. Ich habe eh ein gestörtes Verhältnis zu V-Leuten.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das Spannende ist: Wenn Sie auf die Seite des Verfassungsschutzes in Brandenburg schauen, wird dieser V-Mann-Einsatz immer noch gerechtfertigt und gesagt, dass es ein sehr richtiger Schritt war und das ein sehr richtiger V-Mann war. - Ich hätte natürlich das Land Brandenburg gerne dazu befragt, aber die sind leider Gottes nicht anwesend.

(Zuruf)

- Den ganzen Tag nicht anwesend; so ist es.
Ich habe noch eine Frage, Herr Förster, was die länderübergreifende Zusammenarbeit betrifft zu der Zeit. Der Kollege Kurth hat es vorhin schon einmal angedeutet. Speziell soll ja einem Medienbericht zufolge der [REDACTED] im September 98 einen Tipp bekommen haben, was das Trio betrifft. Und auf Grundlage dieses Hinweises hat dann die Thüringer Polizei Observationen angestellt. Und dann wollte man einen Schritt weiter einen schriftlichen Bericht, eine schriftliche Auskunft von Ihrem Amt haben. Und das wurde verweigert. Was hat das denn für Gründe gehabt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe ja schon gesagt, dass ich in Person dazu keinerlei Erinnerung habe - mein ehemaliges Amt vielleicht. Ich weiß darüber nichts. Ich habe darüber Zeitungswissen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das war ja in Ihrer Amtszeit gewesen, als Sie Chef des - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ändert nichts an der Antwort.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist wohl wahr. - Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen der Unionsfraktion?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Nein!)

Die SPD-Fraktion? - Hat keine Fragen. Die FDP? - Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich will jetzt sagen, damit es die FDP auch noch mal gesagt hat an der Stelle: Das ist schon sehr beeindruckend, was der „Piato“ geleistet hat, dass er letztlich aus dem Dienst entlassen worden ist, weil er als V-Mann ein Repetiergewehr an einen Uwe M. verkauft hat. Das ist also nicht der Uwe M., den wir kennen, sondern ein anderer Uwe M. - von der Band „Preußenheads“, glaube ich.

(Zuruf: Was?)

- Na, ist ja wurst. Also es ist schon sehr beachtlich. Gut; aber Sie haben ja Ihrer Meinung dazu hier Ausdruck verliehen.

Ich habe noch eine Frage. Wie war denn in Ihrer Amtszeit der Kontakt zum MAD in Brandenburg oder Umgebung? Wie haben Sie mit dem MAD zusammengearbeitet? Hat der MAD Sie angesprochen? Haben Sie mal den MAD angesprochen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, die Zusammenarbeit war null oder in der Nähe von null. Ich kann mich überhaupt an keine dienstlichen Kontakte erinnern. Ich war mal genötigt, einen MAD-Vertreter, der für Brandenburg zuständig war, in den Ruhestand zu verabschieden mit einem Grußwort, und ich lernte den bei der Verabschiedung kennen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): So lernt man sich manchmal kennen: bei der Verabschiedung. - Und dann hätte ich noch eine ganz andere Frage. Wenn Sie uns noch mal mitteilen könnten: Sie haben ja den Vorschlag gemacht, Aktenvernichtung beim Verfassungsschutz, dass da die richterliche Vorabkontrolle für den Einsatz von V-Leuten eingeführt wird.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, zur Aktenvernichtung habe ich kein Wort gesagt.

122

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, ich habe mich da in der Zeile verlesen. Das war in einem Artikel der *Süddeutschen*. Der nannte sich „Aktenvernichtung beim Verfassungsschutz“. Und darin haben Sie die richterliche Vorabkontrolle für den Einsatz von V-Leuten gefordert. So rum war es.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie das noch mal ein bisschen erläutern, damit wir das hier auch in den Protokollen vermerkt haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Ich habe einen Aufsatz geschrieben in der *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 2012, Seite 123 f., mit der Überschrift „Verfassungsschutz ‚vor Gericht!‘“ und habe dafür plädiert, die nachrichtendienstlichen Mittel des Verfassungsschutzes, nicht nur den Einsatz von V-Leuten, in Zukunft richterlich anordnen zu lassen; aus mehreren Gründen, insbesondere auch, um die Ungleichheit der Mittel, die eingesetzt werden im Rahmen der Strafverfolgung - die sind ja zum Teil ähnlich, Observationen beispielsweise -, wenn der Verfassungsschutz das macht, von diesem Odium des Selbstattestierens der Verhältnismäßigkeit wegzubekommen. Denn im Augenblick ist es so, dass der Verfassungsschutz sich selber attestiert, dass die Nutzung dieses nachrichtendienstlichen Mittels korrekt ist - Ausnahme: G-10-Maßnahmen. G-10-Maßnahmen macht eine besondere Kommission, in der auch nur - im Bund ist es so - von Gesetzes wegen der Vorsitzende die Befähigung zum Richteramt haben muss.

Meine Vorstellung geht dahin, dass sämtliche nachrichtendienstlichen Mittel beim Verfassungsschutz durch den Richter angeordnet werden. Das war meine Vorstellung schon in Brandenburg. Und leider ist das -- In Brandenburg hatte ich den Minister und den Ministerpräsidenten für eine solche Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Brandenburg geworben. Das wäre damals revolutionär gewesen und hat insofern eine Idee des Revolutionären verloren, als der Richter im Prinzip inzwischen Eingang gefunden hat in das Verfassungsschutzrecht, nämlich für den Großen Lauschangriff. Ohne den Großen Lauschangriff durch den Richter genehmigt zu kriegen, hätte der Verfassungsschutz nämlich den Großen Lauschangriff nicht bekommen. Insofern wäre der

Eintritt des Richters in das Verfassungsschutzrecht jetzt nicht mehr so ungewöhnlich.

Ein nicht gering zu schätzender Vorteil dieses Umstandes, wenn Richter anzuordnen hätten, wäre eben, dass davon auch eine disziplinierende Wirkung an den Verfassungsschutz ausgeht, wenn eben nicht nur die administrative Kontrolle stattfindet dahingehend, dass die Anordnung vom Behördenleiter beispielsweise genehmigt und gebilligt werden muss, sondern wenn man weiß, dass ein Richter das zu entscheiden hat - nach Aktenlage, nach Vorstellung der Gründe dafür. Dann hat das eine ganz andere Qualität.

Und ich habe mich auch zu der Behauptung verstiegen in diesem Aufsatz, dass das NPD-Verfahren voraussichtlich einen anderen Ausgang genommen hätte, wenn die in der NPD eingesetzten V-Leute von Richtern - in Führungszeichen - hätten zugelassen werden müssen, weil der Richter hat eine völlig andere Beziehung zum Verfassungsgebot der Verhältnismäßigkeit. Der hätte bestimmt in Anbetracht der Vielzahl von V-Leuten in der NPD gefragt, ob es in Anbetracht der V-Leute X und Y und Z denn auch noch der V-Leute A, B und C bedarf.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Darf ich mal nachfragen? Wir haben ja hier in dem Ausschuss gelernt, dass Quellenschutz etwas sehr Wichtiges ist. Viele haben ja auch deutlich gemacht, dass das vorgeht, und zum Teil auch die Frage gestellt: Wie können wir denn sonst überhaupt noch V-Männer anwerben? - Wer lässt sich denn anwerben vom Verfassungsschutz, wenn er weiß, da muss ein Richter zustimmen - vielleicht noch der Richter, der ihn letzte Woche für irgendwas verknackt hat?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sind Richter weniger vertrauenswürdig als Verfassungsschützer? - Die deutsche Justiz hat bewiesen, dass sie mit Geheimhaltung umgehen kann. In meinem Bereich - Spionage - gibt es kaum Vorgänge, die nicht sekretiert sind. Und die Ermittlungsrichter, die Senate, die Strafsenate - jeder kann damit umgehen. Und das ist sicherlich kein Grund. Da würde sicherlich nicht der Richter nach dem Buchstabenprinzip damit befasst werden, sondern ein spezieller Richter oder ein spezieller Spruchkörper, der damit umzugehen hätte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In der IS-Zeit war ich mit Ceska nicht befasst.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in der Unterabteilungsleiterzeit?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das habe ich ja gesagt. Das fing an mit dem achten und neunten Mord - und dann die Frage der Änderung der polizeilichen Zuständigkeit.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch diese Operativen Fallanalysen gekannt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich je mal besprochen oder hat es Sie beunruhigt, dass diese Mordserie geschieht und nicht aufgeklärt wird?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die Frage beantwortet sich vielleicht von selber. Dass mich das beunruhigt und betroffen hat, das ist - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur als Zeitungsleser? Oder gab es da auch mal Besprechungen im Innenministerium?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann mich an keine weitere Besprechung erinnern bezogen auf die Ceska-Morde.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nachdem im Umfeld von Garmisch-Partenkirchen die Weichenstellung erfolgt war, war das Thema erledigt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie wir alle wissen, war das Thema leider nicht erledigt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, für Sie jetzt auch nicht als mitfühlendem Behördenmitarbeiter, was ich Ihnen absolut zubillige, sondern in der Funktion auch als Fachaufsicht über Bundeskriminalamt und an was man da alles denken könnte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß keine konkrete weitere Weichenstellung, an der ich in Person beteiligt gewesen wäre.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die Union noch Fragen an den Zeugen? - Darf ich vorab fragen, weil noch Mitarbeiter im Saal des Auswärtigen Ausschusses auf uns warten, ob noch gewünscht wird, Herrn Dr. Förster in eingestufte Sitzung zu vernehmen?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Schon nicht, weil wir um halb zehn aufhören!)

- Das ist nicht der Fall. Dann würde ich bitten, den Herrschaften dort mitzuteilen, dass sie Feierabend machen können. - Herr Schipanski, bitte.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich wollte Sie nur fragen, weil Sie ja von der länderübergreifenden Zusammenarbeit in diesem einen konkreten Fall nichts wussten, welcher Mitarbeiter in Ihrem Hause denn diese Sache bearbeitet hat.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Um welchen Sachverhalt geht es jetzt?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Es geht um den Sachverhalt, dass der [REDACTED] ja Informationen von dem Trio hatte und Thüringen Observationen eingeleitet hatte. Und Ihr Amt wurde gebeten, dass man hier schriftlich korrespondiert, einen Bericht abfasst. Und das wurde aus Gründen des Quellenschutzes letztlich verweigert. Und da haben Sie uns hier gesagt, dafür waren Sie nicht zuständig; das haben Sie nicht gemacht; Sie kennen den Vorgang nicht. Wer war denn dann in Ihrem Hause für diese Entscheidung zuständig?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das hängt davon ab, wie dieser Sachverhalt bekannt gegeben wurde, wer dafür zuständig war. Es gibt einen Abteilungsleiter, und dann gibt es Referatsleiter. Und der Fall „Piato“ spielte natürlich in dem Referat Beschaffung.